

# NO WAY OUT ?

Verspätete Beiträge zum  
aktuellen Problem Kapitalismus



Nachbereitung zum  
...umsGanze!-Kongress  
2007 in Frankfurt am Main

V.i.S.d.P:  
Frank Priske | Siegfriedstr. 26 | 10365 Berlin

Sonderseite:  
[ugkongress.blogspot.de](http://ugkongress.blogspot.de)

**autonomeantifa[f]**  
linksradikele Gruppe Frankfurt/Main ■■■

[frankfurt.umsganze.de](http://frankfurt.umsganze.de)

...umsganze!  
kommunistisches Bündnis  
[umsganze.org](http://umsganze.org)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	4
----------------------	---

## **Einführungen**

- Robert Foltin: Einführung in den Postoperaismus.....	7
- Gruppe 180°: Revolte ohne Wandel? Wertkritik und soziale Bewegung.....	21

## **Panels**

### **1. Zum Begriff der Arbeit:**

1.1. Ernst Lohoff: Thesen für die Diskussion um den Arbeitsbegriff.....	43
1.2. Frank Engster: Der Begriff der Arbeit in der Wertkritik der Krisis und im Post-Operaismus.....	48

### **2. Zum Begriff der Krise**

2.1. Michael Heinrich: Die gegenwärtige Finanzkrise und die Zukunft des globalen Kapitalismus.....	50
2.2. Norbert Trenkle: Weltmarktbeben.....	58

### **3. Ware Wissen und immaterielle Arbeit**

3.1. Zlatan Orek: Zum Begriff der Immateriellen Arbeit.....	73
3.2. Frieder-Otto Wolf: Referattranskript.....	81
3.3. Stefan Meretz: Abstract.....	86

### **4. Der Staat – dein Freund? Staat, Recht und Politik im globalen Kapitalismus**

4.1. ...ums Ganze: Zum Begriff von Staat, Recht und Politik.....	88
4.2. Thomas Seibert: Das Denken der Kämpfe Oder: Die Linke, das Recht, der Staat.....	89
4.3. Sonja Buckel: Das Recht ist ein »vertracktes Ding«. Paradoxe Potenziale einer politischen Strategie der Rechte.....	100
4.4. Peter Decker: Thesen zu Staat, Recht, Politik .....	109
4.5. Thomas Gering: Jenseits von Post-operaismus und Wertkritik.....	112

### **5. Zum Begriff von Klasse und Klassenkampf**

5.1. Slave Cubela: Produktion, Klassenkampf und Emanzipation.....	118
5.2. Gerhard Hanloser: Postoperaismus und Wertkritik...und der Klassenkampf.....	128
5.3. Norbert Trenkle: Kampf ohne Klassen. Warum das Proletariat im kapitalistischen Krisenprozess nicht wiederaufersteht.....	135

### **6. Neue Imperialismustheorien**

6.1. Redical [M] (Göttingen): Einleitung zur Auswertung.....	147
6.2. Peter Decker, Statement in 5 Thesen: Imperialismus – Gibt es das heute noch? .....	155
6.3. Jens Wissel: Zur Rückkehr des Imperialismus.....	157

## **7. Workshops**

1. «Show me how you work, fucking capitalism”. Texte aus dem Workshop zu Arbeit und Geschlecht
- 1.1. Melanie Schreiber: Affektive Arbeit und postfordistische Geschlechterverhältnisse.....165
- 1.2. Felix Hauf: Zur Dialektik von Wert und geschlechtlicher Abspaltung.  
Eine kritische Einführung in das Konzept der Wert-Abspaltung.....173

## **8. Nach dem Kongress**

1. Kendra Briken, Sonja Buckel, Dietmar Flucke, John Kannankulam, Jens Wissel: Kapitalismus ist nicht Kapitalismus – ist nicht Kapitalismus – ist nicht Kapitalismus. Sieben Thesen zum Kongress »No way out? (Post)Operaismus und Wertkritik«.....181
2. Diskussionsbeitrag von TOP Berlin zum BAKJ-Kongress »Zwischen rechtspolitischer Praxis und Systemkritik« vom 29.10. bis zum 1.11.2009 in Berlin.....186
3. Jungle World-Diskussion.....192

## **Anhang**

1. Kongressplan.....194
2. Kongressaufruf.....195

## Vorwort

Vielfach wurde vor und nach dem Kongress die Festlegung auf (Post-)Operaismus und Wertkritik als den beiden, vermeintlich idealtypischen, Kontrahenten innerhalb der linken Debatte kritisiert. Zu Recht wurde darauf hingewiesen, dass diese Gegenüberstellung der Komplexität der verschiedensten Positionen nicht gerecht wird.

Wir denken jedoch, dass der Kongress und auch dieses Buch zeigen, dass das Labeling nicht den Inhalt bestimmt, sondern eher das Feld der Debatte umrissen hat. Schließlich ziehen sich mit den Fragen nach dem Verhältnis von Struktur und Handlung oder nach dem, bzw. den Subjekten der gesellschaftlichen Veränderung auch innerhalb des Kapitalismus doch durchaus zentrale Motive dieser beiden Ansätze durch die linksradikalen Debatten. Zu ihnen müssen sich theoretische Überlegungen stets verhalten; egal welchem -ismus und welcher Kritiktradition mensch sich nun selbst zurechnet.

Ein weiterer Kritikpunkt am Kongress war, dass wichtige Themen unterbelichtet geblieben seien oder gar nicht erst auftauchten. Dem ist natürlich zunächst entgegenzuhalten, dass niemand alles gleichzeitig machen kann. Und trotzdem: Zeitfragen sind bekanntermaßen immer auch Prioritätenfragen und ein Kongress, dem es ganz offen „Ums Ganze“ geht, der sollte sich solche Kritik gefallen lassen.

Hier muss daher das Eingeständnis reichen, dass mit den in diesem Rahmen diskutierten Feldern nicht alles Wesentliche für eine kommunistische Theorie und Praxis benannt ist. Wenngleich beispielsweise Herrschaftsverhältnisse wie Geschlecht sowie Rassismus und Antisemitismus in vielen Beiträgen thematisiert wurden, fehlt eine systematische Auseinandersetzung damit.

Der Aufbau des Buches ist denkbar einfach. Die Beiträge sind thematisch den Panels zugeordnet, zwei nachträgliche Texte, die weder für (Post-)Operaismus noch Wertkritik stehen und sich trotzdem ebenfalls geradezu idealtypisch widersprechen runden als Nachklapp das Ganze ab. Auch einen bemerkenswerten Text der Gruppe 180° haben wir nachträglich noch aufgenommen. Abdrucken konnten wir ansonsten selbstverständlich nur, was uns auch vorlag, bestimmte (größere) Lücken erklären sich damit.

Da uns an einer Weiterführung der Diskussion gelegen ist, veröffentlichen wir weitere Beiträge und Kritiken gerne auf der Internetseite des Kongresses (<http://ugkongress.blogspot.de>). Hin und wieder dort vorbei zu schauen lohnt sich insofern hoffentlich.

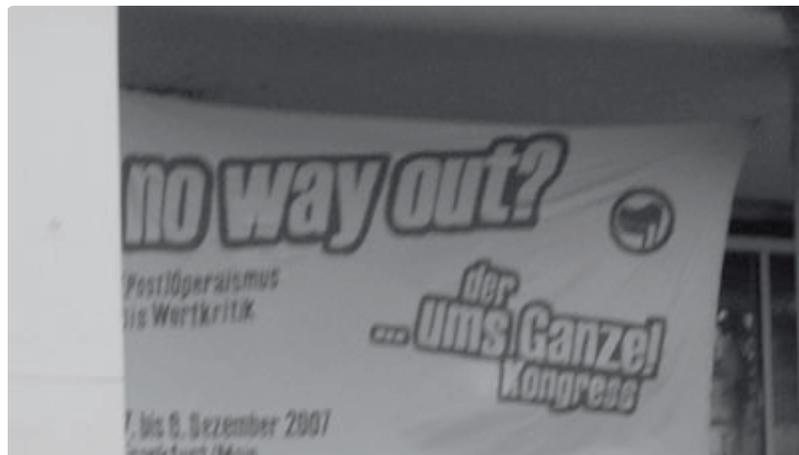
Nicht fehlen darf hier zu guter Letzt der herzliche Dank an alle ReferentInnen, Bündnispartner und Finanziere, ohne die sowohl der Kongress als auch diese Publikation nicht möglich gewesen wäre. Dass diese Publikation nun so lange auf sich hat warten lassen, ist nicht ihnen, sondern allein den bekannten Strukturproblemen (post-)autonomer Eventpolitik zuzuschreiben, die uns immer wieder abgelenkt haben.

Da der globale Kapitalismus in seiner, inzwischen wieder mal deutlich sichtbar gewordenen, Dauerkrise keineswegs menschenfreundlicher wird, bleibt die theoretische Suche nach praktischen Auswegen in jedem Fall unvermindert dringend.

In diesem Sinne wünschen wir allen LeserInnen eine anregende und vor allem folgenreiche Lektüre.

**autonome antifa [f] im Dezember 2011**

## Einführungen



## Robert Foltin: Einführung in den Postoperaismus

*»Fragend gehen wir voran« sagen die ZapatistInnen. Wir fragen nicht nur, weil wir den Weg nicht kennen (wir kennen ihn nicht), sondern auch, weil das Fragen nach dem Weg Teil des revolutionären Prozesses selbst ist.« (Holloway 2002, S. 248)*

Ich will einige einführende Ideen präsentieren und hoffe, dass ich dadurch zumindest Diskussionen auslösen kann. Einige Grundthesen und Begrifflichkeiten werden nur kurz eingeführt (Empire, immaterielle Arbeit, Biopolitik), der Schwerpunkt wird in der Beschreibung der Unterwerfung des ganzen Lebens unter die kapitalistische Ausbeutung und des Konzeptes der Multitude liegen.

### 1. Methodisches

Ich sehe mich als Militanten, der versucht, als Teil sozialer Bewegungen und im persönlichen alltäglichen »queeren« Leben, aber auch durch Textproduktion, einen Teil zu einer emanzipatorischen Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu leisten. Und zwar aus meiner Lebensposition heraus. Passend dazu ist der Begriff des »situierten Wissens«, wie er von der feministischen Theoretikerin Donna Haraway entwickelt wurde (Haraway 1995, vgl. auch Singer 2005). Das ist einerseits eine Kritik an einem Allmachtsanspruch, wie er von Teilen der männlichen Philosophie vertreten wird, es gibt keine Totalität. Die wäre nur möglich, wenn sich die Theoretiker\_in über die Welt stellen könnte (wie ein Blick vom Mond, Holloway 2002: 77). Aber es ist auch eine Kritik am Relativismus (manchmal dem Poststrukturalismus unterstellt). Wahrheiten sind zwar von den Lebenssituationen abhängig, es gibt unterschiedliche Wahrheiten (für »Frauen«, für Migrant\_innen, für Erwerbslose, für prekär lebende Akademiker\_innen), aber es ist wahr, dass Migrant\_innen am Wohnungs- und Arbeitsmarkt benachteiligt werden, es ist wahr, dass als Frauen Definierte häufiger häuslicher Gewalt ausgesetzt sind ... Es gibt den Kapitalismus, die Profitlogik und den Verwertungszwang, aber die Gesamtgesellschaft lässt sich nicht aus einem einzigen Verhältnis (einer einzigen Wahrheit), wie etwa dem Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital erklären. Mein Blickwinkel ist der der emanzipatorischen, sozialen Bewegungen, das beginnt bei den Kämpfen der Arbeiter\_innen um mehr Lohn und für bessere Arbeitsbedingungen, bezieht sich aber auch auf die dann später so unglücklich bezeichneten »Neuen Sozialen Bewegungen«, also Feminismus, Lesben-, Schwulen und queere Bewegung, Ökologie, aber auch die Vielzahl der Widerständigkeitsformen, die sich gegen das disziplinierende Regime (nicht nur) des Fordismus

richten, oft nur als »kulturell« bewertet, mit Musik, Drogen und »neuen« Lebensformen verbunden. Auch in der Theorie sehe ich das zapatistische »fragend voranschreiten«, das bedeutet eine permanente Auseinandersetzung sowohl mit revolutionären Theorien wie auch mit den Bewegungspraxen. Daraus folgt, dass sich die Theorien, beeinflusst von den Bewegungen veränderten und verändern. So ist die Verschiebung vom Operaismus, der sich auf die Kämpfe der Arbeiter\_innen (nicht nur) in den großen Fabriken bezog, hin zum Postoperaismus zu verstehen. Die »kulturellen« Aufdrucksformen der Revolten (wie sie sich in Italien 1977 in den Stadtindianer\_innen, aber auch in musikalischen und anderen Subkulturen ausdrückte), die Versuche mit neuer Kommunikation (damals die Alternativradios, prominent Radio Alice), die Revolten der Studierenden und Schüler\_innen, die Kämpfe im Reproduktionsbereich von der Wohnraumbesetzung bis hin zu Plünderungen und selbst reduzierten Preisen und nicht zu vergessen, die Feministinnen, forderten ein Umdenken der revolutionären Theorien. Und es ist auch kein Zufall, dass Hardt / Negris »Empire« (2000), ein Buch voller revolutionärer Hoffnungen, parallel zur globalen Protestbewegung zum Bestseller wurde.

## **2. Einige Grundthesen zu Operaismus, Empire, immaterielle Arbeit, Biopolitik**

### **Operaismus**

Schon der Begriff »Postoperaismus« zeigt den Zusammenhang mit dem »Operaismus«: einerseits, indem die Grundthesen übernommen werden, andererseits als Kritik daran. Der Operaismus entstand im Italien der 1960er. Die Grundannahme ist, dass es die Arbeiter\_innenkämpfe sind, die den Kapitalismus vorantreiben und nicht eine innere Dynamik des Kapitalismus (Konkurrenz). Erkämpfen die Arbeiter\_innen hohe Löhne, so muss die Produktivität innerhalb der Arbeit gesteigert werden, wenn der Profit für das Kapital gleich bleiben soll. Die Antwort ist die Umstrukturierung der Arbeit und der Einsatz von Maschinen. Technologische und organisatorische Innovationen sind somit eine Antwort auf die Klassenkämpfe. Schon die Operaist\_innen reflektierten in Auseinandersetzung mit den Kämpfen, dass nicht nur in der Fabrik gegen die Arbeit gekämpft wird, sondern dass wichtige Auseinandersetzungen auch in anderen Bereichen stattfinden. Die Grundthese wird dann dahin erweitert, dass die ganze kapitalistische Entwicklung eine Antwort auf die Auseinandersetzungen und (Klassen)kämpfe ist. So wurde das staatlich orientierte Regime des fordistischen Wohlfahrtsstaates auch von unten angegriffen, durch das Ausnützen wohlfahrtsstaatlicher Privilegien durch die Arbeiter\_innen, aber auch durch die vielfältigen Angriffe auf die disziplinierenden Institutionen von der Fabrik über die Schule und die

Universitäten bis hin zu Gefängnis und Psychiatrie und dadurch verändert.

### **Empire**

Nicht umsonst hat die sich verändernde Form der Souveränität dem Bestseller »Empire« (Hardt / Negri 2000) seinen Namen gegeben. Das Empire ist ein Regime in einer Phase des Übergangs, nicht stabil, sondern in einem Prozess des Entstehens. Entscheidend ist die Veränderung der Rolle der Nationalstaaten: Deren Funktion zur Integration der Bevölkerungen durch demokratische Institutionen verringert sich (während die repressive Funktion eher ausgeweitet wird). Internationale Organisationen und Strukturen gewinnen an Bedeutung und im internationalen System vermischen sich die Funktionen von Polizei und Militär.

### **Biopolitik**

Der Begriff Biopolitik wurde von Michel Foucault eingeführt, um Techniken der Macht gegenüber den Bevölkerungen zu beschreiben: die Körper, die Bewegungen der Individuen, ihr Leben, ihre Krankheiten und ihre Gesundheit, es geht um die Kontrolle der Geburtenraten und der Lebensdauer, um Hygiene und Demographie, Wanderung und Siedlung (vgl. Revel 2007). Dieser Blickwinkel wurde von den Postoperaist\_innen erweitert, indem zwischen Biomacht und Biopolitik unterschieden wurde. Das Leben der Bevölkerungen wird nicht nur gelenkt und kontrolliert, sondern es leistet auch Widerstand. Das ist der Kampf um Leben und Überleben von Migrant\_innen und der Kampf um die »Reproduktion der Arbeitskraft«, von den Feministinnen treffender die »Produktion von Leben« bezeichnet. Biopolitischer Widerstand ist der Kampf um die Freiheit der Bewegung wie auch der Kampf um Abtreibung und Geburtenkontrolle (inzwischen als »Reproduktive Selbstbestimmung« diskutiert, vgl. Schultz 2006). Aber auch die Kämpfe um Beziehungen und Sexualität, um Lebensstil von der Musik bis hin zu bewusstseinsweiternden Drogen, kann als Teil des biopolitischen Widerstands gesehen werden.

### **Immaterielle Arbeit**

Die Produkte der »immateriellen Arbeit« sind nicht Schokolade oder Fernseher, sondern Wissen oder Beziehungen. Sie unterscheiden sich in der Art ihres Konsums. Materielle Dinge, haben sie einmal den Eigentümer gewechselt, sind damit weg, im Gegensatz zu immateriellen Dingen, die sich dadurch nicht verändern. Ein Musikstück, das ich kopiere und verkaufe, kann ich noch immer auf meinem eigenen Tonträger hören. Die materielle Ebene verschwindet nicht (ich brauche etwa CD-Rohlinge), aber sie wird auf ein Minimum reduziert. Andererseits

haben auch materielle Dinge immaterielle »Werte«, etwa die Marke für die Schokolade. Die Verschiebung in Richtung der Hegemonie der immateriellen Arbeit bedeutet nicht nur die Zunahme von kreativen und privilegierten Arbeiten, sondern genauso die Zunahme unqualifizierter Arbeiten der Dateneingabe (oder der Dienstleistungen im Call Center). So wie alle Veränderungen werden durch den Kapitalismus emanzipatorische Veränderungen in Ausbeutung verwandelt und bedeuten nicht unbedingt eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Wenn Hardt / Negri (2000: 294) von Elementen eines spontanen Kommunismus sprechen, bedeutet das nur das Aufzeigen der Potentialität einer emanzipatorischen Entwicklung und nicht deren Verwirklichung im Kapitalismus.

Die Hegemonie der immateriellen Arbeit bedeutet auch nicht, dass die industrielle Arbeit abgenommen hätte. Insbesondere im Weltmaßstab hat die Zahl derer zugenommen, die in der Erzeugung materieller Produkte beschäftigt sind. Sodass es eigentlich zahlenmäßig mehr disziplinierte und fabrikmäßig ausgebeutete Arbeiter\_innen gibt. Das Zahlenverhältnis sagt aber noch nichts über die Bedeutung aus. So bedeutete die Industrialisierung nicht, dass die Landwirtschaft verschwunden wäre, sondern dass sich auch die Landwirtschaft industrialisierte. So wird jetzt die Industrie nicht abgeschafft, sondern der Charakter ändert sich. Das bedeutet Informatisierung, Zunahme von Werbung und Dienstleistungen (Call Center), aber auch die Ergänzung von materiellen »Werten« durch immaterielle (Namen und Logos). Hegemonie der immateriellen Arbeit bedeutet nicht eine neue Avantgarde, sondern die Veränderung und Verschiebung der Klassenkämpfe. So können gewerkschaftliche Kämpfe im Trikont durch »immaterielle« Kampfmaßnahmen unterstützt werden, wie etwa durch Imageverschmutzung. Außerdem ist es durch die neuen Informationsmöglichkeiten leichter, dass Informationen über Kämpfe und damit die Kämpfe selbst schneller zirkulieren können.

### **3. Reelle Subsumption des Lebens**

In den »Resultaten des unmittelbaren Produktionsprozesses« führt Marx (1969) die Unterscheidung zwischen formeller und reeller Subsumption der Arbeit unter das Kapital ein (vgl. Birkner / Foltin 2006: 89). Formelle Subsumption ist die Verwandlung von ehemaligen Handwerker\_innen (aber auch Bäuer\_innen und Sklav\_innen) in entlohnte Arbeiter\_innen, typischerweise in der Manufaktur (Marx 1969: 46ff). Der Arbeitsprozess unterscheidet sich noch nicht von dem in der vorkapitalistischen Produktionsweise. Die reelle Subsumption der Arbeit bedeutet die Organisation der Arbeit durch das Kapital in der großen Fabrik, die entsprechenden Produktionsmittel, insbesondere die Maschinerie, werden durch die

Unternehmer\_innen zur Verfügung gestellt. Das Kapital ist nicht mehr nur Dirigent, sondern der Organisator der Arbeit, das Verhältnis zwischen Kapital und Proletariat\_innen wird nicht allein durch den Lohn (oder andere nicht nur monetäre Mittel) hergestellt, sondern durch die direkte Anordnung der Produktion in der Fabrik.

Während die formelle Subsumption eine Autonomie im Arbeitsprozess zuließ, damit auch Vorstellungen von Selbstverwaltung, so bedeutete die reelle Subsumption die Reduktion der Arbeiter\_innen zu einem Anhängsel der Maschinen. Die vollkommene Enteignung des Wissens und Könnens der so genannten Massenarbeiter\_innen am Fließband (die »Degradierung zum Affen«) ließ keine Identifikation mit der Arbeit mehr zu, die Arbeiter\_innen kämpften nicht mehr um die Arbeit, sondern gegen die Arbeit.

Der Kapitalismus hat die Tendenz, immer größere Bereiche der Welt und des Lebens zu unterwerfen. Da es kein räumliches Außen mehr gibt, verändert sich die Intensität der Unterwerfung in bereits eroberten Gesellschaften. Wir leben in einer Phase des Übergangs, die auch als Verschiebung von der formellen zur reellen Subsumption des Lebens analysiert werden kann. Immer größere Massen von lebendiger Arbeit wurden und werden zu Lasten der bäuerlichen Bevölkerung der Fabrikdisziplin unterworfen, in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts in den Industriestaaten, jetzt auch immer mehr im Trikont. Aber auch immer größere Bereiche des Lebens unterliegen der »Fabrikgesellschaft«.

Diese Transformationen auf gesellschaftlicher Ebene lassen sich auch als Übergang von der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft analysieren, wie Deleuze (1992) an Hand von Foucault zeigt. *„In der Disziplinargesellschaft geht es darum, dass die Individuen, Klient\_innen in Schule, Kaserne, Familie, Gefängnis, Psychiatrie genormt / geformt werden, sich an eine relative Einheitlichkeit anpassen müssen. Die ganze Lebenszeit wird erfasst, Menschen bewegen sich aus der Familie in die Schule, aus der Schule in die Kaserne, in die Fabrik, zum Schluss endet mensch im Krankenhaus oder im Altersheim. Daneben funktionieren die Institutionen Gefängnis und Psychiatrie, um Außenseiter\_innen wieder zu normalisieren. In den Institutionen wird Kommunikation zwischen Klient\_innen unterdrückt oder behindert, sie werden gezwungen, über ein kontrollierendes, beobachtendes Zentrum zu kommunizieren. Das Leben ist durch Institutionen unterteilt, so wie auch der Raum und die Zeit der Klient\_innen, Arbeiter\_innen etc.“* (Birkner/Foltin 2006: 91). Die Institutionen geben normierte Menschen an die Gesellschaft zurück, normalisierte Arbeitskräfte, die Massengüter konsumieren sollen und sich in der Familie reproduzieren.

„Die Krise der Institutionen der Disziplinargesellschaft durch die Revolten von 1968 und danach bedeutete keine Auflösung, sondern die Ausbreitung von diesen auf die ganze Gesellschaft. In der Kontrollgesellschaft hat das Eindringen und Akzeptieren des Lebens (Kommunikation, Kooperation, soziale Kontakte und Beziehungen) in die Institutionen als Gegenstück die Ausdehnung der Institutionen auf die ganze Gesellschaft. Das Gefängnis wird zur allgemeinen Überwachung, die Schule zu lebenslangem Lernen, die Psychiatrie in vielen Teilen in Selbsthilfegruppen ausgelagert. Die Institutionen werden immer mehr von Instrumenten der Disziplinargesellschaft, die normierte Personen an die Gesellschaft zurückgeben, zu Kontrollpunkten, von denen sie die ganze Gesellschaft überziehen“ (Birkner/Foltin 2006: 91). Nicht mehr die Institutionen der Disziplinargesellschaft formen die Individuen, sondern das unternehmerische und eigenverantwortliche Selbst ist es, das »verantwortlich« ist, nicht nur für Arbeit und Konsum, sondern auch für Bildung und Gesundheit. Der Kapitalismus scheint das ganze Leben zu organisieren. Auch wenn wir es sind, die lebendige Arbeit, unser Leben und unsere Beziehungen, die die Gesellschaft erzeugen, den Zusammenhang scheint der Kapitalismus herzustellen. Die Entwicklung hin zur realen Subsumption, zur immer intensiveren Verwertung findet etwa in der Produktion von Wissen statt, wie auch in der Produktion von Körper und Geschlecht. Es ist ein Durchgang durch (staatliche) Institutionen hin zu einem eigenverantwortlichen kapitalistischen Selbst.

Vor dem (industriellen) Kapitalismus gab es das Alltagswissen der Bäuer\_innen, der Handwerker\_innen etc und eine schmale Elite, die »wissenschaftliches« Wissen produzierte. Der Fordismus bedeutete dann einen gleichzeitigen Qualifizierungs- und Dequalifizierungsschub. Jetzt werden die einzelnen Arbeitsgänge im Taylorismus zerlegt, die Arbeiter\_innen müssen nur noch wenige Handbewegungen üben, die leicht zu erlernen sind. Parallel steigt aber die notwendige Zahl der Ingenieur\_innen und Verwalter\_innen in der Fabrik, außerdem wird die Büroorganisation ausgedehnt und die Zahl der angestellten Mitarbeiter\_innen steigt. Die Weiterentwicklung Richtung Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft mit Informatisierung und Computerisierung bedeutet neuerlich Qualifizierung auf der einen Seite, etwa für Programmierer\_innen, aber auch den Anstieg einer Anzahl unqualifizierter Arbeiten, etwa der einfachen Dateneingabe oder der kommunizierenden Call Center - Angestellten.

Die Art des Wissens und die Notwendigkeit seiner Produktion haben sich massiv verändert, von dem elitären Einzelgenie des 19. Jahrhunderts ist nicht mehr viel übrig geblieben, das Kapital braucht andere Intellektuelle als noch damals, eben etwa Ingenieur\_innen, die eine

möglichst kurze Ausbildung haben und schnell zu verwerten sind. Die Komplexität der Maschinen erfordert mehr Zusammenarbeit. Wurden früher Erfindungen aufgegriffen, wenn die gesellschaftliche Entwicklung dafür reif war (vgl. Braverman 1977: 26), agierte im Fordismus der Staat als Gesamtkapitalist, der die elitäre Universitätsbildung, etwa auch Grundlagenforschung finanzierte. Jetzt, nach der Massenuniversität, im »Neoliberalismus« wird die intellektuelle Entwicklung immer mehr direkt vom Kapital organisiert, ob in der Firma oder den kapitalfinanzierten Fachhochschulen. Aber auch die meisten entqualifizierten Arbeiten setzen eine gewisse Grundbildung des Lesens und Schreibens voraus, was jetzt die Schulbildung bis in große Teile des Trikonts trägt.

Von Boudry et.al. (1999) und Lorenz/Kuster (2007) wird der Begriff der »sexuellen Arbeit« entwickelt und herausgearbeitet. Dabei geht es um die Produktion von (heterosexuellen) Beziehungen und (nicht nur) geschlechtlicher Subjektivität (die tagtägliche Herstellung von »Frauen« und »Männern«). Das passiert auf verschiedenen Ebenen, einmal als Arbeitsteilung zwischen »zu Hause« und »in der Arbeit«, weiter in der geschlechtlichen Zuschreibung von Arbeiten im Allgemeinen. Aber auch innerhalb von (Lohn)Arbeitsprozessen, am Fließband weniger als in Dienstleistungsberufen, wird etwa durch Rollenverteilungen oder Flirtverhalten zwischen Verkäuferinnen und Kund\_innen Heterosexualität und Geschlecht nicht nur bestätigt, sondern produziert. Auch sexuelles Arbeiten wird dem Kapitalismus untergeordnet (Lorenz/Kuster 2007: 154): „Nr. 3: Sexuelle Arbeit ist doppelt produktiv: sie produziert Produkte / Dienstleistungen und sie produziert ein vergeschlechtlichtes, verkörpertes, begehrendes Subjekt“ (S. 153). „Nr. 7: Der produktive Charakter sexueller Arbeit wird [...] häufig nicht anerkannt und auch nicht entlohnt.“

Die Erfassung der Körper, des Begehrens, des Sexes und des Geschlechts durch den Kapitalismus erfolgt ebenso zuerst einmal durch die entsprechenden Institutionen im Reproduktionsbereich: Kindergärten, Altersheime, Krankenhäuser, besonders aber durch die Familie. Die Kleinfamilie hat die Funktion, erholend und ausgleichend zu wirken. Nicht zuletzt auch, um einen Ausgleich zwischen der Forderung nach schnellem Konsum in der Freizeit und längerer Planung zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter zu schaffen (vgl. Lüscher 1988: 187ff). Die Ernährung und Erziehung der Kinder, die Versorgung und Stabilisierung der männlichen Arbeitskraft, die Produktion von Leben, die vor dem industriellen Kapitalismus einfach außerhalb passierte, werden im fordistischen Familiensystem in die Reproduktion von Arbeitskraft verwandelt als notwendiger Teil der Reproduktion des Kapitalismus (vgl. Foltin 2005: 44).

Konzentrierte sich die Produktion der Geschlechter, die sexuelle Arbeit bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, auf die Familie, so beginnt sich das jetzt zu ändern. Über den Konsum sind schon andere Begehrensformen (etwa Lesben und Schwule) sichtbar geworden und konstituierender Teil der kapitalistischen Verwertung, sexuelle Arbeiten findet immer mehr außerhalb von Institutionen statt, auch an bezahlten Arbeitsplätzen. War der Zugriff auf den Körper zuerst noch formend, disziplinierend, normierend, so wird das in die individuelle Eigenverantwortung verlagert. Fitness und Körperbewusstsein, Eigenverantwortung für Gesundheit und Krankheit werden wichtiger als eine Einpassung in eine normierende Institution.

Um postfordistische Lebens- und Arbeitsweisen zu erklären, was sich in der Prekarisierung und der Zunahme affektiver und sexueller Arbeiten zeigt, verwendet Virno (2005: 61ff) die Begrifflichkeiten von Aristoteles, der die »menschliche Erfahrung« in die drei Bereiche Arbeit, politisches Handeln und Intellekt einteilt. Immer mehr Arbeiten werden »virtuos« und ähneln »persönlichen Dienstleistungen«. Typisch für diese »Produktionsweise« ist der Zusammenfall der drei Elemente und charakteristisch dafür ist die Virtuos\_in, die Interpret\_in eines Musikstückes oder eine Redner\_in. Das Produkt ist dabei kein Werk, sondern eine Performance. Die Arbeit fällt mit dem öffentlichen Auftritt (typisch für die Politik) zusammen. Die »Partitur«, die die entsprechende Arbeit, die Performanz anleitet, ist dabei das allgemeine Wissen, von Virno an Hand einer Anmerkung in den »Grundrissen« General Intellect genannt. Schon von seinem Ausgangspunkt übersieht Virno (mit Aristoteles) entscheidende Faktoren der Konstitution der Gesellschaft. Die »menschlichen Erfahrungen« Arbeit, Politik und Intellekt existieren nur in Abgrenzung zu ihren Gegenstücken: der (unbezahlten) Haus- und Beziehungsarbeit, dem Leben im privaten Raum und dem Körper.

Was bedeutet das Zusammenfallen der »männlichen«, der »zentralen« Elemente mit den unsichtbar gemachten, den ausgeschlossenen? Die postfordistischen Arbeits- und Lebensverhältnisse bewirken ja auch ein Verschwimmen der Grenzen zwischen bezahlter (»produktiver«) und unbezahlter Arbeit, wie zwischen privat und öffentlich. Und die Virtuos\_in kann nur mit »Körpereinsatz« auftreten, der Körper wird nicht nur wie in der Arbeit vernutzt, sondern spielt in seiner (häufig weiblichen) Ausformung eine entscheidende Rolle. Für die Virtuos\_in ist das Produktionsmittel das Wissen, das Können, der auf der Bühne präsente Körper, der in der individuellen Konsumtion »erzeugt«, vervollständigt, verbessert wurde, vom Lernen, über Stimmtraining bis hin zur Körperpflege. Lorey (2007: 8) charakterisiert an Hand von prekär lebenden und arbeitenden Künstler\_innen, Akademiker\_innen, etc. diese Formen

der Subjektivierung. „Individuelle Reproduktion und Generativität, die Produktion des Lebens individualisiert sich und verlagert sich nun zum Teil »in« die Subjekte selbst hinein. Es geht um Regeneration jenseits der Arbeit, auch durch Arbeit, aber immer noch sehr häufig jenseits von angemessen bezahlter Lohnarbeit. Es geht um (Selbst-)Erneuerung, um ein Aus-sich-selbst-Schöpfen, sich selbst aus eigener Kraft wieder herstellen: eigenverantwortlich. Die Selbstverwirklichung wird zur reproduktiven Aufgabe für das Selbst.“ Das ist »sexuell Arbeiten« auch als Herstellung von Heterosexualität und Geschlecht für die kapitalistische Gesellschaft.

Der Übergang von der formellen zur reellen Subsumption findet für die verschiedenen Bereiche jeweils über institutionelle Strukturen statt, mit dem Staat oder mit der Familie. Der Nationalstaat (und seine Institutionen) agiert dabei als ideeller Gesamtkapitalist, der das Ganze im Blick hat. Ein typisches Beispiel dafür ist die Antwort auf kulturelle Widerständigkeiten in der Nachfolge von 1968. Es gibt den charakteristischen Ablauf: als Antwort auf kulturelle Kämpfe etablieren sich Projekte, manchmal bereits abhängig vom Markt, häufig aber gering subventioniert und unterstützt durch (staatliche) Institutionen und verbunden mit Selbstausbeutung. In der weiteren Entwicklung wird (kapitalistische) Evaluierung verlangt und die Projekte unterliegen dem Zwang der Unterwerfung unter die Verwertung.

Ob jetzt für Wissen und Bildung, Körper und Sex oder Kunst und Kultur, immer größere Bereiche werden zuerst den Institutionen unterworfen, dann der kapitalistischen Organisation. Die Subsumption des Lebens unter das Kapital zuerst als Disziplinierung und Kontrolle und dann als Verwertung und Selbstkontrolle. Mit der Wertung als kapitalistisches Selbst wird auch die Produktion von Subjektivität aufgewertet und damit die sexuelle Arbeit.

In heutigen postfordistischen Arbeits- und Lebensverhältnissen ist die reelle Subsumption allerdings eine andere als zur Zeit der Unterwerfung der lebendigen Arbeit unter die Maschinen der großen Industrie. Die »Enteignung« des Wissens und der Fähigkeiten der Arbeiter\_innen betrifft »das ganze Leben«. Dieses ganze Leben behält Elemente der Autonomie, das Verhältnis zur Maschine verändert sich: war diese für die Facharbeiter\_innen der Manufakturperiode als Werkzeug eine erweiterte körperliche Möglichkeit als verlängerter Arm (formelle Subsumption) und wurden in der großen Industrie die Arbeiter\_innen von der Maschine dominiert, so ist die heutige Situation der individuellen Besitzer\_innen von Handys und Computern beides zugleich: die »Maschine«, etwa als Wissen oder Körperlichkeit, ist

Werkzeug unter der Kontrolle der Arbeitenden, wobei die individuelle und kollektive Autonomie größer ist, als es den Facharbeiter\_innen je möglich war (darum spricht Virno von neuerlicher »nur formeller Subsumtion« *Colectivo Situaciones* / Virno 2006: 10). Umgekehrt sind aber die Arbeiter\_innen noch mehr abhängig von den Maschinen, ein Leben ohne Internet oder sonstigen Kommunikationsmittel ist nicht mehr möglich. Und diese Kommunikationskanäle sind kapitalistisch organisiert, vom Internet bis hin zur Mobiltelefonie. Auch die Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten durch Staat und Kapital sind intensiver als sie es gegenüber den Fließbandarbeiter\_innen je sein hätten können.

Das Gleiche gilt, wenn der Körper als Werkzeug der sexuellen Arbeit betrachtet wird. Es gibt soviel Autonomie und Selbstkontrolle wie noch nie, die Einzelnen hatten noch nie soviel potentielle Entscheidungsfreiheit in Bezug auf ihre Lebensformen, eine körperliche Vielfalt ist möglich, die allerdings immer wieder an die Grenzen der Verwertung stößt. Zugleich aber hat es noch nie einen so intensiven Zugriff auf den Körper und das Leben durch den Kapitalismus gegeben. Die Arbeitsbedingungen der in Haus- und Betreuungsarbeit beschäftigten Migrantinnen sind unerträglich. Die tägliche Körperproduktion ist besonders für Frauen anstrengend und aufwändig, das Lächeln der Kundenbetreuerinnen und Bedienungen ist künstlich und gequält. Der Körperkult in der Öffentlichkeit kaum auszuhalten. Der Körper ist mehr dem Kapitalismus unterworfen denn je, die Ausbeutung ist intensiver, als mensch es sich früher hat vorstellen können.

Der Kapitalismus ist abhängig vom Wissen, vom Intellekt, von den Beziehungen, den Gefühlen, von den Subjektivitäten, er ist abhängig von der Autonomie und Unabhängigkeit der Körper und der Leben. Um die Ausbeutung zu gewährleisten, muss das alles gefördert werden. Zugleich wird es aber immer sofort der Verwertung unterworfen, was die Autonomie und Unabhängigkeit wieder einschränkt. Ein Beispiel ist der widersprüchliche Umgang mit Wissen und Kreativität: einerseits muss das freie Fließen gefördert werden, durch die potentielle Unendlichkeit geht aber die Möglichkeit der Verwertung gegen Null. Darum Einschränkungen und die Erzeugung von künstlichem Mangel durch Copyright-Gesetze. Auch die Vielfalt der Körper, des Begehrens, der Beziehungen wird anerkannt, solange das der Verwertung unterliegt. Nicht kommerzielles Leben wird sofort eingeschränkt, begrenzt, privatisiert. Ein Beispiel ist die Säuberung öffentlicher Plätze von auffälligen Individuen, die als kommerzielle Subkulturen sehr wohl existieren dürfen. Und diese Widersprüche produzieren immer wieder Revolten, die Negation, den »Schrei« (Holloway 2002). Wir, die Multitude produzieren den Kapitalismus, aber wir leiden auch am herrschenden System. Es geht darum, in den Kämpfen

dem Kapitalismus seine eigene Melodie vorzuspielen und dadurch die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Im und gegen den Kapitalismus.

#### **4. Multitude**

Wird alles vom Kapital erfasst, findet auch der Widerstand überall statt. Dabei handelt es sich um kein einheitliches »Subjekt«, sondern die Multitude ist die Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit der Kämpfe und sozialen Bewegungen. Es ist aber auch das alltägliche Leben, das sich nicht (mehr) vereinheitlichend repräsentieren lässt. Die revolutionäre Überwindung des herrschenden Systems ist die Verbindung zwischen diesem Leben und der Selbstorganisation in der Revolte. Oder anders formuliert, der revolutionäre Kampf findet im alltäglichen Leben statt und dadurch auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Auch die Theorieproduktion nimmt verschiedene Standpunkte ein (im Sinne von Haraways situiertem Wissen), die Wahrheiten der unterschiedlichen Lebensformen und Bewegungen reflektieren das nicht einheitlich Repräsentierbare der Multitude.

In ihrem Buch »Multitude« gehen Hardt / Negri (2004) auf Kritiken ein, die sich auf das unklare Multitude-Konzept aus »Empire« (Hardt / Negri 2000) beziehen. So beschreiben sie Teile der Multitude: industrielle und immaterielle Arbeiter\_innen, Bäuer\_innen, die Massenarmut. Das ist eine Aufzählung »soziologischer« Fakten, hier sollen aber theoretische Konzepte im Zentrum stehen.

#### **Multitude als Klassenkonzept**

Die Arbeiter\_innenklasse ist nicht naturwüchsig mit dem Kapitalismus verbunden, sondern entsteht in den Klassenkämpfen und Organisationsformen und konnte erst dadurch definiert werden. Wie oben aufgezeigt, findet Ausbeutung nicht allein im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital statt. Und gekämpft wird nicht nur um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, sondern in allen Bereichen, die das Leben organisieren: um »Kulturelles« wie Musik und Aussehen, um Beziehungen und Sexualität, um die Aneignung und Verwertung von Wissen, um das Verhältnis zur Natur. Oft wird kritisiert, dass es bei diesen Kämpfen nur um Anerkennung durch staatliche Institutionen und die Gesellschaft ginge. Aber auch die »traditionellen« Arbeiter\_innenkämpfe waren Kämpfe um Anerkennung (»siegreich« durch ihre Integration in den fordistischen Staat), wie auch umgekehrt die Kämpfe um Anerkennung immer auch soziale Kämpfe waren, etwa gegen die Ausgrenzung aus staatlichen Alimentierungen oder gegen ökonomische Benachteiligung (»siegreich« in ihrer Anerkennung, etwa der Lesben und

Schwulen als wichtige Konsument\_innengruppe). So gibt es keinen Kampf mehr, der nicht auch kapitalismuskritische oder antikapitalistische Elemente enthält wie es umgekehrt auch keine Widerständigkeiten gibt, die nicht in den Kapitalismus integrierbar wären. Die Multitude ist die Vielfalt dieser Kämpfe, die sich vermeintlich nur auf ein Thema beziehen, aber auch theoretisches Konzept, um wieder einen revolutionären Zusammenhang herzustellen.

### **Die Geschichte der Multitude (vgl. Virno 2005: 25ff)**

Zu Beginn der Moderne taucht das Konzept »Immanenz« auf, es gibt nichts mehr, das über das Existierende hinausgeht, kein transzendentes Ziel wie etwa Gott. Diese Existenz ist die ungeordnete Multitude, die diszipliniert werden muss. Zur Unterordnung im Prozess der Säkularisierung setzten sich neue Transzendenzen wie Volk, Nation und Staat durch (vgl. auch Empire 2000: 69ff). Die Dominanz der repräsentierenden Strukturen wirkt sich auch auf die Oppositionen aus, wie etwa den Organisationsformen der Arbeiter\_innenbewegung, die sich auf nationalstaatliche Strukturen beziehen, sich nicht von den »bürgerlichen« Parteien unterscheiden und eine ähnliche Form des Expert\_innentums und der Stellvertretung entwickeln. Die Orientierung geht auf Machtübernahme durch Wahlen oder bewaffneten Kampf und zielt auf ein transzendentes Ergebnis wie einen »revolutionären Staat«. Soziale Bewegungen, die die Vielfalt einer Multitude ausmachen, hat es immer wieder gegeben, von »undisziplinierten« Revolten (Demonstrationen, Krawalle und Streiks) bis hin zur ersten Frauenbewegung, der ersten Schwulenbewegung, der Sexualreformbewegung. Diese Auseinandersetzungen wurden von den linken Parteien als untergeordnet behandelt. Der Charakter der radikalen und oppositionellen Bewegungen verändert sich dann um und nach 1968. Nicht umsonst fällt dieses Auftauchen mit der Krise des »realen Sozialismus«, der Sozialdemokratie und der nationalen Befreiungsbewegungen zusammen, also mit den staatsorientierten Organisationen der Systemopposition.

### **Multitude als Organisationsform**

Die Integration der vielfältigen Multitude in die staatliche und internationale Herrschaft erfolgt immer weniger auf nationalstaatlicher Ebene durch wählbare Parteien, sondern auch durch formelle und informelle Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Außerdem haben die politischen Bewegungen gegen den Kapitalismus heute einen anderen Charakter als vor einem halben Jahrhundert. Es dominieren nicht mehr politische Parteien und traditionelle linke Sekten, die Aktionseinheiten schließen, sondern Personen, die aus »Ein-Punkt-Bewegungen« kommen (antirassistisch, Antifa, queer, feministisch etc., aber auch Gewerkschaften) oder sich an sozialen Zusammenhängen orientieren wie sozialen Zentren oder kulturellen Treffpunkten.

Selbstorganisation und Bezugsgruppen haben eine größere Bedeutung als früher, wo politische Organisationen ihr Fußvolk (ihre Basis) mobilisierten. Die repräsentativen Organisationen sind zwar nicht verschwunden, wie etwa die Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm gezeigt haben, haben aber an Bedeutung verloren.

### **Multitude als ontologisches Konzept**

Ontologie bedeutet die Lehre vom Sein. In der postoperaistischen Theorie ist darunter das Alltagsleben der »Subjekte« zu verstehen, ihre Kommunikation, Kooperation, ihr gemeinsames Leben. Virno (2005: 102ff) übernimmt einen Marxschen Begriff aus den Grundrissen: das »gesellschaftliche Individuum«. Aus einem »Präindividuellen«, das aus den Eigenschaften der Spezies Mensch besteht, der Sprachfähigkeit und der gesellschaftlichen Situation, aber auch der Gesamtheit der Produktivkräfte im Kapitalismus, entwickelt sich das Individuum. Und zwar durch einen »Individuationsprozess« im alltäglichen Leben. Es entwickelt sich im Gemeinsamen von Kommunikation und Beziehungen, darum gesellschaftlich. Mehr Gemeinsames bedeutet auch mehr Individualität. Das widerspricht sowohl vereinheitlichenden Repräsentationen wie Nation oder Partei und bedeutet darum gerade keine Unterordnung unter ein »Kollektiv«. Diese Gesamtheit der gesellschaftlichen Individuen bildet die Multitude.

### **5. Gesellschaftliche Individuen**

Die gesellschaftlichen Individuen sind abhängig von den entsprechenden Kontexten und ihrem Werden im Prozess des Lebens und der Revolte. Zur Zeit des Fordismus gab es in bestimmten Bereichen stabile Identitäten (Hausfrauen, Fabrikarbeiter), die sich auf das ganze soziale und kulturelle Leben auswirkten, es existierte etwa so etwas wie eine Arbeiter\_innenkultur (mit Auto und Häuschenbautraum). So gibt es jetzt kaum mehr identitäre Kulturen, in der Disco ist das Arbeiter\_innenkind nicht mehr vom »Bourgeois« zu unterscheiden. Der Verlust an Identitäten ist die Motivation für neue Hilfskonstruktionen (die nichtsdestotrotz sehr gesellschaftswirksam werden können) wie Rassismen, Nationalismen und Fundamentalismen. Diese werden vom gesellschaftlichen Kontext genauso geformt wie durch die Eigenaktivität der Individuen.

Aus Sicht der Produktivkraftentwicklung verschwindet die Grenze zwischen dem biologischen Sein und der umgebenden Technik, weshalb Donna Haraway (1995: 33ff) von den Cyborgs spricht. Immer weniger wird die Grenze des (körperlichen und unkörperlichen) Individuums durch die Grenze der Haut bestimmt. Nicht mehr allein die Kleidung produziert die soziale und

/ oder Geschlechtsidentität, sondern auch Tätowierungen und Piercing. Werkzeuge sind immer näher am Körper wie Computer und Handys (mensch muss nicht gleich an Herzschrittmacher denken). Das Hirn verwendet nicht nur Wissen, Kommunikation und Sprache, sondern verknüpft diese immer mehr mit dem allgemeinen Wissen, von Bibliotheken hin bis zum Internet.

Auch die Wechselwirkung zwischen organischem Körper und Medikamenten bedeutet die Veränderung des »Charakters«, der Identität, etwa durch die weit verbreitete Anwendung von Antidepressiva. Nicht zu sprechen von Hormonpräparaten, die die Geschlechtlichkeit beeinflussen. Die Nichteindeutigkeit der Identitäten wirkt sich darauf aus, dass auch die Reduzierung auf zwei Geschlechter in Frage gestellt wird. Nicht nur theoretisch (Butler 1991; 1997), sondern auch in der Realität gibt es Veränderungen. Transgender-Personen erscheinen zwar als kleine Minderheit, aber in der Kritik an der normativen Heterosexualität vervielfältigten sich die sichtbaren Liebes- und Begehrensformen (von Polyamour bis zu BDSM) und damit die Identitäten. Diese existierten zwar immer, konnten aber erst jetzt in einen Prozess der Sichtbarkeit und der gesellschaftlichen Veränderung eintreten (so wird eine revolutionäre Umwälzung auch eine feministische, eine queere und eine sexuelle Revolution sein, anders und mehr, als mensch sich 1968 vorstellen konnte).

Die Multitude ist die existierende Vielfalt des Alltagslebens, verknüpft mit den großen und kleinen Revolten. Sie ist der Versuch, die Welt zu ändern, indem wir an der Änderung unseres eigenen Lebens arbeiten, aber die Zusammenhänge mit den herrschenden Institutionen, das Wirken der herrschenden Gesellschaft, erkennen, kritisieren und angreifen. Wir sind Produkte der herrschenden Gesellschaft, der vorherrschenden kapitalistischen Strukturen, aber es liegt in unserer Hand, sie zu ändern: indem wir uns engagieren und organisieren, indem wir demonstrieren und streiken, aber auch, indem wir immer wieder über unseren eigenen Herrschaftsstrukturen reflektieren und etwa an einer Veränderung der patriarchalen Geschlechterordnung arbeiten und informelle Hierarchien und Autoritätsstrukturen unter uns bekämpfen und kritisieren.

### **Literatur:**

Birkner, Martin / Foltin, Robert (2006): (Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude. Stuttgart, Schmetterling Verlag.

Boudry, Pauline / Kuster, Brigitte / Lorenz, Renate (1999): Reproduktionskosten fälschen! Heterosexualität, Arbeit und Zuhause. Berlin: b\_books.

- Braverman, Harry (1977): Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß. Frankfurt / New York: Campus.
- Butler Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler Judith (1997): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Colectivo Situaciones / Virno, Paolo (2006): »Die Reife der Zeit. Zur Aktualität der Multitude«, in: grundrisse 20, S. 6-11.
- Deleuze, Gilles (1992): Foucault. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foltin, Robert (2004): Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich. Wien, edition grundrisse.
- Foltin, Robert (2005): »Fordismus und Familiensystem«, in: grundrisse 16, S. 41-47.
- Foltin, Robert (2008): »Reelle Subsumption des Lebens unter das Kapital«, in: grundrisse 25, S. 15-20.
- Haraway, Donna (1995): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt am Main / New York: Campus.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2000): Empire. Frankfurt, Campus.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2004): Multitude. War and Democracy in the Age of Empire. New York: The Penguin Press.
- Holloway, John (2002): Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lorenz, Renate / Kuster, Brigitta (2007): sexuell arbeiten, eine queere perspektive auf arbeit und prekäres leben. Berlin: b\_books.
- Lorey (2007): VirtuosInnen der Freiheit. Zur Implosion von politischer Virtuosität und produktiver Arbeit. In: grundrisse 23, S. 4-10.
- Lüscher, Rudolf M. (1988): Henry und die Krümelmonster. Versuch über den fordistischen Sozialcharakter. Tübingen: Konkursbuchverlag.
- Marx, Karl (1969): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Frankfurt am Main: Verlag neue Kritik.
- Negri, Antonio/Hardt, Michael (1997): Die Arbeit des Dionysos. Berlin: Edition ID-Archiv.
- Marianne Pieper, Thomas Atzert, Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos (Hg): Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri. Frankfurt / New York: Campus.
- Revel, Judith (2007): »Biopolitik«, in: Marianne Pieper et.al.: Empire und die biopolitische Wende, S. 245-252.
- Schultz, Susanne (2006): Hegemonie – Gouvernementalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Virno, Paolo (2005): Grammatik der Multitude. Öffentlichkeit, Intellekt und Arbeit als Lebensformen. Wien: Turia + Kant (auch Berlin: ID-Verlag).

## **Gruppe 180°: Revolte ohne Wandel? Wertkritik und soziale Bewegung**

### **1. Welcher Kapitalismus? Welche Kritik?**

Lange Zeit schien die Sache relativ klar zu sein. Im Kapitalismus, da gibt es auf der einen Seite die Kapitalist\*Innen, dargestellt sehr häufig mit dicker Zigarre im Mund und Melone auf dem Kopf, und auf der anderen Seite gibt es die Proletarier\*Innen im Blaumann und mit zerschundenen Knochen. Kapital und Arbeit stehen sich unversöhnlich gegenüber. Die einen

haben die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, mittels derer sie jene, die nichts als ihre Arbeitskraft zu Markte tragen können, ausbeuten – also den von der Arbeiterklasse produzierten Wert abzüglich des Lohns einstreichen.

Kapitalismus wurde lange Zeit als Herrschaft der einen Klasse über eine andere analysiert und bekämpft. Die Ausbeutung des Proletariats sollte überwunden werden, der erwirtschaftete Wert also tatsächlich und möglichst vollständig in die Hände der Arbeiter\*Innen gelangen. Der soziale Wandel war dabei identisch mit der Aneignung des Mehrwertes durch die Arbeiter\*Innen, also dem Teil des durch Arbeit produzierten Wertes, den die Kapitalist\*Innen einbehalten. Die Verteilungskämpfe von Kapital und Arbeit waren so ein unmittelbarer Anknüpfungspunkt für weite Teile der radikalen Linken. Die Kämpfe sollten auf die Entwicklung von Klassenbewusstsein zielen und schließlich von einem seinem Klasseninteresse bewusst gewordenen Proletariat zugespitzt werden, bis aus dem Kampf um den Mehrwert ein Kampf um die Expropriation der Expropriateure – der Enteignung der Enteigner – wird.

Im Mittelpunkt standen also die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und – das ist entscheidend - die Eigentumsverhältnisse, die diese Verteilung bedingten und der einen Klasse die Macht geben, die andere auszubeuten. Die gesellschaftliche Form des Reichtums stand dabei weitgehend außerhalb der Kritik. Was das heißt, dazu kommen wir jetzt. Dies ist im Wesentlichen der Stein des Anstoßes einer Kritik, die sich ab Mitte/Ende der 1980er Jahre entlang einer Neuinterpretation der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie entwickelte.

## **2. Die Wertkritik**

Diese Kritik hat seit einigen Jahren unter dem Label „Wertkritik“ in den Debatten der radikalen Linken v.a. in Deutschland an Bedeutung gewonnen. Ihre theoretischen Wurzeln hat sie in der neuen Marxrezeption (Backhaus, Reichelt etc.) im Anschluss an die Kritische Theorie (Horkheimer, Adorno), die zwar auch von der Protestgeneration der 1960er und 1970er Jahre rezipiert, damals aber nicht systematisch angeeignet wurde. Es gab eher einen Bezug auf die Namen als auf die damit verbundenen theoretischen Implikationen.

Dann kam es in den 1980ern zu einer neuen historischen Situation, die scheinbar eine neue und erweiterte Beschäftigung mit diesen Ansätzen nahegelegt hat: die mit sinkendem Wirtschaftswachstum verbundene und für damalige Verhältnisse hohe Arbeitslosigkeit; die

ausbleibenden Kampferfolge der Arbeiter\*Innenbewegung; der Niedergang des Realsozialismus; die Umweltbewegung und ihre Kritik am Wachstumszwang, mit der sich der traditionelle Marxismus nie wirklich anfreunden konnte.

Hier begann nun eine Debatte darum, was denn eigentlich den Kern des Kapitalismus' ausmache. Ausgegangen wurde dabei – wie das bislang in weiten Teilen der Linken ohnehin üblich war – von Karl Marx und dessen „Kritik der politischen Ökonomie“. Zuerst gebraucht wurde der Name „Wertkritik“ von der Gruppe Krisis, die mittlerweile in der damaligen Form nicht mehr existiert und um ihr Spaltprodukt „Exit“ erweitert wurde. Ein wichtiger Name in diesem Zusammenhang ist Moishe Postone, der sich vor allem um Grundlagenstudien sowie Überlegungen zum Zusammenhang von Wertvergesellschaftung und Antisemitismus verdient gemacht hat. Ein Versuch, das Geschlechterverhältnis systematisch in die Wertkritik einzuweben, liegt von Roswitha Scholz vor<sup>1</sup>.

Der Name verrät es bereits: Die Wertkritik stellt in den Mittelpunkt der Kritik schon die gesellschaftliche Form des Reichtums, also die Tatsache, dass Reichtum als Wert erscheint. Das hatte die klassische Arbeiter\*Innenbewegung immer voraus- und als positiven Bezugspunkt gesetzt. Die Wertkritik findet aber schon den Umstand, dass im Kapitalismus Reichtum als Wert erscheinen muss, der sich dann wiederum im Geld ausdrückt, einen gesellschaftlichen Skandal.

Was heißt das nun? Die Grundlage des Wertes – und damit des gesellschaftlichen Reichtums im Kapitalismus – ist die Arbeit. Arbeit meint dabei aber nicht menschliche Tätigkeiten generell und überhaupt, sondern die Tätigkeiten, die sich auf den Reproduktionsprozess des Kapitals beziehen - die also im Zusammenhang von Lohn und Geld stehen, also der Warenproduktion dienen. Arbeit und Wert bilden so einerseits eine ganz besondere und nur für den Kapitalismus gültige Form von Gesellschaftlichkeit.

Mit der Entstehung des Kapitalismus ändert sich die Form, in der gesellschaftliche Herrschaft vonstatten geht. Bis dahin waren es oft persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, die darüber entschieden, wer wieviel vom gesellschaftlichen Reichtum abbekommt. Im Kapitalismus sind die Menschen nicht mehr direkt über solche Abhängigkeitsverhältnisse in Beziehung gesetzt, sondern indirekt über den Wert – und damit eben über eine versachlichte Struktur von Arbeit und Geld, die sich ihnen gegenüber verselbständigt.

Der Wert kriegt so also eine doppelte Funktion: Einerseits ist er die gültige Form, in der sich gesellschaftlicher Reichtum ausdrücken kann. Andererseits übernimmt er aber auch die Vermittlung der gesellschaftlichen Beziehungen. Das sieht in etwa so aus:

Der Wert ist nichts weiter als die in einem Produkt verausgabte gesellschaftlich notwendige Arbeit. Das hat zur Folge, dass es bei der Produktion nicht in erster Linie um konkrete Gebrauchsgüter geht. Wenn allein die verausgabte menschliche Arbeit als Gradmesser für Reichtum zählt, dann erscheinen die von dieser Arbeit hergestellten Gebrauchsgegenstände als notwendiges Übel. "Leider" notwendig, denn wenn niemand etwas von ihnen hätte, ließen sie sich nicht verkaufen. Hauptsache: Es wird produziert, egal ob das dann Schokotörtchen oder Panzer sind. Die Verausgabung von Arbeit wird damit zum Selbstzweck. Das ist es dann, was laut Marx und der Wertkritik das Kapital ausmacht: Geldvermehrung als Selbstzweck. Aus Geld mehr Geld machen, aus einem Euro drei. Nur wo dieser Prozess gelingt – wo Kapital also in der Lage ist, Profit aus der Anwendung der Ware Arbeitskraft zu schlagen –, funktioniert dann der Prozess der gesellschaftlichen Reproduktion.

Diesen Prozess haben die Menschen zwar durch ihr Handeln in Gang gesetzt, sie können ihn aber nicht wirklich kontrollieren. Ein bisschen ist das so wie bei dem berüchtigten Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird. Die Menschen sind eben nicht direkt zueinander in Beziehung gesetzt, sondern nur vermittelt über die Gegenstände, die sie produziert haben. So kommt es dann, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen die Form eines Verhältnisses von Sachen annehmen. Ihre eigenen Verhältnisse werden sachlich, und die Sachen (also die von ihnen hergestellten Gegenstände) und ihre Beziehungen untereinander kriegen plötzlich Gewalt über sie.

Bei Marx gibt es im Kapital diese mittlerweile schon fast berühmt gewordene Formulierung: Den Menschen „*erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeit als das was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und als gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.*“<sup>2</sup>

Diese gesellschaftlichen Verhältnisse begründen so ein Zwangsverhältnis, das dem persönlichen Willen vorgeschaltet ist. Das Kapital ist in diesem Sinne also zwar ein gesellschaftliches Verhältnis, aber eben keines, in dem die Menschen tatsächlich die Macht über ihr Leben hätten. Es ist sozusagen ein negatives gesellschaftliches Verhältnis. Es ist gibt

zwar Gesellschaftlichkeit im Kapitalismus, aber sie ist zutiefst ungesellschaftlich.

Sowohl Kapital als auch Arbeit sind innerhalb dieser Logik auf das Funktionieren der Reproduktion der Kapitals verwiesen, auch wenn daraus sehr unterschiedliche Positionen in der gesellschaftlichen Machtverteilung resultieren. Dass sich die Unternehmen einen Teil des durch die Arbeit geschaffenen Wertes aneignen, war in der traditionellen Linken wesentlicher Bestandteil der Analyse. Das wird auch von der Wertkritik nicht bestritten.

Allerdings wird darauf verwiesen, dass diese Aneignung nicht so sehr dem bösen Willen der Bosse entspringt als vielmehr einem systemhaften Zwang: Um in der Konkurrenz nicht unterzugehen, müssen die Unternehmen möglichst hohe Gewinne erwirtschaften. Diese werden dann zu guten Teilen in neue, bessere oder schlicht mehr Maschinen investiert, um noch mehr produzieren und verkaufen zu können und noch höhere Gewinne zu erwirtschaften. Der Prozess der Anhäufung von Kapital wird hier als ein automatischer Prozess verstanden. Das Kapital, so eine Formulierung von Marx, sei ein „automatisches Subjekt“.

Diese Sicht bringt einige Neuerungen mit sich: Plötzlich sind alle an der Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung beteiligt. Es ist nicht mehr nur der kleine Zirkel von Kapitalist\*Innen, die Herrschaft und Ausbeutung organisieren. Die Systemzwänge können sogar den individuellen oder kollektiven Interessen der Kapitalist\*Innen entgegenstehen. Etwa wenn eine Krise ausbricht, die nun niemand der Beteiligten "gewollt" hatte, aber über sie hinweg rollt, als wäre sie eine Naturgewalt. Kapitalismus ist vielmehr das, was wir alle täglich tun, indem wir Waren produzieren und tauschen. Dadurch wurde der emphatische und selbstverständliche Bezug der Linken auf den Klassenkampf und die Arbeiter\*Innen-Klasse in Frage gestellt, denn auch das Proletariat erscheint hier nur als Teil des Kapitalismus – und nicht als etwas, das irgendwie außerhalb davon steht oder Interessen hat, die über den Kapitalismus hinausweisen.

Sehr schön auf den Punkt gebracht hat das Franz Schandl:

*„Man kann es drehen wie man will, konstantes und variables Kapital sind elementar an die Akkumulation gebunden. Sie backen den gleichen Kuchen, Ware genannt, aber sie streiten um die Stücke, Klassenkampf geheißen“<sup>3</sup>*

Letztlich treten sich die Menschen also als nur als Vertreter\*Innen ihrer jeweiligen Kategorien gegenüber. Das war auch Marx klar, weshalb der bereits im zweiten Kapitel des Kapital

geschrieben hat:

*„Die Personen existieren hier nur füreinander als Repräsentanten von Ware und daher als Warenbesitzer. Wir werden überhaupt im Fortgang der Entwicklung finden, daß die ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger sie sich gegenüber treten.“*<sup>4</sup>

Etwas deutlicher wird der Gedanke im Vorwort, wenn er dort ausdrücklich betont:

*„Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse ein Wort. Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“*<sup>5</sup>

Und so hat in der Folge solcher neuen Varianten kritischer Theorie auch innerhalb der politischen Linken eine Debatte darüber begonnen, welche Forderungen zu stellen denn nun legitim sein soll. Dabei hat es sich in großen Teilen innerhalb der radikalen Linken eingebürgert, Forderungen in zwei Kategorien zu unterteilen: in solche, die „systemimmanent“ sind und in solche, die antikapitalistisch sind. Immanent meint dabei, dass die jeweilige Forderung den Kapitalismus nicht grundsätzlich in Frage stellt. Jede Form von Umverteilungspolitik – ob staatlich oder über Lohnkämpfe - verliert damit ihre Relevanz für einen Antikapitalismus, weil sie die Form des kapitalistischen Reichtums nicht berühren.

### **3. Kritik der Umverteilungspolitik**

Nun gibt es ja tatsächlich eine ganze Menge Gründe, warum die traditionelle Umverteilungspolitik und altbackene Klassenkampfvorstellungen nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss sind. Der eben schon erwähnte Zusammenhang von Arbeit und Geld etwa.

Die Interessen von Arbeiter\*Innen und Kapitalist\*Innen etwa sind bei weitem nicht so grundverschieden wie die traditionelle Darstellung das nahelegt. Die Arbeiter\*Innen haben zwar ein grundsätzliches Interesse daran, ihre Löhne auf Kosten der Unternehmensgewinne zu

erhöhen. Sie haben aber ebenso ein Interesse daran, dass die Gewinne nicht zu sehr sinken. Denn dann würden ihnen ihre Arbeitsplätze verlustig gehen – und damit auch ihre Löhne. Hier greift die oben beschriebene gegenseitige Abhängigkeit: Beide backen eben am selben Kuchen und streiten sich um dessen Stücke.

Umgekehrt gilt das ähnlich: Die Unternehmen haben selbstverständlich ein Interesse daran, die Kosten für Löhne möglichst zu senken, aber andererseits haben sie ein genauso großes Interesse, dass auch jemand die produzierten Güter kauft.

Für beide Seiten gilt hier, dass sie nicht ohne, sondern nur miteinander können. Hier haben dann übrigens auch die ständigen wirtschaftspolitischen Streitereien zwischen Keynesianer\*Innen und Neoliberalen ihren Ursprung: Die einen streichen beständig die Notwendigkeit von Nachfrage heraus, während die anderen v.a. die angemessenen Unternehmensprofite im Auge haben.

Es hat also einen realen ökonomischen Grund, wenn sich Betriebsräte auf Co-Management einlassen, d.h. wenn sie das Bestehen des Unternehmens im Wettbewerb wichtig finden und ihre Politik auch daran ausrichten, dass das Unternehmen erfolgreich ist und bleibt.

Laut einer Umfrage sind 72% der Metall-Betriebsräte der Meinung: *„Kollegen, die nicht mitziehen oder eine ruhige Kugel schieben wollen, können wir uns nicht leisten!“* Gleichzeitig finden die aber auch, es gäbe einen „unüberwindbaren Gegensatz von Kapital und Arbeit“ (77% Zustimmung).<sup>6</sup> Das wirft vielleicht auch ein Licht darauf, wer mit dem "wir" im ersten Zitat gemeint sein könnte. Dabei fangen sich die Betriebsräte ebenso wie die Gewerkschaften als Vertretungsorgan aller Arbeiter\*Innen allerdings eine ganze Reihe an Problemen ein. Tatsächlich nämlich ist für sie perspektivisch und im Schnitt immer nur das durchsetzbar, was vor den Anforderungen von Kapitalanhäufung und Gewinnmaximierung bestehen kann.

Allem verbalen Internationalismus zum Trotz ist der eigene Erfolg an den Misserfolg anderer Volkswirtschaften und ausländischer Betriebe gebunden. Allem Risiko am Arbeitsplatz zum Trotz ist Ver.di dann plötzlich für Atomkraft oder traditionelle Energieträger – da hilft auch kein grüner Bundesvorsitzender. So gibt es die durchaus erlebte Episode von Straßenarbeitern in einem städtischen Bauamt, die extra die giftige Farbe geordert haben, weil sie den Gefahrenzuschlag für die Abzahlungen der Hypothek auf ihr Haus gebrauchen konnten. Hier binden sich die Menschen und ihre Interessen an eine ihnen (wenn auch durch eigenes

Handeln) vorgegebene Struktur, schränken sich, in diesem Beispiel ohne Extra-Druck von außen, selbst ein, um den Sachzwängen genügen zu können.

Aber nicht nur die materiellen Einschränkungen spielen hier eine wichtige Rolle. Auch auf einer ideologischen Ebene spielt sich Bemerkenswertes ab. Dabei geht es nicht nur um den Hang, durch standortpatriotische Argumentationen national-chauvinistische, autoritäre und rechts-konservative Positionen zu stärken, auch wenn das ein wichtiges Moment sein mag.

V.a. vollzieht sich aber eine Form der Selbstverdinglichung. Der vom Kapitalismus produzierte Skandal, dass die Interessen der einzelnen Subjekte nur innerhalb des Funktionszusammenhangs des Kapitals gesellschaftliche Gültigkeit besitzen, wird im Protest gegen die Auswirkungen dieses Zustands noch einmal reproduziert und damit legitimiert. Das individuelle Bedürfnis erscheint so mit einem Mal erst dann berechtigt, so es sich z. B. als „Nachfragefaktor“ legitimieren kann. Es zeigt sich so unfreiwillig das Totalitäre eines Systems, in dem sich selbst die Opposition gegen die von ihm produzierten Zustände mit der Übereinstimmung mit der Logik dieses Systems legitimieren.

#### **4. Grenzen der bloßen Kritik des Werts**

Das Problem, das mit dem theoriegeschichtlichen Einstieg verdeutlicht werden sollte, ist, dass diese Vorstellung von der „Immanenz“ von Forderungen, die sich meist auf Verteilungsfragen beziehen, in eben jenem neuen Kapitalismusverständnis wurzelt, das sich in Absetzung vom alten Klassenkampf-Paradigma entwickelt hat. Die sog. Verteilungsfrage galt in weiten Teilen der klassenkampforientierten Linken geradezu als idealer Anknüpfungspunkt, weil durch den Nachweis der zunehmenden Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums ‘in den Händen weniger’ der Kapitalismus als Klassenherrschaft entlarvt werden konnte. Vor dem Hintergrund einer Vorstellung, in der die Gesellschaft in Herrscher und Beherrschte zerfällt, sind die Anknüpfungspunkte zu deren Überwindung relativ klar auszumachen. Es sind die Interessen der Beherrschten, die diese gegen die herrschende Klasse geltend machen.

In dem Moment, wo jedoch der Klassenantagonismus zu einem immanenten Konflikt im Rahmen eines gesellschaftlichen Zwangszusammenhangs interpretiert wird, an dessen Reproduktion alle beteiligt sind, wird es schwierig, sich auf Interessen, die auf das Bestehende bezogen sind, positiv beziehen zu können. Das erklärt die Inflation des Wortes „immanent“ in den Debatten der letzten Jahre.

Für die politische Praxis ergeben sich daraus jedoch ausgesprochen paradoxe Anforderungen. Es ließen sich einerseits Kilometer von Texten aneinanderreihen, in denen gefordert wird, dass das Individuum, besser noch das 'hedonistische Individuum' mit seinen Interessen und Bedürfnissen zum Ausgangspunkt emanzipatorischer Praxis gemacht werden soll. Dies richtet sich gegen jede Form von Kollektivismus und gegen die Verdinglichung des Individuums als Funktionskategorie des Kapitals, also die eben beschriebene Tendenz, Forderungen mit dem Hinweis auf Nützlichkeit für den kapitalistischen Geschäftsgang zu begründen. Auf der anderen Seite werden Forderungen oder Kämpfe, die auf die Wahrnehmung der eigenen Interessen in den bestehenden Verhältnissen bezogen sind, als immanent abgekanzelt.

So heißt es z. B. in der Mobilisierung zum Protest gegen den Opernball 2007 in Frankfurt nach einer Aufzählung von einigen konkreten Forderungen des Demobündnisses (Erhöhung Hartz IV, keine Studiengebühren, Gleiche Rechte für Alle): „Wir können solch konstruktivem Rebellentum wenig abgewinnen ( ... ) Stattdessen rufen wir die radikale Linke zum antikapitalistischen Block auf, dem es selbstverständlich und maßloserweise ums Ganze geht“.<sup>7</sup> Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, dass eine Praxis, die an unmittelbaren gesellschaftlichen Machtverhältnissen ansetzt, im besten Fall nichts austrägt, im schlimmsten Fall in eine reaktionäre Dichotomie von oben und unten verfällt.

In Udo Wolters Text „Gezähmte Dompteure. Wider den verkürzten Antikapitalismus der Globalisierungsgegner“ heißt es entsprechend: *„Der Kapitalismus (wird) weitgehend mit einer Wirtschaftsform identifiziert, die im Interesse der privaten Aneignung des als Mehrwert produzierten Reichtums durch »herrschende Klassen« die Interessen der Ausgebeuteten mißachtet. Mit dieser Interpretation ist unweigerlich eine Reihe von Vorstellungen verbunden, denen das Herunterbrechen hochkomplexer Zusammenhänge auf einfache dichotome Gegensätze zugrundeliegt.“*<sup>8</sup>

Es geht hier darum, dass in der Vorstellung von einer Dichotomie von Herrschern und Beherrschten Gesellschaft eben nicht als allgemeiner Zwangsmechanismus gefasst wird, sondern den Machenschaften bestimmter Gruppen die Verantwortung zugeschoben wird für ein System, das sich letztlich durch das Handeln aller reproduziert.

Hierzu noch einmal prägnanter die Gruppe AundK: *„Players im Kapitalismus sind alle. Genötigt, Ware- Geld-Beziehungen einzugehen und darauf zu hoffen möglichst viel Wert in Gestalt des Geldes in den Händen zu halten. Der Kapitalist als Ausführender der selbstzweckhaften*

*Wertverwertung unterliegt dabei ebenso objektiven Zwängen, muss er sich doch der von ihm nicht begriffenen und nicht zu kontrollierenden Logik des Kapitals, „des automatischen Subjekts“, unterwerfen. Mit anderen Worten: It's the same game, the same rules for everybody and we are all players“<sup>9</sup>*

Wenn wir von einer Dialektik der Gesellschaft ausgehen, in der das Objektive das Subjektive weitgehend bestimmt, das Subjekt jedoch das Objekt reproduziert und auch transformiert, wir als Ziel die Stärkung des Subjekts vor Augen haben, dann dürfen wir das Subjekt nicht in unserer Analyse abschneiden. Andernfalls machen wir das, was Adorno sich „im Medium des Allgemeinen sich häuslich einrichten“ nannte: Alles nur Struktur. Die Subsumtion, also die Unterordnung alles Konkreten, Besonderen und des Einzelfalls unter das Allgemeine besorgt ohnehin schon das Kapital. Diese strukturalistische Auslegung der Wertkritik wiederholt dies nur nochmal, indem sie sich weigert, überhaupt noch Unterschiede wahrzunehmen. Das ist dann das, was Adorno als das „Nichtidentische“ beschrieben hat.

Umverteilungsforderungen aber wegen Immanenz als nicht unterstützenswert abzukanzeln oder zu delegitimieren muss mensch sich leisten können. Selbst das Aussprechen von krassen Ungleichheitsverhältnissen gilt bereits als illegitim, eine Anknüpfung daran erst recht. Damit werden die gesellschaftlich unbestreitbar vorhandenen krassen Ungleichheitsverhältnisse eingeebnet. Das geht soweit, dass in der Jungle World ein Autor gegen die Forderung nach Ernährungssouveränität in der Dritten Welt einwirft, sie sei reaktionäre Verteidigung der "Scholle gegen den Weltmarkt", der ja schon von Marx begrüßt worden wäre.

Auf anderen Gebieten wäre ein solches vorgehen kaum vorzustellen. Die wenigsten in diesem Raum kämen auf die Idee, aus der richtigen Erkenntnis, dass Zweigeschlechtlichkeit konstruiert ist und es ja eigentlich darauf ankäme, diese zu dekonstruieren, immanente Forderungen zugunsten von Frauen zurückzuweisen - also etwa die Durchsetzung von Quoten oder die Existenz von Frauenbeauftragten als reaktionär anzuprangern. So wird nahe gelegt, dass jedes politische und gesellschaftliche Handeln Systemzwängen folgt. Dies verkürzt jedoch die Argumentation der Kritik der politischen Ökonomie auf unzulässige Weise. Es tut so - weil die eigene Theorie es so vorgibt - als ob Politik, Staat und Ökonomie widerspruchlos auf die Verwertung des Werts bezogen sind. Interessant ist, dass solche Argumente jeweils vollständig ohne Empirie auskommen. Sie versuchen nicht einmal mehr, ihre Kategorien an der dieser zu prüfen.

Zur Verdeutlichung einige Beispiele:

Staatliches Handeln zielt - so will es die Theorie - auf die Herstellung von idealen Reproduktionsbedingungen des Kapitals. Wenn der Staat also seine Staatsausgaben senkt, dann tut er dies, um das Kapital zu entlasten. Da alle - Kapitalismus vorausgesetzt - ein Interesse am Funktionieren der Reproduktion des Kapitals haben, ist dies auch kein Projekt der Herrschenden, sondern Folge der „objektiven Zwänge“ des „automatischen Subjekts“. Und in der Tat hat eine solche Entlastung stattgefunden, denn während der Anteil der Profite am BIP in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen und der Anteil der Löhne kontinuierlich gesunken ist, hat sich der Anteil der beiden am Steueraufkommen genau antiproportional entwickelt. Das ist in der Tat eine Bereinigung der Profitrate - Entlastung der Profite von staatlichen Kosten.

Auf der anderen Seite war die Steuerpolitik in den letzten Jahren geprägt von der Entlastung hoher Einkommen und zu Ungunsten einer Belastung niedriger Einkommen (Siehe Folie: Mehrwertsteuererhöhung). Hier handelt es sich, in marxschen Kategorien gesprochen, um Verschiebungen innerhalb von  $v$ , also innerhalb des variablen Kapitals. Auch der Unternehmer\*Innenkonsum ist in den letzten Jahrzehnten steil angestiegen - von 1991 bis 2000 allein um 15%. Dies ist in Marx'schen Kategorien zwar ein Teil von  $m$ , wenn er jedoch nicht zur Reproduktion des Kapitals verwendet wird, spielt dies für die Bewegung des automatischen Subjekts keine Rolle. Es zeigt sich hier ganz deutlich, dass lediglich die aktuelle Schwäche von sozialen Bewegungen genutzt wird, um eine Umverteilung von unten nach oben zu organisieren. Genauso gut könnten auch Kampferfolge in die andere Richtung erzielt werden.

Das Argument läuft jedoch anders herum. Wie weit Interessen durchgesetzt werden könnten, wird gar nicht mehr gefragt. Der Begriff des „Immanenten“ wird so zur Chiffre, bei der alle schon wissen, was gemeint ist. Ob eine Forderung unter kapitalistischen Bedingungen durchsetzbar ist oder nicht, spielt gar keine Rolle mehr. Entscheidend ist, dass sie den Kapitalismus nicht überwindet. Das wirft ein Licht auf die Bedeutung von Interessen innerhalb dieses Politikkonzepts. Wird das Individuum mit seinen Interessen verbal zwar in den Mittelpunkt gestellt, werden seine konkreten Möglichkeiten zur Veränderung seiner Situation im nächsten Moment wieder zurückgestellt, weil sie nicht über das Bestehende hinausweisen. Statt eines Interesses kann so in der Tat nur eine Identität angesprochen werden. Es wird jemensch vorausgesetzt, bei dem man davon ausgeht, dass er schon 'fertig linksradikalisiert' ist und 'den Kommunismus' will. So verkommt linksradikale Politik letztlich zum „Preaching to

the converted“.

Nicht weil der Kapitalismus erfahrbar mit den Interessen der Individuen kollidiert, soll er abgeschafft werden. Die einzige Begründung für ein darauf gerichtetes Handeln kann nur der bereits vorhandenen kommunistischen Identität entspringen. Der Zusammenhang zwischen einem Kampf um besseres Leben und einer emanzipatorischen Perspektive wird so zerschnitten. An die Stelle von Erfahrung im gesellschaftlichen Kampf, die theoretisch reflektiert werden könnte, tritt idealistische Aufklärung.

Veränderung jedoch ist praktische Tat. Gesellschaftliches Bewusstsein ändert sich eben nicht allein durch Aufklärung, sondern durch die konkrete Aneignung der eigenen Lebensbedingungen. Dieser Aspekt von sozialen und politischen Kämpfen wird von einer allzu strukturalistischen Lesart der Kritik der politischen Ökonomie durchgestrichen. Für sie ist die Entwicklung kritischen Bewusstseins scheinbar an biographische Zufälle gebunden. Die Veränderung von Subjektivität innerhalb gesellschaftlicher Auseinandersetzung spielt bei ihrer starren Unterscheidung zwischen antikapitalistischem und reformistischem Protest scheinbar keine Rolle.

Wer jedoch von den konkreten Interessen ausgeht, die sich aus der bürgerlichen Subjektivität ergeben, betritt ein widersprüchliches Terrain. Innerhalb des Kapitalismus sind die entsprechenden Interessen immer auch kapitalistisch geprägt und nur innerhalb kapitalistischer Formen denk- und erreichbar. Das Bedürfnis nach mehr gesellschaftlicher Teilhabe verweist immer auf das Bedürfnis nach mehr Geld. Und das Bedürfnis nach mehr Geld verweist immer auf mehr Arbeit. Die Forderungen nach „mehr Arbeit“ und nach „mehr gesellschaftlicher Teilhabe“ lassen sich so zwar theoretisch trennen, lebenspraktisch sind sie eins. Für die politische Linke galt immer der Leitsatz, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimme. Nicht per se sei der Mensch dem Menschen ein Wolf (wie das noch die liberale Ideologie zu wissen meinte), sondern weil die Gesellschaft ganz real Menschen als Konkurrent\*Innen zueinander setzt, die Menschen sich also täglich als Wölfe zueinander verhalten müssen, wird die wölfische Natur zu ihrer zweiten. Nun sind die gesellschaftlichen Verhältnisse und die soziale Praxis der Menschen nichts, was glatt und einfach funktionieren würde. Gerade die wertkritische Lesart von Marx verweist immer wieder darauf, dass diese Gesellschaft widersprüchlich strukturiert ist. Entsprechend wäre es vermessen, davon auszugehen, dass die von dieser widersprüchlichen Praxis hergestellten Identitäten der Subjekte alle glatt und widerspruchsfrei wären. Trotz aller Ideologie gibt es doch auch eine

ganze Reihe Brüche, an die sich anknüpfen lässt.

Da ist etwa der Widerspruch von Individualismus und Kollektivismus: Auf der einen Seite bilden sich die Subjekte ein, unbeeinflusst von der Gesellschaft zu einem selbständigen Individuum geworden zu sein. Auf der anderen Seite sind sie immer bereit sich anzupassen und den gesellschaftlichen Zwängen zu unterwerfen. Und sie sind dazu bereit, innerhalb kürzester Zeit von der einen Existenzweise in die andere zu springen. Das spiegelt sich auch in ihrem Menschenbild wieder: Einerseits unterstellen sie dem Menschen, er sei von Natur aus egoistisch, andererseits sind sie selber bereit sich einzuschränken und zu verzichten, wenn es die Situation erfordert. Ein anderer Anknüpfungspunkt könnte die schlichte Tatsache sein, dass im Kapitalismus meist mit Erhöhung der Produktivität es den Menschen immer schlechter geht.

Dabei geht es nicht darum, dass wir gerne eine widersprüchliche Konstitution der Subjekte hätten, damit sie zu unserem Praxiskonzept passt. Vielmehr müssen wir feststellen, dass diese Subjektbildung logisch der gesellschaftlichen Praxis dieser Subjekte entspricht. Diese Praxis ist nämlich eine widersprüchliche und bringt entsprechend auch widersprüchliche Subjekte hervor.<sup>10</sup> Wäre dem nicht so, würden wir diesen Text weder schreiben noch lesen können.

Eine Position, die diese Annahme ablehnt, muss erklären, wie Linke zu ihren Ideen kommen und wie gesellschaftlicher Wandel aussehen soll, wenn alle strikt ideologisch durchgeformt sind. Wir hatten argumentiert, dass die Menschen ihre Wünsche und Bedürfnisse nur in kapitalistischen Kategorien ausdrücken können. Wenn sie satt werden wollen, brauchen sie Brot. Um Brot zu kriegen, brauchen sie Geld. Um Geld zu kriegen, brauchen sie Arbeit. Wir hatten das. Solange ein alternative Gesellschaftsmodell nicht mal denkbar erscheint, nimmt es nicht Wunder, wenn sich die Menschen auf den Mechanismus beziehen, der ihnen – wenn auch mehr schlecht als recht – zumindest das Nötigste zum Überleben zukommen lässt.

Menschen kennen nur dieses eine Modell. Auch die Linke kennt kein anderes. Sie weigert sich über Alternativen nachzudenken und Frühformen derer zu etablieren. Jeder Versuch in diese Richtung wird dann mit dem Hinweis, er würde nicht vollständig aus dem Kapitalismus herauszutreten, abgelehnt. Z.B. Umsonstläden erscheinen dann als verkürzter Ansatz, der nur an der Zirkulation ansetzt, statt als Teil einer umfassenderen sozialen Praxis begriffen zu werden.<sup>11</sup>

Wenn es um das Privatleben genau der Linken geht, die den Menschen vorwerfen, sie würden systemimmanent Politik machen, dann reklamieren diese Adorno für sich, der bereits Ende der 40er Jahre in den *Minima Moralia* schrieb: „Es gibt nichts Richtiges im Falschen“. Das gilt dann für viele als Pauschalgenehmigung, in der gesellschaftlichen Konkurrenz mitzuspielen, das Studium als Ausbildung zu begreifen und sich um einen guten Job zu bewerben. In den Bewerbungsgesprächen werden sie dann sich und ihre Fähigkeiten und Besonderheiten in die Waagschale werfen, um andere auszustechen, besser wegzukommen als die Konkurrenz und selber den Job zu bekommen.

Dasselbe machen nun auch viele Menschen innerhalb sozialer Protestbewegungen. Die Bewerberin erklärt dem Chef, wo denn die Vorteile für das Unternehmen liegen, wenn gerade sie eingestellt wird. Sie würde nie auf die Idee kommen, den eigenen Wunsch nach einem gemächlichen, guten Leben als Grund für die Anstellung zu präsentieren. Die Protestlerin macht nun dasselbe, nur eben auf einer politischen Ebene. Sie rechnet der Instanz, an die sie sich wendet (der Gesellschaft, dem Staat, der Regierung), vor, warum es für diese sinnvoll ist, das private Anliegen auch hier zum Allgemeinen zu machen. Sie bieten sich der Nation als 'unser einziger Rohstoff' an, genau wie das in Bewerbungsgesprächen ohnehin Gang und Gebe ist. Solche Forderungen drücken also nicht unbedingt einen individuellen Nationalismus aus, sondern haben eher die Rolle eines gesellschaftlichen Bewerbungsgesprächs.

Was so gern als Kollektivismus gebrandmarkt wird, in dem sich das Individuum durchstreicht, kann also ebenso als Übertragung der ökonomisch gemachten Erfahrung eben bei der Durchsetzung von individuellen Interessen auf die Ebene der Politik interpretiert werden. Der die Gesellschaft vertretende Staat erscheint hier als Vertragspartner, mit dem ein Tausch eingegangen wird, bei dem der, der was bekommt, ein entsprechendes Äquivalent zu geben hat. Das Politische wird hier privatisiert und auf das reduziert, was die Warenbesitzerin kennt: Äquivalententausch. Das ist leider alles andere als irrational, sondern das rationale Handeln in einer selbst irrational eingerichteten Welt.

Hierfür zwei Beispiele:

Als in Göttingen der Präsident der Georg-August-Universität mit der Idee anbändelte, die sozialwissenschaftliche Fakultät mehr oder weniger dem Erdboden gleichzumachen, gab es die Initiative eines Politik-Studis, der einen Brief an den Bürgermeister aufgesetzt hatte. In diesem Brief wurde dem Bürgermeister vorgerechnet, welche Nachteile die Stadt Göttingen davon hätte, gäbe es die Sowi-Fakultät nicht mehr. Während der 48-Stunden-Uni gab es dann

eine Veranstaltung, in der das Gegenteil versucht wurde: Eine linke VWL-Studentin rechnete den Anwesenden vor, dass es für die Stadt Göttingen im Gegensatz dazu sogar sinnvoll wäre, wenn die Sowis nicht mehr da wären. Sie hatte dabei nichts anderes getan als ein paar Parameter zu verschieben und so den Unsinn der Argumentation leicht nachweisen können.

Während dieser Veranstaltung geschah nun etwas Merkwürdiges. Es wurde nämlich gar nicht lange darüber diskutiert, welche der beiden Rechnung richtig sei. Der aktivistische Politikstudent insistierte vielmehr darauf, dass es ihm darum gar nicht ginge. Würde er mit dem simplen Anliegen, er wolle hier in Ruhe zu Ende studieren, zum Bürgermeister gehen, wäre dem das vermutlich reichlich egal. Darum hätte er nach Gründen gesucht, warum dieser sich für ihn einsetzen sollte.

Von einem anderen Beispiel berichteten die Wertkritischen Kommunisten Leipzig, die sich in Anti-Hartz-IV Proteste eingeklinkt und an Montagsdemos teilgenommen haben: „Der Slogan „Niedriglohn und Zwangsarbeit – dafür haben wir keine Zeit“ wurde am Anfang vom kleinen Grüppchen der Libertären und Klassenkämpfer gerufen, einige Wochen später war er an der Spitze des Demozuges zu hören; Gewerkschaftsvertreter forderten die 30-Stunden-Woche und ein Existenzgeld von 1500 € für alle, unabhängig ob Arbeitswillige oder -unwillige, Deutsche oder „Ausländer“; es wurde sich immer und immer wieder gegen die Teilnahme von Nazis an der Demonstration ausgesprochen (freilich auf eine linksliberale Weise); ein unüberhörbarer libertärer Block fordert „Alles für Alle und zwar umsonst“.

Ja, alles das sind nur Beispiele. Eben solche Beispiele, wie sie von jenen vorgebracht werden, die Transparente abschreiben und hinterher im stillen Kämmerlein – nein: nicht Marx lesen, sondern - messerscharf analysieren, dass „Schröder in die Produktion“ nun wirklich keine emanzipatorische Parole ist und dass verdächtig oft Banken und Bonzen kritisiert werden.“<sup>12</sup>

Wir bestreiten nicht, dass es ekelhaften Nationalismus in diesen Bewegungen gibt und dass es Leuten schwerfällt, ohne Bezug auf Nation, Standort und allgemeine Sachzwanglogik ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Wenn einer auf der Demo steht, dann hat er ein individuelles Interesse, das er in seinem nationalistischen Denkformen übersetzt. Das heißt aber nicht, dass er auf der Demo ist, um Deutschland zu stärken. In dieser Denkweise vieler Linker werden Individuum und Kollektiv einander entgegengesetzt und einer der beiden Parts als emanzipativer besetzt. Bereits Adorno hat festgestellt, dass diese Gegenüberstellung nicht funktioniert:

*„Die Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Gestalt [...] beruht auf der Verfolgung des je eigenen Interesses gegen die Interessen aller anderen. Das hat im Charakter der Menschen bis in ihr Innerstes hinein sich niedergeschlagen. Was dem widerspricht, der Herdentrieb der sogenannten lonely crowd, der einsamen Menge, ist eine Reaktion darauf, ein Sich-Zusammenrotten von Erkalteten, die die eigene Kälte nicht ertragen, aber auch nicht sie ändern können.“<sup>13</sup>*

Jede Bewegung, die sich um eine Interesse herum formiert, ist heterogen. Schließlich ist es nicht eine gemeinsame Identität, die den Zusammenhang stiftet, sondern ein gemeinsames Interesse. Deshalb kann nicht erwartet werden, dass eine Bewegung für sich und vollständig emanzipatorisch ist. Die Frage, wodurch dieses Interesse behindert wird und wie es durchzusetzen wäre, ist Gegenstand von Interpretationskämpfen innerhalb dieser Bewegung. Einer Linken, die meist anhand von drei Transparenten auf einer Demo beurteilen kann, was von einer Bewegung zu halten ist, fehlt hier eindeutig ein begriffliches Instrumentarium, um die Dynamik solcher Bewegungen verstehen zu können.

## **5. Kämpfe für eine andere Vergesellschaftung - bildet Keimformen!**

Nun reicht es natürlich nicht, ganz einfach die Kritik an sozialen Kämpfen, die innerhalb kapitalistischer Formen verbleiben, zurückzuweisen. Solchen Kämpfe können auch immanent sinnvolle Veränderungen erkämpfen. Darüber hinaus artikuliert sich darin das Bedürfnis nach Veränderung, an das eine radikale Kritik anknüpfen könnte. Es müsste darum gehen, die immanente Kritik zu radikalisieren und sich schon heute darüber Gedanken zu machen, wie denn eine neue, nach-kapitalistische Vergesellschaftung aussehen kann. Und es muss darum gehen, erste Ansätze neuer Vergesellschaftung auszuprobieren - was nur in sozialen Bewegungen sinnvoll möglich ist.

Das widerspricht dem in der Linken durchgesetzten Utopienverbot, demgemäß alle Entwürfe einer alternativen sozialen Praxis vom Bestehenden kontaminiert seien, und daher ihre Aufstellung und Durchsetzung selber ein totalitäres Moment habe. Da ist sicherlich etwas dran, wenn fertige Ideen präsentiert werden, wie eine nachkapitalistische Gesellschaft auszusehen hätte. Trotz allem muss es möglich sein, eine Ahnung davon zu bekommen, worum es der Linken überhaupt geht. Dies Utopienverbot, so sinnvoll es auf der einen Seite auch sein mag, schlägt aber gleichsam gegen die Linke zurück: wer nicht mehr über andere Formen des Lebens reden mag, für den wird Emanzipation zur bloßen Metapher. Dann steht am Ende jedes Textes die Phrase "für den Kommunismus" - worunter kein Spanferkel verstehen kann, was die

Linke damit sagen möchte.

Der Eindruck vieler Menschen, wenn schon nicht in der einzigen möglichen, so doch immerhin in der besten aller möglichen Welten zu leben, wird so bestärkt. Als wäre diese Gesellschaft den Menschen nicht ohnehin zur zweiten Natur geworden, weigert sich die Linke, dieser Naturalisierung eine befreiende Perspektive entgegenzusetzen. Das „notwendig falsche Bewusstsein“ resultiert nicht zuletzt auch aus der zunehmenden Unfähigkeit des Individuums, sich den gesellschaftlichen Verhältnissen zu entziehen. Die Erkenntnis über deren historisches 'Gewordensein' erscheint ihm als banal und als Zumutung. Denn sie verändert den alltäglichen Druck, den gesellschaftliche Verhältnisse auf die Einzelnen ausüben, nicht unmittelbar.

Das erste, das Menschen wissen wollen, wenn der Kapitalismus in Frage gestellt wird, ist, wie es denn anders funktionieren könnte. Das ist ernst zu nehmen, denn niemand kauft die Katze im Sack. Der Spatz in der Hand ist den meisten eben doch lieber als Taube auf dem Dach. Wer weiß schon, gerade angesichts von Erfahrungen wie denen im realexistierenden Sozialismus, der oft zu verwirklichter "marxistischer Utopie" umgedeutet wird, was einen erwartet. Wenn Ware, Geld und Arbeit keine Naturgesetze sind, dann brauchen wir eine Vorstellung davon, wie es anders gehen sollte. Schon der leise Hinweis auf Linux und Freie Software reicht in vielen Debatten bereits aus, das Argument der Notwendigkeit, den Zugriff auf gesellschaftliche Ressourcen von Leistung und Arbeit abhängig zu machen, vom Tisch zu wischen. In solchen und anderen kleinen Projekte wird zumindest in Teilen mit der üblichen gesellschaftlichen Praxis gebrochen. Die Eigentumsverhältnisse werden ansatzweise aufgehoben, das Ware-Geld-Verhältnis unterbrochen, Kreativität wird durch Kooperation befördert, statt durch Konkurrenz gehemmt zu werden. Diese neue soziale Praxis kann dann nie das fertige Neue sein - das ist klar. Aber hier können neue Formen der Verteilung und Produktion ausprobiert werden, es kann gesellschaftliches Miteinander ausprobiert und Ideologie reflektiert werden. Beispiele dafür gibt es wie Sand am Meer, die meisten haben von der einen oder anderen schon einmal gehört:

Die Idee der Umsonstläden ist nicht neu, in den meisten größeren Städten gibt es einen und auch im Göttinger Juzzi hat sich die Szene einen geschaffen – auch wenn dessen nur begrenzte Nutzung und mäßige Lage darauf schließen lassen, welche Rolle er innerhalb der organisierten Linken spielt. Der Gedanken der Umsonstökonomie ist im Konzept der NutzerInnengemeinschaften dann weitergedacht worden. Hier geht es darum, sich gegenseitig die vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Einkommensgemeinschaften sind Zusammenschlüsse von Menschen, in denen das je privat erwirtschaftete Einkommen gemeinschaftlich genutzt wird – ohne sich um die Zuordnung von Leistung und Zugriff auf Reichtum zu kümmern. Ein spannendes Betätigungsfeld könnten – gerade angesichts der neueren Umstrukturierungen im Bildungssystem – freie Bildungsnetzwerke sein. Hier könnte Bildung jenseits des üblichen Zugriffs auf universitäre oder schulische Institutionen organisiert werden. Möglichkeiten gibt es viele, es braucht lediglich den Willen, sie auch zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen.

## 6. Für eine neue Fragestellung

Die Wertkritik hat der radikalen Linken neue Fragen aufgeworfen. Sie hat den Rahmen der Analyse der bestehenden Gesellschaft sinnvoll erweitert und ist so zu einer Kritik der gesellschaftlichen Formen gelangt. Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Schlüssen, die aus den ganz grundsätzlichen wertkritischen Überlegungen gezogen werden, die nicht nur problematisch oder kontraproduktiv, sondern in vielen Fällen auch schlicht falsch sind. Wertkritik wird hier zum Ticket, mittels dessen die kapitalistisch geprägten linksautonomen Subjekte durch das Leben zu gehen versuchen, ohne sich noch mit der sozialen Wirklichkeit auseinandersetzen zu müssen. Kapitalistische Subjektivität wird nicht mehr auf seine Widersprüchlichkeit hin analysiert, sondern auf Konformismus abgeklopft. Wer nur sehen will, wie alle gleichgeschaltet durch die Gegend rennen, wird auch nur das zu sehen bekommen. Damit wird aber letztlich die originär wertkritische Unterscheidung zwischen Wesen und Erscheinung durchgestrichen. Beide werden in eins gesetzt und linkes Rasonieren wird zu einer Art kritischem Empirismus, der nicht mehr begreifen, sondern nur noch beschreiben will. Das Verhältnis von Kollektivismus und Individualismus ist dabei ein Schlüssel zur Erkenntnis. Für Postone ebenso wie für Marx war der Widerspruch zwischen beidem ein aus dem Kapitalismus entstandener und sich im Kapitalismus stetig reproduzierender. Für eine befreiende soziale Praxis ebenso wie für die eine Gesellschaft ohne verselbstständigte Prozesse, die den Einzelnen als Zwang gegenüberreten, muss das aber kein Gegensatz sein. Nur wenn sich linke Politik wieder in die Lage versetzt, individuelle Interessen innerhalb kollektiver Organisationsformen durchzusetzen, wird aus der Rede vom hedonistischen Individuum eine politische Perspektive.

Wenn die Analyse überall nur Subjekte sieht, die viel zu wenig Eigeninteresse zeigen, ist das die halbe Wahrheit: es lässt unter den Tisch fallen, dass in dieser Subjektivität auch gnadenlose Konkurrenzbereitschaft und Egoismus eingeschrieben sind. Hedonismus im Kapitalismus heißt

eben immer auch die Durchsetzung des je eigenen Interesses gegen die Interessen der Anderen. Dies gilt es zu kritisieren, muss aber gleichzeitig als Ansatzpunkt für revolutionäre Praxis dienen. Für die Linke heißt das, die Rede von den gesellschaftlichen Zwangsverhältnissen ernst zu nehmen. Das hieße nämlich, dass widerständiges – erst recht emanzipatorisches - Handeln nichts ist, was sich von selbst entwickelt. Vielmehr kann dies nur über die Politisierung von gesellschaftlichen Interessen gelingen. Das heißt aber auch, dass die Linke sich endlich Fragen muss, wie eine Widerständigkeit aussehen könnte, die mehr ist als nur die Inszenierung von militantem Auftreten.

Es müsste ein Widerstand sein, der Widersprüche ernst nimmt statt sie einzuebnen. Analog etwa zu der Opel-Betriebsgruppe "Gegenwehr ohne Grenzen", die innerhalb der Belegschaft gegen die Autogesellschaft agitiert hat. Wichtig ist, dass Widerstand sich nicht chauvinistisch artikuliert. Hier ist selbstverständlich Intervention nötig. Über die Integrierbarkeit von Bewegungen ist nicht allein auf Grund der Begründungen, die sie sich auf die Fahnen schreibt, entschieden. Wichtig ist zudem, dass sich im Widerstand gegen Zumutungen Subjektivitäten verändern bzw. entwickeln können. Alte Deutungsmuster werden in Frage gestellt, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, die gemachten Erfahrung abzubilden. Neue, emanzipatorische Denkmuster können sich jedoch nicht entwickeln, wenn es keine entsprechenden Deutungsangebote gibt.

Und nicht zuletzt gibt es in sozialen Kämpfen immer auch ein antiautoritäres Moment, das zu stärken für gesellschaftliche Veränderung unverzichtbar ist: erst wenn Menschen sich selber als handlungsfähig erleben, können sie überhaupt auf die Idee kommen, jenseits von Befehl und Verwertungsimperativ ihr Leben zu organisieren. Nur so kann denkbar werden, dass Widerstand möglich ist.

Es gilt also die Suche nach Projekten aufzunehmen, in denen gesellschaftliche Brüche zumindest erprobt werden können und in denen sich auch unsere je eigene Subjektivität verändern kann. Denn machen wir uns nix vor: Wir sind genauso voller Ängste und Unsicherheiten, wie die von uns wahlweise Attackierten oder Politisierten. Es gibt genügend Linke, die sich nicht sicher waren, ob sie beim seinerzeit geplanten Boykott von Studiengebühren mitmachen, die zu später Stunde zugeben, sich Sorgen um morgige Lebensplanung zu machen, die das Bedürfnis nach gemeinsamen Lebens- und Wohnprojekten durchaus spüren, es aber aus Angst und Unsicherheit nicht in die Hand nehmen.

Innerhalb solcher Projekte, Protestformen oder Bewegungsfragmente geht es dann darum, sich nicht von außen zu nähern und als strengblickendes Über-Ich die theoretischen Verkürzungen mittels unvermittelbaren Ansprüchen zu kritisieren. Schließlich geht es doch gerade darum, die eigene Position vermitteln zu wollen. Allerdings soll das nicht heißen, vorhandene Widersprüche etwa zwischen reformistischen Forderungen und individueller Interessenwahrnehmung ausblenden. Vielmehr sollten wir nach Wegen suchen, soziale Kämpfe so führen zu können, dass beides einander nicht gegenübersteht.

Gerade weil die Reproduktion des Kapitalismus sich in der alltäglichen Reproduktion des Individuums vollzieht, geht es entsprechend darum, Konzepte zu entwickeln, die die alltägliche Reproduktion des Individuums als Ansatzpunkt für antikapitalistischen Widerstand fassen können. Was bedeutet es aber konkret, das Individuum mit seinen Interessen und Bedürfnissen zum Ausgangspunkt von Veränderung zu machen? Eine solche Fragestellung hätte zu arbeiten sowohl mit den Ängsten als auch mit der Verinnerlichung von Zwängen. Sie müsste Antikapitalismus fassen als konkrete Praxis im Alltag; und nicht nur auf Demos, die sich gegen die Sachzwänge der Wertvergesellschaftung richten. Was bisher passiert, ist ein Vermeiden der Widersprüche, die sich daraus ergeben. Z.B. dass ein Protest gegen eine Betriebsschließung zunächst einmal ein Kampf um den Erhalt von Arbeit ist, von dem mensch an und für sich nicht viel hält, der aber für die Beteiligten erst einmal der einzige Weg ist, sich zur Wehr zu setzen. Stattdessen findet eine Auslagerung auf Events statt (Demos, G8 etc.). Nun kann auch der Protest gegen den G8-Gipfel sicherlich genutzt werden, um gesellschaftliche Widersprüche zu benennen und Subjektivitäten aufzubrechen. Nur braucht es dazu eine weitergehende Praxis als die Bildung antikapitalistischer Blöcke auf unübersichtlichen Bündnisdemonstrationen.

### **Literatur:**

Adorno, Theodor W. (2003): *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Frankfurt am Main

Adorno, Theodor W. (1966): *Erziehung nach Auschwitz*. In: ders., *Gesammelte Schriften* 10.2, 687)

Basisgruppe Sowi (2005): *Unipräsidi als Bildungskiller*. Kurt von Figura outet sich als analphabetischer Anti-Humboldt. URL:

<http://emanzipationoderbarbarei.blogspot.de/studium/alte-texte/bildungspolitik/uniprasi-als-bildungskiller/>

Kurz, Robert (2004): *Aneignung als Modebegriff einer verkürzten Kapitalismuskritik*. URL: [http://www.exit-](http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=schwerpunkte&index=12&posnr=138&backtext1=text1.php)

[online.org/textanz1.php?tabelle=schwerpunkte&index=12&posnr=138&backtext1=text1.php](http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=schwerpunkte&index=12&posnr=138&backtext1=text1.php)

Marx, Karl: *Das Kapital*. Band 1. In: MEW 23

Mausebär (2005): *Warum es not tut, gegen Hartz IV zu protestieren und Bewegungsbeschimpfung anti-emanzipatorisch ist*. URL:

<http://wkl.50webs.org/gegenhartz4.html>

Hälker, Juri (2003): "Ziemlich bunt hier. Vom Denken verunsicherter Betriebsräte - Eine Fallstudie" in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 56/2003

Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx. Freiburg

Scholz, Roswitha (2000): Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorie und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats. Bad Honnef

Scholz, Roswitha (2005): Differenzen der Krise - Krise der Differenzen. Die neue Gesellschaftskritik im globalen Zeitalter und der Zusammenhang von "Rasse", Klasse, Geschlecht und postmoderner Individualisierung. Bad Honnef

## **Fußnoten:**

1) Roswitha Scholz: Der Wert ist der Mann. [http://www.exit-](http://www.exit-online.org/html/link.php?tab=autoren&kat=Roswitha%20Scholz&ktext=Der%20Wert%20ist%20der%20Mann)

[online.org/html/link.php?tab=autoren&kat=Roswitha%20Scholz&ktext=Der%20Wert%20ist%20der%20Mann](http://www.exit-online.org/html/link.php?tab=autoren&kat=Roswitha%20Scholz&ktext=Der%20Wert%20ist%20der%20Mann)

2) Marx, Karl: MEW 23, S. 87

3) Schandl, Franz: Mehrwert und Verwertung, in: Streifzüge 30/2004. Online unter: <http://www.krisis.org/2004/mehrwert-und-verwertung>

4) Marx, Karl: MEW 23, S. 99f

5) Marx, Karl: MEW 23, S. 16

6) Hälker, Juri (2003): "Ziemlich bunt hier. Vom Denken verunsicherter Betriebsräte - Eine Fallstudie"

7) <http://www.autonome-antifa.com/cms/?p=58>

8) Wolters, Udo: Gezähmte Dompteure. Wider den verkürzten Antikapitalismus der Globalisierungsgegner. Online unter:

<http://www.sopos.org/aufsaeetze/3b9935425db36/1.phtml>

9) Flyer der Gruppe Antifa|Aktion&Kritik (Göttingen)

10) Postone, Moishe: Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft, S. 72f

11) vgl. hierzu beispielhaft Kurz, Robert: Aneignung als Modebegriff einer verkürzten Kapitalismuskritik, 2004. Online unter\*<http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=schwerpunkte&index=12&posnr=138&backtext1=text1.php>

12) Mausebär: Warum es not tut, gegen Hartz IV zu protestieren und Bewegungsbeschimpfung anti-emanzipatorisch ist, 2005, Online unter\* <http://wkl.50webs.org/gegenhartz4.html>

13) Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz. In: ders., Gesammelte Schriften 10.2, 687

# Panels



## 1. Zum Begriff der Arbeit

### 1.1. Ernst Lohoff: Thesen für die Diskussion um den Arbeitsbegriff

1. Der traditionelle Antikapitalismus behandelt die Arbeit als das Antiprinzip zum Kapital und den Gegensatz von Kapital und Arbeit als absoluten Widerspruch. Die Arbeit wird dabei als eine »ewige Notwendigkeit« aufgefasst, die nur äußerlich dem Kapital unterworfen ist und für den Zweck der Profitproduktion missbraucht wird. In diesem Verständnis hat dementsprechend Emanzipation die Befreiung des heiligen Prinzips der Arbeit vom Kapital zum Inhalt.

2. Diese Sicht stellt den realen Zusammenhang zwischen Arbeit und Kapital auf den Kopf. Kapital und Arbeit sind zwar Gegensätze, aber nur relative, in dem Sinne wie der Nord- und der Südpol eines Magneten oder die Vorder- und Rückseite einer Münze Gegensätze bilden. Es handelt sich um zusammengehörige Seiten der gleichen gesellschaftlichen Ordnung. Arbeit ist nichts anderes als die spezifisch kapitalistische Tätigkeitsform und Kapital ist nichts anderes als geronnene Arbeit. Die Identität von Arbeit und Kapital ist nicht bloß im Sinne der vom Marxismus aus der klassischen Nationalökonomie übernommenen »objektiven Wertlehre« zu verstehen, der zufolge die Arbeit die »Substanz« des Werts und damit die einzige Quelle von Wertschöpfung bildet. Sie reicht wesentlich tiefer. All das, was kapitalistische Herrschaft ausmacht, ist bereits der Kategorie Arbeit eigen. Man kann die versachlichte Herrschaft des Kapitals nicht aufheben, ohne die kapitalistische Tätigkeitsform der Arbeit mit aufzuheben.

3. Um sich zu verwerten, muss das Kapital Waren produzieren. Solange die erzeugten Waren verkäuflich sind, ist es egal was produziert wurde. Vom Standpunkt der Wertverwertung besteht kein Unterschied zwischen Kampfflugzeugen, Rheumapflastern oder Blumentöpfen. In der Warengesellschaft erscheint aller stoffliche Reichtum immer nur als Darstellungsform von abstraktem Reichtum, von Reichtum an Geld. Diese Zwangsvereinheitlichung betrifft aber nicht nur das Produkt, sondern auch die produktive Tätigkeit und das macht diese erst zur Arbeit.

Sieht man von der gesellschaftlichen Form ab, in der Kinder unterrichtet, Möbel hergestellt oder künstlerische Aktivitäten vollbracht werden, dann lassen sich diese verschiedenen Tätigkeiten auf keinen gemeinsamen Nenner bringen. Solange das Augenmerk allein auf dem sinnlichen Gehalt dieser menschlichen Leistungen liegt, fehlt ein allgemeines Merkmal, das so etwas wie eine Identität dieser Aktivitäten begründen würde. Erst die Unterordnung unter

den gleichen gesellschaftlichen Zwang des Sich-Verkaufens macht völlig unterschiedliche Tätigkeiten gleichnamig und verwandelt diese in die Erscheinungsform der Abstraktion Arbeit.

4. Die Entwicklung der europäischen Sprachen spiegelt diesen Zusammenhang übrigens wieder. Die vorkapitalistischen Gesellschaften hatten überhaupt kein Wort, das die Tätigkeiten von Sklaven und Freien, von Priestern und Seefahrern identisch setzt. In allen europäischen Sprachen bezeichneten die Termini, die heute für Arbeit stehen, ursprünglich entweder nur das Dasein der sozial Abhängigen oder ganz allgemein Not und Leid. Es gab keinen allgemeinen Tätigkeitsbegriff, weil die Sache nicht existierte, eine gegenüber dem stofflichen Inhalt menschlicher Tätigkeiten gleichgültige allgemeinverbindliche Tätigkeitsform. Die ist mit dem Kapitalismus entstanden und wird mit dem Kapitalismus auch wieder verschwinden. In einer nachkapitalistischen Gesellschaft werden Menschen nach wie vor Häuser errichten, Nahrungsmittel anbauen oder Kinder unterrichten. Die gesellschaftliche Zwangsform, die all diese Tätigkeiten zur Darstellungsform des Gleichen macht, fällt aber weg, die Abstraktion Arbeit verschwindet.

5. Die Verwandlung in Arbeit zwingt dem »Stoffwechselprozess des Menschen mit der Natur« (Marx) einen bestimmten Charakter auf. An die Stelle von Naturrhythmen, Tradition und den Eigentümlichkeiten des umzuformenden Naturstoffs bestimmten uneinheitlicher produktiven Tätigkeiten tritt die azyklisch-lineare Verausgabung von Lebensenergie. Als Arbeitender steht der Mensch in einem permanenten Zweifrontenkrieg gegen die äußere Natur und gegen seine eigene Sinnlichkeit. Sowohl diesen als auch der sinnlichen Qualität seines Arbeitsgegenstandes steht der Arbeitende wie einem Feind gegenüber. Sie werden ihrer Eigenbedeutung entkleidet und in bloße Ressourcen verwandelt. Das Ziel dieses permanenten Zweifrontenkrieges heißt Effizienz. Arbeit ist also paradoxerweise drauf geeicht, permanent an sich selber zu sparen und die eingesetzte Zeit pro Einzelprodukt, pro Arbeitsvorgang um jeden Preis zu minimieren.

6. Die kapitalistische Gesellschaft verdient als einzige Gesellschaft der Geschichte den Namen Arbeitsgesellschaft, und zwar, weil sie eine spezifische Form von Reichtum ausgebildet hat. Nach kapitalistischen Kriterien ist eine Gesellschaft weder dann reich, wenn sie in vielseitiger Weise die Bedürfnisse ihrer Mitglieder befriedigen kann, noch wenn sie massenhaft Gebrauchsgüter zur Verfügung stellen kann; kapitalistischer Reichtum hat sein wahres Maß allein in den an den produzierten Waren verkörperten lebendigen Arbeit und das weist die Arbeit als sinnleeren Selbstzweck aus.

7. Die Herrschaft der Arbeit ist unweigerlich mit einer gesellschaftlichen Hierarchisierung verbunden. Zum einen diskriminiert sie jene Menschen, die hinter dem in den westlichen Zentren herrschenden Internalisierungsgrad des Effizienzzwangs zurückbleiben. Sie führt fernerhin zu einer strukturellen Abwertung all jener Tätigkeiten, die sich weder monetarisieren noch als azyklisch-lineare Verausgabung von Muskel, Nerv und Hirn betreiben lassen. Während erstere vor allem die Grundlage rassistischer Diskriminierung bildet, hat die Ausgrenzung letzterer eine eindeutig geschlechtliche Komponente. Sie betrifft nämlich die in der Regel von Frauen geleistete Reproduktionstätigkeit. Keine Gesellschaft kann existieren, ohne dass Kinder betreut werden und ohne, dass Menschen ohne den Umweg von Ware und Geldbeziehung für sich und andere die tägliche Reproduktion erledigen. Wo die Selbstzwecktätigkeit Arbeit die gesellschaftliche Vermittlung herstellt, nehmen diese Aufgaben aber unweigerlich den Charakter von »Schattentätigkeiten« an. Zur Privatangelegenheit degradiert, bleiben sie stille Voraussetzung arbeitsgesellschaftlicher Reproduktion.

8. Vor allem von feministischer Seite ist diese geschlechtliche Diskriminierung seit den 1970er Jahren immer wieder thematisiert worden, allerdings nicht arbeitskritisch. Stattdessen sollte eine Neudefinition der Arbeit die vergessenen Reproduktionstätigkeiten aus ihrem Schattendasein befreien und die einseitige Ausrichtung des herrschenden Arbeitsverständnisses auf das Modell des weißen männlichen Normalarbeiters aufbrechen. Von dem objektivierten Strukturprinzip Arbeit kann sich die Gesellschaft aber nicht durch dessen Umbestimmung befreien, dazu bedarf es schon dessen Abschaffung. Dennoch hat die kapitalistische Entwicklung der Kritik an der Dominanz des weißen Normalarbeiters Rechnung getragen, allerdings auf zynischer Weise. In den letzten Jahrzehnten war gleich in mehrfacher Hinsicht eine Demontage des Normalarbeitsverhältnisses zu verzeichnen und so etwas wie eine »repressive Feminisierung« der arbeitsgesellschaftlichen Beziehungen.

8.1. Zum einen ist das, auf den männlichen Vollzeitwerbstätigen ausgerichtete, Normalarbeitsverhältnis als allgemeinverbindliche Beschäftigungsform ein Auslaufmodell. Früher einmal randständige, typisch weibliche, auf Nebenverdienst ausgelegte Beschäftigungsformen vermehren sich explosionsartig und verdrängen zusehends sozialversicherungspflichtige Arbeit. Prekäre Beschäftigung wird zu einer geschlechterübergreifenden Realität, auch wenn die damit einhergehenden Verarmungsschübe in erster Linie wieder Frauen betreffen.

8.2. Zum anderen hat sich das Anforderungsprofil gegenüber dem fordistischen Zeitalter und der klassischen Fabrikarbeit auch in den neuen Kernsektoren nachhaltig verändert. Zunehmend werden »weiche«, bis dato als »weiblich« klassifizierte Fähigkeiten Gegenstand der kapitalistischen Auspressung und Zurichtung. Das Kapital will mit der Ware Arbeitskraft den ganzen Menschen kaufen, und die Inwertsetzung greift auf bisher ins private ausgelagerte Fähigkeiten über. Keine Stellenbeschreibung heute, in der »Team- und Kommunikationsfähigkeit«, und »Multitasking« nicht ganz oben rangieren würden. Humaner macht das die Arbeitswelt allerdings nicht, sondern nur härter und totalitärer. Es reicht nicht mehr aus, acht Stunden am Tag zuverlässig die zugeteilten Aufgaben zu erledigen. In den 80er Jahren hatte die Alternativbewegung an der klassischen Industriearbeit die strenge Trennung von Arbeitswelt und Privatleben kritisiert. Die klassische Industriearbeit galt als menschenfeindlich, weil sie den Beschäftigten keine Möglichkeit ließ, ihre Persönlichkeit einzubringen und zu entfalten. Heute verlangt das Kapital den Menschen mit Haut und Haar und stellt die strikte Trennung von Privatleben und Arbeitswelt zugunsten der Arbeit in Frage. Der emanzipatorische Wunsch der frühen 80er Jahre ist als kapitalistischer Alptraum Wirklichkeit geworden.

9.1. Mehr als hundert Jahre lang zog Generation um Generation von Antikapitalisten im Namen der Arbeit gegen den Status quo zu Felde. Von wenigen, randständigen Positionen einmal abgesehen, identifizierten sowohl »Reformisten« wie »Revolutionäre« Befreiung beharrlich mit der Befreiung der Arbeit. Diese zähe Gleichsetzung war natürlich nicht einfach Ergebnis eines kollektiven Blackouts, sondern ist aus den historischen Umständen erklärbar. Das Arbeitsethos der klassischen Arbeiterbewegung hat zwei Wurzeln. Zum einen ist sie eine Verarbeitungsform traumatischer Niederlagen, die ihrer Formierung vorangingen. Im 18. und frühen 19. Jahrhundert hatte sich das junge Fabrikregime in seinem Heißhunger nach frischem Menschenfleisch noch mit ausgesprochen renitenter Nahrung herumschlagen müssen, die sich der kapitalistischen Tätigkeitsform verweigerten. Ob in England oder Schlesien, das Humanmaterial hatte sich seinen Lebens- und Produktionsrhythmus partout nicht vom Maschinentakt fügen wollen und hatte in massenhafter Notwehr jene Maschinen zerstört, an die es gekettet werden sollte. Die klassische Arbeiterbewegung kam erst auf, als diese ursprüngliche Renitenz in harten Kämpfen gebrochen worden war. In einem Akt der Identifikation mit der aufgezwungenen Tortur machte die klassische Arbeiterbewegung das Arbeitsethos zu ihrem Ersatzrückgrat im Kampf um die Verbesserung der Lebensumstände des Proletariats. Die emanzipatorische Perspektive schrumpfte dabei allerdings auf die Frage, zu wessen Gunsten und unter wessen Kommando die »Armeen der Arbeit« marschieren sollen.

Unter diesen Vorzeichen war es möglich die mit der warengesellschaftlichen Entwicklung einzig kompatible Form von Befreiung zu erreichen. Das entrechtete und demoralisierte Fabrikfutter erkämpfte seinen Aufstieg zu einer gleichberechtigten Kategorie von Warenbesitzern neben anderen Warenbesitzerkategorien. Zu dieser beschränkten Emanzipation lieferte die Überhöhung der Arbeit zu einem dem bornierten Kapitalstandpunkt überlegenen Universalprinzip die geeignete ideologische Begleitmusik.

9.2. Angesichts der Zeitumstände der unumstrittenen Herrschaft der Arbeitsreligion lässt sich auch nachvollziehen, warum von feministischer Seite der Kampf für die Anerkennung der Reproduktionstätigkeiten fälschlicherweise als Umdefinition der Arbeit geführt wurde. Solange auf dem Boden der Arbeitsreligion noch Spielräume für die Verbesserung der Lebenssituation existierten, lag es näher, für die ausgeblendeten Reproduktionstätigkeiten die Ehre der Arbeit einzuklagen, als den Ausschluss der Reproduktionstätigkeiten als Strukturmerkmal der Arbeitsgesellschaft zu erkennen und dem Allerheiligsten dieser Gesellschaft, der Arbeit, deswegen den Kampf anzusagen. Die kapitalistische Umkehrung ihrer Kritik am weißen männlichen Normalarbeitsverhältnis und der Prozess repressiver Feminisierung führen die Haltlosigkeit aller Bemühungen Arbeit umzudefinieren zwar drastisch vor Augen, diese Entwicklung war aber nicht ohne Weiteres voraussehbar.

10. Weniger nachvollziehbar ist allerdings das hohe Lied, das derzeit von neopostoperaistischer Seite auf die angeblich befreiende Kraft der immateriellen Arbeit gesungen wird. Nicht nur, weil der Neopostoperaismus damit die arbeitsreligiöse Tradition der kapitalistisch eingemeindeten klassischen Arbeiterbewegung ungebrochen wieder aufnimmt; vor allem bringen Autoren wie Hardt / Negri es fertig, die neue kapitalistische Landnahme, das Übergreifen der Inwertsetzung auf den ganzen Menschen, in sein Gegenteil, in Befreiung umzuphantasieren. Die Beschwörung der schöpferischen Potenzen der neuen immateriellen Arbeit mag sich noch antikapitalistisch gerieren; sie liefert keinen Ansatz zur Kritik des heutigen Stadiums arbeitsgesellschaftlicher Zurichtung.

11. Gegenüber dem klassischen Operaismus der 1960er und 1970er Jahre stellt diese Entwicklung eine Regression dar. Besonders haltbar war das kategoriale und theoretische Fundament der operaistischen Arbeitskritik sicherlich nicht, aber immerhin war es eine Arbeitskritik. Damals hat die operaistische Strömung mehr in die damaligen sozialen Kämpfe hineingeheimnist als diese hergegeben haben. Immerhin hat sie sich aber auf reale soziale Kämpfe bezogen. Die neooperaistische Arbeitsontologie unserer Tage dagegen geheimnist in

die kapitalistische Entwicklung einen antikapitalistischen Sinn. Der in Anlehnung an den männlichen Hysteriker Friedrich Nietzsche formulierte Mythos von der dionysischen Arbeit, als das unerschöpfliche schöpferischen Prinzips, ist demgegenüber nur eine verquast-linksreligiöse Fassung des herrschenden produktivistischen Terrors.

Kapitalismuskritik bedarf in einer Zeit, in der sich mit der Parole »Arbeit, Arbeit, Arbeit!« alles rechtfertigen lässt, einer völlig anderen Ausrichtung. Sie findet ihren theoretischen Eckpunkt in einer kategorialen Kritik der Arbeit. Zu ihren praktischen Ausgangspunkten gehört die Weigerung das permanente Leistenmüssen als Norm zu akzeptieren und die Gegenwehr gegen die neuen kapitalistischen Zumutungen, nicht deren Umdefinition zur schöpferischen Selbstentfaltung irgendeiner mysteriösen Multitude.

## **1.2. Frank Engster: Der Begriff der Arbeit in der Wertkritik der Krisis und im Post-Operaismus**

Auf dem Kongress soll es ja – in einer Art Selbstverständigung – um die zwei vielleicht einflussreichsten Theorien der letzten Jahre innerhalb der radikalen Linken der BRD gehen, um die Wertkritik und den Post-Operaismus. Nachdem am Freitag in zwei zentralen Veranstaltungen eine Einführung in die beiden Diskurse gegeben wurde, stehen am heutigen Samstag ihre zentralen Begriffe an, u. a. auch der Begriff der Arbeit.

Arbeit, das war bis in die 1960er Jahre die zentrale Kategorie der Gesellschaftskritik. Der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie der ersten Stunde und dann dem Marxismus-Leninismus galten die Arbeit als Stoffwechselprozess mit der Natur, als Wesen der gesellschaftlichen Vermittlung und roter Faden der Geschichte. Sei alle ergriffen im emphatischen Sinne für den Standpunkt der Arbeit Partei, um ihre allgemeine gesellschaftliche Bestimmung und ihre produktive Kraft von den bornierten und den sogar hemmenden kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen zu befreien, insbesondere von der Fremdbestimmung und Ausbeutung durch die Bourgeoisie.

In den '60er Jahren hat dann ein radikaler Umbruch sowohl in der Gesellschaft selbst als auch in ihrer Kritik stattgefunden. Er betrifft zum einen ganz unmittelbar die Arbeit, nämlich den Umbruch der Industriegesellschaft und der fordistischen Produktionsweise; dieser Umbruch ging mit einer umfassenden und bis heute anhaltenden Veränderung der Arbeitsverhältnisse einher. Zum anderen findet der Umbruch seinen Ausdruck im Aufkommen der sog. Neuen

Sozialen Bewegungen. Die Neuen Sozialen Bewegungen sind einerseits eine Reaktion auf den Legitimationsverlust der traditionellen Gesellschaftskritik, die insbesondere durch den Stalinismus und den Realsozialismus, aber auch durch die Erfahrung des Nationalsozialismus in die Krise geraten war, andererseits sind sie aber auch der Ausdruck des Bedürfnisses nach einer anderen, neuen Art der Gesellschaftskritik im Allgemeinen und der spätindustriellen Nachkriegsgesellschaft im Besonderen. Der Umbruch hat zum Niedergang aller Repräsentationsformen der Arbeit geführt, vom Realsozialismus und den Kommunistischen Parteien des Westens über die sozialistische Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften bis hin zur Ware Arbeitskraft, die durch die Jahrzehnte des Neoliberalismus eine Prekarisierung und Entwertung erfahren hat.

Auch der (Post-)Operaismus und die Wertkritik der Krisis u.a. sind vor diesem Umbruch her zu verstehen. Allerdings steht bei beiden der Arbeitsbegriff weiterhin im Mittelpunkt, wenn auch auf eine gleichsam gewendete Weise. Zudem ist diese Wendung auf ganz unterschiedliche und vielleicht sogar gegensätzliche Weise vollzogen worden: Ohne inhaltliche Vorgaben machen zu wollen, denke ich, dass zwei unterschiedliche Bestimmungen der Arbeit zu Diskussion anstehen. Zugespitzt wären das der Begriff der abstrakten Arbeit auf der einen Seite, der Begriff der immateriellen Arbeit auf der anderen.

So nimmt der Begriff der immateriellen Arbeit im Post-Operaismus nicht nur eine zentrale Stellung ein, er löst auch in gewisser Weise den Begriff der abstrakten Arbeit ab – denjenigen Begriff also, der in der Wertkritik der Krisis eine zentrale Stellung einnimmt. Während die Wertkritik in der Bestimmung des Werts weiterhin um den Begriff der abstrakten Arbeit als der gesellschaftlichen Substanz des Werts kreist – wenn auch in Abwendung vom traditionellen Marxismus und unter anderen Vorzeichen – ist etwa für Negri und Hardt der Begriff der abstrakten Arbeit geradezu hinfällig geworden. In *Empire* fordern sie nicht weniger als eine „neue Ontologie der Arbeit“ sowie eine „neue, politische Werttheorie“, die auf Wissen, Kommunikation und Sprache gegründet wird – eben auf immaterieller Arbeit. Auch andere zentrale Begriffe des Post-Operaismus wie General Intellect, Multitude und Massenintellektualität kreisen um den Begriff der immateriellen Arbeit, von dessen Entwicklung zudem eine „neue Theorie der Subjektivität“ erwartet wird.

Der Begriff steht damit geradezu im Gegensatz zum Begriff der abstrakten Arbeit, der im weitesten Sinne gerade auf eine subjekt-lose, jedenfalls bewusstlos-blinde Konstitution von gesellschaftlicher Objektivität abstellt. Die Krisis besteht darauf, dass die menschliche Arbeit

Quelle allen Werts und Mehrwerts ist und bleibt und dadurch die gesellschaftliche Substanz der abstrakten Arbeit bildet – nur dass die Arbeit nicht mehr, wie noch im Marxismus-Leninismus, emphatisch über ihre kapitalistischen Produktionsverhältnisse erhoben werden soll. Im Gegenteil, die Ontologie der Arbeit als Substanz des gesellschaftlichen Seins wird gleichsam gewendet und unter negative Vorzeichen gestellt: Menschliche Arbeit ist zwar Substanz allen Werts und Mehrwerts, aber das ist erstens eine schlechte Notwendigkeit, über die zweitens durch die Entwicklung der Produktivkraft hinausgegangen wird, ja, insbesondere die Mikroelektronische Revolution hat menschliche Arbeit bereits soweit überflüssig werden lassen, dass eine andere, nicht-wertförmige Vermittlung notwendig geworden ist.

Kurzum, ich denke, dass im Post-Operatismus und in der Wertkritik der Krisis eine ganz unterschiedliche Absetzbewegung von der traditionellen Gesellschaftskritik stattgefunden hat. Hier wie dort bleibt in der Kritik zwar der Begriff der Arbeit weiter zentral, aber er wird ganz unterschiedlich bestimmt, und entsprechend unterschiedlich sind die (politischen) Konsequenzen.

## **2. Zum Begriff der Krise**

### **2.1. Michael Heinrich: Die gegenwärtige Finanzkrise und die Zukunft des globalen Kapitalismus**

*Die Krise auf dem US-Immobilienmarkt ist kein Indiz für das Zusammenbrechen des Kapitalismus*

Dass sich Karl Marx im Winter 1857/58 endlich an die Abfassung seines lange geplanten ökonomischen Werkes machte, hatte seinen unmittelbaren Grund in der im Herbst 1857 ausgebrochenen Wirtschaftskrise und der mit ihr verbundenen Erwartung einer tiefen Erschütterung, von der sich der Kapitalismus nicht mehr erholen würde. Er arbeite »wie toll die Nächte durch«, schrieb Marx im Dezember 1857 in einem Brief an Engels, damit er »wenigstens die Grundrisse im klaren habe bevor dem déluge« Tatsächlich handelte es sich bei der Krise 1857/58 um die erste wirkliche Weltwirtschaftskrise des modernen Kapitalismus, in die schließlich alle damals führenden Länder (England, USA, Frankreich, Deutschland) hineingezogen wurden. In den gleichzeitig entstandenen Grundrissen findet sich auch die einzige eindeutig zusammenbruchstheoretische Passage im Marxschen Werk. Dieser Zusammenbruch, so war Marx überzeugt, würde auch revolutionäre Bewegungen freisetzen. Im Februar 1858 äußerte er gegenüber Ferdinand Lassalle sogar die Befürchtung, dass er angesichts der zu erwartenden »stürmischen Bewegungen« mit seinem Werk »zu spät fertig

werde, um noch die Welt für derartige Sachen aufmerksam zu finden«. Zwar behielt Marx darin recht, dass er mit seinem Werk nicht fertig wurde (erst neun Jahre später erschien der erste Band des Kapital), doch führte diese erste Weltwirtschaftskrise weder zum Zusammenbruch des Kapitalismus noch zu irgendwelchen revolutionären Bewegungen. Die Krise war bereits im Frühsommer 1858 überwunden und das kapitalistische System ging sogar enorm gestärkt aus ihr hervor. Marx hat daraus gelernt: Im Kapitalismus wirken Krisen als brutaler Reinigungsakt. Gerade durch die von ihnen angerichteten Zerstörungen werden bisherige Blockaden der Akkumulation beseitigt und neue Möglichkeiten kapitalistischer Entwicklung freigesetzt.

Von der Vorstellung einer Zusammenbruchskrise hatte sich Marx gründlich verabschiedet. Als ihn Danielson, sein russischer Übersetzer, 1879 (wieder einmal) fragte, wann denn endlich mit der Fortsetzung des ersten Kapital-Bandes zu rechnen sei, antwortete ihm Marx, er müsse den Verlauf der gegenwärtigen Krise, die eine Reihe von Besonderheiten aufweise, abwarten, um die Analyse dieser Krise noch in sein Werk aufzunehmen. Abschließend setzte er hinzu: »Wie sich nun diese Krise auch entwickeln mag – deren detaillierte Beobachtung für den Erforscher der kapitalistischen Produktion und für den professionellen Theoretiker freilich von höchster Wichtigkeit ist –, sie wird wie ihre Vorgängerinnen vorübergehen und einen neuen ›industriellen Zyklus‹ mit all seinen verschiedenen Phasen von Prosperität usw. einleiten«.

Dass sich Marx mit guten Gründen von jeder Zusammenbruchstheorie verabschiedet hatte, verhinderte jedoch nicht, dass ihr viele Marxisten die Treue hielten. Sowohl in der »marxistischen« Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg als auch in den neuen kommunistischen Parteien in den zwanziger Jahren galt es als ausgemachte Sache, dass der Kapitalismus an den von ihm selbst hervorgebrachten, immer stärker werdenden Krisen zugrunde gehen würde. Jeder Aufschwung wurde als ein allerletztes Aufbäumen vor dem endgültigen und unausweichlichen Zusammenbruch interpretiert, was häufig zu grotesken politischen Fehleinschätzungen führte. In den frühen neunziger Jahren feierte die Zusammenbruchstheorie im neu vereinigten Deutschland wieder fröhlich Auferstehung, wenn auch mit dem Anspruch versehen, etwas ganz Neues darzustellen. Die nun folgenden Krisen, die Ostasienkrise von 1997/98, der Aktiencrash, mit dem 2000/2001 die New Economy-Blase platzte, oder die Argentinienkrise von 2001/2002 wurden jedes Mal als sichere Anzeichen des Anfangs des endgültigen Zusammenbruchs gedeutet. Allerdings waren alle diese Krisen relativ schnell zu Ende. Sie hatten zwar zu enormen Verelendungsprozessen geführt (insbesondere die Ostasienkrise und die Argentinienkrise), das kapitalistische System war aber, entgegen allen Zusammenbruchsprognosen, eher gestärkt aus diesen Krisen hervorgegangen.

Mittlerweile gibt es wieder eine neue Krise und auch neue Prophezeiungen, dass der Untergang des Kapitalismus kurz bevorstehe. Allerdings warnen inzwischen auch bürgerliche Ökonomen und selbst der Internationale Währungsfond vor der Gefahr eines internationalen Finanzcrashs mit schwerwiegenden Folgen für die Weltwirtschaft.

### **Von der US-amerikanischen Immobilienkrise zur internationalen Finanzkrise**

Man sollte sich diese Krise also etwas genauer anschauen. Ihren Anfang nahm sie in einer Überspekulation mit anschließendem Platzen der spekulativen Blase. Seit der holländischen Tulpenkrise im frühen 17. Jahrhundert haben diese Spekulationskrisen immer wieder denselben Verlauf genommen: Ein bestimmtes Vermögensobjekt (seien es nun Aktien, Häuser oder eben Tulpenzwiebeln) wird immer höher bewertet, was die Nachfrage nach diesem Objekt ankurbelt, denn alle wollen am scheinbar unaufhaltsamen Wertzuwachs teilhaben. Das eigene Vermögen, schließlich auch Kredite werden zum Erwerb des Spekulationsobjektes benutzt. Aufgrund der großen Nachfrage steigt dessen Preis weiter, was zu weiterer Nachfrage führt. Doch irgendwann ist dieser Anstieg erschöpft. Es wird schwieriger, neue Käufer zu finden, und die ersten Anleger wollen ihre Gewinne realisieren und verkaufen. Der Preis des Spekulationsobjektes fällt. Jetzt wollen alle aussteigen, um keine Verluste zu machen, was aber den Preis noch weiter drückt. Viele von denen, die spät in die Spekulation eingestiegen sind und zu einem hohen Preis gekauft haben, machen jetzt hohe Verluste. Da mit diesen Verlusten auch ein allgemeiner Nachfrageeinbruch verbunden ist, kann sich eine solche Spekulationskrise auf die gesamte Wirtschaft auswirken. Im Prinzip ist deren Verlauf heutzutage auch denjenigen bekannt, die sich an der Spekulation beteiligen. Doch ist eben nicht klar, in welcher Phase der Spekulation man sich befindet: relativ am Anfang, wo noch gute Gewinnchancen existieren, oder eher am Ende, kurz vor dem Platzen der Blase. Jeder hofft, dass er noch bei den Gewinnern sein kann, auch wenn er weiß, dass der Absturz kommen wird.

Nach dem Platzen der New-Economy-Blase im Jahre 2000 hatte die US-amerikanische Zentralbank die Leitzinsen zwischen Januar 2001 und Mitte 2003 von 6,5 auf nur noch 1 Prozent abgesenkt, um die Investitionen über billige Kredite wieder anzukurbeln. Für zwei bis drei Jahre lagen die Zentralbankzinsen sogar unterhalb der Inflationsrate. Sinkende Zinsen machten auch den Kauf von Häusern attraktiv, und in den eigenen vier Wänden zu leben, ist in den USA über alle Klassen hinweg ein akzeptiertes Ziel. Zwischen 2000 und 2005 hat sich die Summe der Hypotheken fast verdreifacht. Die stark wachsende Nachfrage nach Häusern ließ die Immobilienpreise trotz zunehmender Bautätigkeit um 10 bis 20 Prozent pro Jahr steigen,

was die Banken zu einer immer riskanteren Kreditvergabe verleitete. Der Kaufpreis wurde jetzt auch zu 100 Prozent vorgeschossen, man verlangte von den Käufern kein Eigenkapital mehr. Normalerweise finanzieren Banken nur 60 bis 80 Prozent des Kaufpreises, damit sie bei einem Zwangsverkauf des Hauses (infolge einer Zahlungsunfähigkeit des Schuldners) einen Sicherheitspuffer haben und keinen Verlust machen. Auch wenn das Haus beim Zwangsverkauf nicht den ursprünglichen Kaufpreis erzielt, bleibt in der Regel noch genug für die Rückzahlung des Kredits übrig, der Verlust liegt dann allein auf der Seite des Schuldners. Bei stark steigenden Immobilienpreisen glaubten die Bankmanager, dass nichts mehr schiefgehen könne, der Sicherheitspuffer würde durch die steigenden Preise automatisch nachgeliefert. Allerdings nutzten viele Hausbesitzer die steigenden Immobilienpreise zu einer Erhöhung ihrer Kredite aus, um damit ihre Konsumausgaben zu finanzieren. Die Herstellung des Sicherheitspuffers wurde damit immer weiter in die Zukunft verschoben.

Darüber hinaus begannen die Banken mit der Vergabe von Ninja-Krediten, was für no income, no job or assets aufseiten der Kreditnehmer steht. Derartige Kredite bilden einen Großteil jener subprime-Kredite, von denen gegenwärtig so viel die Rede ist. Es handelt sich um Kredite an Schuldner, die sich den Kredit eigentlich gar nicht leisten können, wo also ein hohes Ausfallrisiko besteht, das sich die Bank durch extra hohe Kreditzinsen vergüten lässt. Vor allem solche subprime-Kredite wurden von den Banken weiterverkauft, womit sie die Sorge über zahlungsunfähige Schuldner loswurden. Aus Immobilienkrediten unterschiedlicher Qualität wurden auf eine relativ komplizierte Weise Pakete geschnürt, die als Sicherheit für neue Wertpapierarten dienten, die auf so schöne Namen wie Collateralized Debt Obligations (CDO) hören. Diese wurden dann anderen Banken und Fonds erfolgreich zum Kauf angeboten. Derartige Papiere boten einerseits eine hohe Verzinsung (da die Immobilienkäufer hohe Zinsen zu zahlen hatten) und waren andererseits scheinbar eine sichere Geldanlage, da sie durch Immobilien abgesichert waren. Damit diese Geschäfte nicht in den Büchern der als Käufer auftretenden Banken auftauchten und mit Eigenkapital abgesichert werden mussten, wurden sogenannte Structured Investment Vehicles (SIV) gegründet, die als Tochtergesellschaften im Ausland auftraten. Sie refinanzierten die Kosten dieser Anlagen mit kurzfristig laufenden Anleihen, für die viel weniger Zinsen zu zahlen waren, als die mit Hypotheken besicherten Spekulationspapiere einbrachten. In Deutschland folgten dieser, die staatlichen Kontrollinstanzen auf legalem Wege umgehenden Methode nicht nur Privatbanken, sondern vor allem öffentliche Banken, wie etwa die Sächsische Landesbank.

Mit den 2005 und 2006 in den USA wieder steigenden Zinsen wurde zum einen der Anstieg der

Immobilienpreise abgebremst, zum anderen stiegen aber auch die Zinsbelastungen der Hypotheken, da in den meisten Fällen variable Zinsen vereinbart waren. Vor allem im subprime-Sektor, wo die Zinsen sowieso schon hoch waren, stieg die Zahl der Kreditausfälle stark an. Damit nahm auch die Zahl der Zwangsversteigerungen zu, was noch weiter auf die Immobilienpreise drückte. Jetzt wurde deren Preisanstieg nicht nur gebremst, seit Ende 2006 kam es zu sinkenden Immobilienpreisen.

Mit der zunehmenden Zahlungsunfähigkeit der Immobilienkäufer brachen jedoch die Zinseinnahmen der auf diesen Krediten beruhenden Wertpapiere weg und mit den sinkenden Immobilienpreisen war auch die Sicherheit dieser Papiere dahin, ihre Kurse stürzten ab. Dies zwang die Banken und Fonds, die diese Papiere gekauft hatten, in ihren Bilanzen zu immer neuen »Wertberichtigungen«, die wahrscheinlich noch nicht zu Ende sind.

### **Besonderheiten der gegenwärtigen Krise**

Die bislang beschriebenen Phänomene stellen in der Geschichte des Kapitalismus noch nichts Außergewöhnliches dar. Eine besondere Note erhält diese Krise allerdings durch die Rolle, die die Banken in ihr spielen. Bei Krisen des Aktienmarktes sind die Verlierer häufig die vielen Kleinanleger, die ihre Spargroschen in Aktien anlegten und nach einem Crash nur noch wertloses Papier in Händen halten oder sogar verschuldet sind, weil sie ihre Aktienkäufe per Kredit finanzierten. Bei der Immobilienkrise in den USA sind die Geschädigten in erster Linie die Banken und die spekulativ orientierten Hedgefonds, die den Banken die Immobilienkredite (bzw. die mit diesen Krediten besicherten Wertpapiere) abkauften. Zwar haben auch viele der zahlungsunfähig gewordenen Immobilienkäufer nach dem Zwangsverkauf ihrer Häuser ihre Ersparnisse verloren, die sie in den Hauskauf steckten. Aber zumindest hatte ihnen die lockere Kreditvergabe der Banken über Jahre hinweg ein höheres Konsumniveau ermöglicht. Nicht die Kleinsparer steckten dieses Mal ihr geringes Kapital in windige Aktien, sondern Banken finanzierten den Kauf überteuerter Immobilien und nicht selten auch noch darüber hinausgehende Konsumausgaben.

Der Umfang der Verluste, die die einzelnen Banken tragen müssen (nicht nur die US-amerikanischen, sondern auch z.B. öffentliche wie private deutsche Banken, die sich an den scheinbar sicheren Spekulationsgeschäften beteiligten), ist allerdings nicht klar. Nicht nur machen die Banken ihre Verluste ungern publik, häufig kennen sie diese selbst nicht einmal so genau. Beim Kauf der mit Immobilienkrediten besicherten Wertpapiere haben sie sich blind auf das Urteil sogenannter Rating-Agenturen verlassen. Deren »AAA«-Bewertung für höchste

Qualität wurde aber von jenen Banken bezahlt, die die Wertpapiere ausgegeben haben, was für die Objektivität des Urteils nicht unbedingt hilfreich gewesen sein dürfte. Da nun niemand genau weiß, welche Bank wie viele faule Kredite hat oder vielleicht sogar schon kurz vor der Pleite steht, ist das Misstrauen zwischen den Banken gewachsen und hatte im letzten Jahr den Interbankenhandel schon einmal fast zum Erliegen gebracht. Bei dieser Art Handel gewähren sich die Banken ohne alle Formalitäten gegenseitig kurzfristige Kredite und sorgen so dafür, dass die Geschäfte reibungslos laufen können. Muss man jedoch damit rechnen, dass die andere Bank am nächsten Tag bankrott ist, wird auch der typische »Über-Nacht«-Kredit zum Risiko. Nur weil die Zentralbanken mit einer schnellen Ausweitung der von ihnen vergebenen Kredite reagierten, konnten größere Probleme bis jetzt verhindert werden.

### **Verschiebungen innerhalb des Kapitalismus**

Die enormen Verluste, von denen bislang die Rede ist – Ende April hatten die Banken ca. 270 Milliarden Dollar abgeschrieben, insgesamt könnten es aber auch 400 bis 500 Milliarden werden – sind auch Ausdruck der Strukturveränderungen, die in den letzten 30 Jahren im globalen Kapitalismus stattgefunden haben. Seit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 haben sich im Gefolge der daraufhin einsetzenden neoliberalen Politik die Verteilungsverhältnisse in den führenden kapitalistischen Ländern erheblich zugunsten des Kapitals und der Bezieher höherer Einkommen verschoben. Die Reallöhne sind seither nur wenig gestiegen, der Zuwachs an gesellschaftlichem Reichtum kam fast ausschließlich denen zugute, die schon über hohe Einkommen und Vermögen verfügten. Ein großer Teil dieser Einkommenszuwächse sowie Teile der steigenden Unternehmensprofite wurden in den Finanzmärkten investiert, die seit ihrer weitgehenden Deregulierung in den siebziger und achtziger Jahren mit immer neuen Arten von spekulativen Papieren (den sogenannten »Derivaten«) sehr erfolgreich um Anleger warben.

Auch die vielfachen »Rentenreformen«, die alle zulasten der staatlichen Rentenversicherungssysteme gingen, haben dazu geführt, dass viele ArbeitnehmerInnen versuchen, ihre künftigen Rentenzahlungen über »Pensionsfonds« aufzubessern, sodass auch die Bezieher kleinerer Einkommen indirekt in den Finanzmärkten investieren. Als Folge dieser Entwicklungen ist der Umfang des Finanzvermögens in den letzten Jahrzehnten weit stärker gewachsen als das Sozialprodukt. Und für dieses enorm gewachsene Finanzvermögen wird ständig nach möglichst profitablen Anlagemöglichkeiten gesucht, was die Spekulation enorm ankurbelt.

Allerdings stellen die oben genannten Verluste nur einen kleinen Bruchteil des internationalen

Finanzvermögens dar, das sich auf ca. 150.000 Milliarden Dollar beläuft. Die bisherigen, weltweit angefallenen Verluste von etwa 270 Milliarden Dollar liegen in der Größenordnung des jährlichen Haushaltsdefizits der USA, sie sind vom Weltfinanzsystem durchaus zu verkraften. Es kann aber gut sein, dass noch die eine oder andere Großbank in ähnliche Schwierigkeiten kommt wie die fünft größte US-amerikanische Bank Bear Stearns, deren Pleite nur abgewendet werden konnte, indem sie unter Vermittlung der US-amerikanischen Zentralbank zu einem Spottpreis von J.P. Morgan Chase, dem zweitgrößten amerikanischen Finanzhaus, übernommen wurde.

### **Neue Zentren der Kapitalakkumulation**

Als Konsequenz der Finanzkrise hat in den USA wohl schon eine Rezession eingesetzt (auch wenn dies offiziell noch nicht zugegeben wird). Die Banken haben die Kreditvergabe eingeschränkt und auch die privaten Verbraucher, die gerade ihre Häuser verloren haben, können nicht mehr so viel konsumieren wie früher. Bei dem starken Gewicht, das der Binnenmarkt für die US-amerikanische Ökonomie hat, dürfte ein konjunktureller Abschwung unausweichlich sein, auch wenn der schwache Dollar die amerikanischen Exporte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger macht. Bemerkenswert ist aber, dass dieser Abschwung bislang relativ geringe Auswirkungen auf die Weltwirtschaft hatte. Zwar werden die Wachstumsprognosen auch in Europa und insbesondere in Deutschland nach unten korrigiert, doch war nach dem »Aufschwung« der letzten Jahre sowieso mit einem konjunkturellen Abschwung zu rechnen. Die USA sind zwar noch immer die bei weitem stärkste Wirtschaftsmacht, doch sind mit den Schwellenländern Asiens und z.T. auch Lateinamerikas neue Zentren kapitalistischer Akkumulation entstanden, die nicht mehr nur einfach »Peripherie« einer von Westeuropa und Nordamerika bestimmten Weltwirtschaft genannt werden können. Sie ersetzen die Nachfrageausfälle der USA zumindest zu einem Teil. Dass indische Unternehmen mit spektakulären Übernahmen (Jaguar wurde von Tata Motors gekauft, der größte europäische Stahlkonzern Arcelor von Mittal Steel) von sich reden machen oder dass die chinesische Zentralbank über riesige Devisenreserven verfügt, deren Gesamtwert weit über 1.000 Milliarden Dollar liegt, sind nur sinnfälliger Ausdruck dieser Entwicklung. Der globale Konkurrenzkapitalismus wird immer stärker multipolar, was mit einem relativen ökonomischen Bedeutungsverlust der USA einhergeht.

### **Neue Formen der Regulierung – und neue Krisen**

Die gegenwärtige Krise zeigt aber noch etwas anderes an. Vor gut 30 Jahren endete das Zeitalter des Keynesianismus: Eine auf deficit spending reduzierte keynesianische

Wirtschaftspolitik wurde durch neoliberale Konzepte ersetzt, die davon ausgingen, dass »die Märkte« die besten und effizientesten wirtschaftlichen Regulationsinstanzen seien. Seit den 1980er Jahren wurde weltweit dereguliert, flexibilisiert und privatisiert, was das Zeug hielt. Die Finanzmärkte kommen heute dem neoliberalen Ideal des freien und flexiblen Marktes am nächsten: staatliche Reglementierungen wurden radikal beschnitten und aufgrund der Natur des gehandelten Gegenstands sind Zeitverzögerungen und Transaktionskosten minimal, »Marktpulse« können sich also ungehindert durchsetzen. Aber gerade diese deregulierten Finanzmärkte haben sich als extrem instabil und krisenhaft erwiesen. Selbst Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, musste kürzlich zugeben, dass er nicht mehr an die so oft beschworenen »Selbsteilungskräfte des Marktes« glaube. Und auch der Internationale Währungsfonds, der bislang jedes sogenannte Entwicklungsland, das einen Kredit benötigte, zu »mehr Markt« (auch und gerade im Bankensektor) verpflichtete, entdeckte angesichts der Finanzkrise, dass die internationale Finanzarchitektur »dramatische Mängel« aufweisen würde und mehr staatliche Kontrolle und Regulierung notwendig sei. Ob diese Regulierung demnächst tatsächlich kommt, ist allerdings ungewiss: Ackermann wollte seine Kritik am Markt nicht als Plädoyer für mehr Staat verstanden wissen. Stattdessen präsentierte er einen freiwilligen Verhaltenskodex, an den sich Geldinstitute künftig halten sollen. Auch die vom IWF diskutierten Vorschläge blieben außerordentlich vage. Es ist gut möglich, dass es erst noch einer weiteren Krise bedarf, bevor eine neue Welle der Regulierung beginnt. Die Periode naiver Markteuphorie scheint jedoch fürs Erste vorbei zu sein.

Aber auch wenn eine solche neue Regulierung der Finanzmärkte kommt, wird sie den Kapitalismus nicht krisenfrei machen. Bei der Analyse des Kapitalismus ist zwischen institutionellen Arrangements, die Krisen begünstigen, und den grundsätzlichen Krisentendenzen des Kapitalismus, die in den widersprüchlichen Bestimmungen kapitalistischer Produktion auf der einen Seite und kapitalistischer Zirkulation auf der anderen Seite gründen, zu unterscheiden. Institutionelle Arrangements können geändert werden und in der Regel sind es Krisen, die solche Änderungen herbeiführen. Dass der Zweck kapitalistischer Produktion Profitmaximierung ist und dass diese zu Teilen stets durch spekulative Prozesse vermittelt ist, lässt sich jedoch nicht ändern, jedenfalls nicht, ohne den Kapitalismus abzuschaffen.

Auch deuten sich bereits neue Krisenprozesse an. Der enorm gestiegene Verbrauch führte in den letzten Jahren zu steigenden Rohstoffpreisen und aktuell auch zu steigenden Nahrungsmittelpreisen. Steigen die Preise schnell und wird erwartet, dass dies auch in Zukunft

so bleibt, werden auch spekulative Investitionen zunehmen, bei denen der Gegenstand nur erworben wird, um ihn bald darauf zu einem höheren Preis zu verkaufen. Schon jetzt wird vermutet, dass ein Teil des Preisanstiegs für Erdöl und Weizen auf spekulative Terminkontrakte zurückgeht, sodass hier eventuell die nächsten spekulativen Blasen entstehen.

Bereits jetzt schon haben die steigenden Lebensmittelpreise erhebliche ökonomische Auswirkungen. In Indien und vor allem in China heizen sie die dort sowieso schon hohe Inflationsrate an. Es ist nicht auszuschließen, dass die chinesische Zentralbank irgendwann mit einer starken Zinserhöhung bzw. einer Verknappung der Geldmenge versuchen wird, dem gegenzusteuern und damit das bislang noch außerordentlich hohe Wachstumstempo mit jährlichen Raten von 8 bis 9 Prozent abwürgt. Dann würde sich die Kehrseite der neuen multipolaren Struktur des globalen Kapitalismus zeigen: Eine Wirtschaftskrise in China wäre nicht nur ein chinesisches Problem, sie wäre ein Problem der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft. Auch ohne den befürchteten Zusammenbruch des Finanzsystems sind die Aussichten im globalen Konkurrenzkapitalismus alles andere als rosig.

## **2.2. Norbert Trenkle: Weltmarktbeben**

### **Über die tieferliegenden Ursachen der aktuellen Finanzmarktkrise**

Die aktuelle Krise an den internationalen Finanzmärkten, die sich zu einer veritablen Weltmarktkrise auszuwachsen droht, wird von fast allen Kommentatoren und Wirtschaftsexperten auf die ungehemmte Entfesselung der Spekulation vor allem in den USA zurückgeführt. Im Schussfeld stehen dementsprechend die Banken und Investmentfonds als Hauptakteure dieser Spekulation, aber auch die Regierungen und Zentralbanken (allen voran die US-Regierung und die Federal Reserve), die diese Entwicklung ermöglicht und gefördert hätten. Es fühlen sich jetzt alle jene bestätigt, die schon seit Jahren in der Entfesselung und Verselbstständigung der Spekulation die wichtigste Ursache aller aktuellen ökonomischen und sozialen Verwerfungen wie Massenarbeitslosigkeit, Lohndrückerei, verschärfter Standortkonkurrenz und Abriss der Sozialsysteme sehen und als Schlüssel für die Lösung dieser Probleme eine Regulation und Kontrolle der Finanzmärkte propagieren.

Nun könnte es bei oberflächlicher Betrachtung tatsächlich so erscheinen, als gehe der zunehmende ökonomische Druck auf die gesamte Gesellschaft ursächlich von den Finanzmärkten aus. Wer wollte leugnen, dass diese in einem historisch einzigartigen Maße an

Gewicht gewonnen haben und starken Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung nehmen. Liegt es da nicht nahe, sie als Hauptschuldige für die gesellschaftliche Misere zu identifizieren? Doch die Polemik gegen Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und andere Finanzmarktakteure (unter Verwendung ideologisch brandgefährlicher Bilder wie »Heuschrecken« und »Blutsauger«) findet nicht nur deshalb ein so starkes Echo in der Öffentlichkeit, weil sie den Schein der Oberfläche widerspiegelt. Darüber hinaus kann sie sich auf ein verbreitetes Vorverständnis stützen, wonach das Finanzkapital, die Banken und »die Spekulanten« ohnehin für die meisten Übel des Kapitalismus verantwortlich gemacht werden, weil sie angeblich auf Kosten der »ehrlichen Arbeit« und des »produktiven Unternehmertums« ihre Gewinne einfahren, ohne dafür einen Finger krumm zu machen. Dementsprechend wird stets die »unersättliche Gier« der Finanzmarktakteure angeprangert, die nach »übertriebenen Renditen« strebten, so als ob die kapitalistische Produktionsweise nicht ihrem Wesen nach auf dem Prinzip der Gewinnmaximierung basieren würde und dafür immer schon über Leichen gegangen wurde.

Das freilich ist keine Kritik am Kapitalismus, sondern bestenfalls eine nostalgische Verklärung des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Nachkriegszeit, wo angeblich die Welt noch in Ordnung gewesen sein soll. Schlimmer noch wird damit aber zugleich die Tür für antisemitische Wahnprojektionen geöffnet, zu deren Kernbestand ja bekanntlich die Aufspaltung des Kapitals in ein (konkretes) »schaffendes« und ein (abstraktes) »raffendes Kapital« gehört, wobei »die Spekulanten« mit »den Juden« identifiziert werden, die angeblich hinter den Kulissen die Fäden der Weltwirtschaft und –politik ziehen. Dieser gefährliche ideologische Zusammenhang ist in den letzten Jahren vielfach aufgezeigt und kritisiert worden, weshalb ich ihn hier nicht näher ausführen muss. Stattdessen werde ich mich vor allem auf den Nachweis konzentrieren, dass mit der einseitigen Attacke auf das Finanzkapital auch die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge der kapitalistischen Funktionslogik auf den Kopf gestellt werden und damit nicht nur einer Analyse des laufenden Krisenprozesses der Weg verstellt wird, sondern auch einem adäquaten Widerstand gegen die damit verbundenen sozialen und politischen Zumutungen.

### **Die langen Nachwirkungen der Krise des Fordismus**

Schon ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die Entstehung von großen Spekulations- und Kreditblasen an den Finanzmärkten noch nie die Ursache von kapitalistischen Krisen war, sondern immer nur Folge und Verlaufsform von Krisenprozessen, deren Gründe sich stets auf die Stockung der Kapitalverwertung in der Realwirtschaft zurückführen ließen. Das gilt auch

und gerade auch für die gegenwärtige Finanzmarktkrise und die lange Periode der Spekulation, die ihr vorangegangen ist, auch wenn sie in der Tat einige historische Besonderheiten gegenüber früheren Krisen vorzuweisen hat.

Es ist allgemein bekannt, dass das Abheben und die weitgehende Verselbstständigung der Finanzmärkte in der Mitte der 1970er Jahre begannen. Die Gründe dafür lagen jedoch nicht etwa in willkürlichen politischen Entscheidungen, wie es im Rückblick heute vielfach behauptet wird, sondern darin, dass die lange Aufschwungsphase der Nachkriegszeit in eine tiefe Strukturkrise geriet und der Fordismus an seine Grenzen stieß. Die Profitraten gerieten unter Druck, weil sich die organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Produktivitätsreserven der standardisierten Massenproduktion erschöpft hatten, während gleichzeitig erfolgreiche Arbeitskämpfe für eine Anhebung der Löhne und Sozialleistungen sorgten und die Vorkosten für die Finanzierung der allgemeinen öffentlichen Infrastruktur immer weiter anstiegen. Als die OPEC-Länder dann auch noch den Ölpreis empfindlich anhoben und damit die Kosten für die exzessive Ausbeutung der fossilen Energiereserven in die Höhe schnellten, war der selbsttragende Wachstumsschub der Nachkriegszeit an sein Ende gelangt. Zusätzliche Investitionen in Produktionsmittel, Fabriken, Gebäude etc. unterblieben, weil sie keinen oder keinen ausreichenden Gewinn mehr versprachen; in der Folge wurde ein erheblicher Teil des Kapitals »freigesetzt« und fand keine rentable Anlagemöglichkeit mehr.

Da aber Kapital seinem Wesen nach sich selbst verwertender Wert ist, also der einzige Zweck der kapitalistischen Produktion darin besteht, aus Geld mehr Geld zu machen (daher auch der dem Kapitalismus eigene Zwang zum permanenten quantitativen Wachstum ohne Rücksicht auf menschliche Bedürfnisse und natürliche Grenzen), ist eine solche Stockung des Verwertungsprozesses gleichbedeutend mit einer Krise. Genauer gesagt: mit einer Überakkumulationskrise oder – um es im gängigen volkswirtschaftlichen Vokabular auszudrücken – mit einer Überinvestitionskrise. Ein Teil des Kapitals ist überschüssig (gemessen am eigenen abstrakten Selbstzweck) und daher von der Entwertung bedroht. Findet diese Entwertung statt, so bleibt sie nicht auf einzelne Unternehmens- und Bankenzusammenbrüche beschränkt (wie sie im kapitalistischen Normalbetrieb immer vorkommen), sondern schlägt – vermittelt und verstärkt über negative Multiplikatoreffekte – auf die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft durch.

Genau diese Gefahr drohte Mitte der 1970er Jahre, was übrigens viele (nicht nur linke) Ökonomen prognostizierten. Warum jedoch kam es nicht dazu? Warum blieb der große

weltwirtschaftliche Kriseneinbruch aus? Ein wesentlicher Grund dafür war, dass ein erheblicher Teil des überschüssigen Kapitals, das in der Realwirtschaft nicht mehr investiert werden konnte, an die internationalen Finanzmärkte auswich, wo es zunächst hauptsächlich in der Form von Staatskrediten, zunehmend aber auch in der Aktien- und Wertpapierspekulation angelegt wurde. Dieses Ausweichen in die Finanzsphäre ist für sich genommen eine ganz normale Verlausform jeder Krise der Kapitalverwertung. Marx hat sie bereits anhand der Krisen im 19. Jahrhundert (insbesondere anhand der Krise von 1857) analysiert und dafür den Begriff des »fiktiven Kapitals« geprägt. Fiktiv ist das Kredit- und Spekulationskapital deshalb, weil es nur scheinbar als Kapital fungiert. Denn so sehr es auch für seine Eigentümer Zins- und Spekulationsgewinne abwirft, so wenig findet doch eine reale Verwertung statt, die immer voraussetzt, dass abstrakte Arbeit in der Produktion von Waren und Dienstleistungen verausgibt und ein Teil davon als Mehrwert abgeschöpft wird. Die »Erträge«, die das fiktive Kapital »abwirft«, stammen jedoch aus anderen Quellen, seien es Steuern und neue Kredite (im Fall der exponentiell anwachsenden Staatsverschuldung), seien es Wetten auf die Zukunft (im Fall von spekulativen Kursgewinnen) oder der Ausverkauf der gesellschaftlichen Substanz (im Fall von Privatisierungserlösen).

Am offensichtlichsten ist dies im Fall der Staatverschuldung: Der Staat leiht sich Geld um dieses dann sofort wieder in den Konsumkreislauf zu schleusen. Vom Standpunkt des Kreditgebers erscheint dieses Geld als Kapital, weil es ja Zinsen »abwirft«. Tatsächlich jedoch ist es längst konsumtiv verausgabt worden, existiert also als »Wert« nur noch in der Gestalt von Anrechtsscheinen (Staatsanleihen). Aber auch der private Konsum- oder Hypothekenkredit funktioniert nach dem gleichen Muster: Die Kreditnehmer leihen sich Geld, um Häuser, Autos oder andere Verbrauchsgüter zu kaufen, für die Kreditgeber jedoch erscheint dasselbe Geld als Kapital, das profitabel angelegt wurde, obwohl es längst im Konsum verbrannt worden ist. Dieser Zusammenhang ist freilich den letzteren herzlich egal. Die kreditäre oder spekulative Finanzanlage erscheint ihnen als Anlagemöglichkeit genauso »real« zu sein, wie jede andere auch, solange die Geldquellen nur sprudeln.

Doch die Aufblähung des fiktiven Kapitals verschafft nicht nur den Kapitalanlegern eine Ausweichmöglichkeit, sie bedeutet auch makroökonomisch einen Aufschub des Kriseneinbruchs. Denn das Ausweichen an die Finanzmärkte verhindert nicht nur vorübergehend die Entwertung des überschüssigen Kapitals, zugleich schafft sie vermittelt über verschiedene Mechanismen auch zusätzliche Kaufkraft, die sich in der Nachfrage von Waren und Dienstleistungen ausdrückt und darüber die Realwirtschaft am Laufen hält oder

sogar weiter anheizen kann. Im Fall der Staatsverschuldung wirkt dieser Mechanismus ganz unmittelbar und hat es als solcher ja zu einem zentralen Instrument der Wirtschaftspolitik gebracht. Ganz egal ob der Staat das geliehene Geld für den Bau von Straßen, den Ankauf von Militärflugzeugen oder für soziale Transferleistungen ausgibt, immer fließt es direkt in den Konsumkreislauf zurück und facht darüber die Konjunktur an. Exakt die gleiche volkswirtschaftliche Funktion erfüllen Konsum- und Hypothekenkredite, wie der jüngste Immobilienboom in den USA gezeigt hat, nur dass die Kreditnehmer eben Privatleute sind. Aber auch die Finanzmarktgewinne selbst fließen teilweise wieder in die Realwirtschaft zurück, sei es über Ausgaben für die Geschäftsausstattung der Banken, Investmentfonds und anderer institutioneller Finanzmarktakteure (vom Fuhrpark über die Computer bis hin zu den repräsentativen Bürogebäuden), sei es dass deren Angestellte oder Privatanleger ihren Konsum aus Spekulations- und Zinserträgen finanzieren. Insofern ist das fiktive Kapital alles andere als ein totes Gewicht, das auf der Realwirtschaft lastet und sie in ihrem Funktionieren behindert. Im Gegenteil: es ermöglicht die vorübergehende Aufrechterhaltung des kapitalistischen Normalbetriebs.

In allen bisherigen großen kapitalistischen Krisen währte dieser Modus des Krisenaufschubs allerdings nie sehr lang. Nach einer kurzen Phase der spekulativen Überhitzung folgte zwangsläufig ein großer Finanzmarktcrash, in dem sich das aufgestaute Krisenpotential mit enormer Wucht entlud und mit einem Schlag große Teile der ökonomischen und sozialen Strukturen zerstörte. Die historische Besonderheit der Krise des Fordismus besteht darin, dass eine solche massenhafte Entwertung der in ihrem Gefolge aufgehäuften Spekulations- und Kreditmasse bis heute nicht stattfand. Aber das bedeutet keinesfalls, dass die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Verwertungs- und Funktionslogik außer Kraft gesetzt worden seien, wie es vielfach behauptet worden ist. Historisch einmalig ist nur der ungeheuer lange Zeitraum des Krisenaufschubs, der jedoch strukturell nicht anders als in vorangegangenen Krisen über den Mechanismus des fiktiven Kapitals vermittelt ist und daher auch früher oder später in einem gewaltigen Entwertungsschub münden muss. Diesem langen Zeitraum entspricht logischerweise eine entsprechend gigantische Aufblähung der Spekulations- und Kreditblase. Wenn heute daher – wie es mittlerweile in fast jeder Zeitung steht – rund 97 Prozent aller transnationalen Finanzströme rein spekulativen Zwecken dienen, so ist dies kein Beleg für eine wirtschaftliche »Fehlsteuerung« oder gar für die »Gier« unersättlicher Spekulanten, sondern zeigt, welche Ausmaße der Krisenaufschub inzwischen angenommen hat und damit auch welches enorme Krisenpotential aufgehäuft wurde.

## Die Besonderheiten des langen Krisenaufschubs

Politisch gesehen war es die fortschreitende Liberalisierung der transnationalen Finanzmärkte und die endgültige Entkopplung des Geldes vom Gold (mit der Aufhebung der Goldbindung des Dollars im Jahr 1971 und dem damit eingeleiteten Ende des System regulierter Wechselkurse), welche diese ungeheuer lange Streckung des Krisenaufschubs überhaupt erst ermöglichte. Denn erst dadurch konnte die globale Geldmenge in einem Ausmaß wachsen, das in den vorangegangenen Krisen nicht denkbar war, weil Goldstandard und national regulierte Finanzmärkte der monetären Expansion enge Grenzen setzten. Doch die Entscheidung, diese Grenzen niederzureißen war kein willkürlicher politischer Akt der sich etwa auf den Einfluss bestimmter mächtiger Interessengruppen zurückführen ließe. Vielmehr folgte sie aus der Dynamik der ökonomischen Entwicklung in den 1950er und 1960er Jahren, die nach und nach die Grundlagen des Systems von Bretton Woods untergrub. In dem Maße, wie die unangefochtene ökonomische Vormachtstellung der USA verloren ging und diese die Kosten ihrer politisch-militärischen Weltmachtposition nur noch über eine wachsende Staatsverschuldung finanzieren konnten (die Kosten des Vietnamkriegs spielten hierbei bekanntlich eine wesentliche Rolle), waren feste Wechselkurse und eine Rückbindung der westlichen Währungen an die US-Goldreserven nicht mehr aufrechtzuerhalten. Damit aber wurden zugleich die Voraussetzungen für eine ungeheure Aufblähung der Geldmenge unter aktiver Beteiligung der Regierungen und Zentralbanken sowie der internationalen Finanzorganisationen überhaupt erst geschaffen. Diese haben seit den 1970er und vor allem seit den 1980er Jahren ungeheure Mengen ungedeckter Liquidität in die Märkte gepumpt; zum einen über den direkten Weg der Staatsverschuldung, zum anderen durch eine Politik des »billigen Geldes« die immer dann eingeschlagen wurde, wenn es an den Finanzmärkten kriselte. Eine zentrale Rolle dabei spielten die USA, die sich lange Zeit aufgrund ihrer Weltmachtstellung in ihrer eigenen Währung verschulden konnten ohne Wechselkursverluste befürchten zu müssen, weil der Dollar als faktisches Weltgeld fungierte (eine Rolle, die derzeit infrage gestellt wird). Aber auch die anderen westlichen Staaten haben durch ihre Verschuldungs- und Geldschöpfungspolitik wesentlich dazu beigetragen, die globale Blase des fiktiven Kapitals permanent aufzupumpen um auf diese Weise den Kriseneinbruch immer weiter aufzuschieben.

Hinzu kommt aber noch eine weitere, wichtige historische Besonderheit des langen finanzkapitalistischen Zyklus seit den 1970er Jahren. Sie besteht darin, dass er nicht nur einen Aufschub der Krise des Fordismus darstellte, sondern zugleich den gewaltigen Produktivkraftschub der dritten industriellen Revolution überlagerte. Unter den Bedingungen

einer »normalen« Überakkumulationskrise hätte sich die gewaltige Transformation der Produktion auf Grundlage der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wenn überhaupt dann erst nach einer tiefen, weltweiten Depression durchsetzen können, in deren Verlauf das ökonomische Gebäude der Nachkriegszeit in Schutt und Asche gelegt worden wäre. Die lange Streckung der Krise mithilfe des fiktiven Kapitals erlaubte es jedoch, dieses Zerstörungswerk zunächst weitgehend auf die Länder des globalen Südens und den ehemaligen Ostblocks zu begrenzen. Zwar kamen auch in den westlichen Metropolen die fordistischen Strukturen unter die Räder, doch geschah dies im Zuge eines längeren Prozesses, in dessen Verlauf der Druck auf Arbeitsbedingungen und Sozialsysteme stetig wuchs und die Produktionsstrukturen grundlegend umgewälzt wurden. Je nach Weltmarkt- und Wettbewerbsposition der verschiedenen Länder verlief dieser Prozess unterschiedlich, doch die Tendenz war überall die gleiche: Der industrielle Sektor wurde mit Hilfe mikroelektronischer Anwendungen auf durchgreifende Weise rationalisiert und nach und nach auf hyperproduktive Kerne reduziert, während man jene Teile der Produktion, deren Automatisierung sich betriebswirtschaftlich (noch) nicht »rechnet« in Niedriglohnländer oder -sektoren auslagerte.

Da gleichzeitig der sogenannte Dienstleistungssektor zunehmend an Bedeutung gewann und einen erheblichen Teil der in der Industrie nicht mehr benötigten Arbeitskräfte aufzog, konnte es oberflächlich betrachtet so erscheinen, als habe der Kapitalismus nur eine weitere Strukturveränderung durchlaufen, die wesentlich durch die Ablösung des alten Leitsektors der Industrie durch den Sektor von Dienstleistungen und »Wissensproduktion« und eine gleichzeitige Globalisierung der ökonomischen Beziehungen charakterisiert sei. Dementsprechend waren sich die allermeisten Beobachter und Wirtschaftsexperten darin einig, dass es dem Kapitalismus zumindest in den westlichen Metropolen weitgehend gelungen sei, die Krise der 1970er und 80er Jahre (Stichwort »Krise der Arbeitsgesellschaft«) zu überwinden, wenn auch zum Preis einer zunehmenden Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für große Teile der Bevölkerung, die je nach politischer Position als unvermeidlich betrachtet oder als revidierbares Ergebnis der neoliberalen Politik angeprangert wurde. Über alle Lager hinweg erschien jedoch die Diagnose eines fundamentalen Krisenprozesses als absurd und abwegig. »Schaut doch nur, wie quicklebendig der Kapitalismus ist«, hieß es – je nach Standpunkt jubilierend, kritisch oder resigniert – unter Verweis auf die sprudelnden Gewinne gerade in den letzten Jahren.

Die aktuelle Finanzmarktkrise jedoch verweist ziemlich unmissverständlich darauf, dass diese

Einschätzung grundlegend verkehrt war. Und dies nicht etwa weil die Spekulation eine an sich tragfähige realökonomische Struktur zerstören würde (wie in der Hetze gegen »die Heuschrecken« stets behauptet wird), sondern weil die Struktur, die sich in den letzten fünfundzwanzig bis dreißig Jahren herausgebildet hat noch nie eine Grundlage für einen selbsttragenden Boom der Kapitalakkumulation darstellte. Umgekehrt war sie überhaupt nur lebensfähig, weil sie permanent aus den Zuflüssen des fiktiven Kapitals alimentiert wurde (und bisher immer noch wird). Ein selbsttragender Boom würde voraussetzen, dass im Zuge eines anhaltenden Wachstums immer mehr Arbeitskräfte in der Produktion von Waren auf dem jeweils maßgeblichen Produktivitätsniveau vernutzt werden, denn nur dadurch kann die Masse des geschöpften Werts gesteigert und der Kreislauf »Geld – Ware – mehr Geld« beständig aufrechterhalten werden. Von der Nachfrageseite her betrachtet würde dies bedeuten, dass in jeder Periode ausreichend Arbeitseinkommen geschaffen werden, damit die in der Vorperiode produzierten Waren auch Absatz finden. Genau diese Voraussetzungen sind jedoch unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution nicht mehr gegeben. Die Rationalisierung auf Grundlage der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien pflügt mit einem solch ungeheuren Tempo alle Sektoren der Ökonomie quer durch alle Branchen um, dass sie aufs Ganze gesehen immer mehr Arbeitskräfte überflüssig macht als bei gleichzeitigem Wachstum zusätzlich benötigt werden. Damit aber schneidet sich der Verwertungsprozess nicht nur permanent selbst die Nachfrage ab, auf die er doch angewiesen ist, um den produzierten Wert am Markt zu realisieren; grundsätzlich noch untergräbt er damit dauerhaft die ureigenen Grundlagen. Insofern erzeugt die mikroelektronische Produktivkraftrevolution eine Art permanenter Überakkumulationskrise: das heißt, sie bringt ständig einen Überschuss an produktiv nicht mehr verwertbarem Kapital hervor, das in die Sphäre des fiktiven Kapitals ausweichen muss und trägt damit ganz wesentlich zum exponentiellen Wachstum der Finanzblase bei.

### **Krise? Welche Krise?**

Gegen diese Diagnose wird nun häufig eingewandt, es seien doch in den letzten Jahrzehnten Abermillionen von zusätzlichen Arbeitsplätzen in den ehemals peripheren Ländern vor allem in Ost- und Südostasien entstanden und somit sei die Basis der Wertproduktion gewachsen und nicht etwa geschrumpft. Doch dieses Argument übersieht zwei grundlegende Dinge. Erstens wird die große Masse der industriellen Arbeit in den betreffenden Ländern auf sehr niedrigem Produktivitätsniveau geleistet und stellt daher, gemessen am Standard der automatisierten und durchrationalisierten Weltmarktfabriken, nur einen sehr geringen Wertanteil dar. Denn vom Standpunkt der Wertproduktion zählt ja nicht die bloße Anzahl der geleisteten Stunden;

vielmehr wird der Wertanteil einer Ware durch das jeweils gesellschaftlich gültige Produktivitätsniveau definiert. Und da dieses in den Kernsegmenten der Weltmarktproduktion permanent ansteigt, wird die unterproduktive Arbeit in den ausgelagerten Produktionsabschnitten ebenso permanent in ihrem Wert herabgedrückt. Deshalb ist die Auslagerung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch nur rentabel, solange sie zu immer niedrigeren Löhnen und immer miserablen Arbeitsbedingungen geleistet wird. Und das wiederum ist der Grund dafür, weshalb der gegenwärtige Rationalisierungsschub nicht zu einer allgemeinen Reduktion der Arbeitszeit und einem guten Leben für alle führt, ja noch nicht einmal Spielräume für eine relative Verbesserung der Lebensbedingungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eröffnet, sondern zu massenhafter sozialer Verelendung und Depravierung.

Zweitens aber ist der Boom in China, Indien und den anderen »Schwellenländern« selber alles andere als selbsttragend, sondern seinerseits vollkommen abhängig von der kreditären und spekulativen Geldschöpfung an den transnationalen Finanzmärkten. Bekanntlich ist die komplette wirtschaftliche Struktur in diesen Ländern auf den massenhaften Export vor allem in die USA und die EU ausgerichtet, die ihre Einfuhren wiederum zu einem erheblichen Teil über Zuflüsse von Spekulations- und Kreditkapital finanzieren. Paradigmatisch dafür steht der pazifische Defizitkreislauf zwischen den USA und Ostasien, der seit den Zeiten der Reagan-Regierung zu dem zentralen Antriebsmotor der weltwirtschaftlichen Konjunktur geworden ist. Sein Funktionsmechanismus ist im Grunde sehr simpel: Das stetig wachsende Handelsdefizit wird durch einen ebenso stetig wachsenden Import von Finanzkapital gedeckt, das zum Teil über den direkten Weg kreditfinanzierter Staatsausgaben (»Zwillingsdefizit«), zum Teil über den Umweg des privaten Finanzsystems wieder in den Konsumkreislauf eingeschleust wird. Da aber die Geldzuflüsse zu einem erheblichen Teil aus den asiatischen Ländern stammen (zunächst überwiegend Japan, nun in wachsendem Maße China), die ihre Verkaufserlöse im Finanzsektor der USA anlegen bzw. Devisenreserven in US-Dollar aufbauen, finanzieren diese also ihre Exporte selbst. In der Reagan-Ära war es zunächst die gigantische Staatsverschuldung, die als Konsummotor fungierte, zunehmend kam dann die Aktien- und Wertpapierspekulation hinzu – in der Zeit der sogenannten »New Economy« etwa finanzierten nicht wenige Privatanleger einen Teil ihres Konsums aus den gigantischen Kurssteigerungen am »Neuen Markt«. Und in den letzten Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt schließlich hin zur Immobilienspekulation.

Allerdings funktioniert dieser Kreislauf nur solange der US-Dollar das nötige Vertrauen

genießt und dadurch immer wieder frisches Finanzkapital zufließt, um das Dauerdefizit zu finanzieren. Es zeichnet die aktuelle Finanzmarktkrise aus, dass dieses Vertrauen in zunehmendem Maße bröckelt (worauf der abstürzende Dollarkurs verweist). Sollte es der US-Regierung und der Fed nicht gelingen, diesen Trend umzukehren, käme der pazifische Defizitkreislauf zum Erliegen, und das hätte für die Weltwirtschaft ungefähr die gleiche Bedeutung wie das zu mögliche Versiegen des Golfstroms für das Weltklima. Freilich ist es billiger Antiamerikanismus, wenn sich angesichts dieses Bedrohungsszenarios nun in Europa immer mehr Stimmen erheben, die mit moralischer Entrüstung die USA anklagen, sie hätten »auf Kosten der übrigen Welt gelebt« indem sie ihren »unproduktiven Konsum« per Kredit finanzierten und würden jetzt auch noch die Weltwirtschaft in die Krise stürzen. Einmal mehr wird hier die ideologische Spaltung in »parasitäres« Kreditkapital und ehrliches Produktivkapital reproduziert – antiamerikanische Ideologiemuster weisen zumindest in Europa immer schon eine gefährliche Nähe zu antisemitischen Konstrukten auf – und obendrein der reale Zusammenhang völlig auf den Kopf gestellt. Denn zum einen haben auch die europäischen Länder in starkem Maße von der kreditfinanzierten Nachfrage aus den USA profitiert; insbesondere die deutsche Industrie läge ohne die gewaltigen Exporte über den Atlantik längst am Boden. Zum anderen ist die Staatsverschuldung in Europa gemessen am BIP der in den USA durchaus ebenbürtig und die Spekulation ist auch nicht von schlechten Eltern; in den letzten Jahren etwa gab es vor allem in Südeuropa einen gewaltigen spekulativen Boom an den Immobilienmärkten, der gerade ebenfalls in sich zusammenfällt. Und schließlich hängt ohnehin aufs Ganze gesehen die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft am Tropf des fiktiven Kapitals, weil sie realökonomisch nicht mehr tragfähig ist.

Es ist deshalb vollkommen absurd, wenn die Kommentatoren in allen Zeitungen von links bis rechts heute etwa der US-Zentralbank vorwerfen, sie habe die Immobilienspekulation durch ihre extreme Niedrig-Zinspolitik angeheizt und sei deshalb verantwortlich für die derzeitige Finanzmarktkrise. Was die Fed nach dem Crash der New Economy getan hat, ist schlicht zu verhindern, dass schon damals die große Finanzmarktlawine abging. Sie hat also den Kriseneinbruch noch einmal um sieben bis acht Jahre aufgeschoben und damit u.a. den berühmten Aufschwung ermöglicht, den heute alle Politiker für sich reklamieren. Wenn man also in diesem Zusammenhang überhaupt moralische Kategorien bemühen wollte, müsste man der Fed und der US-Regierung dankbar dafür sein, dass sie durch ihre expansive Geldpolitik der Weltwirtschaft noch einmal eine ordentliche Atempause verschafft haben. Aber Dankbarkeit ist hier genauso unangebracht wie moralische Anklage. Es geht vielmehr zunächst einmal darum, zu begreifen, dass die Krise an den Finanzmärkten ihre Ursachen nicht

in der Spekulation hat, sondern in einer viel grundsätzlicheren Strukturkrise der kapitalistischen Reproduktion. Diese Einsicht aber hat sehr weitreichende Auswirkungen für die sozialen Auseinandersetzungen der näheren Zukunft.

Die durch den Immobiliencrash in den USA ausgelöste internationale Finanzmarktkrise wird von den meisten Beobachtern auf die »entfesselte Spekulation« zurückgeführt, die von »gierigen Heuschrecken« angefacht worden sei. Tatsächlich jedoch ist die Aufblähung des »fiktiven Kapitals« nicht Ursache, sondern Folgewirkung und Verlaufsform einer grundlegenden strukturellen Überakkumulationskrise, die mit dem Ende des Fordismus begonnen hat und seitdem durch das Ausweichen an die Finanzmärkte immer wieder aufgeschoben wurde. Diese Methode des Krisenaufschubs muss jedoch früher oder später an ihre Grenzen stoßen.

### **Weiterer Krisenaufschub...**

Eine sichere Prognose darüber, welchen weiteren Verlauf der Krisenprozess nehmen wird, lässt sich nicht abgeben. Momentan ist unklar, ob die Zentralbanken und Regierungen mit vereinten Kräften den Megacrash an den Finanzmärkten samt seinen verheerenden Auswirkungen auf die gesamte Welt noch einmal werden aufschieben können. Sollte es gelingen, ginge dies jedoch nur über das Aufblasen einer neuen Finanzblase. Das wäre allerdings der blanke Hohn auf all diejenigen, die in der Kontrolle der Finanzmärkte die Lösung des Problems sehen. Zwar wird diese Forderung inzwischen von allen Seiten aufgegriffen, auch von bisherigen neoliberalen Hardlinern, frei nach dem Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern. Doch in der Praxis wird der staatliche Eingriff auf das genaue Gegenteil hinauslaufen: im Wesentlichen darauf, die direkten Schäden zu begrenzen, die sich aus dem Platzen der Immobilienblase ergeben. Es ist bezeichnend, dass selbst der sozialdemokratische Populist Lafontaine dafür plädiert, kriselnde Banken staatlicherseits aufzufangen, weil er weiß, dass ein Zusammenbruch des Bankensystems verheerende Folgen für die gesamte Gesellschaft hätte. Natürlich schiebt er pflichtschuldig die Forderung hinterher, es müssten danach aber die Banken und Finanzmarktakteure besser kontrolliert werden. Doch ist das eine bloße Floskel, denn die faulen Kredite der Gegenwart können unter den gegebenen Umständen – wenn überhaupt – nur durch zukünftige Finanzmarktgewinne kompensiert werden. Dabei macht es dann keinen prinzipiellen Unterschied, ob ein Finanzmarktakteur staatlich oder privat ist, denn beide unterliegen gleichermaßen dem Zwang, »ihr« Kapital gewinnbringend anzulegen und das geht unter den Bedingungen permanenter Überakkumulation nur in der Sphäre des Kredits und der Spekulation, weil die

Spielräume für eine realökonomisch fundierte Kapitalverwertung beschränkt bleiben. Egal ob man diesen Zusammenhang nun erkennt oder nicht, in der Praxis setzt er sich durch. Deshalb wird den Regierungen und Zentralbanken gar nichts anderes übrig bleiben, als die monetären Schleusen wieder weit zu öffnen. US-Regierung und Fed fahren ja bereits diesen Kurs.

Grundsätzlich gilt natürlich immer, dass Politik in ihrem Handeln durch den Zwang begrenzt wird, die kapitalistische Funktionslogik als solche nicht antasten zu dürfen. Ihrem Wesen nach bleibt jene auf die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten innerhalb dieser Logik beschränkt. Allerdings verändern sich die politischen Spielräume im geschichtlichen Verlauf. Sie werden geprägt und eingeschränkt durch einen historisch je spezifischen Möglichkeitsraum, der seinerseits von der blinden kapitalistischen Entwicklungsdynamik abhängt. Innerhalb dieses Möglichkeitsraums sind politische Entscheidungen und Weichenstellungen nicht determiniert, sondern ergeben sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren, wie gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, internationalen Machtkonstellationen oder dem Konkurrenzgefälle am Weltmarkt; der mit dem Möglichkeitsraum gesetzte Rahmen jedoch liegt außerhalb des Zugriffs der Politik. Das gilt auch für den heute häufig verklärten Fordismus. Trotz des relativ großen Regulierungspotentials in dieser Epoche hat die Politik den fordistischen Boom als solchen genauso wenig erzeugt, wie sie in der Lage war, sein Ende zu verhindern. Allerdings konnte sie bis zu einem gewissen Grad seine innere Verlaufsform beeinflussen und die vor allem in den Metropolen vorhandenen Verteilungsspielräume für den Aufbau einer ausgedehnten gesellschaftlichen Infrastruktur nutzen. In der Epoche der krisenkapitalistischen Globalisierung bietet sich ein spiegelverkehrtes Bild. Die Politik kann dem fiktiven Kapital nicht substantiell zu Leibe rücken, denn die beständige Aufblähung der Kredit- und Spekulationsblase ist Voraussetzung für den prekären Krisenaufschub und bestimmt daher auch die Spielräume und Grenzen ihres eigenen Handelns. Insofern muss sie alles tun, um diese Voraussetzung möglichst lange zu sichern, und dazu gehört neben geldpolitischen Maßnahmen u.a. auch der fortschreitende Raubbau an den »öffentlichen Gütern«, die ins Feuer der privaten Verwertung geworfen werden, um die kapitalistische Maschine noch eine Weile am Laufen zu halten.

Völlig außerhalb der Zugriffsmöglichkeiten von Politik liegt es jedoch, die kapitalistische Krisendynamik als solche zu stoppen. Vielmehr trägt sie durch ihre Maßnahmen zu einer beständigen Reproduktion der dem Krisenprozess zugrunde liegenden Widersprüche auf immer höherem Niveau bei. Während die Masse an fiktivem Kapital, das vor der Entwertung

geschützt werden muss, exponentiell anwächst (wie ein Blick auf das Wachstum der Finanzmärkte zeigt), steigt mit jeder Stufe des Krisenaufschubs der Druck auf die Gesellschaft und die große Masse der Bevölkerung, die gezwungen ist, sich unter immer prekäreren Bedingungen zu verkaufen. Dementsprechend werden die gesellschaftlichen Kosten einer erneuten Vertagung des großen Finanzkrachs erheblich sein. Zum einen ist mit einem gehörigen konjunkturellen Einbruch zu rechnen, der im Gegensatz zum aktuellen »Aufschwung« mit Sicherheit »unten ankommen« wird. Zum anderen wird die Aufblähung der Geldmenge voraussichtlich eine zusätzliche Beschleunigung der Inflation und damit eine weitere Entwertung der ohnehin schon ständig schrumpfenden Massenkaufkraft bewirken. Und schließlich wird sich die nächste Spekulationswelle vermutlich auf Rohstoffe, Nahrungsmittel und Agrartreibstoffe beziehen und deshalb ganz unmittelbar katastrophale Konsequenzen für weite Teile der Weltbevölkerung haben. Schon die horrenden Preissprünge bei Nahrungsmitteln in den letzten beiden Jahren sind zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass immer mehr institutionelle Anleger ihr Kapital in die Warenterminbörsen lenken. Wenn dieser Trend sich fortsetzt, ist eine regelrechte Preisexplosion, die den Hunger in der Welt vervielfacht, unvermeidliche Folge.

Nun wäre zwar auch hier die Aufblähung des fiktiven Kapitals nicht eigentliche Ursache der Katastrophe, doch würde sie (wie schon im Fall der Privatisierungswelle) als Vermittlungsinstanz und Transmissionsriemen des Krisenprozesses und der ihm inhärenten Ausschluss- und Prekarisierungstendenz fungieren. Die Gefahr ist daher groß, dass sich der dadurch erzeugte Unmut wieder nur gegen das Feindbild eines »gierigen« Finanzkapitals richtet, dem die Schuld an der ganzen Misere zugeschoben wird. Umso wichtiger bleibt es, gegen diese invertierte »Kapitalismuskritik« mit ihrer offenen Flanke zum Antisemitismus Position zu beziehen. Das aber setzt neben der notwendigen Ideologiekritik auch eine fundierte Krisenanalyse voraus, die der verkehrten Wahrnehmung des kapitalistischen Funktionszusammenhangs den Boden entzieht. Freilich sollen damit die Finanzmärkte und die Spekulation nicht von der Kritik ausgenommen werden. Doch müssen sie stets als Teilmomente der fundamentalen kapitalistischen Krise verstanden werden, die als Gesamtprozess auf eine breitflächige Zerstörung der sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen hinausläuft.

Diese Kritik ist auch gegen die teils nostalgischen, teils populistischen Konzepte zur Wiederbelegung der keynesianischen Wachstums- und Regulationspolitik zu richten. Im Grunde wissen auch die Propagandisten dieser Konzepte selbst, dass es dafür unter den

gegebenen Bedingungen keinerlei reale Spielräume mehr gibt. Denn das beweist sich regelmäßig dort, wo »linke« Parteien mit entsprechenden Programmen an die Regierung kommen und dann genau das Gegenteil des Versprochenen in die Tat umsetzen; das gilt für die Berliner Stadtregierung nicht anders als für die verflossene »Mitte-Links-Koalition« in Italien oder etwa die Lula-Regierung in Brasilien. Verrückterweise ist auch das Wählerpublikum großenteils nicht einfach leichtgläubig und wird »betrogen«, sondern will mangels anderer Perspektiven daran glauben, dass eine Rückkehr zum keynesianischen Sozialstaat der Nachkriegszeit noch einmal möglich sein soll, obwohl es auf einer anderen Bewusstseinssebene durchaus weiß, dass dies nicht mehr geht. Das macht im Kern die schizophrene Stimmungslage aus, die sich in der Bundesrepublik etwa in einer breiten Zustimmung für klassische sozialdemokratische Forderungen (allgemeiner Mindestlohn, keine Bahnprivatisierung etc.) und gleichzeitig hohen Sympathiewerten für die Merkel-Regierung äußert. Das Problematische an dieser Stimmung ist, dass sie in ihrem Schwanken zwischen immanent uneinlösbaren Wünschen und einer unkritischen Akzeptanz der kapitalistischen Strukturlogik höchst anfällig für die Identifikation von Sündenböcken ist, seien es nun die Hedgefonds, die US-Regierung, die Großkonzerne oder – in letzter wahnhafter Konsequenz – »die Juden«.

Es mag paradox klingen, aber gerade wenn man sich nicht der »Realpolitik« und ihrem Sachzwangcredo ausliefern will, ist es unerlässlich, die Grenzen der Politik in der gegenwärtigen krisenkapitalistischen Periode deutlich zu benennen. Nicht, um sie anzuerkennen, sondern als notwendige Orientierung für soziale Bewegungen und jene Teile der Gewerkschaften, die sich gegen den systematischen sozialen Raubbau, die fortschreitende Inwertsetzung aller Lebensbereiche, die zunehmende Prekarisierung sowie die damit verbundene staatliche Kontrolle und Repression zur Wehr setzen. Lassen sie sich auf illusorische politische Perspektiven festlegen und in die Parteipolitik einspannen, bedeutet das nichts anderes als ihre Neutralisierung. Konzentrieren sie sich hingegen darauf, ihre Kämpfe über die Grenzen partikularer Interessen, fragmentierter Lebensverhältnisse und diversifizierter Identitäten hinweg zu verbinden, könnte es gelingen, die durch den Krisendruck vorangetriebene Entsolidarisierung zu überwinden und eine gesellschaftliche Gegenmacht zu formieren, die sich der neoliberalen Abriss- und Ausschlusspolitik erfolgreich entgegenstellt und zugleich eine Überwindung der kapitalistischen Logik wieder in den Bereich des Möglichen rückt.

### **...oder Weltwirtschaftskrise?**

Sollte allerdings die Politik des neuerlichen Krisenaufschubs scheitern, droht eine

Weltwirtschaftskrise gewaltigen Ausmaßes, in der sich das in dreißig Jahren aufgestaute Krisenpotential entlädt. Massenhafte Unternehmens- und Bankenzusammenbrüche, vermutlich begleitet von einem gewaltigen Inflationsschub, wären die unmittelbare Folge. Es braucht keine große Phantasie, um sich die verheerenden Auswirkungen dieser Mega-Stagflation auf Staatsfinanzen, Sozialsysteme und die Lebensbedingungen der großen Bevölkerungsmehrheit auszumalen. Durchaus wahrscheinlich ist, dass unter diesen Bedingungen die Ideologie einer national-populistischen Krisenverwaltung, wie sie ja schon lange nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums propagiert wird, an Zuspruch gewinnen wird. Wenn etwa der Publizist Jürgen Elsässer (derzeit bei der Zeitung »Neues Deutschland«) zur »nationalen Volksfront« gegen das globalisierte Kapital und vor allem gegen das Finanzkapital (das er – wen wundert's – vorwiegend in den USA verortet) aufruft, dann mag das momentan noch etwas überdreht klingen. Doch steht es für eine Tendenz, die auf aggressive, nationalistische Abschottung nach außen und autoritäre Disziplinierung nach innen bei gleichzeitiger Mobilisierung antisemitischer Affekte hinausläuft. Freilich ist selbst unter Aspekten bloßer Krisenverwaltung angesichts der ausgeprägten transnationalen Wirtschaftsverflechtungen eine Rückkehr zum weitgehend abgegrenzten Nationalstaat kaum denkbar. Wahrscheinlicher ist ein Zerfall der Weltwirtschaft in kontinentale Blöcke, ein Szenario, das in den politischen Machtapparaten und Think Tanks schon seit längerem durchgespielt wird. Ein starker Triebmechanismus in diese Richtung dürfte der absehbare Absturz des US-Dollars und der damit einhergehende Verlust seiner Weltgeldfunktion sein.

Eine Krisenlösung im eigentlichen Sinne des Wortes stellt ein solches mögliches Szenario allerdings auch nicht dar, sondern nur eine Form der Notstandsverwaltung. Keinesfalls hätte nämlich der Entwertungsschub den Charakter einer »Reinigungskrise«, in der durch das Hinwegfegen von Überkapazitäten und faulen Krediten die Grundlage für einen neuen selbsttragenden Akkumulationsschub geschaffen würde. Denn die eigentliche Ursache der Krise, die Verdrängung lebendiger Arbeitskraft aus der unmittelbaren Produktion durch die Verlagerung der Produktivkraft auf die Ebene des allgemeinen gesellschaftlichen Wissenskompleses und die damit einhergehende Untergrabung der Wertproduktion, wäre ja nicht beseitigt. Auch weiterhin müsste jede Produktion auf dem durch die neuen I+K-Technologien gesetzten Produktivitätsniveau ansetzen oder sich an diesem messen lassen, während gleichzeitig der Produktivitätswettlauf weiterginge. Auf niedrigerem Niveau von Wertproduktion würde sich also die Situation permanenter Überakkumulation sofort wiederherstellen, einschließlich des Zwangs zur erneuten Aufblähung des fiktiven Kapitals. Somit käme es zu einer Reproduktion der Widersprüche des bisherigen Krisenverlaufs unter

erheblich verschärften ökonomischen und sozialen Bedingungen. Die Frage wird dann sein, ob es gelingt, aus dem Widerstand gegen die Schwerkraft des Krisenprozesses heraus eine transnationale Emanzipationsbewegung zu entwickeln, die eine Aneignung des gesellschaftlichen Zusammenhangs jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik zum praktischen Programm erhebt.

### **3. Ware Wissen und immaterielle Arbeit**

#### **3.1. Zlatan Orek: Zum Begriff der Immateriellen Arbeit**

##### **Einleitung in die Thematik**

Um eine erste Annäherung an das hier verhandelte Thema zu ermöglichen, stellt sich die Frage, was eigentlich die beiden Begriffspaare im Titel dieses Panels – »Ware Wissen« und »immaterielle Arbeit« – miteinander zu tun haben.

Zunächst ist zu beobachten, dass die aktuelle akademische Konjunktur von Schlagworten wie Wissen und Wissensgesellschaft zusammenfällt mit einem nicht nur linksradikalen Hype um den Post-Operatismus und dessen Begriff der immateriellen Arbeit als Schlüsselkategorie einer neuen marxistischen Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen. Als Hinweis für das gesteigerte Interesse an post-operaistischer Theoriebildung sei hier auf den Weltbestseller *Empire*. Die neue Weltordnung von Antonio Negri und Michael Hardt (2000) verwiesen.

Als wertkritisches Konkurrenzunternehmen lässt sich parallel eine Debatte über Ware Wissen und Universalgut beobachten, wie sie z.B. in der Zeitschrift *Krisis* zu finden ist. Einer der Hauptprotagonisten, Stefan Meretz, wurde zu diesem Podium eingeladen.

Da »Wissen« allgemeinverständlich ein recht unscharfer Begriff ist, versuchen wir als thematischen Einstieg, den Zusammenhang von »Ware Wissen« und »immaterieller Arbeit« vom Selbstverständnis des Post-Operatismus aus zu rekonstruieren. Stefan Meretz wird in seinem Beitrag später einen Gegenvorschlag machen und die Thematik vom Marxschen Begriffspaar der produktiven und unproduktiven Arbeit aufrollen. Marx selbst erwähnt in *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses* (MEGA II, 4.1, 108ff.) beides: die produktive und unproduktive Arbeit sowie die immaterielle Produktion. Marx unterscheidet dabei zwei Formen der immateriellen bzw. »nicht materiellen« Produktion: erstens eine, die in Waren resultiert, »die getrennt vom Produzenten bestehen, also im Intervall zwischen Production und Consumption als Waren circulieren können, wie Bücher, Gemälde, alle

Kunstprodukte, die von der Kunstleistung des executirenden Künstlers verschieden sind.« Und zweitens eine Produktion, deren Produkt »nicht trennbar vom Act des Producirens« (MEGA II, 4.1, 116) ist. Marx räumt beiden Formen allerdings bloß eine periphere Bedeutung in der kapitalistischen Produktion ein.

Ganz anders der Post-Operaismus: Hier nimmt der Begriff der »immateriellen Arbeit« eine zentrale Stellung ein. Motiviert durch die zunächst soziologische Diagnose, wonach die kapitalistische Arbeitswelt durch den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus eine tiefgreifende Transformation durchläuft, betreiben post-operaistische Theoretiker (Negri, Hardt, Lazzarato, Virno) mit diesem Begriff eine Neuinterpretation von Marx' Kritik der politischen Ökonomie, die sich vornehmlich auf die Marxschen Grundrisse (1857/8) stützt. In *Empire* (2000) fordern Negri/Hardt nicht weniger als eine »neue Ontologie der Arbeit« sowie eine »neue, politische Werttheorie«, die sich auf Wissen, Kommunikation und Sprache – eben auf immaterielle Arbeit – gründet. Auch andere zentrale Begriffe des Post-Operaismus wie General Intellect, Multitude und Massenintellektualität kreisen um den Begriff der immateriellen Arbeit, von dessen Entwicklung zudem eine »neue Theorie der Subjektivität« erwartet wird. Im Begriff der immateriellen Arbeit liegt das post-operaistische Versprechen begründet, dass die Produkte und Praktiken der immateriellen Arbeit bereits kollektive Praxis und positive Gemeinschaft sind.

Was aber versteht der Post-Operaismus unter »immaterieller Arbeit«? Negri und Hardt definieren sie in *Empire* bloß soziologisch dadurch, dass sie »immaterielle Güter wie Dienstleistungen, kulturelle Produkte, Wissen oder Kommunikation produziert« (Negri/Hardt 2000, 302).

Mit der post-operaistischen Aufwertung des Begriffs der immateriellen Arbeit geht parallel eine Abkehr von einer anderen Marxschen Begrifflichkeit einher: der abstrakten Arbeit. Zugespitzt ließe sich sogar fragen, ob nicht im Post-Operaismus die immaterielle die abstrakte Arbeit als entscheidende Kategorie der Marxschen Kapitaltheorie abgelöst hat. Die immaterielle Arbeit mit ihrem Anspruch einer neuen Theorie der Subjektivität stünde damit jenseits vom Begriff der abstrakten Arbeit, der im weitesten Sinne gerade auf eine subjektlose, jedenfalls bewusstlos-blinde Konstitution von gesellschaftlicher Objektivität abstellt.

Angesichts dieser Fragen verstehen wir den Post-Operaismus in seiner Aufwertung der

immateriellen Arbeit zunächst als dringenden Anlass, zurück zu Marx und seiner Bestimmung der abstrakten Arbeit zu gehen. Ziel ist dabei weniger, dem Post-Operatismus in philologischer Akribie seine Marx-Missverständnisse vorzuwerfen, als darzulegen, warum gerade sein Verhaftetsein in bestimmten traditionsmarxistischen Vorstellungen den Blick auf produktive Aspekte der post-operaistischen Theoriebildung verstellt.

### **Abstrakte Arbeit**

Die »abstrakte Arbeit« als zentraler Begriff des Marxschen Kapitals findet sich in ihrer marxistischen Rezeption wie auch bei Marx selbst in unterschiedlichen Bedeutungsvarianten. Ohne die werkgeschichtlichen Entwicklungsstufen des Begriffs in Marx' Schriften im Einzelnen nachzeichnen zu wollen (vgl. dazu Heinrich in: HKWM »abstrakte Arbeit«), kommen wir einleitend noch einmal auf die geläufige Formulierung aus der vierten Auflage des ersten Bandes des Kapital (1890) zurück.

Marx führt dort abstrakte Arbeit als »wertbildende Substanz« (MEW 23, 53) der Ware ein. Der Wert einer Ware richtet sich bei Marx bekanntlich nicht nach ihrem Gebrauchswert sondern nach ihrem Wert, der überhaupt erst die Kommensurabilität und damit Tauschbarkeit von an sich unterschiedlichen Dingen als Waren herstellt. Mit der »abstrakten Arbeit« als zentraler Begrifflichkeit der Marxschen Werttheorie steht und fällt die Marxsche Kritik an der kapitalistischen Wertvergesellschaftung. Nur mithilfe der abstrakten Arbeit lässt sich begreifen, wie der Kapitalismus als ein abstraktes Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis prozessiert und sich »hinter dem Rücken« seiner Akteure im Tausch Ware gegen Ware und Lohn gegen Arbeitskraft konstituiert.

Im kapitalistischen Tauschprozess wird die jede Ware als »bloße Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit« bzw. »Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form ihrer Verausgabung.« (MEW 23,52) in unterschiedlichen quantitativen Verhältnissen getauscht. Marx hat hierfür den Begriff des Tauschwertes als die notwendige Erscheinungsform des inhärenten Werts geprägt. Entscheidend ist zunächst Marx Feststellung, dass im Kapitalismus die konkrete Arbeit nur »reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit« (MEW 23, 52) in den Wert einer Ware eingeht. Bereits auf dieser Ebene der Marxschen Darstellung lassen sich zusammenfassend zwei Verständnisvarianten von abstrakter Arbeit aufzeigen:

## 1. Ein physiologisches, empirisches Verständnis:

Marx' Formulierung, dass Verausgabung menschlicher Arbeitskraft »produktive Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw.« (MEW 23, 58) sein, hat rezeptionsgeschichtlich dazu geführt, abstrakte Arbeit im Sinne von real geleisteter einfacher Arbeit (etwa im Sinne von einfacher Maschinenarbeit am Fließband) zu verstehen. Diesem konkretistisch verkürzten Verständnis hat u.a. Michael Heinrich entgegen gehalten, dass durch die im Tausch Arbeitskraft gegen Lohn vollzogene Abstraktion »nicht ein physiologisch Allgemeines, sondern eine spezifisch gesellschaftliche Formbestimmung von Arbeit« (Heinrich in HKWM) bestimmt. Der kritische Gehalt abstrakter Arbeit besteht nach Heinrich einerseits in seiner Historizität und Begrenzung auf Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise. Andererseits bezeichne abstrakte Arbeit aber auch keine einfache, quasi soziologisch-empirisch nachweisbare Qualität von kapitalistischen Arbeiten, die bloß historisch in einer bestimmten Epoche (z.B. Fordismus) vorliege. Der Post-Operatismus – so wäre im Anschluss zu diskutieren – könnte als exemplarischer Vertreter eines solchen soziologisch-empirischen Verständnisses bezeichnet werden, da er für die objektive Geltungsdimension abstrakter Arbeit völlig blind ist. Negri z.B. verortet sowohl den Begriff der abstrakten Arbeit wie auch die gesamte Marxsche Kapitaltheorie nicht auf Ebene eines analytischen Zugriffs auf die kapitalistische Wertvergesellschaftung, sondern auf der empirischen Ebene einer Theorie über den Industriekapitalismus des 19ten Jahrhunderts. Gültigkeit und Reichweite der Marxschen Bewegungsgesetze des Kapitals erklären sich bei Negri deshalb aus dem historischen Horizont des 19. Jahrhunderts. So stellt sich heute für den Post-Operatismus ein Anpassungsproblem der Marxschen Kapitaltheorie an gegenwärtige postfordistische Verhältnisse. (Vgl. Negri, 20 Thesen zu Marx)

## 2. Ein subsumtionslogisches Verständnis:

Anknüpfend an die Marxschen Formulierung einer Reduktion konkreter Arbeiten auf abstrakte Arbeiten hat sich im Anschluss an Alfred Sohn-Rethel (1970, 1976) die Vorstellung einer »Realabstraktion« etabliert. Konkrete Waren, seien es bestimmte Dinge oder bestimmte Arbeitskräfte, werden getauscht, und in dieser Handlung vollzieht sich real – nicht nur ideell – eine Abstraktion von den konkreten Beschaffenheiten der in den konkreten Waren enthaltenen Arbeiten: letztere werden als abstrakte Arbeiten real im Tausch aufeinander bezogen. Hier entspringt abstrakte Arbeit einer »objektiven Gleichung, die der Gesellschaftsprozeß gewaltsam zwischen den ungleichen Arbeiten vollzieht« (MEW 13, 45). Entscheidender Erkenntnisfortschritt zum ersten Verständnis ist hier, dass abstrakte Arbeit zugleich als historisch spezifisch verstanden wird und eine gesellschaftlich objektive Geltung

erhält. Aus dem ersten hier vorgestellten Verständnis abstrakter Arbeit lässt sich für die Problemlage des Post-Operaismus folgendes Fazit ziehen: Wenn Marx' Begriff der abstrakten Arbeit nicht geltungslogisch, sondern empirisch-historisch als Werts substanz verstanden wird, muss die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie historisch neu angepasst, für Bedürfnisse des Postfordismus neu umgeschrieben werden. Nur so ist die Aufwertung der immateriellen Arbeit als entscheidender Theoriebaustein des Post-Operaismus zu verstehen. Im Anschluss wäre daher die Frage zu diskutieren, ob sich das post-operaistische Konzept der immateriellen Arbeit nicht einer Marxkritik verdankt, die die entscheidende Problematik der abstrakten Arbeit bereits auf einer sehr grundsätzlichen Ebene verfehlt hat.

Folgen wir aber weiter dem Post-Operaismus, wie die Aufwertung der immateriellen Arbeit theoretisch vollzogen wird.

### **Arbeitskraft, General Intellect und Massenintellektualität**

Paolo Virno hat mit seinem Titel Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen (zuerst 2002) eine weitere post-operaistische Ausarbeitung zum Thema »immaterielle Arbeit« und »Multitude« vorgelegt. Auch Virno, der neben Negri und Lazzarato bekannteste post-operaistische Theoretiker, bedient sich der marxschen Grundrisse. Wie Negri interessiert sich Virnos Marxinterpretation vornehmlich für den Part der Grundrisse, der als Maschinenfragment bekannt geworden ist. Marx führt hier mit dem General Intellect einen Begriff ein, der Virno als Schlüssel zum Verständnis der heutigen gesellschaftlichen Produktion von Wissen dient. Marx beschrieb den General Intellect als im fixen Kapital »vergegenständlichte Wissenskraft«, als das »allgemeine gesellschaftliche Wissen«, dass »zur unmittelbaren Produktivkraft« geworden ist. (Vgl. MEW 42, 602) Ausgehend von dieser Marxschen Diagnose nimmt Virno zwei Modifikationen am Begriff des General Intellect vor:

Erstens gehörten heute zum General Intellect nicht nur die Wissenschaften, sondern auch »artifizielle Sprachen Informatik, und Systemwissenschaften, die Palette kommunikationellen Wissens, lokales Wissen, informelle ‚Sprachspiele‘ wie auch gewisse ethische Überlegungen.« (Virno 2004, 153f.)

Zweitens müsse heute vor allem die Seite der lebendigen Arbeit als Ort des General Intellects betrachtet werden. Marx dagegen identifizierte den General Intellect noch mit dem fixen Kapital, der industriellen Maschinerie. (Vgl. ebd., 153) In diesem Kontext erfährt der Ausdruck »Massenintellektualität« eine entscheidende Aufwertung bei Virno: Massenintellektualität ist

»die lebendige Arbeit als determinierende Artikulation des General Intellect« (Virno 2004, 154). Die heutige Krise der Arbeitsgesellschaft besteht für Virno nun darin, dass das Wissen real zur Quelle des gesellschaftlichen Reichtums geworden ist. Dieses Wissen als entscheidende Produktivkraft beruhe aber anders als industrielle Maschinenarbeit nicht mehr auf den Arbeitsverrichtungen einzelner, sondern sei als General Intellect nicht mehr zu trennen von den gattungsspezifischen Vermögen sprachlicher Kooperation.

Zwei Konsequenzen erwachsen nach Virno aus dieser Veränderung:

Analytisch muss man sich von der Marxschen Wertbestimmung der Arbeit als abstrakter Arbeit im Sinne von durchschnittlich geleisteter Arbeitszeit trennen. General Intellect und Massenintellektualität haben dem Kapital die sachliche Basis entzogen, Arbeitskraft individuell einzelnen Subjekten zuzuordnen.

Politisch ist zu skandalisieren, dass die kapitalistische Arbeitgesellschaft immer noch entlang des Lohnarbeitszeitmodells funktioniert, obwohl die Produktivkraftentwicklung diesem, dem Fordismus entstammenden Modell längst enteilt sei.

Diese von Virno ausgemachte doppelte Schiefelage erinnert in ihrer Argumentationsstruktur deutlich an den traditionsmarxistischen Widerspruch von Produktivkraftentwicklung und gesellschaftlichem Stand der Produktionsverhältnisse. Nach Virno verweisen heute Arbeit und Nichtarbeit auf eine identische Produktivität, die auf der »Ausübung allgemein menschlicher Fähigkeiten beruhe: auf Sprache, Gedächtnis und Gesellschaftlichkeit, auf ethischen und ästhetischen Orientierungen, auf der Fähigkeit zu abstrahieren und zu lernen.« (Virno 2002) Die formale Unterscheidung in entlohnte und nicht-entlohnte Arbeit verschleierte bloß den Umstand, dass das Leben mit all seinen anthropologischen Zuschreibungen von Sprache, Denken und Handeln selbst unmittelbar produktiv geworden sei. Der General Intellect als quasi ontologische Produktivkraft falle mit der »Kooperation zusammen, mit dem Konzert der lebendigen Arbeit, mit der kommunikativen Kompetenz der Individuen«. (Ebd.) Die mit dem General Intellect umschriebenen produktiven menschlichen Vermögen haben im Postfordismus bereits – auch hier wird eine alte marxistische Figur bemüht – einen ‚Kommunismus des Kapitals‘ realisiert, obgleich aufgrund der nachträglich vorgenommenen Rückrechnung gesellschaftlichen Reichtums in privat verausgabte Arbeitszeit dieser ‚Kommunismus‘ noch in die gesellschaftlichen Fesseln des Fordismus eingefasst sei.

Frieder Otto Wolf wendet sich gegen die fixe Idee, Marx auf eine frühere Stufe seines

Forschungsprozesses zurück zu schrauben, also die Grundrisse gegen das Kapital auszuspielen, wie dies z.B. von Negri und Virno mit der Betonung des »General Intellect« getan wird. Außerdem regt er an, den Begriff der Materialität weniger platt zu denken, als ‚dass es raucht und stinkt‘ – etwa auch philologische Arbeit oder Beziehungsarbeit hat ihre Materialität; ist also nicht einfach ‚immateriell‘. Er vermutet aber auch, dass in der wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeit ein Moment der ‚allgemeinen Arbeit‘ enthalten ist, das in seiner besonderen Materialität bzw. Stofflichkeit über die Grenzen der privaten Arbeit als gesellschaftlicher Form der Arbeit unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise hinausdrängt – ohne sie aber deswegen als solche bereits aufzuheben. Produktionsgeheimnis und Patent sind kapitalistische Formen, um allgemeine Arbeit zu ermöglichen, vergleichbar der Aktiengesellschaft, die Marx als kapitalistische Form von Vergesellschaftung analysiert hat. Die spezifische Konstellation des neuen Typus von wissenschaftlichem Wissen, das derart an den Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise neue Formen hervortreibt, schlägt er hypothetisch vor, mit dem Konzept der ‚fraktalen Bio-Informatik‘ zu erschließen. Schließlich sollte auch zwischen dem historischen Begriff des Kapitals als ein Klassenverhältnis und einer in der Ökonomie verbreiteten ahistorischen Konzeption von Kapital als zu investierender Geld- oder Ressourcenvorrat unterschieden werden.

Stefan Meretz schlägt vor, das Verhältnis von materieller und immaterieller Arbeit zu wenden und als Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit sowie allgemeiner und privater Arbeit zu diskutieren. Am Beispiel der Produktion von Informations- und Wissensgütern zeigt er, dass Universalgüter durch allgemeine Arbeit entstehen, die genuin kapitalunproduktiv ist. Dies gilt auch dann, wenn Universalgüter durch Formen künstlicher Verknappung in Bezahlgüter transformiert werden. Demgegenüber repräsentiert die Produktionsweise freier Software und Kulturgüter die adäquatere soziale Form, die im Kern auf eine Gesellschaft jenseits von Ware, Geld, Markt und Staat verweist.

### **Eine Anmerkung zur Praxis**

Die Veranstalter stellen die Frage nach dem Way Out, wie mit der kapitalistischen Verwertungslogik Schluss gemacht werden kann. Der Begriff der immateriellen Arbeit impliziert eine Revolutionstheorie. Er präsentiert einen solchen Way Out. Die immaterielle Arbeit ist nach der Geschichtserzählung Negris Ergebnis des Klassenkampfes – in seiner operaistischen Interpretation. Nach dem Operaismus besteht der Kapitalismus aus zwei inkompatiblen Logiken, der der Arbeit und der des Kapitals, wobei die Arbeit das Kapital vor sich hertreibt. In den 70er Jahren – so geht die Geschichte – stehen sich die Logik des Kapitals

und die Logik der Arbeit direkt entgegen: die Arbeitsverweigerung der Massentarbeiter gegen die Despotie der Arbeit in der Fiat-Fabrik. Die Niederlage der politischen Bewegung Ende der 70er führt auch zu Änderungen im Produktionsprozess: die Fabrik als Verwertungszentrum des Kapitalismus wird ersetzt durch die *fabrica diffusa* und der Massentarbeiter durch den gesellschaftlichen Arbeiter, die abstrakte durch die immaterielle Arbeit, der Fordismus durch den Postfordismus. Diese Verschiebung ist nach Negris Lesart nicht zu sehen als bloße Niederlage, sondern impliziert auch eine List der Geschichte. Die List der Geschichte besteht darin, dass die Arbeit sich von der Fabrikdespotie gelöst hat. Als immaterielle Arbeit stellt sie die vom Kapital befreite Arbeit. Der Kommunismus ist also schon virtuell anwesend als Kommunismus des Kapitals – in anderen Worten: er muss nur noch aus der Position des »an-sich« in die des »für-sich« wechseln. Auf die in dieser Vorstellung enthaltene traditionsmarxistische Vorstellung von der Dialektik der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, ist ja schon hingewiesen worden.

Das Kapital hat seine weltgeschichtliche Rolle als Organisator der Arbeit und Entfesseler der Produktivkräfte ausgespielt. Diese Rolle wird jetzt von der Arbeit allein übernommen. Die Rolle der Arbeit ist hier die der *multitude*, denn mit dem Exodus der Arbeiterklasse aus der Fabrik ist die Arbeit gesellschaftlich geworden, d.h. alle sind »Arbeiter« bzw. nehmen am General Intellect teil. Die *multitude* ist als neues Subjekt der Geschichte in so weit der klassischen weißen, männlichen, heterosexuellen Arbeiterklasse als Heilsbringer überlegen, als es mehr Leute beinhaltet – nämlich alle – und damit nicht deren Ausschlussmechanismen reproduziert. Wie im klassischen Operaismus erhält aber das historische Subjekt seine Weihe durch seine Stellung im Produktionsprozess. Produktionsmacht ist heute wie damals das Zauberwort. Dass es vielleicht schon damals mit dem Massentarbeiter Probleme gab, da eine Revolution ohne Militär und Bauern schwer zu machen ist, ist aber mit der Erweiterung der Massentarbeiter zur *multitude* für Negri unproblematisch geworden.

Da der Kapitalismus sich also von innen zersetzt und der Kommunismus schon als Kommunismus des Kapitals anwesend ist, bedarf es also – sympathischer Weise – keiner Avantgardeorganisation, die von außen ins Kapitalverhältnis eingreifend den Weg nach draußen eröffnet (wer könnte diese Rolle auch übernehmen, wo doch alle *multitude* sind). Wenn nur noch der Vampir des Kapitals abgeschüttelt werden muss, besteht das politische Programm aus einem Wort: Widerstand. Da das Band der neuen Gesellschaftlichkeit unterhalb der kapitalistischen Herrschaft schon geknüpft ist, muss der Herrschaft nur noch der Kopf abgeschlagen werden. Ausreichend ist ein buntes Bündnis um diese Macht zu stürzen, ein

Bündnis, in dem alle Differenzen ihren Platz behalten. Es bedarf keiner weiteren Entwicklung eines Programms, einer revolutionären Moral, einer inhaltlichen Auseinandersetzung oder gar Organisation oder Organisation.

Dieses Rumdrücken um reale Probleme von Politik ist aber nicht ein Privileg der Postoperaisten. Denn darum drückt sich auch der Veranstalter des Kongresses, der sich in der Rolle des kritischen Kritikers mit einer Philosophie der Negation gefällt und dessen Kommunismus-Emphase wohl eher die Praxis-Leerstelle posenhaft überspielt, anstatt sie klar zu benennen.

Als positives Programm enthält Empire nur die Forderungen nach globalen Bürgerrechten, Existenzgeld und dem Recht auf Wiederaneignung (das richtet sich gegen Patent- und Urheberrecht). Problematisch – neben dem Inhalt – ist aber gerade die Form dieses Programms. Als Forderungen und Rechte bedürfen sie Einen, der die Forderungen erfüllt, der die Rechte gewährt. Dieser Eine ist die Staatsgewalt und dessen Anrufung blamiert die Idee von der Selbstemanzipation.

Verteidiger des Konzepts der globalen sozialen Rechte versuchen es zu retten durch den Verweis auf die polemische Absicht: an der Unmöglichkeit ihrer Erfüllbarkeit zeige sich die Unvernünftigkeit des Kapitalismus – und die Ohnmacht des Herrschers. Dem steht wohl entgegen, dass man unerfüllbare Forderungen behandelt wie Tagträume. Die Folge davon ist, dass der Gewinn an Konkretion, den man sich von diesen Forderungen verspricht, gleich schon wieder verspielt ist. Sie wirken also eher entpolitisierend, als mobilisierend.

### **3.2. Frieder-Otto Wolf: Referattranskript**

Schönen guten Abend!

Das ist ein ganz spannendes Thema, aber es ist auch ziemlich durcheinander. Und es ist gar nicht so einfach, dieses Thema in eine diskutierbare Ordnung zu bekommen. Ich glaube es bringt wieder relativ wenig, wenn wir uns jetzt quasi wechselseitig die methodischen Fehler und die philologischen Schnitzer vorhalten, die in der Literatur reichhaltig vorhanden sind. Das ist so ein Zug, der mir auch Sorgen macht, die ausgesprochene Unsorgfältigkeit in der Argumentation. Natürlich kann man immer denken, man hätte so wenig Zeit, und dann kann man nicht sorgfältig argumentieren, aber in der Vergangenheit haben derartige Kurzschlüsse immer zu Niederlagen geführt. Also von da aus plädiere ich für entschieden mehr Sorgfalt, und

will versuchen, sie selber anzuwenden.

Eine Bemerkung vorab: ich denke schon, Marx hat sehr lange daran gearbeitet, sich aus der philosophischen Antizipation einer Kritik der politischen Ökonomie, die er in den Grundrissen geleistet hat, zur immer noch nicht fertigen Kritik der politischen Ökonomie als ausgearbeitetem Stück, das er im Kapital vorgelegt hat, vorzuarbeiten. Und es wäre völlig falsch, auf der Suche nach einer Philosophie, die der Kritik der politischen Ökonomie adäquat ist, bei den Grundrissen nachzuschlagen, denn da ist Marx noch auf einem anderen Erkenntnisstand, vor seinem großen wissenschaftlichen Durchbruch 1858. Marx gewissermaßen in seiner Explikation zurückzuzerren, hinter das, was er in jahrzehntelanger Forschung gearbeitet hat, ist keine gute Strategie; so sehr (so zu sagen der horror vacui) verständlich ist, dass man ja irgendeine philosophische Explikation braucht, und im Kapital so wenig davon findet –, und sie sich dann eben holt, wo man sie kriegen kann. Früher hat man die Jugendschriften genommen und in den 70er und 80er Jahren nahm man die Grundrisse, aber so kann man das eigentlich nicht machen, sondern man muss sich tatsächlich die entwickelte Marxsche Theorie selber anschauen in ihrem fragmentarischen aber durchaus schon hoch entwickelten Zustand: Dort dann versuchen, zu begreifen, was Marx geleistet hat und was man daraus epistemologisch und praxeologisch gewinnen kann. Mir scheint auch der Gedanke, dass wir jetzt – um sozusagen wieder eine Grundlage zu finden – eine neue Ontologie der Arbeit brauchen, ausgesprochen desavouiert zu sein. Georg Lukács hat das ausgeführt – dem habe ich mich kritisch gewidmet in meinem Buch »Welt ist Arbeit« –, und ich finde, das ist ein totaler Fehlschlag. Das ist nichts anderes, als der Versuch, das Marxsche Kapital für ein Buch des 19. Jahrhunderts zu erklären (und so wie Stalin erklärte, der Leninismus, also seine Version des Marxismus – und das heißt ja nur Leninismus, es ist nicht von Lenin – der sei der ‚Marxismus unserer Epoche‘), und jetzt einen neuen ‚Marxismus unserer Epoche‘ zu erfinden. Das – glaube ich – ist kein guter Ansatz. Aber nur soweit vorab zum Methodischen.

Ich will jetzt versuchen, mir sorgfältig zu überlegen, was eigentlich das ist, worum es geht in der Debatte um immaterielle Arbeit. Und mir scheint, hier wird gesucht nach einem der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft immanenten Prinzip ihrer Veränderung und Überwindung. Und das halte ich für eine ganz legitime Frage. Und gerade angesichts der gerade veröffentlichten Enzyklika des Papst Ratzinger, der die Grundlage der Hoffnung in der Fleisch gewordenen Gestalt von Jesus Christus, wie ihn die römisch katholische Kirche lehrt, findet, und damit glaubt (und ich glaube, der ist gut informiert), ein wesentliches Bedürfnis

unserer Zeit zu befriedigen, müssen wir uns die Frage stellen, was ist die Grundlage unserer Hoffnung auf Überwindung der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise. Das ist eine ganz wichtige Frage. Die steht insofern in Kontinuität nicht nur mit der Theorie der Produktivkräfte, sondern auch mit der Theorie der Vergesellschaftung. Also die kapitalistische Produktionsweise leistet die immer weitergehende Vergesellschaftung der Reproduktion und am Ende schlägt das dann um. Aber man könnte auch sagen, sie steht in Kontinuität mit Benjamins These von der schwachen messianischen Kraft, die von den Befreiungskämpfen der Generationen vor uns ausgeht, die von Herrschaft unterdrückt waren. Aber die Frage ist natürlich, was leistet denn diese Kategorie der immateriellen Arbeit. Und ich glaube, eine Sache ist dabei ganz wichtig (das wird gelegentlich auch in der postoperaistischen Literatur betont): Es ist nicht eine Arbeitssorte. Sondern es ist ein Moment einer umfassenden Neuzusammensetzung von Arbeit. Also es ist nichts, was nur die Leute, die gewissermaßen als Wissenschaftler oder als Forscher bezahlt werden, machen. Oder die, die als Clowns bezahlt werden, oder als Gute-Laune-Macher (so etwas gibt es ja alles), sondern das ist etwas, was sich in der Arbeit aller findet und ausbreitet.

Das ist erstmal ganz wichtig, das ist kein Versuch, eine Sortendifferenzierung gesellschaftlicher Arbeiten vorzunehmen. Wenn man das so fassen würde, dann würde man, glaube ich, zu lauter Unsinn kommen. Wenn wir dieses Moment von immaterieller Arbeit als Moment einer umfassenden Neuzusammensetzung gesellschaftlicher Arbeiten und – würde ich gleich hinzufügen – das gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses begreifen, dann wird es schwierig, das auf die Debatte mit der Ware Wissen zu beziehen. Denn das würde ja gerade heißen, dass eben nicht speziell die Ware Wissen im Spiel ist, sondern das zunehmende Wissensmoment in sämtlichen Arbeiten.

Es gibt so die ersten Automationsstudien, gut belegte empirische Erkenntnis, dass die Leute, die da solche Anlagen fahren, sich alle im Wettstreit Literatur mit nach Hause nehmen und lesen bis sie umfallen, um überhaupt mitzukommen, was da von ihnen verlangt wird. Das hat mit der Ware Wissen erstmal nichts zu tun, aber es hat damit zu tun, dass in unserer Produktion Wissen eine immer bedeutendere Rolle spielt. Allerdings – denke ich – sollte man dabei eins nicht aus dem Auge verlieren: Dass die Marxsche Theorie eine Theorie der gesellschaftlichen Ausbeutung ist, und zwar in der spezifischen Form der Kapitalherrschaft. Und dafür brauchen wir die Kategorie der abstrakten Arbeit. Es ist einfach irreführend, um das ganz vornehm zu beschreiben, wenn man sagt, man könnte an die Stelle der Kategorie der abstrakten Arbeit die Kategorie der immateriellen Arbeit rücken lassen, denn mit der

Kategorie der immateriellen Arbeit kann man die Herrschaftsverhältnisse, die in unserer Gesellschaft herrschen, eben nicht analysieren. Man kann damit vielleicht analysieren, wie die Neuzusammensetzung stattgefunden hat. Auch das birgt einige Schwierigkeiten, aber immerhin, das ist ein reales Moment, wo man auch etwas finden kann. Aber man kann damit nicht die Herrschaftsverhältnisse analysieren. Ich glaube, da kommt ein ganz wichtiges Moment hinein, wo der Postoperatismus so was von traditionsmarxistisch ist, dass es einem die Schuhe auszieht: die Stadientheorie.

Die haben die Vorstellung, dass der Marxismus oder die Marxsche Theorie sich auf die Verhältnisse des 19. Jahrhundert bezieht vor dem Imperialismus und vor der Staatsintervention oder dem staatsmonopolistischen Kapitalismus vor der Monopolisierung, auf den Konkurrenzkapitalismus: Und das ist alles Unsinn. Die Marxsche Theorie bezieht sich auf die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer allgemeinen Struktur. Und die ist durchaus heute noch mit uns.

Die Vorstellung, Wissen oder Emotionalität oder Leben sei jetzt unmittelbare Produktivkraft, das hieße doch – wenn es irgendetwas Bestimmtes bedeuten soll – dass es jetzt nicht mehr so ist, dass das Kapital den Zugang zu den Produktionsmitteln und ihre Verwendung in den Händen hat. Dass es also möglich ist, wenn ich weiß, wenn ich emotional gut drauf bin oder wenn ich lebe, dieses unmittelbar gesellschaftlich zu verwerten.

Aber wie jeder weiß (aus Erfahrung): so ist es nicht. Das ist eben dem Kapital immer noch gelungen, trotz aller spezifischen Widersprüche (auf die ich noch eingehen werde) immer noch sicher zu stellen, dass eben nicht jeder Hinz und Kunz kommen kann, und Produktionsmittel ins Spiel bringen, sondern das hat das Kapital ganz gut im Griff, dass es die Produktionsmittel kontrolliert und das wird auch durch diese Neuzusammensetzung nicht im Kern betroffen.

Allerdings, das ist völlig richtig, es gibt da spezifische Widersprüche: Bezogen auf das Wissen (ich will jetzt die Emotionalität und das Leben nicht vertiefen, aber da könnte man auch solche Widersprüche deutlich machen), ist das evident. All unser Wissen ist dauernd in Fluss und in Kommunikation im ewigen und unaufhaltsamen Palaver der Menschheit. Die Firmen können sich noch so sehr mit der Geheimhaltung und Patenten und Lizenzen bemühen: es kommt alles raus. Also die Vorstellung, dass man irgendetwas so richtig unter Verschluss halten kann, jedenfalls längere Zeit, ist unreal. Das wissen auch alle, aber da gibt es eben dann auch andere Mechanismen: Lizenzen, Warenförmigkeit, dass man das Wissen und seine Benutzung

voneinander trennt, dass man einen Groschen zahlen muss, wenn man eine Seite aus einer Zeitung fotokopiert und so weiter und so fort. Da hat das Kapital vielfältige Formen erfunden, wie man trotz dieser konkreten Allgemeinheit des Wissens als stofflicher Eigenschaft, es doch in Formen des Privateigentums und der privaten Verwertung und Ausbeutung einsperren kann. Für die Musik können sie ähnliche Erwägungen anstellen. Und diese widersprüchlichen kapitalistischen Formen sind meines Erachtens analog zu dem zu sehen, was Marx über die Aktiengesellschaft gesagt hat. Er hat gesagt, es ist die widersprüchliche Form der Vergesellschaftung (die dann auch Wirklichkeit annimmt) unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise. Und das ist völlig richtig. Marx wäre, glaube ich, nie die Idee gekommen, dass die Aktiengesellschaft als solche die kapitalistische Produktionsweise in irgendeiner Weise sprengt. Jedenfalls wenn er auf die Idee gekommen wäre, wüssten wir inzwischen, dass das völlig falsch gewesen wäre. Die Aktiengesellschaft ist historisch geradezu eine Bedingung der enormen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Herrschaft. Und ich denke, dass lässt sich für diese ganzen Formen des geistigen Eigentums, wo sich ja nicht zufällig jetzt inzwischen die angelsächsische, kapitalistischer geprägte Variante weltweit durchsetzt, zeigen: Dass da nicht die stofflich-konkrete Allgemeinheit die kapitalistische Form sprengt. Dass sie die kapitalistische Form sozusagen Grenzen unterwirft, ist richtig. Dass sie die kapitalistische Form zu allerlei Verrenkungen und Anstrengungen zwingt, um auch nur Verwertbarkeit herzustellen, ist auch unbestreitbar. Aber dass das jedenfalls im Prinzip funktioniert, halte ich für evident.

Deswegen ist eben alle diese Rede von der unmittelbaren Produktivkraft fahrlässig, weil sie die fortbestehende Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise einfach überspringt und damit aus dem, was ein Anknüpfungspunkt für ein immanentes Prinzip der Veränderung sein könnte (darüber kann man ja gezielt nachdenken, was das für Widersprüche erzeugt, an die man dann in politischer Praxis anknüpfen kann), daraus macht sie ein Schonbestehen des Kommunismus unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise – kassiert also die Differenz zwischen Herrschaft und Befreiung. Das sollte man wirklich nicht tun.

Ich wollte noch ein Wort sagen zu dieser ganzen Suche nach dem immanenten Prinzip der Veränderung. Ich habe das implizit jetzt schon kritisiert. Ich glaube nicht, dass so es sehr sinnvoll ist, ein solches Prinzip der immanenten Veränderung zu suchen, das als solches die Befreiung ermöglichen oder gar garantieren soll. Was man vielmehr suchen muss, sind die Ansatzpunkte und Eingriffspunkte, in denen eine politische Ökonomie der Arbeit oder der Arbeiter sich der politischen Ökonomie des Kapitals, wie sie herrscht, entgegenstellt und in sie

eingreifen kann. Und ich denke, es gibt dafür im Kapital selber ein hervorragendes Beispiel, nämlich den Kampf um den Normalarbeitstag. Dort (das habe ich mal versucht, zu analysieren) hat Marx herausgearbeitet, wie nicht etwa als immanenter Effekt der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise, sondern dagegen die Arbeiter es lernen, sich zu organisieren (wie Marx es sagt: ihre Köpfe zusammenzustecken), und zu kämpfen für Regeln, die dann dem Kapital vom Staat durch Zwangsgesetz aufgeherrscht werden. Eine ganze Theorie des politischen Eingreifens von Arbeiterkämpfen, von Bündnispolitik usw. finden Sie dort, wenn Sie das sorgfältig lesen. Und ich denke mir, das wäre die richtige Herangehensweise, nicht irgendeine Sorte von Selbstläuferprinzip zu suchen, dass uns diese Kämpfe abnimmt, sondern zu studieren, wie solche Kämpfe es geschafft haben, solche Widersprüche des Kapitals und seines Reproduktionsprozesses sich zunutze zu machen, und warum das Kapital auch nicht dazu in der Lage ist, sich jemals als geschlossenes System der Reproduktion, wo gar nichts mehr passieren kann, zu organisieren. Und damit will ich jetzt schließen: Die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise ist als solche bereits eine ‚prozessierende Unmöglichkeit‘, ein dynamisches Geflecht von Widersprüchen, die sich in von Marx rekonstruierten ‚Bewegungsformen‘ darstellen. Die veränderte Rolle der ‚immateriellen Arbeit‘ in unseren gegenwärtigen Gesellschaften ändert nichts an der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in dieser Konfiguration konkreter Gesellschaftsformationen. Deswegen bezweifle ich auch, dass sie zur zentralen Kategorie eines Denkens taugt, dem es um die Überwindung dieser Herrschaft geht.

### 3.3. Stefan Meretz: Abstract

Die Verbindungslinien zweier zunächst disjunkter Themen sind zu rekonstruieren. Immaterielle Arbeit ist eine solche, die «Dienstleistungen, kulturelle Produkte, Wissen oder Kommunikation produziert» (Hardt/Negri: Empire, S. 302). Ökonomietheoretisch ist mit diesem Begriff jedoch nicht viel gewonnen. Mit ihm kann weder geklärt werden, ob der Kapitalismus auf Grundlage immaterieller Arbeit in der Lage ist, sich als System der «Verwertung von Wert» (Marx) zu reproduzieren, noch ob es gelingen kann, ihn als System zu transzendieren. Um die Rolle von immaterieller Arbeit im Verwertungsprozess zu begreifen, ist der Begriff der produktiven/unproduktiven Arbeit geeigneter. Er fasst die Rolle von Arbeit im erweiterten Reproduktionszyklus des Kapitals, den Marx auf die Formel  $G-W-G'$  brachte. Ist Arbeit konstitutiver Beitrag zum  $G'$ , so ist sie produktiv; ist sie Abzug davon, so ist sie unproduktiv.

Ein genauerer Blick in den Bereich der Produktion von Informations- und Wissensgütern hilft, diesem Verhältnis näher zu kommen. Hierbei zeigt sich, dass ein weiteres Begriffspaar den analytischen Zugang erschließt, nämlich allgemeine und private Arbeit. Kapitalismus kann auch als sich bewegender Widerspruch von Arbeit in privater Form, die sich als allgemeine Arbeit bewähren muss, gefasst werden. Als Allgemeines und damit Gesellschaftliches bewährt sich Privatarbeit nur, wenn sie sich als Wertding im Tausch realisieren kann. Die gesellschaftliche Vermittlung über den Wert gelingt jedoch nur unter Absehung jeder Besonderheit, gelingt nur als Abstrakt-Allgemeines. Diese Abstraktion ist kein Denkvorgang, sondern Ergebnis eines Handlungsvollzugs, ist Realabstraktion. Entsprechend ist „abstrakte Arbeit“ nicht auf der sinnlich-konkreten Ebene angesiedelt, ist in diesem Sinne nichts, was an-sich existieren würde, sondern „abstrakte Arbeit“ ist die realabstraktive Widerspiegelung des gesellschaftlichen Verhältnisses des Werts in der Arbeit: Es zählt nur, was Arbeitszeit in einer Ware inkarniert auf dem Markt Erlöst werden kann — ob in Form von Landminen oder Babybrei ist unerheblich.

Mit Informations- und Wissensgütern tritt nun eine neue Klasse von Gütern auf, die Universalgüter genannt werden können. Ihre Besonderheit ist es, dass sie durch allgemeine, genauer: konkret-allgemeine Arbeit entstehen. Konkret-allgemeine Arbeit kann jedoch gerade nicht mehr das leisten, was die Wertabstraktion leistet: Die Reduktion der Verausgabung menschlicher Lebensenergie auf ein unterschiedloses Maß. Anders ausgedrückt: Konkret-allgemeine Arbeit kann im Unterschied zu abstrakt-allgemeiner Arbeit keinen Wert bilden, denn sie repräsentiert bereits „ohne Umweg“ Allgemeines. Sie besitzt also bereits die gesellschaftliche Geltung, die Privatarbeit erst über die Wertabstraktion erzwingen muss. Sie ist unmittelbar gesellschaftliche Arbeit und damit vergleichbar der Wissenschaft - genuin wertunproduktiv.

Konkret-allgemeine Arbeit ist widersprüchlich in die dominante fetischistische Konstitution von Gesellschaftlichkeit über „Arbeit“ eingebunden, und gleichzeitig überschreitet sie diese Einbindung. Dies wird an den möglichen Formen deutlich, in denen sich dieser Widerspruch ausdrücken kann. Als privatisiertes Universalgut erhält etwa proprietäre Software eine warenförmige Hülle, zumeist unterstützt durch Rechtsform und Kopierschutz. Das genuin unknappe Universalgut wird künstlich verknappt, um zum Bezahlgut mutieren zu können. Ein privatisiertes Universalgut ist Ergebnis privatisierter konkret-allgemeiner Arbeit. Freie Software andererseits emanzipiert sich von der privaten Form und Restriktion, sie ist als freies universelles Gut ein Ergebnis konkret-allgemeiner Arbeit und besitzt sui generis gesellschaftliche Geltung. Freie Software ist die Universalgütern angemessene

Produktionsweise. Sie verweist mithin auf eine Vergesellschaftungsform jenseits von Ware, Geld, Markt und Staat. Das macht ihrem Keimform-Charakter aus.

## **4. Der Staat – dein Freund? Staat, Recht und Politik im globalen Kapitalismus**

### **4.1. ...ums Ganze!: Zum Begriff von Staat, Recht und Politik**

"Das Recht als Synonym der offiziellen Staatlichkeit und das Recht als Parole des revolutionären Kampfes: hier liegt das Feld für endlose Kontroversen und für die unmöglichsten Verwirrung." (Eugen Paschukanis)

Egal ob Forderungen nach "globalen soziale Rechten" während der G8-Proteste diesen Sommer an der Ostsee oder die Frage nach dem Umgang mit der Linkspartei - an Staat und Recht scheint die Linke hierzulande nicht vorbei zukommen. Dabei ist der Streit zwischen denen, die den Staat und seine Attribute wie Recht und Politik als ein lohnendes "Kampffeld" und als "materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse" (Poulantzas) denken und jenen, die ihn primär als die "politische Form der warenproduzierenden Gesellschaft" (Paschukanis) und "Zwangsverband" (Agnoli) verstehen wollen, fast so alt wie der bürgerliche Staat selbst.

Die Diskussion basiert nicht zuletzt darauf, dass der Souverän als "ideeller Gesamtkapitalist" zwar einerseits offenbar die Funktion wahrnimmt die kapitalistische Geschäftsgrundlage aufrecht zu erhalten, sich jedoch seine Aktivitäten und deren Effekte andererseits eben nicht darin erschöpfen. Beispiel Recht: Die "Gleichheit vor dem Gesetz" ist die Bedingung dafür, dass die meisten Menschen ihre Arbeitskraft zum Verkauf anbieten müssen. Gleichzeitig scheint sie jedoch auch einen »grundrechtlichen Mehrwert« für jeden einzelnen (Staats-)Bürger abzuwerfen.

Zu Beantwortung der linksradikalen Gretchenfrage, "Wie hältst du es mit dem Staat?", ist also die Frage danach, was diese "öffentliche Gewalt" nun eigentlich ausmacht, notwendig. Um auf diesem weiten Feld nicht gleich verloren zu gehen, sollen in der Veranstaltung zumindest drei Aspekte etwas genauer in den Blick genommen werden.

#### **1. "Jenseits von Henne und Ei..."**

Wie lässt sich das Verhältnis von Staat und Politik auf der einen und Ökonomie auf der anderen Seite fassen? Warum existiert der Staat überhaupt als besondere Form

gesellschaftlicher Verhältnisse? Welche Rolle spielt dabei das Recht? Und ist der Staat eigentlich ein Mann oder eher geschlechtslos?

## 2. "Keine Politik ist nicht unmöglich?!"

Gibt es eine (relative) Autonomie des Staates? Und warum tut er was er tut? Was also ist Politik - "kollektiver Streit" (Antiherrschaftliche Initiative) oder die bloße Fortsetzung des Marktes mit anderen Mitteln?

## 3. »Was tun?«

Wie ist vor diesem Hintergrund die in letzter Zeit viel beschworene neoliberale Transformation zum "nationalen Wettbewerbsstaat" (Hirsch) zu bewerten? Welche Auswirkungen hat das auf linksradikale Bewegungen? Und was könnte all das für eine emanzipatorische Perspektive bedeuten? Wie sind Ansätze wie das »bedingungslose Grundeinkommen« und »globale soziale Rechte« zu bewerten?

## 4.2. Thomas Seibert: Das Denken der Kämpfe Oder: Die Linke, das Recht, der Staat

Das Verstehen des Genitivs hängt immer an seiner jeweiligen Funktion, daran also, ob es sich in der Rede beispielsweise von einem »Denken der Kämpfe« um einen solchen des Subjekts, des Objekts oder um einen doppelten Genitiv handelt. Je nachdem kann ein Denken gemeint sein, dessen Subjekt die Kämpfe selbst sind (genitivus subiectivus), eines, in dem die Kämpfe das dem Denken selbst äußerliche Objekt sind (genitivus obiectivus) oder eines, das selbst Moment der Kämpfe ist und dem die Kämpfe reflexiv eigenster Gegenstand der Befragung und Bestimmung sind (doppelter Genitiv). Das angemessene Verständnis des dieser Mehrdeutigkeit einbeschriebenen Problems ist das Grundproblem der politischen Linken überhaupt: das Medium ihrer Selbstverortung. Es ist dies deshalb, weil die politische Linke, wenn sie sich richtig versteht und richtig verstanden wird, gar nichts anderes als das Denken der Kämpfe ist bzw. sein will.

### Unumgängliche Vorklärung

Weil das so ist, können die grundlegenden inneren Konflikte der Linken auf die Mehrdeutigkeit dieser Genitivkonstruktion zurückbezogen werden. So deckt sich die Möglichkeit, den Ausdruck »Denken der Kämpfe« im doppelten Genitiv zu verstehen, ganz offensichtlich mit dem programmatischen Ideal, das Linke immer wieder von sich selbst hatten bzw. immer noch von sich haben. Doch blieben daneben immer auch die beiden anderen

Positionen leitend: solche, die sich primär am Genitiv des Subjekts und andere, die sich primär an dem des Objekts orientieren. Selbstverständlich wirken diese drei Optionen auch und gerade dort, wo sie gar nicht ausdrücklich als solche befolgt werden, d.h. wo sich die Beteiligten gar nicht ausdrücklich für die eine oder andere Möglichkeit entschieden haben. Möglicherweise gilt dies für die Mehrzahl der Entscheidungen.

Die historische Besonderheit der gegenwärtigen Linken – oder wenigstens: einer starken Strömung in dieser Linken – liegt darin, ausdrücklich keine dieser Positionen wahrzunehmen, d.h. allein für wahr zu halten. Die des doppelten Genitiv (Orientierung am Denken in den Kämpfen, das reflexiv wird und sich, d.h. die Kämpfe selbst denkt) nicht, weil sie niemals vollständig wahrgenommen werden kann, sofern sie ein Denken unterstellt, das seiner selbst durchsichtig mit sich identisch geworden wäre. Die einer Orientierung am Genitiv des Subjekts (alleinige Orientierung am Denken in den Kämpfen, so wie es ist) nicht, weil sie auch dort einer anarchistischen Romantisierung der Kämpfe entspringt, wo sie das gar nicht will. Die einer Orientierung am Genitiv des Objekts (alleinige Orientierung an einem Denken, dessen die Kämpfe ihm selbst äußerlicher Gegenstand sind) nicht, weil sie auch dort zu einer autoritären Entmächtigung der Kämpfe und mehr noch der Kämpfenden führen wird, wo sie dies nie gewollt hat oder haben wird.

Was aber ist dann die Position der genannten starken Strömung in der gegenwärtigen Linken, aus der heraus dieser Text übrigens geschrieben wird? Zunächst einmal ist ihre Absage an die drei genannten Optionen insofern zu differenzieren, als sie der des doppelten Genitivs trotzdem zutiefst verbunden bleibt: so allerdings, dass diese Option als ideale Verpflichtung und Aufgabe, nie als faktischer Besitzstand verstanden wird. Dies resultiert aus der grundlegenden Einsicht, dass das Denken der Kämpfe in jedem Fall und immer etwas ist und sein wird, dass auch und schon unter den Kämpfenden selbst umkämpft war, ist und bleibt. Aus dieser Einsicht und nicht aus einem modischen Postmodernismus resultiert dann aber die strategische Grundentscheidung, im Kontext selbst stets pluraler Kämpfe ausdrücklich eine in sich plurale Linke zu bejahen und aus dieser Bejahung alle notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Dass diese Entscheidung nicht postmodernistisch ist, zeigt sich schon daran, dass wir Begriffe und Wertungen, in denen die Linke historisch ihre inneren Differenzen ausgefochten hat, nicht außer Kraft setzen, sondern ausdrücklich bestätigen. Deshalb werden wir – ein Beispiel nur, doch ein viel sagendes - bestimmte taktische oder auch strategische Orientierungen nach wie vor nötigenfalls offensiv als rechts- oder linksopportunistisch kritisieren. Dabei werden wir

von Opportunismus überall dort sprechen, wo leitende Ideen bzw. Entscheidungen der Linken in der Absehung auf kurzfristige Erfolge bzw. Vorteile aufgegeben werden. Rechtsopportunismus liegt dann überall dort vor, wo die Macht der bestehenden Herrschafts-, Ausbeutungs- und Subjektivierungsverhältnisse, also die der sog. »objektiven Bedingungen«, überschätzt wird, Linksopportunismus dort, wo umgekehrt der sog. »subjektive Faktor« überschätzt wird, d.h. das gegebene Vermögen der Kämpfe und ihrer Militanten. In beiden Fällen wirkt sich dabei – und das ist der entscheidende Punkt – eine nicht bloß situative, sondern systematische Fehleinschätzung der »objektiven Bedingungen« wie des »subjektiven Faktors« aus. Im hier gegebenen Kontext – eines Kongresses und einer Publikation des Um's Ganze-Bündnisses – sei ausdrücklich festgehalten, dass Links- und Rechtsopportunismus auch Mischformen hervorbringen können: dort z.B., wo die rechtsopportunistische Überschätzung der »objektiven Bedingungen« mit einer linksopportunistischen Überschätzung des »subjektiven Faktors« einhergeht und so zur Reduktion des Politischen auf die Selbstbezüglichkeit des vorgeblich letztverbliebenen »Rests« aufgeklärter Militanter im vorgeblich undurchdringlich gewordenen Gesamtverblendungszusammenhang kapitalistischer Vergesellschaftung führt.

Dem entspricht, dass wir auch weiterhin von rechten und linken Strömungen in der Linken sprechen werden, wobei – auch dies ist nicht neu – nicht deren Gegebensein überhaupt, sondern allein deren Extrempositionen zum Gegenstand definitiver Kritik werden: Positionen also, die tatsächlich »rechts« geworden sind, und solche – hier markiert die Sprache eine beredete Differenz – die wir »ultralinks« nennen werden.

Der Einsicht folgend, dass das Denken der Kämpfe – d.h. die politische Linke – in sich selbst immer umkämpft sein wird, ruft das bloße Vorliegen rechter und linker Abweichungen als solches allerdings auch dann nur ein Achselzucken hervor, wenn die Abweichung auf Dauer gestellt, d.h. selbst zur Position geworden ist. Positiv gewendet: dass die als solche stets umkämpfte Linke in sich rechte und linke Strömungen einschließt, stellt kein Problem der Letztentscheidung nach der einen oder anderen Seite, sondern »nur« ein solches ihrer hoffentlich gelingenden Kommunikation dar. Dem entspricht zunächst, dass wir aus Gründen der unter Genoss/innen angemessenen Höflichkeit wie des der Sache angemessenen Humors eher von moderaten und radikalen als von rechten und linken Strömungen (wohlgemerkt: in der Linken) reden. Dem entspricht weiterhin, dass die Anzahl derer, die sich noch ernsthaft an einem auf ein »Entweder-Oder« ausgerichteten Streit »Reform vs. Revolution« beteiligen würden, seit einiger Zeit dramatisch abgenommen hat. Dies deshalb, weil ein solches Ansinnen

und Begehren zu einer Angelegenheit – auch dies ein nach wie vor gültiger Begriff zur Markierung innerlinker Kritik – bloßen Sektierertums geworden ist.

### **Staat und Revolution**

Mit der prinzipiellen Anerkennung der auf Dauer gestellten Koexistenz einer moderaten und einer radikalen Linken und dem Verständnis dieser Koexistenz als einer unumgänglichen, gegebenenfalls sogar erfreulichen Arbeitsteilung ist nicht gesagt, dass ursprüngliche und deshalb zu recht prinzipielle Begründungen ihrer Trennung ungültig geworden seien. Aus radikaler Perspektiven gehört dazu die vom Bündnis antifaschistischer Gruppen Hessen (BASH) in seinen Thesen gegen den Staat vom 2. Juli 2008 formulierte Einsicht, nach der »der Staat, als Funktionszusammenhang, eben der Staat des Kapitals (als Ganzes) ist, weil er mit dem Gewaltmonopol die kapitalistische Eigentumsordnung aufrechterhält. (...)

Erfolgsbedingung des Staates ist also, dass die einzelnen Apparate und Interessen immer wieder den Erfolgsbedingungen des Gesamtinteresses des Staates an seiner eigenen Existenz, d.h. letztlich einer funktionierenden kapitalistischen Reproduktion, untergeordnet werden. Staat und Wirtschaft, Politik und Ökonomie sind keine Gegensätze, sondern auf einander angewiesene Instanzen des Kapitalismus. Jede Veränderung mit dem und durch den Staat findet ihre Schranken also früher oder später an dessen ‚Sachzwängen‘. (...) Eine linke Perspektive liegt also in einer Organisation jenseits des Staates.« Dass diese Einsicht dennoch eine Kooperation und letzten Endes Koexistenz mit moderat linken, d.h. auf den Staat gerichteten, ihm zugehörigen Positionen einschließt, formulieren die BASH-Genoss/innen in der siebten ihrer Thesen, die sie zu Recht unter den Titel Jenseits der Phrasen gestellt haben. Dort heißt es nach dem prinzipiell richtigen Verweis, dass Wahlkämpfe in bürgerlichen Demokratien zu den »zentralen Strategien« gehören, mit denen die Aufmerksamkeit der zu Staatsbürger/innen subjektivierten Leute »wieder auf den Staat fokussiert« wird, gleichwohl einschränkend: »Wie in jedem sozialen Prozess steht das Ergebnis (von Wahlkämpfen) jedoch keineswegs im Vorhinein fest. Linke Parteien können in diesem Sinne, und abhängig von der aktuellen Situation, durchaus Unruhe und gewisse Veränderungen in einige Staatsapparate hineinbringen. Sinn macht dies aber nur, wenn sie nicht versuchen, den Staat als Ganzes für sich einzuspannen, sondern über ihn und die Verhältnisse aufklären und außerparlamentarische Bewegungen unterstützen – und nicht umgekehrt.« Im Anschluss an die oben genannte Stelle heißt es dann: »Revolution als Vorgang ist schließlich nicht als ein plötzlicher Sprung nach vorne, sondern nur als längerfristiger Prozess realistisch vorstellbar. Die notwendige, weil machbare Perspektive auf eine

Gesellschaft ohne Gewalt und Zwang – also ohne Staat und bürgerliches Recht – schließt die strategische Bestimmung des eigenen Standorts gerade mit ein. Die Frage ist mithin, was linkes Engagement – wo auch immer – für eine Selbstorganisation neben dem Staat bringt.« Abgeschlossen wird der Absatz dann mit der ebenso lapidaren wie konsequenten Feststellung: »In diesem Sinn kann Wählen gehen auch mal strategisch sinnvoll sein. Die grundsätzliche antistaatliche Orientierung bedarf der den aktuellen Verhältnissen angepassten Strategie für ein umfassendes Dagegen-Sein.«

In den folgenden, wieder zu Recht unter den Titel Strategisches gestellten Ausführungen werden dann verschiedene Optionen bedacht – solche der eigenständigen Organisation radikaler Linker ebenso wie solche einer auf dem Weg einer »kontinuierlichen Auseinandersetzung« anzustrebenden Kooperation mit der moderaten, in diesem Fall parlamentarischen Linken. Wesentlich ist dabei die selbstkritische Anmerkung, dass eine erste Voraussetzung dafür die Selbstbefreiung der radikalen Linken »aus dem Zuschauerstatus« sei, die ihrerseits an die Fähigkeit geknüpft wird, »über die Grenzen der autonomen Subkulturmilieus Vorschläge zu entwickeln.« In Richtung der radikalen wie der moderaten Linken heißt es dann: »Die Möglichkeit besteht nur, wenn sie auch genutzt wird.« Da ich selbst nur mäßig an Polemiken interessiert bin, beziehe mich jetzt direkt auf die ausdrücklich anerkannte Notwendigkeit, »Vorschläge« auch über das eigene Milieu hinaus zu entwickeln. Ich greife dabei auf das zurück, was ich dazu schon auf dem Kongress gesagt habe.

### **Globale Soziale Rechte**

Der in seiner eigenen Qualität spätestens in den 1960er Jahren sichtbar werdende Prozess der sozialen Kämpfe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird als solcher der »Neuen Sozialen Bewegungen« bezeichnet: als Prozess der Bewegungen der Jugendlichen und der Frauen, der Bewegungen gegen die ökologischen Zerstörungen, der antisexistische und antirassistischen Bewegungen, der Bewegungen derer, die in formalisierten und nicht mehr in formalisierten Arbeitsverhältnissen ausgebeutet werden und derer, die sich gegen ihre Einschließung in Systeme der Zwangsarbeit oder der Bestrafung wehren, der Bewegungen der Psychiatrisierten und der »Krüppel«, schließlich der Bewegungen der Migration ebenso wie der Bewegungen sog. »nationaler Befreiung«. Der Ausdruck ruft eine Differenz auf, die zugleich eines der zentralen, bis zuletzt nicht gelösten Probleme dieses Prozesses markiert: die zum vorangehenden Prozess der so verstandenen »Alten Sozialen Bewegung«, der Arbeiter/innenbewegung, ihrer Parteien und Staaten.

Beide Ausdrücke bilden die begriffliche Folie des Ausdrucks, mit dem heute die Kämpfe bezeichnet werden, die in ihrer eigenen, zu den vorhergehenden wiederum veränderten Qualität zum Jahrhundertwechsel sichtbar werden: die Kämpfe der »Bewegung der Bewegungen.« Deren politischer Einsatz sprach sich zunächst in der Formel »Eine andere Welt ist möglich!« aus, die im eigenen Gehalt zwar offenkundig vage blieb, sich dafür aber präzise der bis dahin unangefochtenen neoliberalen Herrschaftsformel »There is no alternative!« entgegensetzte. Sie vermochte so für eine bestimmte Zeit erfolgreich die Lücke zu füllen, die der (endgültige? vorübergehende?) Ausfall der emanzipatorischen Leitbegriffe »Sozialismus« und/oder »Kommunismus« hinterlassen hat. Der bloßen Behauptung der Möglichkeit einer anderen Welt stellten die Bewegungen bald eine nähere Bestimmung an die Seite: die von der anderen Welt als einer Welt Globaler Sozialer Rechte. Solche Rechte sind nun allerdings spätestens seit Inkraftsetzung des die Menschenrechte ausdifferenzierenden Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aus dem Jahr 1966 in der Welt und insofern keine neue und auch keine revolutionäre, sondern eine der bürgerlichen Demokratie koexistente Sache. Der erste Grund, sich dennoch mit ihnen zu befassen, liegt in dem Umstand, dass sich die Rede von den Globalen Sozialen Rechten seit einiger Zeit politisch immer mehr auflädt und ganz offenbar zu dem Medium wird, in dem eine ganze Reihe zunächst unabhängig voneinander geführter sozialer Kämpfe konvergieren, also sich einander zuneigen, aufeinander zulaufen.

Dabei kommt das ganze »globalisierungskritische« bzw. »altermondialistische« Spektrum zusammen: soziale und politische Bewegungen gleichermaßen des Südens wie des Nordens, NGOs, kirchliche Initiativen ebenso wie Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, moderate ebenso wie radikale Strömungen der Linken und schließlich Bewegungen, die sich auf spezifische Problematiken aus der Durchsetzungsphase der kapitalistischen Globalisierung beziehen: die im ganzen Süden verbreiteten Bewegungen von »Landlosen« oder die im Süden wie im Norden aktiven Bewegungen zur Verteidigung der Öffentlichen Güter und gegen das globale Schuldenregime.

Die These von der sich im gemeinsamen Bezug auf Globale Soziale Rechte andeutenden Konvergenz der Bewegung der Bewegungen lässt sich umstandslos per google-Recherche bestätigen. In deutscher Sprache finden sich dabei gleich zwei außerordentlich bündige Bestimmungen, die hier deshalb auch in Gänze zu Wort kommen sollen. Die erste stammt aus einer Veranstaltungsankündigung des Berliner Kritischen Bewegungsdiskurses des Jahres 2006 und lautet wie folgt: »Soziale Rechte gelten für alle, unabhängig von Geschlecht,

Staatsbürgerschaft und Erwerbstätigkeit (unabhängig heißt hier auch: unabhängig davon, an welchem Ort Menschen leben); sie sind als Bedingungen zu denken, um das eigene Leben würdevoll zu bestehen, und als menschenrechtliche und demokratiepraktische Voraussetzung, an der Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Zukunft umfassend teilzuhaben (d.h. es geht damit auch nicht um eine Stellvertreterpolitik, sondern darum, über Bedingungen einer Politik von unten nachzudenken); sie nehmen Bezug auf Wünsche und Bedürfnisse nach einem befriedigenden Leben, statt lediglich Reproduktion für und in kapitalistischen Verhältnissen zu leisten; sie sind nicht abstrakt und für immer und überall gleichermaßen einzulösen, sondern ihre konkrete Ausgestaltung ist Ergebnis sozialer Kämpfe und politisch-gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Es geht um neue Formen von Vergesellschaftung und nicht einfach um individuelle oder subkulturelle Selbstbestimmungsmomente. Diese können an konkrete soziale Kämpfe anknüpfen, nehmen diese auf, artikulieren sie aber in einem größeren Rahmen.«

Die zweite findet sich auf einer Website des Netzwerks attac und lautet: »Wofür stehen Globale Soziale Rechte? Globale Soziale Rechte umfassen zunächst das Recht auf die Sicherung materieller Bedürfnisse, d.h. Zugang zu und Mitbestimmung über Nahrung, Bekleidung, Unterkunft usw. Sie gehen allerdings darüber hinaus. Die Rechte auf eine intakte Umwelt, auf Bildung, auf globale Bewegungsfreiheit und offene Grenzen, auf die Unabhängigkeit vom Zwang zur Lohnarbeit, auf gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und Leben, wozu auch unter anderem das Recht auf die Bestimmung des eigenen Geschlechts gehört, sind ebenso elementare Bestandteile Globaler Sozialer Rechte. Sie stehen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Sie gelten für alle Menschen überall, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Kaste oder Wohlverhalten. Ein ausreichendes, bedingungsloses Grundeinkommen ist ein zentrales Instrument, um Globale Soziale Rechte einzulösen, weil es Keim für eine andere, freie, auf Selbstverwirklichung aller Menschen abzielende Gesellschaft ist. Bei der schwierigen Durchsetzung Globaler Sozialer Rechte sehen sich die Benachteiligten oft gezwungen, sich über geltende Gesetze hinwegzusetzen, wenn diese der Erfüllung ihrer Rechte im Wege stehen. So mögen Landbesetzungen wie in Brasilien in vielen Fällen illegal sein, legitim sind sie aber dennoch, da sie dabei helfen, das Recht auf Ernährungssouveränität zu verwirklichen. Auch bei Aktionen von attac geht es im Kern um Globale Soziale Rechte.« Wer weitersucht, wird noch auf andere Stellen und andere Akteur/innen stoßen: NGOs, Gewerkschaften, Netzwerke aller Art, moderat linke Parteien und linksradikale Gruppen. Eine programmatische Verdichtung dieses ganzen Bewegungsdiskurses als eines Denkens der Kämpfe selbst (genitivus subiectivus) findet sich schließlich auf der

Website <http://www.globale-soziale-rechte.de/>, die von einer für die Bewegung der Bewegungen nahezu idealtypischen Initiative ganz unterschiedlicher sozialer und politischer Akteure unterhalten wird.

### **Im Staat und gegen den Staat: der Punkt der Aneignung**

Aus linksradikaler Perspektive lässt sich dieses Denken der Kämpfe aus einem Fundus kritisieren, der bis auf Marx' Wendung der Kritik der Religion und Theologie auf die des Rechts und der Politik zurückführt. Ihre inhaltliche Verankerung findet sie in dem Umstand, dass Globale Soziale Rechte zwar im Einzelfall über den Katalog des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hinausgehen – dort z.B., wo es in der Perspektive der Migrant/innen um ein weltweites Recht auf freie Bewegung und Niederlassung geht – damit jedoch keinen grundlegenden Bruch mit dem Bestehenden, sondern nur eine ebenso logische wie historisch-realpolitische Erweiterung einfordern. Tatsächlich trifft diese Kritik auch deshalb, weil die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten nicht nur in im Gehalt, sondern auch in ihrer Form ernst gemeint wird: eben als Forderung, die an staatliche bzw. transstaatliche Instanzen bürgerlicher Demokratie gerichtet wird und ihre Erfüllung deshalb immer auch in Gesetzesform anstrebt.

Und dennoch: eine solche Kritik geht an dem »Vorschlag« einer Politik Globaler Sozialer Rechte zugleich grundsätzlich vorbei. Sie übersieht nämlich die beiden entscheidenden, zugleich von den radikalen und den moderaten Beteiligten ausdrücklich geteilten Momente des Prozesses. Das erste Moment wurde hier schon genannt: dass der gemeinsame Bezug auf Globale Soziale Rechte einen Punkt der Konvergenz ganz unterschiedlicher Akteure markiert und in der genannten Initiative deshalb gerade nicht als Grundlage eines »Bündnisses«, sondern einer auf lange Sicht geführten Auseinandersetzung fungiert: »Soll das Potenzial der unterschiedlichen Initiativen für eine Globalisierung Sozialer Rechte wirklich freigesetzt werden, kann es nicht um das freihändige Erstellen eines Katalogs der Wünschbarkeiten gehen, sondern nur um einen offenen Austausch über die inneren Widersprüche der Akteur/innen einer solchen ‚Globalisierung von unten‘. (...) Es entspricht allerdings der Tiefe und Schärfe der materiellen und symbolischen Trennungen, dass die Kommunikation nicht nur zwischen den unmittelbar Betroffenen, sondern auch zwischen ihren Organisationen bzw. Repräsentationen erst noch zu stiften oder jedenfalls zu vertiefen sind: zwischen verschiedenen (meist noch) national organisierten Gewerkschaften, Selbstorganisationen der prekär Beschäftigten, der Erwerbslosen und der Migrant/innen, Netzwerken der antirassistischen Solidarität und entwicklungspolitischen sowie ökologisch orientierten NGOs.

(...) Die Diskussion über die unterschiedlichen Eigenlogiken der Handlungsfelder von Aktivist/innen sozialer Bewegungen, Mitarbeiter/innen von NGOs und Gewerkschafter/innen ist ein erster Schritt, um gemeinsame Interessen und unter ihnen das besondere Interesse an einer gemeinsamen Politik Globaler Sozialer Rechte zu definieren. Für einen solchen Anfang im Prozess der ‚Bewegung der Bewegungen‘ ist viel gewonnen, wenn verständlich wird, dass und wie es allen Beteiligten bei allen Unterschieden und Widersprüchen um die unabweisliche Notwendigkeit geht, soziale Rechte nicht mehr nur in nationalen Grenzen, sondern in weltweiter Geltung zu erstreiten. Weltweit, sofern sie zuletzt überall, und weltweit, sofern sie dann in jedem einzelnen Land für alle gelten werden.«

Das zweite Moment hat nun aber mit dem Prozess des Erstreitens selbst zu tun, einem Moment, das vielen an den Staat gerichteten Forderungen einbeschrieben ist: das der vor-, außer- und gegenstaatlichen Aneignung des Eingeforderten. Im Kontext der Initiative tritt dies am deutlichsten im Bezug auf die Bewegungen der Migrant/innen hervor: wird doch ein Recht auf freie Bewegung und Niederlassung de facto nur deshalb zur Forderung an nationale und transnationale Staatsapparate, weil sich Hunderttausende von Migrant/innen dieses Rechte selbst schon angeeignet haben: »Indem die Migrant/innen gegen dieses Ausbeutungsgefälle wandern, wird ihre Bewegung zu einer vor allem sozialen, zumeist stillen und politisch nicht artikulierte (Wieder-)Aneignungsbewegung. Migrant/innen unterwandern die Grenzregimes, schlagen sich notfalls als Illegalisierte durch, und sorgen über ihre immens gewachsenen Remisen, also die Rücküberweisungen in ihre Herkunftsorte, für eine Umverteilung des Reichtums von Nord nach Süd. Migration ist auch insofern ein zentraler Schrittmacher einer Globalisierung von unten.«

Was hier unmittelbar ins Auge fällt, gilt in vielfältiger Abwandlung und unterschiedlicher Intensität von vielen anderen Bewegungen und Kämpfen – prominent von denen zur Transformation der Geschlechterverhältnisse, nicht zuletzt aber auch von denen der Arbeiter/innen- und auch der Gewerkschaftsbewegung. Dabei spielen Unterschiede in der Bewertung von Aneignungspraxen – eigentlicher Einsatz in antirassistischer, bloß taktisches Druckmittel in gewerkschaftlicher Perspektive – solange keine entscheidende Rolle, als sie explizit zum Punkt der Verhandlung und Auseinandersetzung gemacht werden: zur Sache des Denkens der Kämpfe selbst.

#### Philosophische Interventionen

Zu den lange ungelösten Fragen im Denken der Kämpfe gehört der Streitfall, der gewöhnlich

als der von Theorie und Praxis bezeichnet wird. Wurde der Ort des Denkens lange Zeit in der Theorie ausgemacht und der Praxis im selben Zug das Denken abgesprochen, hat sich diese Figur spätestens seit der hier verbindlichen Intervention des Kommunisten und Philosophen Louis Althusser erübrigt. Der verweigerte sich sowohl der Forderung, die Praxis der Theorie zu unterstellen wie der umgekehrten Forderung, die Theorie in der Praxis zu »verwirklichen«. Statt dessen erhob er den Klassenkampf zum beide umfassenden Begriff und bestand darauf, dass dieser sowohl in der Theorie wie in der Praxis zu führen sei, wenn auch je eigensinnig nach den besonderen Bedingungen und Möglichkeiten des jeweiligen Feldes. Natürlich sollte die Trennung zwischen dem praktischen und dem theoretischen Klassenkampf keine vollständige sein. Doch würden Effekte aufeinander – Momente also, traditionell gesprochen, der »Einheit von Theorie und Praxis« oder eben des Denkens der Kämpfe im doppelten Genitiv – nie unmittelbar zur Geltung kommen, sondern immer nur in aleatorischer, gleichsam unvorbereiteter Weise: als Ereignis, nicht als »Aufhebung«.

Ein solches Ereignis spielt nun aber ganz offensichtlich eine Rolle im wahlverwandtschaftlichen Zusammenhang zwischen dem Bewegungsdiskurs um Globale Soziale Rechte und Diskursen in der neueren, nach eigenem Selbstverständnis postmarxistischen Philosophie. Das Gemeinsame der philosophischen Annäherungen an eine Politik Globaler Sozialer Rechte besteht darin, dass es dabei in jedem Fall um eine Reformulierung der Weisung Marx' geht, nach der die Philosophie unter der bleibenden »Voraussetzung« einer Kritik des Himmels, der Religion und der Theologie als Kritik der Erde, des Rechts und der Politik zu führen sei. Prominent sind hier wenigstens vier Interventionen zu nennen, deren Vorzug vor anderen übrigens darin besteht, dass sie sich alle zugleich und konsequent als Versuche der Reformulierung der »kommunistischen Hypothese« (Badiou) verstehen. Gemeint sind hier zunächst Antonio Negri/Michael Hardt, die den revolutionären »Exodus« aus dem Empire an die – untereinander übrigens nicht gleichrangigen! – Forderungen eines Weltbürger/innenrechts (freie Bewegung/freier Aufenthalt), eines Rechts auf einen sozialen Lohn (bedingungsloses Existenzgeld) und eines Rechts auf Aneignung (der Mittel und Möglichkeiten der Produktion) stellen. Die Rede ist von Étienne Balibar, dessen philosophisches Denken der Kämpfe um ein zuerst in und um Europa zu erstreitendes Recht auf Bürgerschaft kreist. Zu nennen bleiben schließlich Jacques Derrida und Alain Badiou, die die Kritik des Rechts in Begriff und Sache einer »Politisierung des Rechts« bzw. die Kritik der Politik in Begriff und Sache einer »Präskription des Staates« zu denken versuchen. Kurz ausgeführt sollen hier die beiden letztgenannten Vorschläge werden.

Begriff und Sache der Politisierung des Rechts entspringen einem Versuch, den traditionellen Streit um Reform und Revolution in den Begriffen des Rechts und der Gerechtigkeit neu zu denken. Denn obwohl die Gerechtigkeit als solche jedes nur denkbare Recht uneinholbar überschreitet, verlangt sie ihre Geltung und damit Verwirklichung in jedem positiven Recht, sofern dieses überhaupt Recht sein soll. Damit ist schon gesagt, dass umgekehrt jedes nur denkbare Recht seine eigene Geltung letztlich immer auch im Namen der Gerechtigkeit einfordern muss. Derart können das an den Staat gebundene Recht und die jeden Staat als Apparatur der Ungerechtigkeit zurückweisende Gerechtigkeit trotz ihres radikalen Unterschieds gerade nicht voneinander getrennt werden: soll Recht nicht Unrecht und Gerechtigkeit nicht bloßes Ideal bleiben, sind sie in Konvergenz zu bringen – was dann allerdings immer nur situativ, nie final möglich sein wird. Der Prozess aber, in dem Recht und Gerechtigkeit über ihren unüberbückbaren Unterschied hinweg in Konvergenz gebracht werden, ist die Politisierung des Rechts, die ihrerseits, obwohl sie immer an den Grenzen des Rechts praktiziert wird, prinzipiell keine Grenze anerkennen kann.

An dieser Stelle können die Prozesse der un/endlichen Politisierung des Rechts dann als solche gedacht werden, in denen an den Staat eine Präskription, d.h. eine Vorschrift ergeht. Denn wenn die Politisierung des Rechts nur an dessen Grenzen praktiziert werden kann, ohne sich in diesen Grenzen einrichten oder gar in sie einschließen zu können, dann ist sie etwas, das konkret gesprochen im Staat und zugleich und notwendig gegen den Staat praktiziert wird. Sie verlangt deshalb, was die oben zitierten Thesen des BASH »eine Organisation jenseits des Staates« oder eine »Selbstorganisation neben dem Staat« nennen. Ist die erfolgreich, kommt es zu einer Politisierung des Rechts, und in der ereignet sich dann, dass an den Staat eine Vorschrift ergeht: eine solche, die sich in einem neuen Recht oder einer neuen Rechtsordnung bzw. in der Abschaffung oder Veränderung eines alten Rechts bzw. einer alten Rechtsordnung, in jedem Fall aber in einer »Unterbrechung« des Staatshandelns niederschlägt. Möglich ist dies aber nur, darauf bleibt zu insistieren, wenn eine Gegenstaatlichkeit praktiziert wird, die dazu auch – was sonst – die Macht, d.h. die Gegenmacht aufbringt.

Man kann jetzt einwenden, dass das alles doch sehr »abstrakt« oder »formal« bleibe und gleichzeitig »irgendwie zu einfach« sei. Ein solcher Vorwurf überführt sich allerdings unmittelbar selbst seines eigenen Unernstes: weil sich die aufgerufenen Wendungen des Denkens der Kämpfe in dem Augenblick von selbst verstehen, in dem man sich – ich zitiere noch einmal die Thesen des BASH - »aus dem Zuschauerstatus« befreit und »Vorschläge« entwickelt, die »über die Grenzen der autonomen Subkulturmilieus« hinausführen – oder

solche Vorschläge von dort aufgreift und zur eigenen Sache macht. Um auf der Ebene der Vorschläge mit einer Konkretion zu enden: die angesprochene Initiative für Globale Soziale Rechte greift im Moment eine Idee auf, die im Denken der Kämpfe immer schon eine der produktivsten und subversivsten war und bereitet eine Serie »militanter Untersuchungen« bzw. »aktivierender Befragungen« vor, die an verschiedenen Orten und unter verschiedenen sozialen Milieus, doch auch in der Form einer Selbstbefragung durchgeführt werden soll. Leitend und verbindend wird dabei die Frage »Was macht mich krank?« sein, die dabei sowohl im wörtlichen (welche Arbeits- und Lebensbedingungen?) wie im übertragenen (welche durchgängige soziale Erfahrung, welche weiteren sozialen Verhältnisse?) Sinn aufgeworfen wird. Die Untersuchungsprozesse sollen vor Ort und im bundesweiten Zusammenhang Ergebnisse zeitigen – im gelingenden Fall eben aktivierende, d.h. organisierende. Befragt werden nach aktueller Planung: Migrant/innen und Flüchtlinge (mit Abschiebebedrohung, Verweigerung medizinischer Leistungen bei Asylsuchenden/Geduldeten/Illegalisierten oder fehlendem Zugang z.B. bei Landarbeiter/innen), Fabrikarbeiter/innen (Verdichtungsprozesse oder auch Leiharbeit), Supermarktbeschäftigte, Beschäftigte im Gesundheitswesen (Was macht die Gesundheitsarbeiter/innen krank?), Bildungsarbeiter/innen bzw. Studierende, Erwerbslose oder Einkommensarme/prekär Beschäftigte. Dabei sollen zumindest in fünf ausgewählten Feldern jeweils mindestens zwei vergleichbare Befragungsgruppen gebildet werden, deren Teilnehmer/innen eben in den genannten Lebensmerkmalen oder »Belastungsprofilen« übereinstimmen. Interesse gibt es bis jetzt bei einzelnen lokalen Gruppen aus dem attac- und AntiRa-Spektrum sowie der Interventionistischen Linken (IL). Wenn diese Publikation erscheint, wird der Prozess (hoffentlich) schon in Gang gekommen sein – Anschlussmöglichkeiten wird es aber auch dann noch geben. Der Kreis ist offen und auf weitere Unterstützer/innen aus.

### **4.3. Sonja Buckel: Das Recht ist ein »vertracktes Ding«. Paradoxe Potenziale einer politischen Strategie der Rechte**

Emanzipatorische Berufungen auf Rechte bewegen sich stets in einem paradoxen Raum: Sie affirmieren eine Struktur, die für die Herrschaftsverhältnisse, die sie gleichzeitig bekämpfen, konstitutiv ist: Ohne Recht keinen Staat, ohne Staat kein Kapital, ohne Kapitalismus keine Ausbeutung, gegen die wiederum soziale Rechte in Anschlag gebracht werden. Eben diese Widersprüchlichkeit ist aber weit mehr, als bloß ein »Dilemma«, liegt in ihr doch auch die Möglichkeit, das Recht gegen sich selbst und damit gegen Staat und Kapital etc. zu wenden. Ein Potenzial, das emanzipatorische Projekte also nutzen können – und sollten. Voraussetzung

dafür ist allerdings ein – etwa gegenüber linken Schlagworten wie dem von der »Klassenjustiz« – vertieftes Verständnis jener komplexen Struktur des Rechts.

Seit dem 19. Jahrhundert kämpfen die unterschiedlichsten sozialen Bewegungen darum, Rechtssubjekte zu werden. Die aktuelle Version dieses Kampfes im Empire lautet »Globale Soziale Rechte«. Die Widersprüchlichkeit dieser Strategie kommt darin zum Ausdruck, dass mit der Forderung nach Rechten nichts Geringeres in Anschlag gebracht wird, als ausgerechnet ein wesentliches Strukturprinzip kapitalistischer Gesellschaften. Statt deren unmittelbare Aufhebung visiert die Strategie das Recht an: das Produkt der Verallgemeinerung der bürgerlichen wie auch der patriarchalen Lebensweise.

Rechtliche Inklusionskämpfe waren daher immer schon wirkmächtig und hoch umstritten zugleich – Paradoxien. Insofern trifft Ingeborg Maus durchaus den Kern, wenn sie darauf hinweist, dass das Recht vielleicht ein »noch vertrackteres Ding als die Ware« sei. Um den Möglichkeiten und Grenzen der Strategie der Rechte auf die Spur zu kommen, ist es notwendig, die widersprüchliche Grundstruktur des Rechts zu analysieren.

### **Subjektivierung und Kohäsion**

Das moderne Recht ist Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Letztere schlagen sich jedoch nicht einfach im Recht nieder, sondern werden stets mit der dem Recht eigenen Logik konfrontiert. Das Recht befindet sich somit von Anfang an in einer Spannung zwischen gesellschaftlichen Kämpfen und Machtverhältnissen einerseits und der spezifischen rechtlichen »Arbeitsweise« andererseits. Ich werde mit letzterer, der Rechtsform, beginnen. Denn diese gibt den strukturierenden Rahmen vor, innerhalb dessen hegemoniale Auseinandersetzungen im Recht stattfinden. Recht in der kapitalistischen Produktionsweise nimmt den Charakter einer sozialen Form an. Soziale Formen sind die wesentlichen kapitalistischen Strukturprinzipien, die geronnenen gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Handeln in einer nicht unmittelbar durchschaubaren Weise anleiten und grundlegende gesellschaftliche Widersprüche prozessierbar machen. Sie sind der Effekt einer Vergesellschaftung, in der sich gesellschaftliche Zusammenhänge gegenüber ihren ProduzentInnen verselbstständigen und nur durch spezifische TrägerInnen gesellschaftliche Synthesis herstellen können. Die Wertform ist die klassische soziale Form, in der sich nach Marx die Gesellschaftlichkeit der Arbeit im Kapitalismus darstellt. Eine von vielfältigen Antagonismen durchzogene und durch Konkurrenz geprägte Gesellschaft kann nicht das bewusste Produkt einer gesellschaftlichen Übereinkunft sein, sondern stellt sich hinter dem

Rücken ihrer Mitglieder, durch deren Praxis hindurch, in prekärer Weise vermittelt über soziale Formen her.

### **Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse**

Die Rechtsform vermittelt in diesem Zusammenhang die Gesellschaftlichkeit der Einzelnen, indem sie sowohl gegeneinander vereinzelte Subjekte produziert als auch im gleichen Augenblick deren Neuzusammensetzung zu einer äußeren Einheit bewerkstelligt. Die Arbeitsweise der Rechtsform umfasst somit eine ganz spezifische Subjektivierung sowie eine besondere Weise gesellschaftlicher Kohäsion. Die Subjektivierung des Rechtssubjekts produziert die abstrakte, einheitliche, vereinzelte, fensterlose und autonome Monade – als scheinbar natürliche Voraussetzung des Gesetzes, welches sie nur zu regulieren vorgibt. Natürlich ist diese Form der Subjektivierung nur ein Moment gesellschaftlicher Prozesse. Sie tritt im Dispositiv der Subjektivierung neben andere Subjektivierungsweisen: die der konkurrierenden WarenbesitzerInnen der Wertform, die der dressierten und vergeschlechtlichten Körper der Disziplinen (denen zugleich eine heterosexuelle Identität des Begehrens eingeschrieben ist), die der biopolitisch in Wert gesetzten lebendigen Arbeit und die der politisch regulierten Selbsttechnologien inklusive der über die Nation hergestellten Ethnifizierung. In diesem Dispositiv konstituiert sich die hegemoniale Form des modernen Menschen als Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse.

Nur dieses abstrakte Rechtssubjekt besitzt subjektive Rechte. Doch weder diese Rechte noch das Rechtssubjekt selbst sind »bloße Ideologie« im Sinne eines falschen Bewusstseins, sondern Ideologie im Sinne einer gelebten, habituierten, in den Subjekten und Institutionen verkörperten Praxis. In dieser Praxis begegnen sich die Einzelnen tatsächlich als formal Gleiche und Freie – was immer sie sonst sein mögen.

Ihr Subjektivierungsverfahren operiert nach dem Modus der Abstraktion – darüber werden zugleich die differenten Einzelnen als abstrakt Gleiche zueinander in Verbindung gesetzt. Die gesellschaftlich produzierte Gleichheit durch Abstraktion, hier von den je konkreten, differenten Einzelnen, ist der zentrale Modus, um Inkommensurables kommensurabel zu machen. Sie ermöglicht die Verbindung je individuierter Gesellschaftsmitglieder über Verträge, Gesetze, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakte. Über formalisierte Prozeduren und abstrahierende Normen werden die gegeneinander abgedichteten Einzelnen zu einem sozialen Gewebe verknüpft.

Da die Rechtsform eine zentrale Vergesellschaftungsweise der Gesellschaften des globalen Nordens ist, ist Rechtlosigkeit gleichbedeutend mit dem Ausgeschlossenensein aus eben diesen Gesellschaften. Rechtssubjektivität ist stets umkämpft, es ist nicht ein für alle Mal festgelegt, wer dazu gehört, wem die Fähigkeit zugesprochen wird Rechtssubjekt zu sein. Die Geschichte der Exklusion ist bekannt, sie traf ArbeiterInnen, Frauen und rassifizierte oder (post-)koloniale Andere. Auch wenn die Menschenrechte als normative Ordnung überall Geltung beanspruchen können, so sind es im Empire die Illegalisierten und die BewohnerInnen der peripheren »Todeszonen« (Balibar), denen der Rechtsstatus faktisch versagt wird. So problematisch die hegemoniale Subjektkonstitution durch das Recht also auch ist, so lebensbedrohlich ist zugleich die Verweigerung der Rechtssubjektivität. Damit zeigt sich bereits in ihrer Arbeitsweise die widersprüchliche Grundstruktur der Rechtsform.

### **Der Spuk der Rechtsform**

Soziale Formen operieren durch die Handlungen der gesellschaftlichen AkteurInnen hindurch. Diese abstrahieren, wenn sie sich gegenseitig als Rechtssubjekte behandeln, nicht in einem intellektuellen Vorgang, sondern routiniert und ohne diskursives Bewusstsein in ihrer alltäglichen Praxis. Soziale Formen werden zu Kohäsionstechnologien, gerade weil sie scheinbar wie von selbst geschehen, hinter dem Rücken der Einzelnen. Menschliche Praxis verselbstständigt sich in ihnen zu geronnenen gesellschaftlichen Verhältnissen, was Letztere zugleich verdecken. Verhältnisse zwischen Personen nehmen auf diese Weise den Charakter einer gespenstischen Gegenständlichkeit an.

Juridische Verfahren zeichnen sich durch eine hochgradige Eigenlogik aus: eine selbstreferenzielle Maschine von juristischen Entscheidungen, Prozessordnungen, Kommentaren, Lehrbuchmeinungen, Klageschriften, Beweisanträge und Ähnlichem mehr subsumiert gesellschaftliche Sachverhalte unter juristische Kategorien. Die Verfahren überlassen das Recht nicht den Alltagshandlungen sondern codieren gesellschaftliche Praxen in ihrer eigenen juridischen Semantik. In den Prozeduren werden die Entscheidungen der jeweiligen sozialen Kräfteverteilung entrissen und in die Sphäre des Rechts entrückt. Sie operieren durch eine spezifische Sprache, ein technisches Wissen, soziale Ausschließungsmechanismen und eigene Zeitvorgaben. Die einzelnen AkteurInnen können nicht mehr unmittelbar auf ihre Verhältnisse zugreifen, wenn sie erst einmal in die Verfahren Eingang gefunden haben, denn diese führen längst ein Eigenleben. Sie exkludieren die Subalternen und sind das klassische Terrain juridischer Intellektueller, welche die Techniken dieser Verfahren kennen. Die Verfahren produzieren ihre eigene Realität – eine

kontrafaktische Faktizität. Die Dialektik der Rechtsform besteht allerdings darin, dass die Verselbstständigung sozialer Verhältnisse nicht aufgeht in diesem Spuk. Denn als ihren Effekt erzeugt sie notwendig eine relationale Autonomie. Es gibt keinen Generalstab des Kommandos, der einfach über sie verfügen könnte, indem er sie als sein Instrument einsetzte. Dies ist freilich ein beliebtes Klischee: als könnten sich mächtige Einzelne oder auch »der Staat« einfach des Rechts bedienen. Soziale Formen sind kein bloßer Schein, weil ihre Abstraktionsvorgänge eben nicht in den Köpfen, sondern durch die Handlungen hindurch geschehen. Sie erlangen in ihrer Verselbstständigung eine eigene Materialität.

### **Attrappen von Rechtlichkeit**

Zu unterscheiden von der Rechtsförmigkeit sind Attrappen von Rechtlichkeit (Luhmann), das heißt Techniken, die sich selbst als rechtliche ausgeben, aber dabei keiner juristischen, sondern einer politischen Logik folgen. Nur wenn das Recht sich selbstständig nach seiner eigenen Arbeitsweise reproduzieren kann, handelt es sich um die moderne Rechtsform mit ihrer relationalen Autonomie. Dieser eigene, verselbstständigte Operationsmodus ist wesentlicher für das Spezifikum des Rechts als das staatliche Gewaltmonopol. Rechtliche Verfahren funktionieren in ihrer Selbstbezüglichkeit in den allermeisten Fällen jenseits der Drohung durch Gewalt. Das Gewaltmonopol kann diese Verselbstständigung stabilisieren. Es wäre jedoch ein etatistischer Fehlschluss, davon das »Wesen des Rechts« abzuleiten. Die Rechtsform ist relational autonom nicht nur gegenüber ökonomischen Interessen, sondern auch gegenüber der politischen Form. Mit dieser ist sie historisch eng verbunden, nationale Gerichte sind als Staatsapparate institutionalisiert. Zugleich ist sie jedoch auch von ihr notwendig getrennt. Die richterliche Unabhängigkeit, die Notwendigkeit einer juristischen Argumentation und die spezifischen Verfahren folgen einer juristischen und keiner politischen Logik. So macht es einen Unterschied ums Ganze, ob staatliche Praxen gesetzlich definiert und reguliert sind, oder ob sie schlichtweg exekutiert werden. Es ist nicht »der Staat«, der das Gesetz macht, eine politologische Naturalisierung, sondern rechtliche Diskurse bestimmen, was das Recht ist. Kritiken, die das Recht als eine schiere Entäußerung des Staates beschreiben, hängen nicht nur einem überkommenen Souveränismus an, der Machtverhältnisse so konzipiert, als gingen sie von einer »Sonne der Souveränität« aus, sondern sie verkennen vor allem die verzwickte Materialität der Rechtsform.

Diese gespenstische soziale Form mit ihren juristischen Verfahren ist der entscheidende Faktor für die widersprüchliche Grundstruktur des Rechts, für seine Vertracktheit im oben erwähnten Mausschen Sinne. Sie entwickelt ein Übergewicht über die Einzelnen, enteignet sie in ihren

Verfahren und ist ihrem praktischen Bewusstsein nicht zugänglich. Zugleich ist es jedoch auch diese Grundstruktur, die einen Aufschub der Macht bedeutet, die sich abschottet gegenüber unmittelbaren Zugriffen mächtiger Interessen.

### **Hegemoniale normative Ordnung**

Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse können keine unmittelbare Abbildung im Recht finden, gerade weil es durch die relationale Autonomie der Rechtsform blockiert wird. Wie also schreiben sie sich in die Rechtsform ein?

Das Ergebnis der juristischen Verfahren ist eine normative Ordnung: sie normiert das, was rechtens ist, eine bestimmte Lebensweise, welche Selbstführungspraktiken anleitet. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse schreiben sich in diese normative Ordnung ein – als hegemonialer Konsens. Hegemonie, verstanden als eine Weltanschauung, auf der die Vorlieben, der Geschmack, die Moral, die Sitten und die philosophischen Prinzipien der Mehrheit der Gesellschaft beruhen, und die sich im ganzen Gewebe des sozialen Lebens ausbreitet, findet dabei auf eine subtile Weise Eingang in die Rechtsform: über die juristischen Verfahren.

Die juristischen Intellektuellen organisieren den hegemonialen Konsens unter den skizzierten materiellen Voraussetzungen der Rechtsform. Sie beherrschen mit der juristischen Argumentation eine spezifische Wissenstechnik und organisieren die Verfahren. Während die »großen Intellektuellen«, die RechtsphilosophInnen, Reflexionen über den Sinn und Zweck des Rechts diskutieren, ist es der geschäftigen Alltagspraxis der »kleinen Intellektuellen« vorbehalten, über ihre immanente Kenntnis des Rechtssystems Hegemonie in der juristischen Argumentation zu organisieren. Die Dogmatik ist das materielle Bezugsgerüst unterschiedlicher Normen und Entscheidungen, das einmal gefundene Lösungen in der Zeit fixiert und damit reproduzierbar macht, Rechtsfiguren etabliert, Systematisierung und Ausdifferenzierung ermöglicht und vielfältige Lösungsmodelle sowie vergangene Konflikte speichert.

Da die juristische Argumentation (jedoch) als rein technisches, immanentes Vorgehen in Erscheinung tritt, wird die Hegemonieproduktion unsichtbar. Sowohl Rechtsdogmatik als auch Rechtstheorie gerieren sich so, als gäbe es einen letzten legitimen und vor allem eher technisch-neutralen Grund für die jeweiligen Entscheidungen.

## **Relationale Autonomie des Rechts**

Die juristische Argumentation bietet eine Art Infrastruktur zur Universalisierung hegemonialer Projekte. Die Rechtsfiguren bieten ein Reservoir für die Argumentation, eine Art Formzwang, die dadurch ihrer Willkürlichkeit enthoben ist. Hegemoniale Kämpfe werden darüber normiert, wobei die Rechtsform als eine Art Universalisierungs-Relais funktioniert: Bürgerliche Herrschaft ist nach der Erkenntnis Gramscis auf Zugeständnisse an die Beherrschten angewiesen, auf eine Universalisierung der dominanten gesellschaftlichen Interessen, die nur auf diese Weise intellektuell, kulturell und politisch führend werden können. Die bürgerliche Klasse hatte zur Verallgemeinerung ihrer Lebensweise Superstrukturen (wie das Recht) hervorgebracht, als organisatorische Aktivitäten, die gesellschaftliche Ziele formulieren. Dergestalt werden die in die normative Ordnung eingehenden Positionen universell und damit hegemonial. Eine Definition des Rechts als repressive, durch das staatliche Gewaltmonopol gekennzeichnete Herrschaftstechnik verkennt somit nicht nur die eigene Materialität des Rechts, sondern darüber hinaus auch seine Hegemonie organisierende Funktionsweise. Für Gramsci war immer klar, dass das Zwangsmoment des Rechts nur ein – und im Zweifel der unwichtigere Anteil seines integralen Charakters ist.

Rechtsfiguren sind sedimentierte strategisch-selektive Produkte vergangener Auseinandersetzungen. Eine Argumentation, die diese einfach ignorierte oder sich ohne Begründungsaufwand davon distanzierte, offenbarte sich als willkürliche. Die Argumentation muss die hegemonialen Rechtsfiguren vielmehr aufnehmen und dadurch zugleich reproduzieren und verschieben – relationale Autonomie des Rechts in seiner alltäglichen Praxis. »Herrschende« und »Mindermeinungen« geben in unübertroffener Offenheit den aktuellen Zustand des hegemonialen Konsenses im Recht wider. Generalklauseln wie »gute Sitten« oder die »objektive Wertordnung« sind seine kaum verkleideten Platzhalter. Gesellschaftliche Kräfte schreiben sich also entsprechend ihrer Ressourcen und Strategien als hegemoniale und gegenhegemoniale Projekte in die Rechtsform ein, geben ihr die konkrete Gestalt. Das heißt notwendig, dass immer auch subalterne Interessen im Recht zum Ausdruck kommen, sofern es ihnen gelingt, die Verfahrenfilter zu überwinden und in die juristische Argumentation und Praxis Eingang zu finden.

## **Transnationales Recht**

Im Prozess der kapitalistischen Globalisierung breitet sich seit den 1990er Jahren die Rechtsform dynamisch auch jenseits der Nationalstaaten aus, entweder in neuen Hegemonieapparaten (z.B. den strafrechtlichen Tribunalen zu Jugoslawien und Ruanda – ICTY

und ICTR –, dem Internationalen Strafgerichtshof, das Revisionsgericht des Mercosur) oder indem bereits bestehende Institutionen eine neue Qualität annehmen (der Europäische Gerichtshof, der Europäische, der Inter-Amerikanische sowie der Afrikanische Gerichtshof für Menschenrechte, das WTO-Streitschlichtungspanel). Die dabei entstehenden internationalen, regionalen und nationalen Gerichte werden zu Momenten eines multiskalaren Netzwerkes, welches über transnationale Rechtsfragen entscheidet. Sie stehen – im Unterschied zur Rechtsordnung des fordistischen Nationalstaates – in keiner faktischen Normenhierarchie. Unterschiedliche Gerichte, in denen sich je andere Kräfteverhältnisse materiell verdichten, konkurrieren um die Ausgestaltung der hegemonialen transnationalen Rechtsnormen und produzieren so beständig Kollisionen.

### **Vergesellschaftung der Rechtsform**

Ein kritischer Umgang mit dem Recht kann weder in dem Versuch bestehen, sich des Rechts als neutralen Instruments zu bedienen, noch in einer rechtsnihilistischen Absage. Vielmehr ginge es darum, eine Aufmerksamkeit für die widersprüchliche Arbeitsweise des Rechts zu entwickeln – darum, in Kenntnis der Widersprüche der Rechtsform ihre Materialität in Anspruch zu nehmen und ihre Verheißungen von realer Universalität und Gerechtigkeit weiterzutreiben. Dieses Einlassen auf die Rechtsform würde bedeuten, dass emanzipative gegenhegemoniale Politiken auch innerhalb des strategisch-selektiven Rahmens der Rechtsform verfolgt würden. Und das hieße immer auch: ein Einlassen auf die abstrakte Rechtssubjektivität, die Verfahren, die juristische Argumentation sowie die Elite juridischer Intellektueller. Diese Strategie birgt offensichtlich Gefahren, denn ein bewusstloser Umgang damit reflektiert nicht, in welcher Weise die Subalternen durch das Recht passiviert werden. Passivierung meint hegemonietheoretisch die Nicht-Infragestellung der Arbeitsteilung zwischen Hand- und Kopfarbeit (hier der juridischen Intellektuellen) und damit die Blockade eigenständiger und neuer institutioneller Formen. Gerade wegen der verselbstständigten Verfahren ist diese Vorgehensweise zwangsläufig auf organische juridische Intellektuelle angewiesen, die sich im Gehege der Systematisierungen zurechtfinden. So haben sich, vor allem im transnationalen Recht, diverse linke Rechts-Think-Tanks herausgebildet, die in sich selbst wieder die Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeit perpetuieren (fortschreiben): »Insofern sie sich in bestehende hegemoniale Terrains einschreiben müssen, laufen gegenhegemoniale Projekte immer selbst Gefahr, zur Passivierung der Subalternen beizutragen.«

## Aneignung der Materialität des Rechts

Eine emanzipative Bewegung hingegen muss maßgeblich auf eine Aktivierung der Subalternen hinauslaufen, auf die Mobilisierung ihrer Kreativität. Rechtstheoretisch würde dies eine Vergesellschaftung der Rechtsverhältnisse bedeuten, das heißt das Ziel wäre die gesellschaftliche Aneignung des Rechts, um aktivierende Subjektivierungsweisen, die aus Projekten alternativer Lebensweisen hervorgehen, institutionell abzusichern. Eine auf dieser Basis entwickelte eigene Weltanschauung könnte sich in die normative Ordnung, die die Rechtsform ist, einschreiben und über ihre Universalisierungsstruktur verallgemeinerbar werden. Dabei könnten die juristischen Intellektuellen vorübergehend in Kauf genommen werden. Ihr Status wäre allerdings ein vorläufiger: als ÜbersetzerInnen der Rechtsform im Kontext einer breiteren sozialen Bewegung.

Insbesondere in den USA gibt es eine erfolgreiche politische Praxis in der Tradition der Bürgerrechtsbewegung, die Gerichte als Foren des Protestes nutzt. Gerichtsprozesse bieten als Teil einer politischen Kampagne die Möglichkeit, an den impliziten politischen Gehalt jedes juristischen Verfahrens anzuschließen. An den Bruchstellen der juristischen Rechtsfiguren kann durch eine Praxis der Übersetzung und Politisierung der implizite politische Charakter offengelegt werden. Das Ziel beschränkt sich nicht auf den Sieg im Gerichtssaal, sondern visiert die Mobilisierung einer sozialen Bewegung an.

Die Strategie Globaler Sozialer Rechte macht sich demnach die materielle Infrastruktur des Rechts zu eigen und versucht darüber, eine alternative Form globaler Vergesellschaftung hegemonial zu machen. Über das Relais des Rechts kann sie zudem die faktische Exklusion der Mehrheit der Weltbevölkerung aus der Rechtssubjektivität skandalisieren. Diese Skandalisierung bleibt nicht auf Demonstrationen beschränkt, sondern kann sich über exemplarische Gerichtsverfahren und Rechtsgutachten der materiellen Infrastruktur des Rechts bedienen. Die extra-territorialen Rechtsräume des Mittelmeers etwa könnten so sukzessive vom Recht eingehegt werden. So ist inzwischen ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshofes gegen Griechenland anhängig wegen Verstoßes gegen das europäische Asylverfahrensrecht. Globale soziale Rechte sind keine idealistischen Schwärmereien, sondern im transnationalen Recht einklagbare, skandalisierbare und durchsetzbare materielle Ansprüche. Ihre Aneignung und Vergesellschaftung würde sie ihrer bürgerlich-patriarchalen Herkunft entreißen, wenn diese Praxis in einen dauerhaften Lernprozess eingebunden ist, in dem immer wieder, entlang konkreter strategischer Kontextanalysen, die Erfahrungen mit der widersprüchlichen Grundstruktur des Rechts

reflektiert werden.

#### 4.4. Peter Decker: Thesen zu Staat, Recht, Politik

Alle Betätigung der Freiheit ist eine Frage des Dürfens. Konflikte, die Leute in diesem Land austragen, Interessen, die sie verfolgen, stehen unter dem Vorbehalt einer Erlaubnis durch die Obrigkeit. Ob Lokführer streiken, G8-Kritiker demonstrieren, Unternehmer Teile ihrer Belegschaft entlassen oder Löhne kürzen, sogar ob Raucher rauchen – alles ist eine Frage des Rechts. Nicht ob einer den andren schädigt, ist die Frage, sondern ob er ein Recht dazu hat. Handlungen, die in Übereinstimmung mit den Setzungen der Staatsmacht sind, also rechtlich in Ordnung gehen, genießen den Schutz der öffentlichen Gewalt gegen andere Bürger, deren Interessen davon beschädigt werden. Handlungen aber, die keine rechtliche Erlaubnis vorweisen können, gelten – gleichgültig, ob sie außer dem Recht noch wen oder was verletzen – als Angriff auf die Autorität des Staates und werden mit Gewalt unterbunden, unterdrückt, bestraft. Das ganze Zusammenleben der Menschen – man hat sich so sehr daran gewöhnt, dass man es gar nicht mehr bemerkt – wird bestimmt von den Verordnungen der politischen Herrschaft und geregelt durch Gewalt. Warum das so ist – und für welchen Zweck das so sein muss, kann in kurzen Thesen nicht erklärt, aber vielleicht skizziert werden.

1. Der moderne Staat ist die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft. Er antwortet nicht auf einen vom Himmel gefallenen Kapitalismus, schlägt sich nicht herum mit der Regulation anarchischer Marktverhältnisse, für die er nichts kann, sondern und zu allererst verordnet er in seinem Machtbereich die kapitalistische Wirtschaftsweise. Das geschieht durch den Erlass weniger Grundrechte. Mit dem Recht auf die "freie Entfaltung der Persönlichkeit" und dem materiellen Inhalt dieser Freiheit, dem "Schutz des Privateigentums", sowie der "Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz" ist die Welt eigensüchtiger Privateigentümer geschaffen, deren jeder sein Wohl auf Kosten anderer sucht und durch die erpresserische Ausnutzung von deren Angewiesenheit auf das, was nur ihm gehört, verwirklicht: Der Konkurrenzkampf ist als allgemeine Verkehrsform der Bürger politisch geschaffen. Von diesem Kampf aller gegen alle macht die Rechtsordnung das Leben der Gesellschaft und jedes einzelnen abhängig und zwingt alle, sich ihm zu stellen.

2. Die politische Herrschaft belässt es nicht bei einem abstrakten Ordnungsrahmen, sondern greift in die verordnete Konkurrenz beständig ein. Mit immer neuen Gesetzen regelt sie das Handeln der Bürger bis ins Kleinste, um die ruinösen und selbstzerstörerischen Folgen des

wechselseitigen Ausnutzens und Schädigens – nicht zu verhindern, – sondern für das Große Ganze und in letzter Instanz für sich selbst funktional zu machen. Der Gesetzgeber präzisiert die Erlaubnisse für die Schädigung der Privatinteressen untereinander und zieht ihr Grenzen, schafft und formt so die sozialen Charaktere, die sein Recht dann schützt. So erfährt neben und lange nach den besitzenden Klassen auch die Klasse der Lohnarbeiter die öffentliche Anerkennung; auch ihre Mitglieder werden als Privateigentümer definiert und respektiert, auch deren Eigentum genießt öffentlichen Schutz – unbeschadet dessen dass sie außer ihrer eigenen Person relevantes Eigentum nicht besitzen. Sie bekommen Arbeiter-Rechte gewährt, in denen anerkannt ist, dass auch ihr Dienst an der nationalen Wirtschaft von gewissen Existenzbedingungen abhängt, die nach Möglichkeit gewährleistet werden sollen.

3. Freilich beschränkt sich der kapitalistische Staat nicht darauf, den neutralen Schutzherrn der von ihm geschaffenen sozialen Klassen zu spielen und die Rechte zu schützen, die er ihnen verleiht. Er ist Parteigänger des Erfolgs der kapitalistischen Reichtumsproduktion, von der er alle Lebensbedingungen im Land einschließlich seiner eigenen finanziellen Basis (Steueraufkommen) abhängig macht. Daher will der Staat das Wachstum des Kapitals und den weltwirtschaftlichen Konkurrenzenerfolg seines nationalen Standorts. Für beides sorgt er in der Wirtschaftspolitik, indem er die ganze Gesellschaft als Standortbedingung (Infrastruktur, Ausbildung, Forschung, preisgünstige Sozialsysteme etc.) herrichtet und für das Wachstum des Kapitals in Dienst nimmt. In diesem Sinn ist er der "ideelle Gesamtkapitalist".

4. Staatliche Beschlüsse werden gefasst in Form von Gesetzen. Das Recht ist das Kommandomittel der Herrschaft und funktioniert auch ohne Demokratie. Politik aber wird in Demokratien gemacht, wo gewählte Volksvertreter um die Gesetzgebung streiten, d.h. darum, mit welchen Zwangsverordnungen die Bürger der verschiedenen Klassen am Besten zur Beförderung des kapitalistischen Nationalerfolgs hindirigiert werden. Die Staatsmacht erlaubt diesen Streit nur unter der Bedingung, dass alle Klassen ihre Abhängigkeit vom Wachstum des Kapitals als die Voraussetzung ihrer Privatinteressen, also den Vorrang dieser Voraussetzung vor ihren Interessen anerkannt haben. Andernfalls funktioniert der kapitalistische Staat als Diktatur. Im so definierten Gemeinwohl versucht dann jeder der prinzipiell berechtigten Stände seine besonderen Anliegen als fürs Ganze nützlich und nötig unterzubringen – logischerweise mit sehr unterschiedlichem Erfolg: Die Unternehmer können mit Recht darauf verweisen, dass von ihrem Erfolg alles im Land abhängt, das Gemeinwohl also mit ihrem Privatinteresse im Wesentlichen in eins fällt. Die Arbeiter dagegen müssen immer stören und das Gemeinwohl beschädigen, wenn sie daran erinnern wollen, dass auch ihre Fähigkeit und

Bereitschaft, ihren Dienst zu tun, gewisse Bedingungen und einen Preis haben. Wenn freie, nur dem Großen Ganzen verpflichtete Volksvertreter die diversen Anliegen prüfen und im Ergebnis genau so viel Arbeits-, Mutter- und Umweltschutz beschließen, wie der nationale Kapitalismus braucht, damit es mit ihm weitergeht, und wie er sich leisten kann, ohne dass Wachstum und Konkurrenzfähigkeit Schaden nehmen, dann haben die Anliegen des weniger wichtigen Teils des Volkes ihren systemgemäßen Platz gefunden.

5. Der »Kampf um Rechte« ist der in der Demokratie vorgesehene Umgang mit unbefriedigten oder verletzten Interessen. Basisbewegungen, Gewerkschaften, Parteien tragen ihre Anliegen – bittend, fordernd oder über ihre Lobby – an den Gesetzgeber, den großen Gewährer, heran und beantragen, er möge sie zu Rechten erheben, d.h. ihren Anliegen die Gewalt des Staates gegen die Interessen anderer Konkurrenzbürger leihen.

Wer vom Staat Rechte fordert, hält ihn grundsätzlich für seinen Beschützer – einen säumigen vielleicht, der sein Ohr falschen Beratern und der falschen Lobby geliehen hat, – aber doch für eine Macht, die zu Wohltaten gegenüber denen berufen ist, die unter ihrem Regime eigentümlicher Weise immer zu den "sozial Schwachen" gehören.

Wer Schutzrechte fordert, hat zweitens nichts einzuwenden gegen den Konkurrenzkampf, der durch das Recht in Gang gesetzt wird und die Ergebnisse hervorbringt, gegen die man wieder neue Rechte braucht. Noch nicht einmal gegen diese Konkurrenzresultate selbst – Reiche, Arme und ganz Arme – wendet sich, wer etwa ein Recht auf Arbeit, auf Grundeinkommen, auf Mindestlohn fordert. So jemand verlangt nur, dass die Verarmung Grenzen kennen und eine allgemeine Minimaexistenz gewährleisten sollte.

Wer Rechte fordert, glaubt drittens, dass das Geforderte zum allgemeinen Staatsprogramm passt und ein Plätzchen in ihm finden kann. Das kann richtig sein. Wer gar nichts anderes will, als das existente Staatsprogramm um Felder zu ergänzen, die langfristig im Interesse des Staates und des Erfolgs seiner Ordnung sind, der liegt ganz richtig, wenn er den Gesetzgeber auf Versäumnisse aufmerksam macht und ihn davor warnt, dass es sich rächen werde, wenn er auf dies oder das nicht Acht gibt. Es wirft zwar ein Licht auf die Prioritäten des ideellen Gesamtkapitalisten, dass ihm sogar die Rücksicht auf natürliche und soziale Existenzbedingungen seiner eigenen Ausbeutungsordnung erst durch Streiks und Demonstrationen abgerungen werden musste. Recht bekommen haben die Forderungen der Umwelt- und Arbeiterbewegung (Acht-Stunden-Tag, Arbeitslosenversicherung,

Lohnfortzahlung, Atomausstieg etc.) aber nur und nur so weit, wie sie der Gesetzgeber als Voraussetzungen für den langfristigen Erfolg des nationalen Kapitalismus anerkannt hat.

6. Wer dagegen andere Ziele hat, soll besser nicht mit der Forderung nach Rechten an den Staat herantreten. Wer nicht ein Existenzminimum für die Armen anstrebt, sondern die Beseitigung der Armut; wer nicht eine bessere Behandlung der Arbeitslosen zu erreichen sucht, sondern die Beseitigung der Absurdität, dass Menschen ins Elend stürzen, weil die Gesellschaft ihre Mitarbeit gar nicht mehr braucht; wer nicht nur den menschlichen »Kostenfaktor Arbeit« besser stellen, sondern seine Rolle als leidiger Kostenfaktor des eigentlichen Wirtschaftszwecks abschaffen will – der tut gut daran, sich von der Illusion einer Vereinbarkeit seiner Ziele mit der existenten Staatsräson zu verabschieden. Er muss wissen und anderen gegenüber deutlich machen, dass seine Sache nur zum Tragen kommt, wenn das gültige Staatsprogramm gekippt und die politische Macht, die es mit ihrer Gewalt in der Gesellschaft durchsetzt, gebrochen wird. Er wird von ihr keine Rechte gewährt bekommen wollen.

#### **4.5. Thomas Gering: Jenseits von Post-operatismus und Wertkritik**

Ich bin – pikanterweise nach der Absage des Wertkritikers Schandl – geladen als Kritiker jener Reform- und Staatslinken, wie sie sich hier auf dem Podium positioniert. Als prominente Kritiker der Staatsfixierung der Linken möchte ich hier nur zwei nennen: Johannes Agnoli und Joachim Hirsch. Die Kritik der Staatslinken, die ich hier vortragen möchte, ist – konsequent aufgefasst – nicht gerade wohlgelesen oder gar verbreitet. Sie eröffnet keine bürgerlichen Perspektiven. Eine breitere Linke jenseits der Staatslinken existiert in Deutschland nicht!

#### **Was ist die Staatslinke?**

Die Staatslinke ist jene Linke, die in ihrem theoretischen Denken und/oder in ihrem praktischen Handeln auf den Staat fixiert ist. Dies kann sich einerseits so gestalten, dass jene Linke die gesellschaftliche Veränderung über das Wirken des Parlaments erwartet – sei es, dass sie sich als Parteilinke versteht oder aber einen Stil in Theorie und Politik anschlägt, der dieser entspricht. Letzteres hört sich dann in den Verlautbarungen jener 'Linken' so an, als würden Forderungen an den König (resp. das Kanzleramt) formuliert oder das nächste Regierungsprogramm entworfen. Diese 'Linke' kann auch – statt auf eine Partei – auf eine genauso funktionalistisch und politisch gedachte 'soziale Bewegung' oder deren Vorfeldorganisationen setzen. Der Unterschied zur Parteilinke ist, was das Politikverständnis

angeht, nur marginal. Eine andere Variante – die Kehrseite dieser Medaille – ist jene Linke, die so auf den Staat fixiert ist, dass sie ständig 'mit Spieß und Stangen' auf ihn losgehen oder ihn mittels Bomben abstrakt negieren will. Auch dies ist eine Form des Staatsfetischs.

Ein drittes Verständnis einer revolutionären Linken wäre das einer Linken jenseits von Parteipolitik (und das bedeutet nicht einfach 'links' davon im Spektrum), jenseits von Stellvertreterpolitik und abstrakter Negation, jenseits der Illusionen des Parlamentarismus und der bürgerlichen (Politik-)Formen und (Staats-)Fetische.

### **Wie argumentiert die Staatslinke?**

Der Tummelplatz der Staatslinken ist die Ambivalenz (das Einerseits-Andererseits) und die Reform. Die Staatslinke ist im Kern reformistisch. Feindbild der reformistischen Linken ist die radikale Kritik und die Revolution. Ihr vornehmster Gegenstand ist dementsprechend die Abgrenzung von der Marxschen Theorie. Sie zeigt sich i.d.R. geläutert.

Ich möchte die Argumentation der Staatslinken vornehmlich an den Ausführungen von Sonja Buckel verdeutlichen. Die Staatslinke sucht ihren positiven Bezug auf den Staat theoretisch vorzubereiten. Dazu geht sie zunächst so vor, dass sie einen platten Determinismus bemüht, einen Determinismus, wie er sich haufenweise im Marxismus-Leninismus und seinen Spielarten findet. In unserem Beispiel lautet er: Die Ökonomie determiniert das Recht bzw. den Staat. Dafür steht bei Sonja Buckel Paschukanis, der das Recht aus der Warenförmigkeit der Ökonomie abgeleitet habe. Mit Paschukanis' Idee der Rechtsform sieht Sonja Buckel die Gefahr gegeben, "eine linke Variante der Systemtheorie zu produzieren, in der es nur noch anonyme Prozesse und keine sozialen Kämpfe, [und] Interessen" mehr gäbe. Für Systemtheorie könnte hier auch Strukturtheorie stehen, ökonomischer Determinismus ohne das Individuum als Subjekt. Damit steht die eine Seite der zu konstruierenden Ambivalenz.

Klug wird nun festgestellt: Die Ökonomie determiniert, aber nicht alles oder nicht alles vollständig. Der Staat sei mehr als nur "ideeller Gesamtkapitalist". Der Staat sei auch bestimmt durch seine eigene "Eigenlogik und relationale Autonomie, die seine unmittelbare Instrumentalisierung selbst durch mächtige gesellschaftliche Kräfte verunmöglicht" (Buckel: Abstract).

Dass letzteres historisch weitgehend falsch ist – siehe Faschismus etc. – soll uns nicht kümmern. Dass in dieser platten Form der Staat erst bei den 'Stamokaplern' – in der Tradition

des Marxismus-Leninismus – zum Instrument der mächtigsten Kapitalfraktion (gerne des Finanzkapitals) wird und dagegen selbst Paschukanis noch weiß, dass sich der Staat immer als Instanz des Interessenausgleichs zwischen den verschiedenen – sich feindlichen – Kapitalfraktionen erweisen muss – bei Strafe seines Untergangs –, dass der Staat bisweilen sogar den Allgemeinwillen des Kapitals gegen den Willen selbst der Mehrheit der einzelnen Kapitalinteressen durchsetzen muss – wird dabei unterschlagen.

Dagegen festzustellen, 'der Staat' sei umkämpft – von wem auch immer – bleibt banal. Festgestellt wird also, dass die Ökonomie nicht durchgängig determiniert, was Staat, was Recht ist. Offen bleibt, was die Eigenlogik des Staates sei, woher sie kommt, durch was sie begründet ist, was sie ausmacht. Einzig: sie eröffnet den 'Raum' dafür, den Staat als 'umkämpftes Feld' zu präsentieren. Und – so die Konsequenz solcher Sichtweisen – weil Staat ein 'umkämpftes Feld' ist, nicht alles vorherbestimmt ist, wie das Seelenheil des Protestanten, kann der Staat sich ändern, er kann verändert werden. Und zwar zum Guten hin!

Wird der deterministischen Position meist noch die Vorstellung angeheftet, dass einzig die – als Umsturz gedachte – Revolution weiterhilft – als Garant für den 'Gaul der Geschichte' – so wird jetzt mit der Annahme einer möglichen, immanenten Veränderung des bürgerlichen Staates, mit der Annahme einer 'relationalen Autonomie' dahingehend argumentiert, dass auch die Reform eine alternative, emanzipatorische Perspektive in den 'Raum' der Geschichte eröffne.

So kommen wir nun zur Ausformulierung der anderen Seite der Ambivalenz. Nachdem wir erfahren haben, dass nicht alles determiniert sei, werden wir darauf verwiesen, dass es ja auch noch die Subjekte gäbe. Jene Position, die uns die Struktur, den Zusammenhang von Ökonomie und Staat und Recht zu einseitig deterministisch erklärt habe, wird nun zunächst theoretisch aufgebrochen und sodann durch die handlungstheoretisch gedachten Subjekte - in unserem Sinne die andere Seite der Ambivalenz - ergänzt. Mit der Entdeckung der Subjekte (vielleicht besser: Subjektmasken) sind wir nun im soziologischen oder poststrukturalistischen Struktur-/Handlungs-Sprachspiel bzw. Diskurs angekommen. Sonja Buckel verhilft dieser zweiten Seite der staatslinken Ambivalenz ins Recht, indem sie "zum Zweiten ein[en] hegemonietheoretische[n] Zugang [...] wählt, der Kämpfe und soziale Formen zusammendenkt: mit den Worten von Nicos Poulantzas: als materielle Verdichtung eines gesellschaftlichen Verhältnisses" (Buckel: Abstract).

Das gewonnene 'Kampffeld' wird dabei schnell zum Tummelplatz der 'sozialen Bewegungen'. Diese 'sozialen Bewegungen' erscheinen als plurale, sind partikular wie das Individuum der bürgerlichen Ideologie und ausgestattet mit Sonderinteressen, die sie auf diesem 'Kampffeld' zum Allgemeininteresse machen wollen. Mit dem Relativismus der Bewegungen paart sich der Relativismus der Determination. Es entsteht ein 'poröser Determinismus', in dessen Poren sich die handelnden Individuen breit machen können. Die politischen Möglichkeiten innerhalb des bürgerlichen Horizonts sind damit eröffnet. Der ökonomische Determinismus – der in der Regel auch mit der Marxschen Theorie identifiziert wird – soll überwunden werden. Was hier jedoch als Überwindung des ökonomischen Determinismus präsentiert wird, ist selbst deterministisch gedacht. Es ist eine Mischung von kausalen Bestimmungsverhältnissen, die selbst unverbunden, äußerlich und unerklärlich im 'sozialen Raum' stehen.

Noch mal das Modell: Einerseits bestimme die Ökonomie den Staat, der Staat habe aber ebenso eine Eigenlogik und bestimme damit sich selbst und sei andererseits bestimmt durch die, die sich auf dem 'Kampffeld' durchsetzen.

- Wie, warum, in welcher Hinsicht die Ökonomie den Staat bestimmt, bleibt offen.
- Was ist, was bestimmt die Eigenlogik des Staates?
- Gibt es nicht Interessen, die gegen den Staat samt seiner Eigenlogik, seinen 'Kampffeldern' und damit auch gegen die Ökonomie stehen?
- Inwieweit und in welcher Perspektive können sich die 'Subjekte' den Staat dank seiner Eigenlogik zu nutze machen?
- Was treibt die pluralen Individuen/Gruppen, und was sind ihre Ziele, ihre Interessen?
- Was ist der Inhalt der 'sozialen Bewegung'?

Politisch wird die Ambivalenz so ausformuliert, als gäbe es eine goldene Mitte zwischen einem "naiven Rechtsfetischismus" und der "bloßen Ablehnung" des Rechts (Buckel: Abstract). Der Dualismus Reform oder Revolution kann nun glücklich zu Gunsten der Reform gehoben werden. Wenn – wie von Sonja Buckel – geglaubt wird, dass die Menschenrechte universal gelten könnten, ist es folgerichtig, zu bemängeln, dass einige – nämlich die, die nicht BürgerInnenrecht genießen – ausgeschlossen werden. Daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, "die Frage nach einer Einforderung[...] von Rechten und global citizenship [müsse] von links gestellt werden" (Buckel: Abstract) - ist kennzeichnend für das Politikverständnis der Staatslinken! Die Frage nach 'Sozialen Rechten' von 'links', in der Perspektive der Aufhebung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse zu stellen, würde bedeuten, bereits die Frage in dieser Form zu kritisieren.

Rosa Luxemburg hat in ihrem Kampf gegen die Reform- und Revolutionsvorstellungen der Sozialdemokratie ein besonderes Verhältnis von Reform und Revolution entwickelt. Sie verweigert sich nicht der Reform, so sie sie denn als wirkliche Verbesserung der Lage der ArbeiterInnenklasse ansieht, sofern sie die Freiheitsgrade innerhalb der bestehenden bürgerlichen Verhältnisse vermehrt. Aber ihre Perspektive ist nicht die des Reformismus, des langsamen Hinüberwachsens, der Akkumulationsfähigkeit von Reformen, bis dann unter der Last der Reformen der Kapitalismus zusammenbricht, oder bis das Ringen um den Staat auf den poststrukturalistischen 'Kampfplätzen' den richtigen Sieger ausspuckt. Ihre Perspektive ist gerichtet auf den Erfahrungsprozess in der revolutionären Praxis. Aus diesem Erfahrungsprozess erwächst das Selbstbewusstsein der Klasse, die sich, alle anderen Klassen, den Staat, das Recht und die gesamte bürgerliche Gesellschaft – in die Vergangenheit verbannt.

Verwendet Luxemburg sich für die Reform, so ist die Differenz zum Reformismus nicht nur ihr Wissen um die Begrenztheit der Reform. Nebensächlich ist ihr beispielsweise der sozialpolitische Effekt. Entscheidend für Rosa Luxemburg ist jene spezifische revolutionäre Perspektive, die Politik und Reform unter dem Aspekt betrachtet, was wesentlich für den revolutionären Prozess der Erfahrung, der Praxis, wesentlich für das Werden der revolutionären Klasse ist. Sie sieht Reformen unter der Perspektive der Revolution, einer Revolution, die kein Staatsstreich mehr sein wird. Sie überschreitet damit systematisch den Horizont der Politik.

Die politische Forderung nach 'sozialen Rechten' bzw. einem Weltbürgerrecht und der Ist-Zustand: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO proklamiert gleichrangig neben den politischen und bürgerlichen Rechten auch wirtschaftliche und soziale Rechte: das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen, auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Koalitionsfreiheit, den Anspruch auf Erholung und Freizeit, auf 'vernünftige' Arbeitszeitbegrenzung und bezahlten Urlaub. Artikel 25 lautet:

*"Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschließt Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen sozialen Fürsorge gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände."*

Die Frage nach Weltbürgerrechten ("global citizenship" lt. Buckel) stellt bereits - in der Tradition der bürgerlichen Revolution - Kant 1795 in seiner Schrift "Zum ewigen Frieden", Weltbürgerrechte setzen jedoch den Weltstaat voraus. Bereits Kant überlegt, was passieren müsse, um "das menschliche Geschlecht endlich einer weltbürgerlichen Verfassung immer näher" zu bringen (Kant 1795: 214). Er hält fest:

*"so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden, nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf."* (Kant 1795: 216f.).

Wenn die Frage nach Weltbürgerrechten in Erweiterung dieser bürgerlichen Perspektive "von links" gestellt werden soll, dann müsste jedoch nicht nur über die Möglichkeit universeller Rechte und deren Geltung diskutiert werden, sondern auch über Institutionen, die sie setzen, die sie überwachen und die sie – notfalls mit Waffengewalt – sanktionieren. Diese Diskussion landet im Herzen rotgrüner Politik, und es muss dann überlegt werden, welche Waffengattung wohl für den Schutz der Menschenrechte die geeignetste ist.

## Literatur:

- Sonja Buckel: Jenseits von Rechtsfetischismus und Rechtsnihilismus: Rechtsform und Hegemonie. Abstract zum Podium: Der Staat - dein Freund? Staat, Recht und Politik im globalen Kapitalismus, no way out – Kongress, Frankfurt am Main, 08.12.2007
- Sonja Buckel (2006): Die juristische Verdichtung der Kräfteverhältnisse Nicos Poulantzas und das Recht, in: Bretthauer u.a. (Hg.) (2006): Poulantzas lesen, Hamburg, S. 171-187
- Sonja Buckel (2007): Subjektivierung und Kohäsion: zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, Weilerswist
- Kornelia Hafner (1999): Liquidation der Ökonomie oder ihre Kritik?, in: jour-fixe-initiative berlin (Hg.) (1999): Kritische Theorie und Poststrukturalismus, Hamburg, S. 121-144
- Kirsten Huckenbeck (2001): Living in a (perfect?) box, in: Demirovic (Hg.) (2001): Komplexität und Emanzipation, Münster S. 315-346
- Kirsten Huckenbeck (2003): Isolierte Kämpfe – universalistische Seelen. Zur Vorstellung des Projekts express im Rahmen der Tagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vom 12.-14. September 2003 in Arnoldshain
- Immanuel Kant (1795): Zum ewigen Frieden, Kant Werke Bd. 11, Frankfurt am Main 1964
- Nadja Rakowitz (1998): Religion, Staat, Gesellschaft, siehe: <http://theoriepraxislokal.org/AS/m-bb.rak.php>

## 5. Zum Begriff von Klasse und Klassenkampf

### 5.1. Slave Cubela: Produktion, Klassenkampf und Emanzipation

#### Umriss des heroischen Zeitalters der bürgerlichen Theorie der Arbeit

„Schließlich würde ich an Deiner Stelle den Herrn Demokraten en general bemerken, dass sie besser täten, sich erst mit der Bourgeoisliteratur bekannt zu machen, ehe sie sich unterfangen, den Gegensatz derselben anzubellen. Die Herren sollten z.B. die historischen Werke von Thierry, Guizot, John Wade etc. studieren, um sich über die vergangene Geschichte der Klassen aufzuklären. Sie sollten sich mit den Anfangsgründen der politischen Ökonomie bekannt machen, eh´ sie die Kritik der politischen Ökonomie kritisieren wollen.“ (Karl Marx, in: MEW, Bd.28, S.504)

So unbestritten es ist, dass der materialistische Ansatzpunkt der Marxschen Theorie in seinem beständigen reflexiven Rekurs auf die (Re-)Produktionspraxis der Menschen besteht, so sehr wirft diese besondere Bedeutung der menschlichen Arbeit innerhalb der Marxschen Theorie doch auch bei vielen Marx wohl gesonnenen Interpreten Fragen auf. Warum wird eine bestimmte Form menschlicher Praxis bei Marx derart hervorgehoben, und wie aktuell ist diese Hervorhebung heute noch? Geht mit dieser Exposition der menschlichen Arbeit bei Marx nicht eine Reduktion der komplexen menschlichen Verhältnisse und der Geschichte einher? Mündet diese Hervorhebung nicht notwendig in einen schematischen Basis-Überbau-Determinismus nebst inzwischen überholter Klassenkampftheorie? Legt schließlich die Zentrierung der Marxschen Theorie auf die Dynamik menschlicher Arbeit nicht den Grund für jenen Arbeitsfetisch, den viele Interpreten für das emanzipative Scheitern der Arbeiterbewegung verantwortlich machen, so dass heute die Befreiung von der Arbeit als entscheidender Bezugspunkt linker Praxis gilt?

Bevor man diese und ähnliche Fragen beantworten kann, empfiehlt es sich, sie und damit auch das mit ihnen einhergehende Unbehagen etwas hinten an zu stellen. Denn zu klären wäre zunächst, ob die weit reichenden Urteile über Marx und dessen Hervorhebung der menschlichen (Re-) Produktionspraxis nicht insofern vorschnell getroffen werden, als sie die Differenz zwischen der Marxschen Theorie und den Debatten des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts, auf die er sich bezieht, nicht berücksichtigen. Löst man jedoch das eingreifende Denken des Viellesers Marx aus dem Kontext heraus, von dem dieses Denken lebt und auf das es sich qua Marxschem Selbstverständnis kritisch zu beziehen sucht, ent- und verstellt man den kritischen Gehalt des Marxschen Zugangs zu diesen Debatten. Die Rolle, die die

menschliche Arbeit und damit auch die Theorie des Klassenkampfes im sozialphilosophischen Diskurs bis 1840 spielt, ist dabei auch heute von Interesse, um einerseits deren emanzipatorische Dimensionen in Erinnerung zu rufen und andererseits bei der Kritik des Marxschen Werks nicht hinter diesen zurückzufallen.

Beginnen wir mit dem vermutlich Bekannten, also jenen zwei Aspekten, die in der einschlägigen Literatur häufig genannt werden, wenn es um die besondere Bedeutung der menschlichen Arbeit in den sozialphilosophischen Debatten vor Marx geht: Arbeit und Reichtum. Arbeit ist dabei die zentrale antifeudale Kategorie des stärker werdenden Bürgertums, und diese bürgerliche Aufwertung der Arbeit gipfelt insbesondere im Werk John Lockes in der Legitimation sowohl des unbegrenzten Eigentumserwerbs durch Arbeit als auch der politischen Vertretungsansprüche des Bürgertums. Je gewichtiger die soziale Position des Bürgertums in der frühen Neuzeit wird, desto mehr rückt auch die Frage nach den Ursachen des gesellschaftlichen Reichtums und den Möglichkeiten seiner Steigerung in den Mittelpunkt der sozialphilosophischen Publizistik. William Petty ist es, der Mitte des 17. Jahrhunderts die menschliche Arbeit neben der „Mutter“ Boden zum „Vater“ des Reichtums macht und damit den Grundstein für die so genannte Arbeitswerttheorie legt.

Ohne die verschiedenen Verästelungen, die dieser Schritt Pettys zur Folge hatte, hier chronologisch nachvollziehen zu können, ist es für ein genaueres Verständnis der Reichtumsdebatte der werdenden bürgerlichen Gesellschaft sinnvoll, auf zumindest vier wesentliche Bereiche dieser Debatte besonders hinzuweisen.

1.) Innerhalb der schottischen Aufklärung Mitte des 18. Jahrhunderts kommt es – wohl ausgehend von der Rezeption Rousseaus – zu einer intensiven Auseinandersetzung um das Phänomen der Arbeitsteilung. Dabei wird zwar von keinem der beteiligten Autoren bestritten, dass die menschliche Arbeit durch die Arbeitsteilung eine immense Erhöhung ihrer Produktivkraft erfährt, doch während Adam Smith im berühmten Stecknadelbeispiel seines „Wohlstands der Nationen“ (1776) lediglich den Wohlstandseffekt der Arbeitsteilung hervorhebt, ist es sein Freund Adam Ferguson, der bereits die negativen gesellschaftlichen Folgen der Arbeitsteilung und damit den besonderen Einfluss der Produktion auf die gesellschaftliche Totalität in den Blick bekommt, wenn er in seinem „Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ (1767) schreibt: „Allerdings kann bezweifelt werden, ob das Ausmaß nationaler Leistungsfähigkeit entsprechend dem Fortschreiten der Künste zunimmt. Viele gewerbliche Künste erfordern in der Tat keinerlei geistige Befähigung.“

Sie gedeihen am besten bei vollständiger Unterdrückung von Gefühl und Vernunft. Unwissenheit ist die Mutter des Gewerbefleißes ebenso sehr wie des Aberglaubens.“

2.) Auch wenn Arbeit als Quelle des Reichtums gilt und davon ausgegangen wird, dass die Arbeitsteilung das Ergebnis dieses Prozesses vergrößert, wird die Frage, ob jede Art von Arbeit produktiv sei, unterschiedlich diskutiert. Während für die französischen Physiokraten lediglich die landwirtschaftliche Arbeit produktiv ist, überwindet Adam Smith diese Bestimmung tendenziell und verallgemeinert die Bestimmung der produktiven Arbeit auf andere Formen der Arbeit, der Franzose Jean-Baptiste Say entwickelt die Kategorie der immateriellen Arbeit und erklärt selbige gleichfalls zur produktiven Arbeit, und Marx selbst legt schließlich einen großen Exzerptband über diese Debatte an, der später als erster Band der so genannten Theorien über den Mehrwert erscheint.

3.) In den Kolonien der europäischen Staaten, aber auch in wichtigen Ländern wie den USA und Russland hat im 18. und 19. Jahrhundert eine besondere Form produktiver Arbeit trotz aller bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsversprechen weiterhin eine kaum zu unterschätzende Bedeutung: Zwangsarbeit als Sklavenarbeit oder Leibeigenenarbeit. Die zentrale Frage, die dabei innerhalb der Gruppe der bürgerlichen Gegner dieser Form der Arbeit diskutiert wird, lautet: Soll man sich mit moralischen Appellen an die Sklavenbesitzer und Feudalherren begnügen, oder kann man diesen nicht sogar demonstrieren, dass sie gegen ihr eigenes Interesse handeln, da freie Lohnarbeit produktiver als Zwangsarbeit sei. Say z.B., obgleich Gegner der Sklavenarbeit, kritisiert diese Bemühungen, da er Zwangsarbeit in den frühen Ausgaben seines „*Traité d'économie politique*“ (bis 1819) für mindestens ebenso profitabel wie die freie Arbeit hält und provoziert damit teils heftige Kritiken von Autoren wie Adam Hodgskin, Henri Storch, Charles Dunoyer und Charles Comte.

4.) Unterstellt, die bürgerliche Gesellschaft hätte die Produktivität der in ihr geleisteten Arbeit optimiert und die Zwangsarbeit gehörte der Vergangenheit an: Sorgt dies auch dafür, dass die produktiven Arbeiter entsprechend ihrem Beitrag am gesellschaftlichen Reichtum partizipieren? Schon Adam Smith scheint jedenfalls an den Verteilungsvorstellungen des britischen Bürgertums zu zweifeln, wenn er mahnend schreibt: „Unsere Kaufleute und Unternehmer klagen zwar über die schlimmen Folgen hoher Löhne, da sie zu einer Preissteigerung führen, wodurch ihr Absatz im In- und Ausland zurückgehe, doch verlieren sie kein Wort über die schädlichen Auswirkungen ihrer Gewinne. Sie schweigen einfach über die verwerflichen Folgen der eigenen Vorteile und klagen immer nur über andere Leute.“

Mit jedem dieser Debattenpunkte sind eine ganze Reihe weit reichender Implikationen verknüpft. Insofern stellt die bürgerliche Reichtumsdebatte und der damit verknüpfte Diskurs der Arbeit eine Mischung aus ökonomischen, ethnologischen, soziologischen, geschichts- und moralphilosophischen sowie psychologischen Elementen dar. Eindeutige Klassifizierungen dieser Debatte zum Zwecke der Orientierung bleiben deshalb bis zum heutigen Tag schwierig, da die unterschiedlichen sozialen Kontexte, die politischen Ambitionen und die jeweiligen Bezugnahmen der Autoren genau zu berücksichtigen sind und viele Begriffe und Argumente noch „work in progress“ darstellen. Erst im Zusammenhang mit der Industrialisierung, der Französischen Revolution und den frühen Anfängen der modernen Arbeiterbewegung kann ab Anfang des 19. Jahrhunderts eine Tendenzverschiebung innerhalb dieser Debatte festgestellt werden, indem der Zusammenhang von Arbeit und Herrschaft zum dominanten Diskussionsgegenstand und ein verstärktes Bemühen erkennbar wird, Geschichte und Gegenwart als Produkt von Klassenverhältnissen und Klassenkämpfen zu begreifen.

Besondere Beachtung – nicht zuletzt da in deutschen Debatten kaum gegenwärtig - verdient hierbei die Herausbildung eines „militant economic liberalism“ (Welch) in Frankreich nach 1815 durch Autoren wie Thierry, Dunoyer oder Comte. Denn diese Liberalen ziehen nicht nur die klassentheoretischen Konsequenzen aus den Debatten um die Produktivität der Arbeit, indem sie das Verhältnis der produktiven und unproduktiven Klassen als wesentliches Verhältnis ihrer Zeit begreifen, sondern sie radikalieren die bürgerliche Reichtumsdebatte, indem sie feststellen: Es ist die Arbeit der produktiven Klassen, die die Basis aller menschlichen Gesellschaften darstellt, und es ist die Gewalt und der Zwang der unproduktiven Klassen, die dafür sorgen, dass die produktiven Klassen selbst nach der Französischen Revolution noch um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden. Anders gesprochen, gilt für diese Autoren: Alle Geschichte ist Geschichte des (Verteilungs-)Kampfs zwischen produktiven und unproduktiven Klassen.

Die Folgen dieser Radikalisierung bürgerlichen Denkens sind immens. So wird die Orientierung der politischen Praxis des Bürgertums an Naturzustandskonstruktionen, aber auch an vormodernen, meist antiken Vorbildern in dieser Fraktion des französischen Liberalismus zurückgewiesen. Schon in den frühesten Stadien der Menschheitsgeschichte, so betont z.B. Dunoyer in seinem Werk „L'Industrie et la morale“, habe bereits eine Ausbeutung der produktiven Klasse der Frauen durch die unproduktive Klasse der Männer stattgefunden, in deren Licht die bisherigen Naturzustandskonstruktionen sich als historisch falsch erwiesen, ganz zu schweigen davon, dass es nie einen vorsozialen Zustand der Menschheit gegeben

habe. Ebenso unterschläge der gerade in der Französischen Revolution so wichtige Rekurs auf die Antike, dass die Tugendhaftigkeit und der Gemeingeist der alten Griechen und Römer gerade die wesentliche produktive Klasse der Sklaven ausgeschlossen habe.

Zudem verstehen diese liberalen Denker die Französische Revolution als eine – letztlich infolge der Produktivitätsfortschritte notwendige – Erhebung der produktiven Klassen gegen das alte Joch der unproduktiven Klassen, und sie ist für sie ähnlich wie die englische Revolution im 17. Jahrhundert ein emanzipativer Fortschritt. Dennoch bemängeln sie den lediglich politischen Charakter der Revolution, also die Konzentration der Akteure auf Verfassungsdebatten, die Aufblähung des Staatsapparats (da diese erneut nur die produktiven Klassen belaste) sowie die monarchistische Wendung der Revolution unter Napoleon I., und sie kommen zu dem Schluss, dass die Rechte der produktiven Klassen statt von ihren besten Vertretern wie Industriellen, Bänkern, Geschäftsleuten zu sehr von „unproduktiven“ Akteuren wie Anwälten und Gelehrten vertreten würden, zu viele Akteure der produktiven Klassen sich im Laufe der Revolution korrumpieren lassen hätten, zu lange die Antike als ideeller Orientierungsrahmen für die Revolution gegolten habe. Dies und die militärische Bedrohung von außen hätten verhindert, dass die Revolution zu einer echten Emanzipation der produktiven Klassen geführt habe.

Schließlich gehen sie davon aus, dass die Emanzipation der produktiven Klassen mit Notwendigkeit kommen werde, denn, wie erneut Dunoyer betont, der industrielle Fortschritt sei letztlich nicht aufzuhalten und das emanzipative Zeitalter des Industrialismus nur eine Frage der Zeit. Wie aber hat man sich dieses Zeitalter des Industrialismus vorzustellen? Dazu Dunoyer: „Das Anliegen des Menschen ist keine Frage der Regierung – vielmehr sollte der Mensch der Regierung hierbei eine nachrangige, wir können fast sagen eine möglichst kleine Bedeutung zusprechen. Sein Ziel ist vielmehr Industrie, Arbeit und die Produktion all dessen, was er braucht, um glücklich zu sein. In einer guten Ordnung sollte die Regierung nur ein Nebenaspekt der Produktion sein, eine Agentur, kontrolliert von den Produzenten, die für sie zahlen, und die ihre Person und ihr Eigentum schützt, während sie arbeiten. In einer guten Ordnung muß die größtmögliche Anzahl der Personen arbeiten und die kleinstmögliche regieren. Der perfekte Zustand wäre erreicht, wenn die ganze Welt arbeitet und niemand regiert.“ Oder in den Worten einer Interpretin: „Was ist das Ziel der Menschheit, was ist das Ziel der Gesellschaft? Es ist nicht die Schaffung einer neuen Form der Regierung. Es ist die Schaffung von Industrie, Arbeit, Produktion und auf diese Weise von Glück. (...) Alle Formen der Regierung sind diesem Ziel nachgeordnet. Idealerweise sollte es gar keine Regierung

geben, jeder sollte arbeiten und niemand sollte regieren.“ Also: Mit dem Zeitalter des liberalen Industrialismus geht die Menschheit einem (fast-) anarchischen und klassenlosen Zustand des ewigen Friedens durch die Emanzipation der Produktion bzw. der produktiven Klassen entgegen.

Ohne nun den Einfluss dieser Autoren für die unmittelbare historische Entwicklung der bürgerlichen Reichtumsdebatte hier überzeichnen zu wollen, kann man feststellen, dass die industrialistische Verknüpfung des Primats der produktiven Arbeit mit ihrer Theorie der Klassenkämpfe einen Höhepunkt dieser Debatte darstellt. Die nachfolgende Diskussion hingegen stellt diesen Zusammenhang in Frage oder beschränkt sich auf einzelne Aspekte: Einerseits sucht das bürgerliche Denken die hervorgehobene Stellung der Arbeit durch den Verweis auf die Bedeutung anderer Faktoren für die soziale Entwicklung theoretisch wieder zu relativieren, was aber die Frage provoziert, ob dieser Schritt einer Re-Moralisierung des Arbeitsdiskurses tatsächlich ein Schritt nach vorn ist. Andererseits kommt es zwar zu bemerkenswerten Erkenntnisfortschritten in Bezug auf eine ökonomische Theorie der Arbeit, doch diese können nicht mehr in eine neue bürgerliche Theorie des Sozialen überführt werden.

Eine Re-Moralisierung des Arbeitsdiskurses im Zusammenhang mit dem Auftreten des Industrialismus lässt sich am Beispiel Henri de Saint-Simons zeigen, der die Entstehung des Industrialismus durch enge persönliche Verbindungen zu Dunoyer, Comte und vor allem seinen zeitweiligen Sekretär Thierry verfolgt und zunächst begrüßt. Dementsprechend formuliert er: „Die gesamte Gesellschaft ruht auf der Industrie. Die Industrie ist die einzige Garantie für ihre Existenz, die einzige Quelle für Reichtum und Wohlstand. Die positive Entwicklung der Industrie ist auch für die Gesellschaft positiv. Die Industrie sollte der Ausgangspunkt wie auch das Ende aller unserer Anstrengungen sein.“ Saint-Simon kommen allerdings nach und nach eine Reihe von Zweifeln an bestimmten Aspekten des liberalen Industrialismus. Zunächst einmal ist er nicht davon überzeugt, dass das Phänomen einer neuen, nicht-produktiven Bürgerklasse, die den Erfolg der Französischen Revolution beeinträchtigte und die er im Gegensatz zur classe industrielle als classe bourgeois bezeichnet, lediglich vorübergehend sein müsse. Sodann modifiziert er das Geschichtsbild des Industrialismus, da er davon ausgeht, dass mit dem Menschheitsfortschritt die menschlichen Ideen ein immer wichtigerer Faktor für weitere Fortschritte sind, so dass ein Fortschrittsautomatismus qua Produktionsfortschritten für ihn keineswegs gesichert ist. Schließlich beschäftigt ihn das Elend der niederen produktiven Klassen seiner Zeit, und er

beginnt, sich intensiv mit der Situation dieser Klassen auseinander zusetzen. Seine Schlussfolgerung aus diesen Zweifeln, die hier aufgrund der Uneinheitlichkeit und Unabgeschlossenheit seines Werks allenfalls angedeutet werden kann, lautet: Es ist zumindest für eine Übergangsphase angebracht, „die mächtigsten Industriellen mit der Lenkung des öffentlichen Geschicks zu betrauen“, wobei hier der Bedeutung der Ideen dadurch Rechnung zu tragen ist, dass in dieser Regierung der produktiven Klassen nicht nur führende Männer aus Industrie, Landwirtschaft und Finanzwesen, sondern auch Künstler und Wissenschaftlicher ihren Platz haben sollten, damit ein Ausgleich zwischen der geistigen Macht der Künste und Wissenschaften mit der weltlichen Macht der Industriellen möglich wird. Ergänzend plädiert Saint-Simon insbesondere in seinem letzten Werk für eine Aufklärung der niederen produktiven Klassen durch die Etablierung eines neuen Christentums, denn: “Die von der Schule zurückgehaltenen wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen in angemessener Weise, die ihnen sakralen Charakter verleiht, vertreten werden, um sie den Kindern aller Klassen und den unwissenden Personen jeden Alters nahe zubringen.“

Während in Frankreich durch diesen Anstoß Saint-Simons eine “Revolte gegen Positivismus und Ökonomismus“ in Gang kommt, hat die polit-ökonomische Reflexion auf die bestehenden Gründe des Elends der niederen produktiven Klassen in Großbritannien - neben der Entwicklung und Verbreitung utopischer Ideen sowie normativ-moralischer Aufrufe zur sozialen Versöhnung – eine höhere Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielen David Ricardos „Principles of Political Economy and Taxation“ (1817) eine besondere Rolle für die Entwicklung der Reichtumsdebatte. Zum einen geht er davon aus, dass der Tauschwert einer Ware voll und ganz auf die für ihre Herstellung notwendige Arbeitszeit zurückzuführen sei, zum anderen argumentiert er, dass Arbeitslohn und Unternehmerprofit in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zueinander stünden. Diese beiden Bestimmungen sorgen in der Folge dafür, dass die intendierte soziale Stoßrichtung der “Principles“ immer mehr in den Hintergrund tritt. Denn war es eines der Ziele Ricardos mit seinen Ausführungen über den Fall der allgemeinen Profitrate die Grundbesitzer als unproduktive Klasse darzustellen, die einem anhaltenden Fortschritt der Gesellschaft für alle produktiven Klassen im Wege stehe, sorgt seine Arbeitswert- und Lohntheorie nun als theoretischer Bumerang dafür, dass die Produktivität des industriellen Bürgertums in den Mittelpunkt und ins Zwielficht gerät. Doch damit längst nicht genug. Gerade Ricardos These vom umgekehrt proportionalen Lohn-Profitverhältnis treibt den Keil noch ein Stück weiter in die produktive Klasse, da der Interessengegensatz zwischen Lohnempfängern und Unternehmern jetzt für den aufmerksamen Leser als unabänderlicher Bestandteil der neuen bürgerlichen Gesellschaft

erscheinen muss. So überrascht es dann keineswegs, wenn in der französischen Debatte bereits 1820 Sismonde de Sismondi in seinem Werk „Nouveaux Principes d'Économie politique“ unter Hinweis auf diesen Interessengegensatz die emanzipative Hoffnung eines industrialistischen Zeitalters auf Grundlage der gegenwärtigen Produktionsbeziehungen verabschiedet.

Bildlich gesprochen gelangt also die bürgerliche Reichtumsdebatte nach Ricardos Hauptwerk in eine Art theoretisches Grenzgebiet. Auf der einen Seite desselben liegt das seit knapp 150 Jahren inzwischen gut vermessene Land der Arbeit, mit seiner Eigentumstheorie, mit seiner Bedeutung für eine neue Geschichtsperspektive „von unten“, mit seinen weit reichenden Implikationen für das Verständnis diverser sozialer Phänomene wie Politik, Kunst und Wissenschaft, mit seiner Theorie der produktiven Klassen bzw. des Kampfes zwischen produktiven und unproduktiven Klassen und schließlich mit seiner Hoffnung auf ein kommendes Zeitalter der emanzipierten und emanzipierenden Produktion. Auf der anderen Seite wiederum sorgt die von Ricardo provozierte These, dass die produktive Klasse diejenige der Lohnabhängigen ist, für den irritierenden Ausblick auf kaum bekanntes Terrain, in dem es scheint, als ob das Eigentum des Bürgertums zu unrecht erworben ist, in dem Geschichte „von unten“ neue horizontale Interessenlinien zu berücksichtigen hat, in dem die Klassenkampftheorie sich gegen das Bürgertum zu wenden beginnt und in dem eine echte Emanzipation der Arbeit nur durch die Aufhebung der bürgerlichen Klasse und der sie bevorzugenden Produktionsverhältnisse erwartet wird.

Ein solcher Ausblick auf Unbekanntes muss verunsichern, so dass es bald zu einer Reihe grundsätzlicher Entscheidungen der diversen Grenzgänger kommt. Bereits acht Jahre nach Ricardos Tod (1831) ergreifen die etablierten bürgerlichen Ökonomen Großbritanniens im Political Economy Club fast geschlossen gegen diesen Partei, indem sie in einer Reihe von Debatten im Political Economy Club zu London fast einmütig zu dem Schluss kommen, dass alle wesentlichen Elemente der Theorie Ricardos zu verwerfen seien. Mit diesem Schritt stellen die britischen Ökonomen zugleich die Weichen für die Abkehr von der Arbeit als zentraler Kategorie modernen bürgerlich-ökonomischen Denkens. Mutigere Grenzgänger wie William Thompson oder John Francis Bray betreten das neue Land der Arbeit, indem sie den Klassengegensatz von Arbeit und Kapital zur Grundlage einer neuen, „kämpferischen“ Sozialwissenschaft zu machen suchen. Dabei entdecken sie nicht nur weitere Bestimmungen der Arbeit wie die des Mehr-Werts und machen diese fruchtbar für das Verständnis der Entstehung des bürgerlichen Reichtums, sie bemühen sich zudem, praktikable

Übergangsszenarien für die radikale Umwälzung bürgerlicher Verhältnisse zu entwerfen. Obgleich ihre Pionierarbeiten – gemessen an ihrem weit gehenden Anspruch – nicht immer überzeugen können, können sie als Wegbereiter der Erforschung der proletarischen Arbeit gelten. Davon zu unterscheiden ist schließlich eine Gruppe der Unentschiedenen in jenem Grenzgebiet. Einerseits halten diese Autoren wie etwa John Wade an den Bestimmungen der klassischen bürgerlichen Ökonomie fest und gehen dementsprechend davon aus, dass Unternehmer weiter Bestandteil der produktiven Klasse seien; andererseits schreiben sie für die entstehende Arbeiterbewegung, d.h. sie sorgen nicht nur für die Verbreitung der klassischen politischen Ökonomie in der Arbeiterbewegung, sondern versuchen auch, ihre eigenen Erkenntnisse für selbige nutzbar zu machen. So verknüpft etwa Wade seine Theorie der endogenen bürgerlichen Wirtschafts- und Krisenzyklen mit dem Aufruf an die Arbeiter, in Zeiten guter Konjunktur für die folgenden Abschwünge vorzusorgen. Auch wenn es diese Gruppe der Unentschiedenen bis zum heutigen Tag gibt, sie sogar in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine kaum zu unterschätzende Rolle spielte und spielt, so erschöpfen sich jedoch mit Mitte des 19. Jahrhunderts die Erkenntnisfortschritte dieser Gruppe. Dementsprechend endet hier das, was man vielleicht das heroische Zeitalter der bürgerlichen Theorie der Arbeit nennen könnte.

Nach diesem Durchgang durch die verschiedenen bürgerlichen Theorien der Arbeit vor Marx dürfte sicher sein, dass der Zusammenhang zwischen Produktion und Emanzipation keineswegs ein originär Marxscher ist, im Gegenteil. Basis-Überbau-Logik, Klassen- und Klassenkampftheorie, Staats- und Politikkritik, Zyklen- und Krisentheorie - all diese Elemente, die häufig genug als Besonderheit der Marxschen Theorie verstanden und tradiert wurden, erweisen sich nach diesem Rückblick auf die Zeit vor Marx als im Kern bereits von bürgerlichen Denkern vorgedacht.

Allein, hat sich vor diesem Hintergrund der hier betriebene Aufwand überhaupt gelohnt? Unterstreicht dieser Text nicht lediglich, was im Anfang zumindest noch zweifelhaft schien, nämlich dass Marx durch die Aufnahme des bürgerlichen Produktivitätsprimats dieses in den emanzipativen Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft hineingetragen hat, so dass auch er dafür verantwortlich ist, dass dieser Kampf trotz proletarischer Vorzeichen arbeitsfetischistisch befangen blieb?

Ohne diesen Fragen direkt entgegen zu wollen, zum Schluss drei Überlegungen, die eine andere Interpretation des hier Entwickelten zumindest möglich machen.

Erstens: mag eine Relativierung des Produktivitätsprimats heute zwar als Charakteristikum einer offenen, nicht-dogmatischen Linken gelten, dann ist diese Relativierung historisch, wie das Beispiel Saint-Simon gezeigt hat, jedoch gleichfalls bürgerlichen Ursprungs. Dass diese Relativierung ebenso dazu führt, dass hinter der meist furchtbar undogmatischen Fassade des Anti-Ökonomismus fast immer ein harter und bornierter Kern politischer Emanzipations- bzw. Avantgardevorstellungen erscheint, zeigt übrigens die Geschichte der Arbeiterbewegung, denn in dieser war der Kampf gegen den Ökonomismus der Kampf partei-kommunistischer Dogmatiker wie Lenin oder Gramsci gegen jene syndikalistischen Gruppen ihrer Zeit, die jenseits von Staat und Partei darum bemüht waren, ihr emanzipatives Augenmerk auf die Selbstorganisation der Arbeiter in der Produktion zu legen!

Zweitens: die augenscheinliche Nähe der Marxschen Theorie der Arbeit auf der einen und der bürgerlichen Theorie der Arbeit auf der anderen Seite könnte, statt schnelle Identifizierungen beider Theoriestränge nach sich zu ziehen, auch als Anstoß figurieren, das theoretische Mikroskop der Linken erneut zu schärfen. Wer die komplizierte und politisch aufgeladene Überlieferung und Edition der Marxschen Manuskripte kennt und wer die Philologiefeindlichkeit vieler Bewegungslinker erfahren hat, den würde es nicht wundern, wenn bei näherer Betrachtung insbesondere der Marxsche Produktionsbegriff noch einige bislang unbekannte Seiten und Implikationen entfalten würde. Dass dies kein bloßer Verdacht ist, dazu sei an den vielschichtigen Arbeits- und Produktivitätsbegriff erinnert, den Marx in den „Pariser Manuskripten“, aber auch in den „Grundrissen“ entwickelt hat, ebenso wie man als Interpret nicht vergessen sollte, dass für Marx eine radikale Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft und die Schaffung einer freien Assoziation der Produzenten stets auch die Aufhebung der Charaktermaske „Arbeiterklasse“ unterstellte.

Schließlich: was spricht trotz dieser notwendigen Präzisionsarbeit eigentlich grundsätzlich gegen die Annahme, dass Produktion und Emanzipation zusammen gehören? Oder mit den Worten von Marx: „Du sollst arbeiten im Schweiß deines Angesichts! war Jehovas Fluch, den er Adam mitgab. Und so als Fluch nimmt A. Smith die Arbeit. Die ‚Ruhe‘ erscheint als der adäquate Zustand, als identisch mit ‚Freiheit‘ und ‚Glück‘. Daß das Individuum in seinem normalen Zustand von Gesundheit, Kraft, Tätigkeit, Geschicklichkeit, Gewandtheit‘ auch das Bedürfnis einer normalen Portion von Arbeit hat, und von Aufhebung der Ruhe, scheint A. Smith ganz fern zu liegen.“ Warum also sollte die Linke nicht - anknüpfend an die fortschrittlichen Formen der hier dargestellten bürgerlichen Theorie - wieder stärker betonen, dass sie für eine Gesellschaft kämpft, in der alle Menschen ihr individuelles Bedürfnis nach

„einer normalen Portion Arbeit“ befriedigen können, für eine Gesellschaft in der Produktion und Emanzipation nicht nur wie in der bürgerlichen Gegenwart temporär und zufällig, sondern wirklich zueinander finden?

## 5.2. Gerhard Hanloser: Postoperaismus und Wertkritik...und der Klassenkampf

Diskutieren über Postoperaismus und Wertkritik im Kontext der Frage, wie man das Ganze in den Blick bekommt, erscheint mir recht merkwürdig. Zielen Wertkritik und Postoperaismus denn auf´s Ganze? Die Wertkritik würde es von sich behaupten; beim Postoperaismus, der als postmodernes Phänomen die Totalitätskategorie leugnet, kann man sich hier schon nicht mehr ganz sicher sein. Die Veranstalter des Kongresses haben sich die beiden Theorieentwürfe herausgesucht, weil sie nun mal in der Linken zirkulieren und angesagt sind. Das »Konzept Stadtguerilla« der RAF beispielsweise, das zweifelsohne aufs Ganze zielen wollte, lockt dahingegen niemand hinterm Ofen vor. Der Kongress orientiert sich lieber an Theoriemoden. Und als solche sollten auch die beiden hier diskutierten Strömungen angesehen werden.

Als Mode hat sich die Wertkritik ausdifferenziert. Sie ist auf der einen Seite Priestertheorie geworden, mit einem ganzen Apparat sprachlicher Liturgieregelungen, der vorgibt, was man zu denken hat und was man unter allen Umständen zu denken vermeiden sollte. (Geboten ist: »Warenkritik«, »Kritik der Subjektillusion«, »kategoriales Programm der Formkritik«; verboten ist: »struktureller Antisemitismus«, »verkürzte Kapitalismuskritik«) Die Priester sagen es vor, die Gemeinde soll es nachmurmeln. Um es verständlich zu machen, wird seit einiger Zeit jedoch die Liturgie einfacher gestaltet und muss sich auf vorhandene Praxisbedürfnisse der Gemeinde einstellen. Auf der anderen Seite gibt es die einsamen Propheten, die die reine Lehre verwässert sehen, ihnen geht es um Reinheit des Gedankens, Distanz zur korrumpierenden Wirklichkeit. Es gibt ein Priesterheft – das heißt »Krisis«, und es gibt ein Prophetenorgan namens »Exit«.

Der Postoperaismus dagegen - um bei diesen religionssoziologischen Assoziationen zu bleiben – hat eher etwas von einem bunten Zauberkasten. Postoperaisten sind mal bessere mal schlechtere Zauberer, die riesige begriffliche Nebelwände produzieren und alles mögliche in Hüten verschwinden lassen und anderes hervorzaubern. Für kurze Zeit wurden mittels Postoperaismus sogar die deutschen Universitäten verzaubert. Auf einmal konnte an diesen Orten, an denen die letzten zehn Jahre nie von Klasse die Rede sein durfte, wieder in

sozialwissenschaftlichen Seminaren über den Klassenbegriff diskutiert werden. Immerhin etwas, sagen manche.

Wertkritik und Postoperaismus scheinen zwei Extreme zu markieren, die etwas hilflos als Strukturalismus und Subjektivismus, als Theorie der Kämpfe und als Theorie der erdrückenden gesellschaftlichen Formen, oder - auf die psychologische Ebene verschoben - als Problem von haltlosem Optimismus und zermürendem Pessimismus umrissen werden könnte.

Ich denke, dass die begrifflichen Instrumentarien weder des Postoperaismus noch der Wertkritik den richtigen kritischen Blick auf die Wirklichkeit schärfen helfen. Wenn es ums Ganze gehen soll – ich bin hier altmodisch – geht es um Antikapitalismus. Antikapitalismus muss aber in einem eindeutigen Verhältnis zur aktuellen Ausbeutung stehen, muss sich als Verbündeter der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse begreifen und Antikapitalismus muss, damit er nicht reaktionär wird, eine Vorstellung von Klassenkampf beinhalten.

1. Marx hat die Klassen und Klassenkämpfe bei französischen und englischen Historikern entdeckt. Genausowenig ist die Diagnose, dass den Produkten unserer Arbeit ein Wert zukommt, bereits etwas spezifisch Marxistisches oder Kritisches. Und auch die Feststellung, dass die Dinge in unserer Gesellschaft uns bestimmen, wir einer Entfremdung ausgesetzt wären und ähnliches, hat überhaupt nichts Radikales an sich. Die ganze deutsche Romantik lebte von diesem Leiden.

Marx führte diese Darlegungen jedoch zusammen und arbeitete heraus, dass die Existenz von Klassen, die Form des Werts und die Verdinglichung historische Phänomene des Kapitalismus sind, die es zu kritisieren und abzuschaffen gilt. So gibt es meines Erachtens entscheidende Stränge kritischen Denkens, die sowohl die Wertkritik, wie der Postoperaismus für sich reklamieren, die es aufzunehmen gilt, die aber, will man sie kritisch-revolutionär zu Ende führen, weder bei Wertkritik noch bei Postoperaismus enden. Das ist zum einen die Fetischismuskritik, zum anderen die Reflektion auf den Klassenkampf als dynamisch-historischer Faktor.

Marx schrieb drei Bände unter anderem zu der Frage, wie sich im Kapitalismus gesellschaftliche Verhältnisse verselbständigen, und wie die Dinge ein Eigenleben zu führen scheinen, von der einzelnen Ware bis zum Produktionsprozess und dem Verwertungsprozess. Marx hatte vor, bis zum Weltmarkt eine Darstellung der Verselbständigungsbewegung

auszuführen. Die Verselbständigungsbewegung, auch Mystifikation genannt, endet im dritten Band des Kapitals in der sogenannten trinitarischen Formel. Im mystifizierten Bewusstsein ist die Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit als Geheimnis der Selbstverwertung des Kapitals ausgelöscht. »Im Kapital – Profit, oder noch besser Kapital – Zins, Boden – Grundrente, Arbeit – Arbeitslohn, in dieser ökonomischen Trinität als dem Zusammenhang der Bestandteile des Werts und des Reichtums überhaupt mit seinen Quellen ist die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnisse mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit vollendet: die verzauberte, verkehrte, auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la terre als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben.« Marx schreibt: »Diese Formel entspricht zugleich dem Interesse der herrschenden Klasse, indem sie die Naturnotwendigkeit und ewige Berechtigung ihrer Einnahmequellen proklamiert und zu einem Dogma erhebt.«

Diese Ausführungen von Marx sind zugespitzte Fetischismus- und Kapitalkritik. Er nimmt darin die Momente seiner Kritik des Warenfetischismus im ersten Band des Kapitals auf - und vollendet die Kritik, indem er die Kritik der Mystifikationen, die Kritik der Klassengesellschaft und die Kritik des kapitalistischen Interesses zusammenführt. Verdinglichung und Klassenherrschaft gehören zusammen. Die Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse, die auch im Alltagsdenken scheinbar naturwüchsig hervorgebracht wird, legitimiert die Klassen. Ein einfaches Beispiel: der Profit, so wird gesagt, ist gerechtfertigt, denn der Unternehmer trägt ja auch das Risiko, er hat sich den Betrieb ja auch aufgebaut, erarbeitet usw.usf. Die Nichtproduzenten, die sich den Mehrwert aneignen, erscheinen als die eigentlichen Produzenten. In dieser Vorstellung offenbart sich der Kapitalfetischismus als Religion des Alltagslebens.

Gegen die mystifizierende Religion des Alltagslebens gibt es auch eine entmystifizierende Erfahrung des Alltagslebens. Marx gibt hier auch wieder etliche Hinweise, beispielsweise auf die Erfahrung im unmittelbaren Produktionsprozess. In der Zirkulation, schreibt Marx, treten sich Kapitalist und Arbeiter nur als Warenverkäufer gegenüber. Das führt in der Wertkritik dazu, zu sagen: »Klassen sind bedeutungslos, es sind eben nur zwei unterschiedliche Formen von Warenbesitzern, von Warensubjekten, von Käufern und Verkäufern«. Nach Marx ist das die Position der Vulgärökonomien, die eine interessierte Ideologie von der klassenlosen kapitalistischen Gesellschaft vertreten. »Was den Arbeiter von anderen Warenverkäufern unterscheidet, ist nur die spezifische Natur, der spezifische Gebrauchswert der von ihm

verkauften Ware. Aber der besondere Gebrauchswert der Waren ändert durchaus nichts an der ökonomischen Formbestimmtheit der Transaktion, nicht daran, dass der Käufer Geld und der Verkäufer Ware vorstellt. Um also zu beweisen, dass das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter durchaus nichts als das Verhältnis zwischen Warenbesitzern ist, die zu ihrem wechselseitigen Vorteil und durch einen freien Kontrakt Geld und Ware mit einander austauschen, genügt es den ersten Prozess zu isolieren und an seinen formellen Charakter festzuhalten. Dies einfache Kunststück ist keine Hexerei, aber es bildet den ganzen Weisheitsvorrat der Vulgärökonomie.« (Es bietet auch den ganzen Weisheitsvorrat der Neuen Deutschen Wertkritik, könnte man ergänzen.)

Marx beschreibt ausserdem, dass der Arbeiter, wenn er seine Arbeitskraft verkauft – und er muss dies tun, denn er ist eigentumslos - , unter das Kommando des Kapitals tritt und im Produktionsprozess der Arbeiter zusammen mit anderen eine Erfahrung macht, die ihn radikal von der Erfahrung des Kapitalisten trennt. Während der Kapitalist durch das Einsaugen fremder Arbeit Zeitsouveränität und Lebenszeit gewinnt, verliert der Arbeiter Zeitsouveränität und Lebenszeit. »Die Funktionen, die der Kapitalist ausübt, sind nur die mit Bewußtsein und Willen ausgeübten Funktionen des Kapitals selbst, des sich verwertenden Werts durch Einsaugen der lebendigen Arbeit. Der Kapitalist funktioniert nur als personifiziertes Kapital, das Kapital als Person, wie der Arbeiter nur als personifizierte Arbeit, die ihm als Qual, als Anstrengung, die aber dem Kapitalisten als Reichtum schaffende und vermehrende Substanz gehört...«

Wir sollten also nach Marx die Erfahrung der Qual und der Anstrengung in der Arbeit als potentiell entmystifizierende ansehen. Das Kapital könnte demnach an den Lohnarbeitenden selbst eine Schranke finden. Sie sind es nach Marx, die den Fetischismus des Kapitals nicht nur theoretisch durchschauen, sondern auch praktisch zerstören können.

2. Die Wertkritik als Marxismus nach 1989 behauptet vor dem Hintergrund einer Kritik der Arbeitsethik, die auf eine Denktradition verweist, die zwischen Paul Lafargue und Max Weber angesiedelt ist, dass die Arbeiter restlos unter die Arbeit subsumiert sind, dass sie blosses variables Kapital darstellen würden. Sie fallen als revolutionäres Subjekt aus, weil sie »verhausschweint« sind, so Robert Kurz redundant im »Schwarzbuch Kapitalismus«; die Arbeit zu kritisieren heisst somit auch die Existenz und den Zustand von Arbeiter/innen zu kritisieren, weil angenommen wird, dass die Arbeiter niemals aus ihrer Formbestimmung treten wollen und können, weil eine Möglichkeit der Selbstbefreiung nicht gegeben ist. Eine solche

Behauptung mag auf die schlechte Realität reflektieren, die von den großen Niederwerfungen und Rekuperationen der Klassenkampfperioden beispielsweise der 20er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts geprägt ist. Damit wird dieser Antikapitalismus jedoch idealistisch oder romantisch, - man könnte auch augenzwinkernd sagen: strukturell reaktionär. Es gibt eine lange Tradition von Kritik am Kapitalismus und einem Leiden an der Moderne, das entweder – im besten Fall – einen elitären Rückzug auf den richtigen Gedanken im ganzen Falschen propagiert, oder diesen scheinbar richtigen Gedanken – jenseits des Klassenkampfes und teilweise auch gegen die vorherrschende Arbeiterschaft in die Tat umsetzen will – und das ist zweifelsfrei der schlechtere Fall. Heidegger überantwortete seine Kritik der technologischen Entfremdung in der Moderne an den Führer, ganze Heerscharen sog. konservativer Revolutionäre propagierten eine radikale Kritik der Entfremdung in der Moderne, der Tauschverhältnisse, der Dekadenz im Kapitalismus. Der ehemalige Sozialdemokrat Werner Sombart, der schließlich nach der Enttäuschung über das Aussetzen des realen Proletariats als Hoffnungsträger Elitetheoretiker wurde, fand so seinen Weg zum Führer.

Wenn also die Wertkritik vor allerhand Verkürzungen warnt, unterliegt sie in ihrer scheinbaren Radikalität selbst einer gefährlichen Verkürzung: sie will eine Kritik des Kapitalismus sein ohne auf den Klassenkampf zu reflektieren, ohne dass ihre Kritik auf die Praxisformen der Ausgebeuteten reflektieren oder die eigene Existenz als Ausgebeuteter thematisieren muss.

Liest man jedoch aktuelle Kommentare von prominenten Wertkritikern, so fällt auf, dass mittlerweile unter der Hand der Klassenkampf doch Einzug in die Theorie erhält. Das ist kein Lob. Denn damit ist alles über die Wertkritik ausgesagt: Sie unterliegt – wie jede Theorie – den Wechselfällen des Klassenkampfes, die angebliche Autonomie und ewige Gültigkeit, die sie vorspiegelt, kann sie nicht einhalten. In der Zeit der gefeierten Selbstverwertung des Kapitals in den 90er Jahren (wir erinnern uns an die gefeierte New Economy) und der Unsichtbarkeit des Klassenkampfes, in diesem Zustand breiter gesellschaftlicher Mystifizierung, behauptete auch die Wertkritik Klassenkampf gäbe es nicht mehr und das Kapital müsse man als automatisches Subjekt betrachten. Angesichts des jetzt wieder auftauchenden Klassenkampfes in Form des partikularen Arbeitskampfes rücken wieder andere Subjekte, Streikende der GDL beispielsweise, ins Blickfeld. Das ist ein Erkenntnisfortschritt, der aber jederzeit wieder rückgängig gemacht werden kann, weil die Kritik, die die Wertkritik sein will, als intellektuelle Leistung hypostasiert wird. Sie will und kann sich nicht als Ausdruck einer vor sich gehenden Bewegung reflektieren. Die Praxisformen, in denen wir gezwungen sind im Bestehenden zu bestehen, und darin die potentiell sprengenden Kräfte zu suchen, ist nicht die Sache der Wertkritik. Dadurch muss sie sich auf die Suche nach von ihrer Theorie radikal getrennter

Praxis begeben, wobei es ihr eigentlich egal ist, was man tun, Hauptsache ist, man hat das Richtige (eben die Wertkritik) im Kopf. Die Praxis, also die Art und Weise wie wir leben, die Spannung zwischen dem, wie wir gezwungen sind zu leben und wie wir leben wollen, ist nicht das Vorrangige, auf das die Wertkritik reflektiert. Die Wertkritik als mystifizierende Theorie stellt somit auch die Marxsche Praxisfrage auf den Kopf. Man bildet zuerst eine schöne radikale Kritik im Denken heraus (die vor allem viele Verbotsschilder aufstellt, was man auf gar keinen Fall denken sollte) und versucht dann im zweiten Schritt »diese Kritik innerhalb sozialer Auseinandersetzungen praxisrelevant werden zu lassen«, so das österreichische Wertkritikmagazin »Streifzüge«. Marx dachte anders: Kommunisten haben auf die vor sich gehende Bewegung zu reflektieren, um darin die kommunistischen Momente zu entdecken.

3. Der Postoperaismus sieht eine kommunistische Praxis bereits im Bestehenden vorliegen. Darin ist sie marxistischer als die Wertkritik, ebenso orientiert sie sich mehr am Marxschen Erbe als die Wertkritik, wenn sie auf den Klassenkampf zu sprechen kommt. Sie ist kein Marxismus nach 89, sondern eine Theorie, die ihre Wurzeln in den Kämpfen der Klasse der 60er und 70er Jahre hat. Der Postoperaismus wusste im Gegensatz zur Wertkritik schon immer von der potentiell sprengenden Kraft des Klassenkampfes. Der Postoperaismus weiss aufgrund der Erfahrung der Klassenkämpfe in den 60ern und 70ern: die Arbeitsethik ist recht löchrig. Er bietet eine Beschreibung der kapitalistischen Gesellschaft vor dem Hintergrund sozialer Auseinandersetzungen und kann so Brüche und Prozesse wahrnehmen, die in der Wertkritik untergehen.

Zuweilen führt er das Ende fordistischer Arbeitsverhältnisse auf die Kämpfe der Klasse gegen diesen Zustand zurück. Neue Arbeitsformen werden nicht bloß von oben, in repressiver Form durchgesetzt, sondern nehmen Begehrensströme, Kämpfe, Verweigerungen, neue Formen gesellschaftlicher Verkehrsformen auf. Alte Ausbeutungsformen werden nie bloß von oben umgemodelt und transformiert, sondern zuweilen revolthaft von unten in Frage gestellt. Im Neuen erkennen wir so auch unsere alten Kämpfe – das sagt der Postoperaismus. Da er aber eine ideologische Mobilisierungsideologie ist, kann er nicht hinzufügen: Im Neuen erkennen wir unsere alten Kämpfe und Forderungen – allerdings in verdrehter, gegen uns gerichteter Form. Als Mobilisierungsideologie kann der Postoperaismus nicht von dem Scheitern der Revolte gegen die Fabrikgesellschaft sprechen, er kann auch nicht von einem vorläufigen Sieg der neoliberalen Konterrevolution ausgehen. Damit ist er unfähig zu erkennen, dass die Revolte und die Klassenkämpfe nach 68 zwar das keynesianisch-fordistische System in die Krise getrieben haben, aber auf diese Kämpfe mit einer beispiellosen Reorganisation der

Ausbeutungssphäre reagiert wurde. Formen neuer Selbständigkeit in Form von kapitalkonformer Individualisierung, Umbau des Staates, innerbetrieblicher Hierarchisierung (Stichwort: Zeitarbeit), Auslagerungen, verschärftem Druck auf Arbeitslose, das sind die neuen Arbeits- und Lebensverhältnisse, die die neoliberale Konterrevolution markieren, die vor allem auf die Zerstörung von Klassenidentität, Klassenmacht und Solidarität setzt. Es gibt im Moment alles mögliche, nur keine machtvolle Multitude. Dieser Zustand wird vom Postoperaismus verdrängt. Der Postoperaismus zeichnet in alter sozialdemokratischer Manier Klasse nicht als zerrissene potentiell negative Kraft, sondern als gigantische positive Größe. Um die vermeintliche Macht zu objektivieren, werden die Arbeitsformen, mit der ein kleiner Teil der Multitude betraut ist, als Vorformen oder unmittelbar vorliegendes kommunistisches Vermögen beschrieben.

Um dieses zu befreien müsse die Multitude nur noch die parasitäre äußere Hülle abstreifen, da der Kommunismus bereits als technischer vorhanden sei. Das Leiden – um mit Adorno zu sprechen - oder die Qual und Anstrengung in der Lohnarbeit – um mit Marx zu sprechen - ist aus der Theorie ausgetrieben worden. Kampf heißt nur noch Emanzipation von parasitären Hüllen und ein Identisch-Werden mit den vorgegebenen Arbeitsformen und Produktivkräften. Entfaltung von Produktivkräften und Entfaltung des Vermögens der Multitude fallen zusammen. Negativität, Zerstörung vorgegebener Formen sind in diesem Konzept nicht mehr vorgesehen. Die postoperaistische Beschreibung der Wirklichkeit entpuppt sich als Ideologie, wenn man auf den Terror neuer selbständiger Arbeit reflektiert, auf die Situation in Schreibstuben, Webdesignbüros, in der privaten und stationären Pflege oder am heimischen Laptop.

Der Postoperaismus traut seinen eigenen Prophezeiungen jedoch keineswegs. Auch wenn ein vermittlungsloser Durchmarsch der Multitude durch das Empire behauptet wird, auch wenn ein »Wir leben schon im Kommunismus!« ausgerufen wird, auch wenn die Multitude als nicht repräsentierbar vorgestellt wird, greifen Michael Hardt und Antonio Negri und die an sie anschließenden Post-Operaisten auf politizistische Praxis-Konzepte zurück. Rettung soll bringen: Garantierte Grundsicherung, Bürgerrechte, europäische Verfassung, »Spielbein Bewegung – Standbein Partei«.

### **5.3. Norbert Trenkle: Kampf ohne Klassen. Warum das Proletariat im kapitalistischen Krisenprozess nicht wiederaufersteht**

#### **Vom Klassenkampf zur Deklassierung**

Während auch in den ehemaligen Gewinnerländern des Weltmarkts die Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse fortschreitet und immer größere Teile der Bevölkerung erfasst, hat die Rede von einer Rückkehr der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes Konjunktur. Angesichts der rapide verschärften sozialen Polarisierung mag diese zunächst plausibel erscheinen. Doch wie so oft, trägt der Rückgriff auf die Deutungs- und Erklärungsmuster der Vergangenheit nicht etwa zur Klärung, sondern nur zur Verwirrung bei. Entgegen dem ersten Augenschein lässt sich weder die extrem wachsende soziale Ungleichheit adäquat in den Kategorien des Klassengegensatzes fassen, noch entsprechen die daraus resultierenden Interessengegensätze und -konflikte dem, was als Klassenkampf geschichtsmächtig wurde.

Der große soziale Konflikt, der als Klassenkampf die gesamte Durchsetzungsgeschichte der kapitalistischen Gesellschaft in entscheidendem Maße prägte, war bekanntlich der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Von der objektivierten Seite der warenförmigen Strukturlogik her betrachtet, handelt es sich dabei um den Interessengegensatz zweier kapitalistischer Funktionskategorien: Den Repräsentanten des Kapitals, die den Produktionsprozess zum Zweck der Kapitalverwertung kommandieren und organisieren und den Lohnarbeitern, die durch ihre Arbeit den dafür notwendigen Mehrwert »schaffen«. Für sich genommen ist dies ein rein immanenter Konflikt innerhalb des vorausgesetzten gemeinsamen Bezugssystems der modernen Warenproduktion, der sich um die Art und Weise der Wertproduktion (Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten etc.) und um die Verteilung der Wertmasse (Lohn, Profit, Sozialleistungen etc.) dreht. Als solcher ist er unauflösbar, solange es die kapitalistische Produktionsweise gibt, die auf der Selbstzweckbewegung der Verwertung des Werts basiert. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass er sich stets auch als Klassengegensatz ausdrücken müsste. Zum Klassengegensatz entwickelte sich der objektivierte Gegensatz von Kapital und Arbeit nur, weil sich auf seiner Grundlage unter ganz bestimmten historischen Bedingungen ein gesellschaftliches Großsubjekt konstituierte: Die Lohnarbeiterschaft entwickelte im Zuge des Kampfes für ihre Interessen und um die gesellschaftliche Anerkennung eine kollektive Identität und ein Bewusstsein als Arbeiterklasse. Erst diese Subjektconstitution versetzte die Verkäufer der Ware Arbeitskraft in die Lage, ihrem Kampf die notwendige Kontinuität und Stärke zu verleihen, auch über Rückschläge und Niederlagen hinweg.

Wenn nun der Klassenkampf in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend seine gesellschaftsprägende Dynamik und Kraft verlor, dann natürlich nicht darum, weil die kapitalistische Gesellschaft plötzlich ohne Mehrwertproduktion ausgekommen wäre. Der objektivierte Gegensatz der Funktionskategorien Kapital und Arbeit blieb und bleibt erhalten, auch wenn sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung seine konkrete Ausprägung veränderte. Jedoch verlor die Arbeiterklasse in dem Maße ihren Charakter als Kollektivsubjekt, wie die Lohnarbeiter als gleichberechtigte Staatsbürger und Warensubjekte in das Universum der bürgerlichen Gesellschaft aufgenommen wurden und sich die Existenzweise des Arbeitskraftverkäufers verallgemeinerte. Damit ging zugleich auch der revolutionäre Nimbus der Arbeiterklasse verloren, der einen nicht unerheblichen Teil des identitären Kitts ausgemacht hatte. Denn auch wenn die Vorstellung, der Klassenkampf habe antagonistischen Charakter und weise deshalb über die kapitalistische Gesellschaft hinaus, im Nachhinein als Illusion dechiffriert werden kann, spielte sie doch bei der Klassenkonstitution eine durchaus wichtige Rolle, denn sie verschaffte der Arbeiterbewegung das Bewusstsein, im Horizont einer weitreichenden historischen Mission zu agieren.

Letztlich entpuppte sich der Gegensatz von Kapital und Arbeit jedoch auch subjektiv als immanenter Interessenkonflikt. Trotz gelegentlicher rhetorischer Reprisen an vergangene Zeiten werden Arbeitskämpfe heute nicht unter der Prämisse geführt, dass die Interessen der Arbeitskraftverkäufer mit denen des Kapitals unvereinbar wären. Im Gegenteil: Betont wird immer ihre Kompatibilität, sei es im Namen der Produktivität, des Standorts oder der kaufkräftigen Binnennachfrage. Kritisiert werden hingegen allenfalls »übertrieben hohe Gewinne«, »unnötige Betriebsverlagerungen« oder, ideologisch aufgeladen, die »Heuschrecken des Finanzkapitals«. Die zu Warensubjekten formatierten Menschen halten es längst für selbstverständlich, dass Gewinn gemacht, Kapital verwertet, Produktivität gesteigert und Wachstum forciert werden muss. Sie wissen, dass ihr (wie auch immer prekäres) Wohlergehen in dieser Gesellschaft – und eine andere können sie sich kaum noch vorstellen – genau davon abhängt.

Diese Entwicklung auf der subjektiven Ebene lässt sich nicht nur allgemein auf die verallgemeinerte Durchsetzung der Warengesellschaft zurückführen, die der kapitalistischen Funktionslogik den Anschein eines unaufhebbaren Naturgesetzes verliehen hat. Es liegen ihr auch ganz spezifische Veränderungen im Verhältnis von Kapital und Arbeit zu Grunde, die bereits in der Ära des Fordismus eingeleitet wurden und sich nach dessen Ende in beschleunigtem Maße vollzogen haben. Sie führten zwar keinesfalls zur Aufhebung dieses

Funktionsgegensatzes, aber doch dazu, dass er keine Grundlage für die Konstitution einer erneuerten Klassensubjektivität mehr abgeben kann. Daher findet heute trotz oder auch wegen der extremen Verschärfung der sozialen Ungleichheit keine Reklassifizierung der Gesellschaft statt; vielmehr haben wir es mit einem allgemeinen Prozess der »Deklassierung« zu tun, der sich in mindestens vier Tendenzen ausdrückt.

Erstens ist schon seit der Endphase des Fordismus die unmittelbare Arbeit am Produkt zugunsten überwachender und kontrollierender sowie der Produktion vor- und nachgelagerter Funktionen zurückgedrängt worden. Das bedeutete nicht nur ein Abschmelzen der eigentlichen Arbeiterklasse im Sinne der wertproduktiven Industriearbeiterschaft und das massenhafte Aufkommen der verschiedensten Lohnarbeiterkategorien (in der Zirkulation, im Staatsapparat, den verschiedenen »Dienstleistungssektoren« etc.), deren Klassenzuordnung sinnvoll nicht möglich ist. Damit einher ging auch, dass ein erheblicher Teil der Kommandofunktion des Kapitals in die verschiedenen Arbeitstätigkeiten integriert und auf diese Weise der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital unmittelbar in die Individuen hineinverlagert wurde (was beschönigend als »Eigenverantwortung«, »Arbeitsanreicherung«, »flache Hierarchien« etc. figuriert). Diese Tendenz hat sich unter dem Druck der Krisenkonkurrenz und im Zuge einer allgemeinen Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse noch verschärft. Am augenscheinlichsten ist das bei den vielen kleinen »Selbstständigen« und »Arbeitskraftunternehmern«, deren Wohl und Wehe vollständig davon abhängt, ausgelagerte Tätigkeiten bestimmter Betriebe in Eigenregie und auf eigenes Risiko zu erledigen. Aber auch innerhalb der Unternehmen selbst nimmt die Tendenz weiterhin zu, die Beschäftigten zu »Managern« ihrer selbst und ihrer Arbeitsbereiche zu machen (etwa durch die Einrichtung so genannter »Profitcenter«). Und schließlich propagiert eine zynische Ideologie der Arbeitslosenverwaltung umso penetranter das Lob des »Selbstmanagements« und der »Eigenverantwortung«, je deutlicher wird, dass der Arbeitsmarkt bei weitem nicht alle Ausgespuckten wieder aufnehmen kann.

Zweitens kommt hinzu, dass der Wechsel zwischen den verschiedensten Tätigkeiten seit dem Ende des Fordismus immer mehr zur Norm geworden ist, was erheblich dazu beitrug, die Identifikation der Individuen mit einer bestimmten Funktion aufzulösen. Damit hat auch das Verhältnis zwischen den Individuen und ihrer Stellung im Produktionsprozess jede biographische und lebensweltliche Verankerung verloren und sich empirisch dem angenähert, was es seinem Begriff nach immer schon war: ein äußerliches. Im Krisenprozess fordert nun der kategorische Imperativ des Flexibelseins immer unerbittlicher Gehorsam ein. Bekanntlich

gibt es heute ja keine schlimmere Sünde wider das kapitalistische Gesetz als an einer bestimmten Arbeitsfunktion oder -tätigkeit zu kleben. Das verkünden nicht nur die Priester des Marktes, es resultiert aus den objektivierten Zwängen der globalen Dumpingkonkurrenz. Wer überleben will, muss zum ständigen Wechsel zwischen den Lohnarbeits- und Selbstständigkeitskategorien bereit sein und sich mit keiner von ihnen identifizieren – obzwar auch dies selbstverständlich nichts garantiert.

Drittens verlaufen die neuen Hierarchien und Spaltungen quer zu den kapitalistischen Funktionskategorien statt sich mit ihnen zu decken. Insbesondere werden sie nicht vom Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital bestimmt, denn innerhalb der Kategorie Lohnarbeit ist das soziale Gefälle so gewaltig wie in der Gesellschaft als Ganzer. Das betrifft zunächst die Betriebe selbst, in denen (schrumpfende) Kernbelegschaften mit vorläufig festem oder sogar tarifvertraglich abgesichertem Job neben einer wachsenden Zahl von Teilzeit- und Leiharbeitskräften zu ganz unterschiedlichen Konditionen dieselbe Arbeit verrichten. Noch größer jedoch sind die Unterschiede zwischen Branchen, Produktionsabschnitten und regionalen Standorten und schließlich existieren enorme Diskrepanzen im Hinblick auf Einkommen, Arbeitsbedingungen und Status, je nach Positionierung in der Hierarchie der globalen Verwertungsketten.

Viertens schließlich bedeutet Deklassierung, dass immer mehr Menschen weltweit ganz durchs Raster der Funktionskategorien hindurchfallen, weil für sie im System der Warenproduktion kein Platz mehr existiert, das immer weniger Arbeitskräfte produktiv vernutzen kann. Sie müssen erfahren, dass sie nicht nur jederzeit ersetzbar sind, sondern in wachsendem Maße auch im kapitalistischen Sinne überflüssig werden. »Privilegiert« ist, wem es gelingt, sich noch an irgendeine Funktion zu klammern oder zwischen verschiedenen Funktionen zu wechseln, ohne dabei abzustürzen. Da aber diese selbst prekär oder ganz obsolet werden, gerät solch Drahtseilakt zunehmend schwieriger. Weil die objektivierten Funktionsstrukturen zerfallen, fallen auch immer mehr Menschen durch ihr Raster hindurch. Wie viele es jeweils sind, differiert je nach der Stellung eines Landes oder einer Region in der globalen Konkurrenz, doch die Drohung des Absturzes ins soziale Nichts schwebt über allen. Die Tendenz ist klar und eindeutig: Weltweit ist ein wachsendes Segment neuer Unterschichten entstanden, die nichts mit dem alten Proletariat gemeinsam haben und die weder objektiv (durch ihre Funktion oder Stellung im Produktionsprozess) noch subjektiv (ihrem Bewusstsein nach) ein neues soziales Großsubjekt bilden (etwa ein »Prekariat«). Ihr Bezug auf den kapitalistischen Verwertungsprozess ist zunächst ein rein negativer: Sie werden

nicht mehr benötigt. Das zwingt aber dazu, die Frage nach der möglichen Konstitution neuer sozialer Emanzipationsbewegungen gänzlich neu zu formulieren.

### **Rettungsversuche am toten Subjekt**

Der wiederauferstandene linke Klassenkampfdiskurs trägt zur Klärung dieser Frage kaum etwas bei. Zwar hat er in mancher Hinsicht auf die gesellschaftlichen Umbrüche und Transformationen reagiert und einige argumentative Veränderungen durchlaufen, doch ist es ihm letztlich nicht gelungen, sich von den metaphysischen Grundmustern des traditionellen Klassenkampfmarxismus zu lösen. Diese werden beständig reproduziert, auch wenn die angerufenen (oder vielmehr herbeigewünschten) Subjekte sich verändert haben mögen. In meinem Aufsatz in *krisis* 29 habe ich versucht, dies vor allem in der Auseinandersetzung mit Hardt/Negri und John Holloway nachzuweisen. Hier soll nun der Blick zunächst auf Ansätze gerichtet werden, deren metaphysische Schlagseite nicht ganz so offensichtlich ist, weil sie eher soziologisch argumentieren und sich vor allem auf die Analyse der objektiven Seite der gesellschaftlichen Entwicklung konzentrieren. Es wird sich dabei zeigen, dass es gerade die empirischen Ergebnisse ihrer Untersuchungen sind, die das angewandte Klassenparadigma dementieren. Beim Versuch, die »Klassenanalyse« durch allerlei Anbauten noch zu retten, verwickeln sie sich in Widersprüche und Aporien, die deutlich darauf verweisen, dass dieses Rettungsunternehmen zum Scheitern verurteilt ist und nur ein Abbruch des traditionell-marxistischen Gedankengebäudes den Blick auf eine erneuerte emanzipatorische Handlungsperspektive eröffnen kann.

Hören wir zunächst den an Gramsci orientierten Klassentheoretiker Frank Deppe: »Die Arbeiterklasse«, so schreibt er in der Zeitschrift *Fantômas*, »ist keineswegs verschwunden, der Kapitalismus basiert nach wie vor auf der Ausbeutung der Lohnarbeit und den natürlichen, sozialen und politischen Bedingungen der Produktion und Aneignung von Mehrwert. Die Zahl der abhängig Arbeitenden hat sich zwischen 1970 und 2000 fast verdoppelt und umfasst ungefähr die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung. Das ist in erster Linie auf die Entwicklung in China und anderen Teilen Asiens zurückzuführen, wo infolge der Industrialisierung große Teile der Landbevölkerung ‚freigesetzt‘ wurden. In den entwickelten kapitalistischen Ländern beträgt der Anteil der Lohnarbeit inzwischen 90 % und mehr« (Deppe 2003, S. 11). Was zunächst an dieser Argumentation auffällt, ist, dass sie mit einem zwischen mindestens zwei Bedeutungen schwankenden Begriff der Arbeiterklasse operiert. Zunächst scheint Deppe ganz traditionell der Arbeiterklasse nur jene Lohnarbeiter zuzuordnen, die im strengen Sinne Mehrwert produzieren, deren Mehrarbeit direkt für die Verwertung des Kapitals abgeschöpft

wird. Dieser Klassenbegriff gleitet jedoch fließend in einen sehr viel weiteren über, der alle »abhängig Arbeitenden« und damit die »Hälfte der Weltbevölkerung« und in den kapitalistischen Metropolen sogar fast die gesamte Bevölkerung (nämlich über 90 %) umfasst. In diesem argumentativen Schwanken drückt sich bereits das ganze Dilemma der Klassentheoretiker aus. Wird die Kategorie der Arbeiterklasse im ersten Sinne interpretiert (was der Marxschen Theorie, auf die sich Deppe ja explizit bezieht, entspricht), dann müsste zugestanden werden, dass es sich dabei um eine globale Minderheit handelt, die immer mehr an Bedeutung verliert, je weiter die Rationalisierungsprozesse in den wertproduktiven Sektoren voranschreiten und die Arbeit in der unmittelbaren Produktion überflüssig gemacht wird. In der zweiten Bedeutung jedoch, also der Ausweitung der Kategorie der Arbeiterklasse auf alle »abhängig Beschäftigten«, wird sie zu einem Unbegriff, denn es fehlt ihr dann jede Trennschärfe. Sie ist dann nur ein anderes Wort für die allgemeine Existenz- und Lebensweise in der kapitalistischen Gesellschaft, die ihren Zusammenhang nun einmal über Arbeit und Warenproduktion vermittelt, was sich für die übergroße Mehrheit der Menschen als Zwang darstellt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um überleben zu können. Dieser allgemeine Zwang ist zwar wesentliches Grundmerkmal der kapitalistischen Gesellschaft, taugt aber gerade deshalb keinesfalls zur Bestimmung »der Arbeiterklasse«, weil ihm ja prinzipiell alle Menschen unterworfen sind, quer zu ihren Positionen in der gesellschaftlichen Hierarchie, ihren sozialen Stellungen und Lebenslagen.

Deutlich werden die Aporien der neueren Klassentheorie auch bei dem Historiker Marcel van der Linden, der den Klassenbegriff noch weiter fasst als Deppe. Ihm zufolge »gehört jederR TrägerIn von Arbeitskraft zur Klasse der subalternen ArbeiterInnen, dessen oder deren Arbeitskraft unter ökonomischem oder nicht-ökonomischem Zwang einer anderen Person verkauft oder vermietet wird. Gleichgültig ist dabei, ob sie von dem oder der TrägerIn selbst angeboten wird oder ob er oder sie eigene Produktionsmittel besitzt« (van der Linden 2003, S. 34). Mit dieser Definition will van der Linden der Tatsache Rechnung tragen, dass in der globalisierten Warengesellschaft eine ungeheure Vielzahl ausdifferenzierter und hierarchisierter Arbeitsverhältnisse entstanden sind, die nicht (mehr) in das klassische Schema der Lohnarbeit passen. Dazu zählt er u.a. verschiedene Übergangsformen zwischen Sklaverei, Lohnarbeit, Selbstanstellung und Subunternehmertum, aber auch die unbezahlte Subsistenz- und Reproduktionsarbeit von Frauen. Dementsprechend spricht van der Linden auch nicht mehr von der Klasse der »freien LohnarbeiterInnen«, sondern wählt den weiteren Begriff der »subalternen ArbeiterInnen« (vgl. van der Linden 2003, S. 31-33). Damit jedoch löst er das Problem nicht auf, sondern geht nur noch einen Schritt weiter als Deppe, indem er den

Klassenbegriff zu einer Metakategorie aufbläht, die prinzipiell die gesamte kapitalistische Gesellschaft umgreift.

Es liegt in der Logik der Sache, dass diese Metakategorie völlig konturlos ist. Sie stellt das Paradox eines Begriffs der kapitalistischen Totalität dar, dem genau diese Totalität entgleitet. Denn einerseits trägt sie indirekt dem Umstand Rechnung, dass die Arbeit das übergreifende Prinzip – oder genauer gesagt: das Vermittlungsprinzip – der bürgerlichen Gesellschaft darstellt. Andererseits wird genau dies durch die Fixierung auf die Kategorie der Klasse unsichtbar gemacht. Der traditionelle Marxismus hatte ja stets die Vermittlung des gesellschaftlichen Zusammenhangs über die Arbeit als überhistorische Konstante aller Gesellschaften betrachtet und nicht erkannt, dass es sich dabei um das historisch-spezifische Wesensmerkmal der kapitalistischen Formation handelt, das untrennbar mit der verallgemeinerten Warenproduktion und der selbstzweckhaften Verwertung des Werts verknüpft ist. Als Spezifikum des Kapitalismus erschien ihm vielmehr die besondere Art der Abschöpfung der Mehrarbeit in Gestalt des Mehrwerts, die Vermittlung über den Markt und das Privateigentum an Produktionsmitteln, Merkmale, die sich allesamt auf den Begriff der Klassenherrschaft bzw. des Klassengegengesatzes von Kapitalisten- und Arbeiterklasse zusammenziehen ließen. Diese Perspektive war zwar ideologisch kompatibel mit dem Kampf eines bestimmten Segments von Warenbesitzern um Anerkennung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wer sie aber darüber hinaus fortschreibt und zugleich der ungeheuren Ausdifferenzierung der Arbeitsverhältnisse unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalverhältnisses Rechnung tragen will, gerät notwendigerweise in unlösbare Widersprüche.

### **No more Making of the Working Class**

Den Versuchen, die Arbeiterklasse durch eine Überdehnung ihrer objektiven Bestimmungen zu retten, stehen andere gegenüber, die hauptsächlich von der subjektiven Seite her argumentieren. Diesen Ansätzen zufolge ist die Klasse nicht durch die Stellung im Produktions- und Verwertungsprozess definiert, sondern konstituiert sich stets neu und unterliegt permanenten Veränderungen, die sich im Wesentlichen aus der Dynamik der Klassenkämpfe ergeben. Eine solche Perspektive hat zunächst den Vorzug, dass sie den Blick auf die aktiven Momente in den sozialen Auseinandersetzungen, ihren Prozesscharakter und die darin enthaltenen subjektiven Entwicklungsmöglichkeiten lenkt, weil die Kategorie der Klasse offen gehalten und nicht definitorisch festgeschrieben wird. Doch die Offenheit des Blicks täuscht. Grundsätzlich eingeschränkt wird sie durch ein Axiom, das allen spezifischen

Analysen immer schon vorangestellt wird und ihren Blickwinkel einschränkt. Wie selbstverständlich wird nämlich der Klassenkampf als überhistorisch gültiges Prinzip vorausgesetzt, aus dem sich seinerseits die Klasse ableiten lässt. »In allen gesellschaftlichen Verhältnissen immer schon präsent, geht der Klassenkampf den historischen Klassen voraus«, schreibt etwa die Redaktion der Zeitschrift *Fantômas* (4/2003, S. 4; Hervorheb. N. T.). Damit jedoch wird die Argumentation zirkulär. Sowohl der Begriff der Klasse wie der des Klassenkampfes lassen sich völlig willkürlich definieren. Alle sozialen Auseinandersetzungen können nun undifferenziert zu Klassenkämpfen geadelt werden und ihre Akteure zu Klassensubjekten. Auf diese Weise gelangt der subjektivistische Klassenbegriff im Prinzip zum gleichen Resultat wie sein objektivistisches Pendant. Es ist daher auch kein Wunder, dass sich diese ehemaligen theoretischen Kontrahenten zunehmend miteinander versöhnen und friedlich koexistieren (wie etwa in jener Ausgabe von *Fantômas*). Denn wo jede begriffliche Schärfe verloren geht und die »Klasse« ohnehin alles und jedes sein kann, spielen auch die alten Differenzen keine wesentliche Rolle mehr.

Problematisch ist dabei vor allem, dass der Begriff des Klassenkampfes, wenn er aus dem historisch-spezifischen Kontext der Arbeiterbewegung herausgelöst wird, in dem er allein einen Sinn machte, sehr leicht mit einem völlig unspezifischen Begriff des »Kampfes« kurzgeschlossen werden kann, der eher dem »Krieg aller gegen alle« (Hobbes) entspricht als einem Kampf gegen die kapitalistischen Zustände und Zumutungen. Besonders augenscheinlich ist das bei Hardt/Negri, die selbst noch den individualisierten alltäglichen Existenzkampf zu einer Ausdrucksform des Klassenkampfes verklären und keinerlei Kriterien mehr haben, um sich von rein regressiven Gewaltausbrüchen oder auch fundamentalistischen Bewegungen abzugrenzen. Der »Klassenkampf« wird damit zu einer abstrakten Leerformel, die den permanenten inneren Kriegszustand der kapitalistischen Gesellschaft und ihren krisenhaften Zerfall ebenso umfasst wie die Bestrebungen, sich dem entgegenzustellen. Nun wollen zwar viele Vertreter des subjektivistischen Klassenstandpunkts diese Konsequenz aus guten Gründen nicht nachvollziehen, doch geraten sie dabei in ziemliche Begründungsnot. Denn für die Unterscheidung zwischen dem bloßen Ausagieren der bürgerlichen Subjektivität in ihren hässlichsten Facetten und den Versuchen, genau diese zu überwinden (z.B. in sozialen Basisbewegungen) hält ihr freischwebender, dekontextualisierter Klassenkampfbegriff keinerlei begriffliches Instrumentarium bereit. Zu seiner Rettung sind daher allerlei argumentative Anbauten notwendig (etwa der Rückgriff auf die Diskurstheorie), was aber nur beweist, wie wenig er selbst noch zur analytischen Klärung beitragen kann.

Einer der wichtigsten Kronzeugen der subjektivistischen Klassentheorie ist der englische Sozialhistoriker E. P. Thompson, der stets den Akzent auf das aktive Moment bei der Entstehung der Arbeiterklasse gelegt hat. Im Vorwort zu seiner wichtigsten historischen Studie, die im Original (1963) den programmatischen Titel *The Making of the English Working Class* trägt, schreibt er: »Es heisst Making, denn was hier untersucht wird, ist ein aktiver Prozess, Resultat menschlichen Handelns und historischer Bedingungen. Die Arbeiterklasse trat nicht wie die Sonne zu einem vorhersehbaren Zeitpunkt in Erscheinung; sie war an ihrer eigenen Entstehung beteiligt« (Thompson 1987, S. 7). Allerdings beziehen sich Thompsons Analysen – wie er selbst immer betont – auf Prozesse in einer ganz spezifischen historischen Situation: auf den kapitalistischen Durchsetzungsschub zwischen dem letzten Drittel des 18. und dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in England. Diese Situation unterschied sich aber auf ganz grundsätzliche Weise von der heutigen. Sie war geprägt von einer Zurückdrängung und Zerstörung der vergleichsweise heterogenen vor- und protokapitalistischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse unter dem immer stärkeren Vereinheitlichungsdruck der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise; und das heißt nicht zuletzt, von der massenhaften Schaffung der »doppelt freien Lohnarbeiter«, die dazu gezwungen waren, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wenn sie überleben wollen. Thompson konzentrierte sich in seinen Untersuchungen auf die dadurch provozierten Revolten und Abwehrkämpfe und zeigte, wie durch sie hindurch sich so etwas wie ein Klassenbewusstsein herausbildete.

So wichtig es nun aber war, die Bedeutung dieser vom orthodoxen Marxismus vernachlässigten subjektiven Prozesse hervorzuheben, so wenig dürfen die darüber gewonnenen Erkenntnisse doch aus ihrem historischen Kontext herausgelöst werden, wenn sie nicht im schlechten Sinne abstrakt werden sollen. Die Herausbildung eines Klassenbewusstseins ergibt sich zwar keinesfalls automatisch aus dem Durchsetzungsprozess der Kapitalverwertung, dennoch entspricht diese subjektive Vereinheitlichung zur Arbeiterklasse dem gleichzeitigen objektiven Prozess zur Unterwerfung aller gesellschaftlichen Beziehungen unter das Einheitsprinzip von abstrakter Arbeit und Warenproduktion. Beide Momente verschlingen sich in einer dialektischen Beziehung. Thompson selbst betont: »Die Klassenerfahrung ist weitgehend durch die Produktionsverhältnisse bestimmt, in die man hineingeboren wird – oder in die man gegen seinen Willen eintritt. Klassenbewusstsein ist die Art und Weise, wie man diese Erfahrungen kulturell interpretiert und vermittelt: verkörpert in Traditionen, Wertsystemen, Ideen und institutionellen Formen. Im Gegensatz zum Klassenbewusstsein ist die Erfahrung allem Anschein nach determiniert« (Thompson 1987, S. 8).

Übertragen wir diese Aussage auf die heutige Situation, so muss zunächst einmal festgestellt werden, dass der objektiv vorgegebene Rahmen, innerhalb dessen gesellschaftliche Erfahrungen gemacht und soziale Auseinandersetzungen geführt werden, ein grundsätzlich anderer ist. Die Haupttendenz ist bei weitem nicht mehr die der Vernichtung nicht-kapitalistischer Lebensweisen durch die Dampfwalze der Verwertung (obwohl auch dies in manchen Teilen der Welt noch geschieht). Vielmehr sind wir mit einer Situation konfrontiert, in der das warenproduzierende System sich weltweit verallgemeinert hat und zugleich in einen fundamentalen Krisenprozess eingetreten ist, weil es durch die massenhafte Verdrängung von Arbeitskraft seine eigenen Grundlagen untergräbt. Diese Entwicklung, die sich in der zunehmenden Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse ausdrückt und darin, dass immer mehr Menschen weltweit ausgeschlossen werden, ist aber jener zu Beginn des 19. Jahrhunderts genau entgegengesetzt. Die Menschen werden nicht in eine einheitliche gesellschaftliche Form hineingezwungen, sondern die Einheitsform, in der sie leben und durch die sie konstituiert sind, zerfällt und sie fallen deshalb durch die Strukturen hindurch.

### **Krisenkapitalistische Fragmentierung und emanzipative Impulse**

Von einer Vereinheitlichung kann man in diesem Zusammenhang allenfalls insofern sprechen, als der Deklassierungsprozess ein allgemeiner ist. Darin ist aber für sich genommen nichts Verbindendes enthalten. Im Gegenteil: Die krisenkapitalistische Fragmentierung ist nur die Zuspitzung der kapitalistischen Logik im Stadium ihrer Zersetzung. Das gilt nicht nur in objektiver Hinsicht, wie etwa bei der verschärften »Standortkonkurrenz«, einer Zwickmühle, in der fast jeder partikulare Interessenkampf immer schon gefangen ist, ohne dass er deswegen prinzipiell seine immanente Berechtigung verlöre. Zugleich hat der verschärfte Druck des Existenzkampfes auch ganz wesentlich zur Entsolidarisierung und zur verschärften Durchsetzung der kapitalistischen Konkurrenz- und Abgrenzungssubjektivität beigetragen.

Diese Entwicklung drückt sich auch in den subjektiven Verarbeitungsformen und Handlungsweisen aus. Gerade weil heute kein Konstituierungsprozess eines Klassensubjekts mehr stattfindet und stattfinden kann, werden die Ansätze antikapitalistischen Widerstands durch Kollektivierungsprozesse überlagert und zurückgedrängt, die von regressiven Verarbeitungsformen aus dem Kernbestand der warengesellschaftlichen Subjektivität bestimmt sind. Das gilt für die Sekten- und Bandenbildung ebenso wie für den antisemitischen Wahn, für die rassistischen und religiösen Identitätspolitikern jeglicher Couleur nicht anders als für die Ausbrüche selbstzweckhafter Gewalt. Hier entsteht keine neue Working Class, sondern es agieren Menschen, die zu Arbeits- und Warensystemen getrimmt wurden, aber sich nicht mehr regulär als solche betätigen können.

Die krisenkapitalistische Fragmentierung setzt jedoch nicht nur die regressiven Momente der Subjektform frei; auch die emanzipativen Impulse, Vorstellungen und Bestrebungen, die sich mit dem Kampf der Arbeiterklasse um die Anerkennung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verbunden hatten, haben ihren Kontext verloren und sind gewissermaßen freischwebend geworden. Der historische Klassenkampf bezog seine relative Kohärenz aus der Zentrierung um den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der in der Aufstiegsphase des Kapitalismus eine integrierende Dynamik entfaltete. Hingegen setzt sich der Widerstand gegen den derzeitigen Prekarisierungs- und Verelendungsschub ständig der Gefahr aus, die zentrifugalen Tendenzen des kapitalistischen Krisenprozesses selbst zu reproduzieren. Er steht daher vor der schweren Aufgabe, soziale Konflikte so zu formulieren und zu führen, dass sie der verschärften Konkurrenz- und Ausschlusslogik und den damit einhergehenden identitätspolitischen Tendenzen entgegenwirken. Das kann letztlich nur gelingen, wenn unterschiedliche Kämpfe und Auseinandersetzungen ohne falsche Vereinheitlichungen und Hierarchien über alle Grenzen hinweg miteinander verbunden werden. Diese Verbindung lässt sich jedoch nicht aus vorausgesetzten objektiven oder subjektiven Bestimmungen (Klassenstandpunkt oder Klassenkampf) ableiten. Sie kann nur der bewussten Kooperation von solchen sozialen Bewegungen entspringen, die eine Aufhebung von Herrschaft in all ihren Facetten anstreben und zwar nicht nur als abstraktes Fernziel, sondern bereits in ihren eigenen Strukturen und Beziehungen.

Konzepte dafür lassen sich nicht am Reißbrett entwerfen. Die Theorie kann nicht viel mehr tun als grundsätzliche Überlegungen in diese Richtung zu formulieren. Wenn wir etwas aus Thompsons Untersuchungen lernen können, dann ist es die Bedeutung der praktischen Erfahrungen für die Konstituierung sozialer Bewegungen. Deshalb ist es wichtig, den Blick auf jene Prozesse zu lenken, innerhalb derer sich der Widerstand gegen die kapitalistischen Zumutungen den hierarchischen, populistischen und autoritären Einbindungsversuchen entzieht und wo Interessenkämpfe mit dem Aufbau selbstorganisierter Strukturen verbunden werden. Solche Bewegungen (wie etwa die Zapatistas, die autonomen Strömungen der Piqueteros und andere Basisbewegungen) sind zwar in vieler Hinsicht widersprüchlich und dürfen auf keinen Fall romantisch verklärt werden; auch sind sie weltweit gesehen minoritär und immer wieder von der Marginalisierung und der Vereinnahmung bedroht. Dennoch finden sich hier Ansätze und Momente, die auf die Perspektive einer Befreiung von der warengesellschaftlichen Totalität verweisen. Nicht dem Klassenkampf gehört die Zukunft, sondern einem emanzipativen Kampf ohne Klassen.

## Literatur:

Frank Deppe (2003): Der postmoderne Fürst. Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert, in: Fantômas Nr. 4/2003, Hamburg, S. 7-12.

Marco Fernandes (2006): Piqueteros oder Wenn Arbeitslosigkeit adelt, in: krisis 30, Münster 2006

Ernst Lohoff (2005): Die Verzauberung der Welt, in: krisis 29, Münster 2005, S. 13-60.

Moishe Postone (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft, Freiburg 2003.

Franz Schandl (2002): Desinteresse und Deklassierung, in: Streifzüge Nr. 3/2002, Wien, S. 12-13.

Edward P. Thompson (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse (Band 1), Frankfurt 1987.

Norbert Trenkle (2005): Die metaphysischen Mucken des Klassenkampfes, in: krisis 29, Münster 2005, S. 143-159.

Marcel van der Linden (2003): Das vielköpfige Ungeheuer. Zum Begriff der WeltarbeiterInnenklasse, in: Fantômas Nr. 4/2003, Hamburg, S. 30-34.

## **6. ...ums Ganze!, Peter Decker, Jens Wissel, Michael Heinrich: Neue Imperialismustheorien**

### **6.1. Redical [M] (Göttingen): Einleitung zur Auswertung**

Im Rahmen des ...Ums Ganze – Kongresses in Frankfurt a.M. richteten wir, die Redical [M] aus Göttingen eine Veranstaltung aus. Das Thema mit dem wir uns beschäftigt haben, umfasst verschiedene Ansätze des Bereiches Imperialismus bzw. Empire. Im Laufe unserer Auseinandersetzung mit der Materie, wurde uns jedoch schnell klar, dass es nicht so einfach werden würde, eine Begriffsbestimmung bzw. eine Analyse des internationalen und transnationalen Wirtschaftens, die dem Gegenstand gerecht wird, zu formulieren, ohne dabei in eine verkürzte Analyse zu verfallen.

Diesem Anspruch wollen wir uns in zwei Schritten nähern. Der erste Teil des Textes ist eine Beschreibung und Beurteilung der Kongressveranstaltung selbst. Diese beginnt mit der Darstellung der Positionen der einzelnen Referenten, namentlich M. Heinrich, J. Wissel und P. Decker. Im Anschluss wollen wir die zentralen Fragestellungen und Probleme, die wir in ihren Positionen sehen, skizzieren und unsere Position zu diesen ausführen.

Michael Heinrich kommt aus Berlin und ist Mitglied in der Redaktion »Prokla«, einer Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften und hat diverse Bücher und Texte zur Marxinterpretation geschrieben und verschreibt sich selbst der monetären Werttheorie. Jens Wissel studierte in Frankfurt a.M. Gesellschaftswissenschaften und vertritt einen regulationstheoretischen Ansatz. Peter Decker ist Redakteur der Zeitschrift »Gegenstandspunkt« und kommt aus Nürnberg.

Ausgangspunkt des zweiten Abschnitts, also unserem Beitrag, der sich vor allem der theoretischen Erörterung des Phänomens Imperialismus und dessen Grundlagen widmet, soll die Betrachtung des Staates als Garant der national-ökonomischen Wettbewerbsordnung einnehmen, da wir hier den Ausgangspunkt für eine differenzierte Analyse sehen. Dabei soll es sowohl um die Rolle gehen, die dieser heute einnimmt, es sollen aber auch die historisch spezifischen Formen gekennzeichnet werden. Vorhandene Interpretationen und Analysen bekannter TheoretikerInnen und KritikerInnen werden im weiteren Verlauf kurz dargestellt. Dies soll jedoch nur den theoretischen Hintergrund geben, damit wir im Folgenden den Versuch einer eigenen Analyse der internationalen Wirtschafts- und Gewaltverhältnisse vorstellen können. Um die Komplexität des thematischen Gegenstandes verständlicher zu gestalten, orientieren wir uns anhand von Beispielen des inter- und transnationalen Handelns

zwischen EU und den USA, sowie der EU und den Entwicklungsländer.

### **1. Peter Decker (Gegenstandspunkt)**

Die modernen großen Staaten sind alle bewaffnet, daher herrscht eine beständige Gewaltkonkurrenz untereinander. Es herrscht ein ständiges Ringen, um Abschreckung der anderen Staaten. Die primäre Frage ist, wer kann wen für seine Zwecke instrumentalisieren bzw. sich der Dominanz entziehen. Die Folge davon bzw. die Form in der so etwas geschieht sind Bündnisse (NATO etc.) die andere Nationen dominieren. So ist es nach Decker folgerichtig, dass Staaten den Zugang zu Waffensystemen anderer Staaten überwachen (Bsp. Iran und Atom). Es findet dabei permanente Gewaltkonkurrenz statt. Frieden oder das was dafür gehalten wird, hält solange, wie dieses Arrangement eingehalten wird.

Barbarei des Allgemeinwesens, ist der bürgerliche Staat. Das Machtstreben von Staaten wird dabei von den Politikwissenschaften zu meist als erfolgreiche Abwicklung durch rationale Verhältnisse und Ausgleich von Dominanzstrukturen wahrgenommen. Kriege werden demnach nur dann geführt, wenn die beiden Kriegsparteien nicht rational zum Ausgleich der Interessen beitragen. Nach Deckers Ansicht ist das nicht »normal«.

Die zweite These, die Peter Decker aufstellt, behandelt die Frage, warum die Gemeinwesen so agieren, so dass sie generell mit Bedrohung arbeiten.

Er führt dies auf die kapitalistischen Gesellschaften mit ihrem Ziel der endlosen Vermehrung des Kapitals und der endlosen Expansion zurück. Dabei werden Staatsgrenzen überwunden, indem ein Staat sich auf einen anderen Staat zu bewegt und Handelsverträge ausarbeitet. Die Benutzung ist dabei gegenseitig, denn jeder Staat will sich stärken, will das Verhältnis, um sich an den Ressourcen zu bereichern, zu seinen Gunsten entscheiden. Das führt nach Decker dazu, dass sich die Staaten dem generellen privatwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnis unterwerfen. Neben der Konkurrenz der Privaten findet ein Wettbewerb um die Erlaubnisse und Verbote statt. Die Benutzung anderer ökonomischer Staaten gelingt, wenn man das Verhältnis der Mächtigen im Griff hat, wenn man die andere Macht unter Kontrolle hat, die Beziehungen aussetzen kann und in dem man ihren Markt gebraucht (EU vs. Russland, Gas). Deswegen findet, getrennt von jeder Zufriedenheit und Unzufriedenheit, eine Konkurrenz um Dominanz anderer Staaten statt.

Falsch ist es, sich Imperialismus so vorzustellen, dass sich eine bestimmte Staatsmacht in den

Dienst eines bestimmten Konzerns stellt. Nach der Position Deckers wird der Staat nicht imperialistisch, um sich im anderen Land des Öls zu bemächtigen. Gewalt und Dominierung haben nicht ausschließlich einen ökonomischen Zweck. Es ist das gesamte Benutzungsverhältnis zu anderen Staaten, also dass es das Bedürfnis der Kontrolle anderer Staaten gibt. Kriege brechen nicht aus weil Krisen entstehen, sondern weil die Gewalten ihre Versuche, die anderen sich unterzuordnen bis zu einem Punkt getrieben haben, bei dem einer der staatlichen Akteure die für sich gesetzte Grenze des erträglichen überschreitet.

#### Kritik von Decker an Heinrich und Wissel

Peter Decker meint, dass Heinrich als auch Wissel nur über Imperialismustheorien streiten, nicht aber über den Gegenstand Imperialismus selbst. Ob der Begriff Imperialismus verwendet wird oder nicht ist keine zentrale Fragestellung. Es geht um den Gegenstand, nämlich die Gemeinwesen, in dem wir leben. Frage ist vielmehr was es zu diesen Verhältnissen zu sagen gibt. Der Ordnungsrahmen, der internationale Warenverkehr ist nichts neutrales, es gibt die beherrschende Macht und die anderen müssen sich das gefallen lassen. Nach Decker ist es nicht so, dass der Weltmarkt eine neutrale Institution ist. Was erlaubt und verboten ist, wird von bestimmten, dominierenden Nationen verhandelt.

Der Weltmarkt ist insofern keine neutrale Instanz, als dass er für alle da wäre. Der Weltmarkt ist ein Zulassungsverhältnis, so die zentrale These. Es sind die großen Staaten, die bestimmen, wer an dem Weltmarkt partizipieren darf und wer nicht. Um diese These zu verdeutlichen führt Decker einige Beispiele an wie z.B. die Sanktionen gegen Kuba seit Bestehen. China ist und Russland will in die WTO. Dabei geht es ihnen um die Anerkennung als Global Player. Auch das ist ein Herrschaftsverhältnis. Die Geschäfte brauchen eine Regelmäßigkeit und eine Ordnung. Das Projekt Europa ist angetreten als ein »antiimperialistisches Projekt« gegen die USA. Nicht erst seit »Gallileo«, wird versucht, sich einen militärisch unabhängigen Satellit zu bauen, nicht erst jetzt, wo in Afghanistan Krieg geführt wird, um der USA nicht das Feld zu überlassen. Dass sich die europäischen Staaten als Wirtschaftsraum zusammenschließen, ist logisch. Wenn die EU nicht eine bestimmte Kapitalgröße und Kapitalproduktivität erreicht, ist sie dauerhaft eine ökonomische Provinz des US Kapitals.

#### **Thema Globalisierung: Was hat sich verändert?**

Kommunikation und Transport haben sich radikal beschleunigt und verbilligt. Dies hat jedoch nur die Unkosten des grenzüberschreitenden Verkehrs gesenkt. In der Sache besteht jedoch ein marginaler Unterschied.

Die These, dass es heute eine Vielzahl transnationaler Konzerne gibt, die quasi auf dem ganzen Weltmarkt beheimatet sind und keinem Nationalstaat mehr angehören und somit ihrerseits die nationalen Standorte gegeneinander ausspielen und die billigsten Lohnkosten nutzen können verneint Peter Decker und stellt seinerseits die These auf, dass der gesamte Weltmarkt ein Geschöpf der Staaten ist. Und auch, dass es überhaupt transnationales Kapital gibt, ist die Tat der Regierungen, die Investitionsfreiheiten eröffnet haben. Im historischen Kontext sei es vor allem die USA gewesen, die nach dem 2. Weltkrieg das Kapital gehabt habe, ihre Waren (GM, Cola etc.) im Ausland absetzen zu können und somit ein gewisser Teil des Kapitals in die USA zurückfließt. Dieses Verhältnis, die ganze Welt zu benutzen, das eigene Kapital bzw. das eigene Geld in die Welt zu schicken, hat die Etablierung des eigenen Gelds bzw. die Währung in die Welt zu schicken erst möglich gemacht. Dadurch erlangte die USA die enorme Finanzmacht, die die Voraussetzung für ein Geld als Weltwährung ist. Diese Macht verteidigen die großen Nationen, die jetzt die Globalisierung wollen. Dabei lassen sie auch nur soviel Globalisierung zu, wie sie für sie nützt. In den USA und EU gibt es erste Schritte, diesen Trend umzukehren. Diese Staaten wollen (direkte) Auslandsinvestitionen nicht mehr für jeden Staat zulassen. Auch das obliegt dem Souverän zu entscheiden.

Hieraus ergibt sich die Fragestellung inwiefern das alles schon ausgemacht ist und inwiefern das nicht nur für den modernen bürgerlichen Staat zutrifft. Decker antwortet hierauf in dem Sinne, dass es dieses »Benutzungsverhältnis« nicht erst seit dem Kapitalismus gebe. Das spezifische im Kapitalismus ist jedoch, dass die Benutzung anderer Staaten nicht mehr zwingend in kriegerischer Auseinandersetzung stattfinden muss.

## **2. Jens Wissel**

Der Begriff des Imperialismus ist wichtig um spezifische Formen der Politik zu beschreiben, bei denen es vor allem um Macht- und Gewaltstrukturen geht. Unter Imperialismus ist eine Handlungsweise zu verstehen, die versucht durch die Anwendung von Zwangsmechanismen, im weiteren Sinne, Kontrolle zu erlangen. Wobei Kontrolle hier jedoch nicht zwangsläufig eine direkte oder gar militärische sein muss.

Ebenfalls ist es aber auch wichtig sich der Frage nicht zu verschließen warum der Begriff des Imperialismus in neuerer Zeit selten verwendet wird, in der Wissenschaft, wie auch in der radikalen Linken. Dies hat einerseits mit der Geschichte antiimperialistischer Bewegungen und der begründeten Kritik an diesen zu tun, andererseits ist die Ursache aber auch in der Unbestimmtheit im Begriff selbst zu suchen. In den 70er Jahren wurde der Imperialismus ein

Synonym für das allgemeine Böse des Kapitalismus und somit ohne jede Schärfe beinahe unbrauchbar. Frühere Imperialismustheorien versuchten aus ökonomischen Strukturen eine logische Schlussfolgerung auf die Handlungsweise der Nationalstaaten zu entwickeln. Diesen Determinismus verneint Jens Wissel und argumentiert, dass es keine notwendigen Entwicklungen im Kapitalismus gibt, es also auch notwendigerweise keinen Imperialismus geben müsste, sondern sich je nach nationalstaatlichen, wie auch geopolitischen Kräfteverhältnissen und Entwicklungen im Kapitalismus selbst solche Phänomene herausbilden. Insgesamt braucht es allerdings schon eine neue theoretische Fundierung des Begriffs, die historische Theorien beachtet, aber vor allem die Klärung des Sachverhalts im Auge hat. Hierzu wäre es nötig die Rolle und die Wandlungen der Rolle des Nationalstaates an den Anfang der Analyse zu stellen. Im Zuge der Wandlungen wäre die Frage nach der Transnationalisierung des Staates, des Kapitals und der Gesellschaften zu untersuchen. Interessant sind im Zuge auch die möglichen Wandlungen, des in den 70er Jahren sehr klar verorteten Verhältnisses von Zentrum und Peripherie. Dies ist, so meint Jens Wissel, mittlerweile nicht mehr so klar zuordenbar und in sich schon flexibilisiert worden, durch die Veränderung der Produktionsverhältnisse. Die postfordistischen Arbeits- und Lebensweisen haben natürlich einen Einfluss auf den Nationalstaat und somit auch auf den Imperialismus

Heutige Imperialismustheorien unterscheiden sich deutlich in der Beurteilung der Rolle und der Handlungsmöglichkeiten des Nationalstaates. Auf der einen Seite wäre hier exemplarisch Hardt und Negri zu nennen die in ihrer Theorie vom Empire ein transnationales Konstrukt entwerfen, das tendentiell kein Aussen mehr kennt und somit der Staat in seiner Rolle immer weniger bis kaum mehr bedeutend erscheint. Auf der anderen Seite finden sich Theorien, die den Staat in seiner vollen Handlungsmöglich- und Mächtigkeit darstellen. Auch aus diesem Grund ist, wie oben bereits angesprochen, die Klärung dieser zentralen Frage eine notwendige Grundlage um sich dem Phänomen Imperialismus zu nähern. Jens Wissel betont hier, dass der nationale Imperialismus sichtbar nicht verschwunden ist, allerdings wird dieser zunehmend durch ein Ensemble aus transnationalen Institutionen und Netzwerken überdeckt. Dieses Ensemble könnte man möglicherweise auch als Empire bezeichnen. Jedoch nicht als monolithischer Block, sondern als ein in sich gespaltenes, gebrochenes Empire das Widersprüche durchaus austrägt. Die Debatte sollte hier daran geführt werden, wie der Staat sich zu diesen Transnationalisierungsprozessen verhält und welche Machtverschiebungen hier stattfinden. Diese Prozesse sind allerdings nicht nur als gegenüberliegendes Verhältnis National – Transnational zu denken, sondern durchziehen direkt den Nationalstaat, sei es auf der Kapital-, oder aber auch auf der kulturellen, wie auch politischen Ebene.

Im Zuge dessen bringt Wissel den Hegemoniebegriff von Gramsci in die Debatte ein. Dieser könnte sich durchaus eignen, sei es als Ergänzung oder als Abgrenzung zum Imperialismus, Vorgänge treffend zu beschreiben. Hegemonie beschreibt er als »Konsens gepanzert mit Zwang« wohingegen man Imperialismus als »Zwang gepanzert mit Konsens« beschreiben könnte. Der Stellenwert der direkten Gewaltförmigkeit ist bei den beiden Begriffen also ein anderer. Es lässt sich beobachten, dass das zunehmende Wegfallen der US-Hegemonie zu einem verstärkten Imperialismus führt. Der Expansionsdrang des Kapitalismus sich also zunehmend wieder auf eine Erschließung der Restmärkte konzentriert, ohne natürlich von der »innere Landnahme« völlig abzusehen. Abschliessend betont Jens Wissel, dass es nicht nur darum gehen kann sich die Welt mit Hilfe einer Formanalyse anzuschauen. Es ist gerade nötig sich die Wirklichkeit und die handelnden Akteure anzuschauen, ohne natürlich die Formen der kapitalistischen Vergesellschaftung ausser Acht zu lassen.

### 3. Michael Heinrich

Michael Heinrich äussert grundsätzliche Kritik an »Imperialismuskonzepten«, die er nicht am Wort festmacht, sondern an dem was damit verbunden wird. Es geht ihm dabei um die begriffliche Unschärfe, die moralisierende Kritik und die theoretische Herangehensweise.

Die Imperialismustheorien von Lenin, Luxemburg und anderen haben sich seiner Meinung nach nicht auf Marx, sondern (bei Lenin) auf Hobson bezogen und eher eine Herrschaftssoziologie betrieben. Im Gegensatz dazu habe Marx eine Formtheorie entwickelt. Die individuellen Handlungen sollen auf der Grundlage der ökonomischen Formen erklärt werden, dies ist der grundsätzlicher Unterschied zu den bürgerlichen Wirtschaftstheoretikern. Eine verkürzte Ökonomietheorie liege den Imperialismustheorien zugrunde und gehen vom Willen der einzelnen Monopolherren aus. Entsprechend wird in der politischen Theorie dieser Wille der Monopolherren als Urheber für staatliche Handlungen ausgemacht.

#### Was Marx zu Ökonomie und Politik sagt: Formkritik

Marx spricht von Durchsetzung der Herrschaft über das Wertgesetz. Die Konkurrenz der Kapitale ist nicht der Erklärungsgrund für etwas, sondern bedarf selbst der Erklärung aus den ökonomischen Formen. Auf diesem Niveau müsste die Analyse der internationalen Konkurrenz stattfinden.

Die Empirethese von Hardt und Negri bringe keinen Fortschritt, sondern kombiniere zwei falsche Theorien. Erstens Lenins Theorie, die niemals richtig gewesen ist und Zweitens die

These, dass der Nationalstaat kein bedeutender Akteur mehr sei. Für eine tiefgreifende Analyse wäre es aber wichtig über das Verhältnis von staatlicher Politik und Kapital zu sprechen und andererseits über Kapitalbewegung auf dem Weltmarkt. Der Staat ist nicht die einfache Umsetzung einzelner Interessen (die Inanspruchnahme des Staates von Einzelinteressen werde bereits in der bürgerlichen Öffentlichkeit kritisiert, als Zweckentfremdung der Institution Staat), sondern das Allgemeininteresse sei das staatliche Ziel. Das Allgemeininteresse muss in jeder historischen Situation neu ermittelt werden. Demokratie und bürgerliche Öffentlichkeit sind die Institutionen, die wesentlich für die Ermittlung des kapitalistischen Gesamtinteresses, das vom Staat als ideeller Gesamtkapitalist vertreten wird, von Bedeutung sind.

### **Internationale kapitalistische Konkurrenz:**

Die Konkurrenz der Kapitale auf dem Weltmarkt bedarf eines Ordnungsrahmens, der nur durch Staaten hergestellt und durchgesetzt werden kann. Auf der internationalen Ebene findet man immer beides: Internationale Kooperation zur Herstellung und Garantierung der Rahmenbedingungen für die Kapitalverwertung auf der einen Seite. Und auf der anderen die Konkurrenz von Kapitalen und eine Machtkonkurrenz von Staaten. Wichtig ist es für eine Analyse sich den jeweiligen Einflussraum der Staaten anzuschauen. Ist dieser eingeschränkt erfordert es umso mehr eine Kooperation mit anderen. Dies kann unter anderem durch transnationale Organisationen (IWF, UNIO, etc.) gewährleistet werden, in denen die Staaten natürlich versuchen für sich selbst Vorteile zu sichern.

### **Verhältnis USA und EU**

Abschliessend stellt Michael Heinrich zum Thema der Konkurrenz der USA und Europas fest, dass diese durchaus besteht und auf verschiedenen Ebenen auch ausgetragen wird. Die USA kommen um eine gewisse Kooperation nicht herum. Insgesamt sei das kapitalistische Allgemeininteresse noch nicht ausgemacht, auch deshalb sei noch unklar was passieren wird. Klar sollte jedoch sein, dass es falsch ist auf Seiten eines vermeintlich sozialeren Europas zu intervenieren. Sinnvoll sei stattdessen, die Kritik beider imperialer Projekte.

### **Fragen**

1. Leistet Heinrich mehr als nur eine Kritik an bestehenden Imperialismustheorien oder liefert er eine eigene Theorie der internationalen Konkurrenz von Staat und Kapitalen? (Nein, er stellt »nur« Bedingungen auf, denen eine solche Theorie genügen muss.)
2. Reicht eine reine Formtheorie, wie Heinrich sie einfordert aus oder bedarf es nicht auch der

konkreten Analyse der aktuellen Entwicklung des Verhältnisses Staat-Kapital, Kapital a-Kapital b, Staat a-Staat b, Einzelkapitale- Gesamtzusammenhang, einzelne Staaten-Gesamtzusammenhang? (Nein, Heinrich fordert auch nur eine angemessene Stellung der Formkritik/-theorie bei der Analyse der internationalen Konkurrenz.)

3. Wie müsste das Verhältnis von marxistischer Formtheorie und bürgerlicher Machtsoziologie/-ökonomie (Beschreibung konkreter Prozesse und Zusammenhänge) gestaltet sein?

4. Inwieweit ist eine Staatstheorie über eine ungefähre Trennung dieses Verhältnis praktikabel und überhaupt erwünscht/ für sinnvoll erachtet?

5. Wie wird das gesamtcapitalistische Allgemeininteresse überhaupt/«genau» ermittelt? (Was heißt es zu sagen, der Staat sei ein Verhältnis? Inwieweit müssten dann frühere Aussagen und Thesen revidiert werden?)

#### 4. Fazit

Um zu einer angemessenen Staatstheorie zu kommen, muss zunächst das Verhältnis von Formbestimmtheit und willentlichen Handeln der politischen Akteure geklärt werden. Wenn es stimmt, dass der Staat, bzw. das allgemeinkapitalistische Interesse, dass der Staat umsetzen soll, ein soziales Verhältnis ist, das sich beständig verändert (ausgehandelt wird), dann kann der Ansatz von Peter Decker höchstens beschreibenden, aber keinen erklärenden Charakter haben. Dieser Ansatz geht nur vom Ergebnis (dem ausgehandelten Gesamtinteresse) aus, ohne sich über den konkreten Prozess dessen Entstehung Gedanken zu machen. Wenn es aber das Ziel ist, die Prozesse der staatlichen Konkurrenz auch zu erklären, würde man sich nur Tautologien einhandeln: Weil der Staat der ideelle Gesamtkapitalist ist, entspricht sein Handeln dem kapitalistischen Gesamtinteresse. (Staat=Staat, Kapital=Kapital). Aussagen über aktuelle Entwicklungen bewegen sich dann nur noch auf der Ebene von »Das-ist-so-Aussagen«. Man sollte sich den Ansatz von Jens Wissel (Hegemoniethorie, Transnationalisierungsprozesse) angucken und ihn auf den Anspruch von Heinrich (Formbestimmtheit) prüfen, inwieweit hier grundsätzliche Widersprüche vorhanden sind. Erst auf einer einigermaßen geklärten theoretischen Grundlage sollte man sich neuere und aktuellste Entwicklungen von Staaten heranwagen, um nicht gänzlich entweder in abstrakte Machttheorien oder VWL zu verfallen. Der marxistische Ausgangspunkt sollte immer noch klar erkennbar sein.

## 6.2. Peter Decker, Statement in 5 Thesen: Imperialismus – Gibt es das heute noch?

Wer unter dem Stichwort Weltordnung eine geordnete Welt erwartet, liegt daneben. In der Ordnung von heute akkumulieren die "Brennpunkte". Krieg und Kriegsdrohung, Abschreckung, von außen geschürte Bürgerkriege, failed states und Chaos – all das ist Normalzustand. Die größten und wichtigsten Staaten des Globus sind bei jeder Schlächtereier mitten drin. Die USA führen seit Jahren einen groß angelegten Krieg um die Neuordnung des Nahen Ostens mit dem Ziel, erstens islamistische Feinde und arabischen Nationalismus zu vernichten, und zweitens dadurch die Gefolgschaft der übrigen Staatenwelt, also amerikanische Führung zu erzwingen. Die EU-Mächte, Russland und China leisten hinhalten Widerstand oder machen berechnend mit. Aber nicht, um den Amerikanern zu helfen und sich ihrer Führung zu beugen, sondern um ihnen das Feld der militärischen Neuordnung des Globus nicht alleine zu überlassen und selbst als bedrohliche Machtmonster Statur zu gewinnen und von den USA die Berücksichtigung ihrer nationalen Ansprüche zu erzwingen.

Wir sind Betroffene und Instrumente in einem Konkurrenzkampf um Herrschaftsverhältnisse zwischen Staaten. Die politischen Souveräne kommandieren und verpflichten nicht nur ihre jeweiligen Bürger, sondern ringen darum, sich auch die politische Herrschaft über andere Gesellschaften gefügig und dienstbar zu machen. Soweit das Faktum. Die Frage ist: Warum lassen sich die heutigen Gemeinwesen nicht in Ruhe? Warum geht der internationale Austausch nicht ab ohne einen Kampf um Diktat und Gefolgschaft zwischen den Staatsgewalten? Hier eine überaus knappe Antwort.

1. Der Staat, der in seinem Inneren Kapitalismus etabliert, schützt und zum Florieren bringt, öffnet den einheimischen Unternehmen den Weg ins Ausland, indem er bei anderen Staatsgewalten die Erlaubnis erwirkt und die Konditionen dafür vereinbart, dass seine Geschäftsleute auch im fremden Hoheitsbereich den Schutz ihres Eigentums genießen, kaufen, verkaufen, investieren und Leute ausbeuten dürfen. Schon die Öffnung anderer Staaten – einseitig oder gegenseitig –, sowie die Vereinbarung der Konditionen des grenzüberschreitenden Geschäftsverkehrs zwischen souveränen Staaten ist eine Gewaltfrage.

2. Wenn der Staat seinen Kapitalisten das Spielfeld erweitert – inzwischen auf den ganzen Globus –, wenn er privaten Geschäftsinteressen dient, macht er sich gleichwohl nicht zu deren selbstlosem Diener; er ist kein Getriebener und Gezwungener, auch nicht unter den Bedingungen der heutigen "Globalisierung"; vielmehr bezweckt die Ausweitung der

Geschäftsgelegenheiten aufs Ausland, das Kapitalwachstum auf dem nationalen Territorium zu beschleunigen, also das erste Lebensmittel der kapitalistischen Nation und die materielle Grundlage der Staatsmacht zu befördern.

3. Damit macht der bürgerliche Staat ausländische Reichtumsquellen zu eigenen; setzt deren Nutzung und Aneignung aber auch dem Verlauf der kapitalistischen Privatkonkurrenz aus. Er ist nun aber kein neutraler Beschützer des internationalen Geschäftsgangs nach dem olympischen Motto: "Der Bessere möge gewinnen!", sondern Partei. Er erlaubt den internationalen Geschäftsverkehr nur um sich am Partnerstaat zu bereichern und nicht um sich zu seinem Nachteil zur Reichtumsquelle anderer Nationen machen zu lassen. Daher steht er in einem ständigen Kampf mit "Partner-Nationen" um die Korrektur von Handels- und Investitionsbedingungen mit dem Ziel, dass diese Bedingungen so vereinbart werden sollen, dass sie die Benutzung der Ökonomie des Partnerstaats garantieren, eine schädliche Benutzung durch ihn aber ausschließen. "Argumente" in diesem Ringen sind: a) Was ein Staat mit dem gewährten Zugang zu seinem Binnenmarkt dem anderen zu bieten hat. Was er ihm b) also auch entziehen und welchen Schaden er dadurch bei ihm anrichten kann. Entscheidendes Argument in diesem diplomatischen Streit bleibt aber stets c) die politisch-militärische Macht selbst.

4. Deshalb stehen die kapitalistischen Staaten getrennt von ihrer ökonomischen Konkurrenz – und als Grundlage dafür – in einer nie endenden Konkurrenz um überlegene Gewalt; ihr Ideal, von den USA direkt angestrebt, ist das Gewaltmonopol über die Welt der Staatsgewalten. Jeder Souverän verlangt von anderen, mit denen er in Verkehr steht, ihn als die Macht, die er ist, anzuerkennen und auf dieser Basis, die Ansprüche, die er stellt, als sein gutes Recht zu respektieren. Diese Gewaltkonkurrenz ist losgelöst von einzelnen wirtschaftlichen Verträgen, von Konjunktur und Krise. Sie ist überhaupt keine Wirkung irgendeines Nicht-Funktionierens, sei es der inneren Akkumulation, sei es äußerer Benutzungsverhältnisse. Vielmehr ist sie die Grundlage des ganzen diplomatischen und ökonomischen Verkehrs zwischen den Staaten. Frieden herrscht, wenn zwei Seiten sich mit dem gegebenen Herrschafts- und Unterordnungsverhältnis zwischen ihnen zufrieden geben. Krieg "bricht aus", wenn eine Seite (oder beide) zu dem Schluss kommt, die andere missachte umfassend die Rechte, die sie sich herausnimmt.

5. In ihrer Konkurrenz als sich abschreckende und bedrohende Gewalten denken Staaten strategisch, d.h. sie antizipieren Krieg zwischen sich, sie unterhalten mitten im Frieden große

Heere und rüsten; von Seiten möglicher Gegner verbitten sie sich Rüstungsanstrengungen. Sie organisieren die Welt in große Fronten, die den Feind bedrohen, und ringen in Bündnissen um die Ein- und Unterordnung der Partner unter ihre Führung. Für die militärische Stärkung der Nation und die Schwächung rivalisierender Staaten werden alle inländischen und weltwirtschaftlichen Reichtumsquellen der Nation in Dienst genommen (Wirtschaftskrieg, Sanktionen, Rüstungs- und Kriegskosten) und der Selbstbehauptung der Schutzmacht des nationalen Kapitalismus zur Not geopfert – im Krieg bis hin zur Zerstörung des eigenen Landes. Das frühere Verhältnis der USA zu ihren europäischen Nato-Waffenbrüdern und das heutige Ringen um europäische Augenhöhe bzw. um die Degradation der einstigen Verbündeten zu Hilfstruppen im Anti-Terror-Krieg ("Koalition der Willigen") unterstreichen die grundsätzlichen Ausführungen nur.

### **6.3. Jens Wissel: Zur Rückkehr des Imperialismus**

Die klassischen Imperialismustheorien weisen einige zentrale Probleme auf. Zu den wichtigsten gehört ein auf Lenin zurückgehendes teleologisches Weltbild, in dem der Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus gesehen wird, sowie der Ökonomismus der meisten kritischen Imperialismustheorien. Schon in der ersten großen Imperialismus-Debatte – zur (vorletzten) Jahrhundertwende – wurde der Begriff zudem bis zur Unkenntlichkeit überverallgemeinert, wie Kautsky zu recht kritisierte. In den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts verhielt es sich ähnlich, sodass der Begriff mitunter zu einem moralisierenden Synonym für Kapitalismus wurde. An diesen drei Schnittstellen muss eine theoretische Beschäftigung mit Imperialismus ansetzen.

#### **Definition in einem Satz:**

Imperialismus ist die formelle oder informelle Inbesitznahme eines fremden Territoriums; das heißt, Imperialismus ist weder identisch mit Kapitalismus, noch ist Imperialismus die einzige politische Form, in der sich internationale Politik im Kapitalismus bewegt.

#### **Und das Kleingedruckte ...**

Zu erklären ist allerdings, wie der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Imperialismus zu verstehen ist, will man sich nicht damit zufriedengeben, »dass es das Böse nun einmal gibt« und Imperien daher notfalls mit Gewalt für Ordnung sorgen müssen (Boot 2003, 60).

Eine Erklärung dafür, dass imperialistische Politik im kapitalistischen Weltsystem immer wieder von Bedeutung ist, verweist auf einen dem Kapitalismus innewohnenden Expansionsdrang. David Harvey sieht ihn in der Tendenz des Kapitalismus, »Überakkumulationskrisen hervorzubringen« (2003, 16). »Das Problem besteht in der Notwendigkeit, profitable Abflussmöglichkeiten für überschüssige Kapitale zu finden. Die offensichtliche Antwort auf dieses Problem liegt im Kapitalexport (von Geld, Waren oder Produktionskapazitäten) in profitträchtige Regionen (oder, und das läuft letztlich auf das selbe hinaus, in Kostensenkungen durch Import von Niedriglohnarbeitskräften und billigeren Rohstoffen)« (2004, 39; ähnlich Hirsch 2004). Allerdings bedeutet Expansionsdrang nicht notwendig Imperialismus, denn die Expansion muss nicht nach außen gehen, ebenso gut kann sie nach innen gehen und zu einem neuen Schub der gesellschaftlichen Durchkapitalisierung führen. Perioden innerer Expansion sind dabei ebenso wenig imperialistisch, wie Kapitalexport oder Produktionsauslagerung per se imperialistisch sind. Sie werden dazu erst, wenn sich Anleger oder Investoren nicht mehr mit dem hohen Risiko der Auslandsanlagen abfinden und von ihren Regierungen fordern, diese Sicherheit im Ausland zu gewährleisten (vgl. Arendt 1975, 54f) oder wenn die Expansion erst durch die politisch erzwungene oder gewaltsame Öffnung anderer Volkswirtschaften bzw. Märkte ermöglicht wird.

### **Unterschiedliche Kapitalismen**

Eine zentrale Erkenntnis, sowohl materialistischer Staatstheorie, als auch regulationstheoretischer Arbeiten, liegt in der Feststellung, dass Kapitalismus nicht auf abstrakte Gesetzmäßigkeiten zu reduzieren ist, sondern je nach kulturellen, politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen höchst unterschiedliche Formen in Raum und Zeit annimmt. Der Kapitalismus hat sich in diesem Sinne als äußerst flexibel erwiesen und es entstanden trotz seiner prinzipiellen Krisenanfälligkeit immer wieder Regulationsformen und Akkumulationsregime, die über längere Zeit relativ stabile Verhältnisse garantierten und die gesellschaftlichen Widersprüche prozessierbar machten. Es gibt demnach weder einen vorbestimmten Entwicklungsweg zum finalen Zusammenbruch, noch einen automatischen Mechanismus, der ökonomische Strukturen in imperialistische Politik umsetzt. Wenn es stimmt, dass es verschiedene Kapitalismen gibt, dann verändert sich auch die Bedeutung des Imperialismus in diesen unterschiedlichen Ausprägungen des Kapitalismus. Um Imperialismus zu verstehen gibt es also keine Alternative zur historisch-konkreten Analyse. Ausgangspunkt für die Analyse des heutigen Imperialismus muss also die veränderte gesellschaftliche Konstellation sein.

## Die veränderte Konstellation

Insbesondere die im Neoliberalismus seit den 1990 Jahren politisch vorangetriebenen Entstehungen von transnationalen Produktionsnetzwerken und die partielle Transnationalisierung der Klassenverhältnisse haben die kapitalistischen Verhältnisse verändert. Die Kräfteverhältnisse in den Nationalstaaten haben sich nachhaltig transnationalisiert, weil eine starke Fraktion des Machtblocks durch die zunehmende Inter- und schließlich Transnationalisierung der großen Unternehmen auf transnationale Akkumulation ausgerichtet ist. Diese transnationalisierte Bourgeoisie ist dabei keineswegs als einheitlich handelndes Subjekt zu betrachten, vielmehr bleibt sie auf die verschiedenen Nationalstaaten bezogen, in sich gespalten und durch das Konkurrenzverhältnis bestimmt. Nicos Poulantzas hielt 1973 (2001) fest, dass sich die US-amerikanischen Produktions- und Konsumtionsnormen weniger durch äußeren Druck in Europa durchsetzten, als vielmehr durch eine Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen. Entscheidendes Merkmal dieser veränderten Zusammensetzung nationaler Herrschaftsstrukturen lag in der Tatsache, dass die unterschiedlichen Nationalstaaten und ihre Kapitale sich nicht mehr äußerlich gegenüberstanden, sondern gegenseitig durchdrangen.

Poulantzas überwindet damit den auch heute noch gängigen theoretischen Dualismus zwischen Internationalisierung oder Globalisierung auf der einen Seite und Nationalstaaten auf der anderen Seite. So gesehen beruhen die Internationalisierungs- und später die Transnationalisierungsprozesse auf Veränderungen in den nationalen Gesellschaftsformationen. Die Nationalstaaten wurden innerlich internationalisiert, das heißt in ihnen verdichteten sich nicht mehr nur nationale Kräfteverhältnisse, sondern in zunehmendem Maße internationale. Das in den jeweiligen nationalen Gesellschaften und ihren Bourgeoisien eingelagerte »ausländische Kapital« wird Teil der nationalen Konstellation. Im Zentrum von Poulantzas' Konzeption stand die Analyse der USA, die die anderen Gesellschaftsformationen durchdrang und nach ihrem Bild formte. In Bezug auf Europa beschrieb er eine Bourgeoisie, die aufgrund ihrer zunehmenden Verflechtungen mit dem US-Kapital ihre ideologisch-politische Autonomie tendenziell verliert. »In dem Maße, in dem die Überlegenheit des US-Kapitals schwindet und die Verflechtung zwischen den Triadezentren zu einer wechselseitigen wird, gilt dies allerdings auch für die amerikanische Bourgeoisie« (Alnasser et al. 2001, 38). Seit den achtziger Jahren sind massive Investitionsströme aus Europa und Japan in die USA zu beobachten. Kurzum: auch in den USA ist, was Poulantzas nicht mehr sehen konnte, eine in sich internationalisierte Bourgeoisie entstanden (Wissel 2007, 119ff.).

Parallel hierzu ist seit dem zweiten Weltkrieg auf der inter- und transnationalen Ebene ein Institutionengerüst entstanden, in dessen Rahmen Konflikte innerhalb dieser transnationalisierten Bourgeoisie und zwischen den metropolitanen Nationalstaaten verhandelt werden können, sodass von einem transnationalen Machtblock gesprochen werden kann (ausführlich Wissel 2007, 122ff.). Im Zentrum stehen dabei die ökonomischen Regulierungsinstanzen: WTO, IWF und Weltbank. Gemeinsam mit den Zentralbanken und Finanzministerien der »westlichen« Nationalstaaten bilden sie das Rückgrat des neoliberalen Konstitutionalismus (Gill 2000 43ff.; Hirsch 2004, 681). Dieses Ensemble aus Institutionen und Staatsapparaten bildet ein äußerst flexibles Netzwerk, in dem Widerständen durch die Verlagerung formaler und realer Macht immer wieder aus dem Weg gegangen werden kann. Wenn ein Projekt an einem Knotenpunkt in diesem Ensemble nicht durchsetzbar ist, oder an inneren Widersprüchen scheitert, so wird durch die Verlagerung der Auseinandersetzung auf andere Institutionen und Organisationen (forum shifting), oder Ebenen der Regulation (scale shifting) das Terrain gewechselt. Vormalig relativ bedeutungslose Organisationen oder Institutionen können in diesem Prozess schnell mit Kompetenzen aufgeladen werden. Projekte wie etwa das Investitionsschutzabkommen MAI (Multilateral Agreement on Investment) oder eine Verschärfung der geistigen Eigentumsrechte (ausführlich Wissen 2003, 128ff.), die innerhalb der WTO auf Widerstände stießen, werden so an anderer Stelle des beschriebenen Netzwerkes vorangetrieben. Schon die gescheiterte WTO-Konferenz 2003 in Cancun, bei der USA und EU einer neuen Koalition von semi-peripheren Ländern (G 20) gegenüberstand, war hierfür ein Beispiel. Auch die erneute Aussetzung der Doha-Runde im Juli 2006 und Juli 2008, deren angebliches Ziel die Liberalisierung des Welthandels zu Gunsten der armen Länder war, ist in diesem Kontext zu sehen. Nach dem Scheitern der Konferenz in Cancun kristallisierte sich schnell heraus, dass die WTO keineswegs die einzige Option des beschriebenen Machtblocks ist, um die angepeilten Ziele durchzusetzen. Die einseitige Öffnung der Märkte wird nun über bilaterale Freihandelsabkommen erzielt, bei denen die Machtasymmetrien noch direkter durchschlagen (hierzu Wissel 2007, 161ff.).

### **Der neue Imperialismus**

Der neue Imperialismus kommt unter völlig anderen Bedingungen zustande als der klassische Imperialismus. Der Nationalstaat hat nicht nur seine Position im kapitalistischen Weltsystem verändert, er ist auch selbst innerlich transnationalisiert. Die neue imperialistische Politik ist nur noch unter Berücksichtigung der transnationalisierten Kräfteverhältnisse und des entstandenen transnationalen Regulationsnetzwerks angemessen zu verstehen. Die unterschiedlichen nationalen Imperialismen werden dadurch tendenziell zu einem sekundären

Phänomen. Dies muss sie keineswegs weniger aggressiv machen. Der Bedeutungsverlust der nationalen Bourgeoisien führt dazu, dass sich der nationale Imperialismus auch in seinem Inneren neu zusammensetzt. Durch das fehlende Projekt einer nationalen Bourgeoisie wird er konstellationsabhängiger, d.h. er entwickelt sich weniger aus einer langfristigen Perspektive, denn als Ergebnis aktueller politischer Konjunkturen und ökonomischer Interessen einzelner Fraktionen in den nationalen Machtblöcken. Imperialistische Politik hat immer schon die Möglichkeit geboten, Konflikte einer Gesellschaftsformation nach außen zu verlagern. Dies zeigt sich aufgrund der inneren Fragmentierung der Nationalstaaten umso stärker in der jetzigen Situation. »Die mit der wettbewerbsstaatlichen Transformation verbundene und strukturelle politische Krise und Krise der Repräsentation kann Dynamiken in Gang setzen, die ihrerseits zwischenstaatliche Rivalitäten antreiben. Dies nicht zuletzt dann, wenn versucht wird, die Repräsentationskrise mit populistischen, nationalistischen und rassistischen Strategien der Legitimationsbeschaffung zu kompensieren.« (Hirsch 2004, 685). Die USA, die im globalen Raum praktisch ein Gewaltmonopol beanspruchen, setzen mit den Interessen des eigenen Machtblocks – durch das in diesem eingelagerte transnationale Kapital – auch Interessen durch, die im transnationalen Kontext entstehen. Die USA bilden in der beschriebenen Konstellation zweifellos die wichtigste Verdichtung von Kräfteverhältnissen, es handelt sich aber dennoch um eine Konstellation, die nicht mehr nationalstaatlich zu entschlüsseln ist, auch nicht über den mächtigsten Nationalstaat. In diesem Sinne geht es nicht um ein American Empire, sondern eher um ein transnationales Empire. In gewisser Weise haben Hardt und Negri (2002) recht, wenn sie schreiben, bei dem neuen Gebilde handele es sich nicht um einen Staat, sondern um ein flexibles Netzwerk der Macht, in dem die Trennung von Politik und Ökonomie weniger klar strukturiert sei. Dieses Netzwerk überlagert die Nationalstaaten. Das Imperium wäre demnach ein sich ständig veränderndes Ensemble aus nationalen und supranationalen Staatsapparaten (EU), transnationalen Institutionen (WTO, IWF, etc.), sowie transnationalen intellektuellen Netzwerken (European Round Table, Trilaterale Kommission etc.), in dem sich ein neuartiger transnationaler Machtblock konstituieren kann. Hier entsteht eine über nationale Interessenlagen hinausgehende imperiale Politik.

Das beschriebene Ensemble ist nicht nur sehr flexibel, sondern auch höchst labil. Neben vielen Verknüpfungen ist es auch durch eine Vielzahl von Brüchen und Spaltungslinien geprägt. Auch nationale imperialistische Dynamiken können diese Konstellation gefährden. Im Normalfall finden die metropolitanen Staaten nach Konflikten wie sie vor dem Irak-Krieg zu beobachten waren, sehr schnell zu ihrer alten Kooperation zurück. Diese Kooperation ist allerdings von

Widersprüchen durchzogen, denn unter der Decke des Empires gärt es, und die Konkurrenzen zwischen Europa, Japan und mittlerweile auch China und den USA äußern sich immer öfter in wirtschaftspolitischen Konflikten.

Der neue Schub imperialistischer Politik ist damit aber noch nicht erklärt. Dieser ist ein Ergebnis der schwindenden legitimatorischen Basis der durch die USA abgesicherten Weltordnung, sowie eines fehlenden Entwicklungsprojektes des Neoliberalismus, das dazu in der Lage wäre reale und/oder illusorische Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. Weite Teile der Welt können so weder ökonomisch noch ideologisch in eine hegemoniale postfordistische Weltordnung eingebunden werden. Diese faktische Exklusion ganzer Regionen führt dazu, dass die Inklusion zunehmend militärisch bewerkstelligt werden muss. Diese kann imperial, über ein Mandat des Sicherheitsrat der UNO oder die NATO organisiert sein oder aber nationalstaatlich (zumeist) über die USA, wenn sich die führenden kapitalistischen Staaten nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können. Aber auch ein nationalstaatliches Vorgehen bleibt dabei durch die eingelagerten transnationalisierten Kräfteverhältnisse imperial überdeterminiert. Etienne Balibar und Elmar Altvater sprechen, bezogen auf die globale Spaltung, von einer neuen Apartheid (Balibar 2003 162; Altvater 2007, 16). Mit dieser Entwicklung korrespondiert eine Sicherheitspolitik, die – nicht nur in den USA – zu einer radikalen Militarisierung der Außenpolitik geführt hat und nach innen zum Abbau von Bürgerrechten sowie einer Stärkung der repressiven Staatsapparate.

### **Rescaling of Resistance**

Poulantzas hat recht, wenn er für Europa darauf verweist, dass der Kampf gegen die ›eigene‹ Bourgeoisie und die eigenen Staaten eine grundlegende Bedeutung hat. Dieser Kampf kann aber nicht mehr auf den nationalen Rahmen beschränkt geführt werden. Es gibt Beispiele, in denen sich auch die Subalternen erfolgreich auf die unterschiedlichen Ebenen politischer und ökonomischer Regulation beziehen (Winter 2007, Dackweiler 2000). Hierbei geht es nicht darum, die eine oder die andere Ebene der Regulation zu bevorzugen oder zu vernachlässigen; vielmehr sollten die neue Konstellation und die neuen Kommunikationsmöglichkeiten flexibel ausgenutzt werden, sodass die neue globale Bewegung letztlich selbst bestimmt, auf welchem Terrain die Auseinandersetzungen geführt werden. Dabei können auch institutionelle Auseinandersetzungen, die auf eine Stabilisierung transnationaler Regulation zielen, etwa indem deren innere Struktur verändert wird oder Maßnahmen durchgesetzt werden, die die Situation des globalen Südens verbessern, neue Räume für weitergehende Kämpfe öffnen. Die Kritik imperialistischer nationalstaatlicher Politik und der Militarisierung der Außenpolitik,

sowie an der die nationale Konstellation überlagernden imperialen Politik, sollte in den Debatten um emanzipatorische Zielsetzungen und Alternativen einen wichtigen Stellenwert einnehmen.

## Literatur:

Alnasseri, Sabah/Brand, Ulrich/Sablowski, Thomas/Winter, Jens, 2001: Raum, Regulation und Periodisierung des Kapitalismus. *Das Argument* 239, 43. Jg., 23-43

Altwater, Elmar 2007: Der Skandal globaler Ungleichheit. Armut wurde auf dem G-8-Gipfel von Heiligendamm de-thematisiert, in *Widerspruch* 52, 27. Jg./1. Halbjahr

Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit 2007: Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster

Arendt, Hannah 1975: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Bd. 2, Imperialismus, Frankfurt-Berlin-Wien

*Argument* 248, Das Imperium des High-Tech-Kapitalismus, 44. Jg., 2002, H. 4/5, Berlin

Atzert, Thomas/Müller, Jost (Hg.) 2003: Kritik der Weltordnung, Berlin

Balibar, Etienne 2003: Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen, Hamburg.

Boot, Max 2003: Plädoyer für ein Empire, in: Speck, Ulrich/Szneider, Natan: EMPIRE AMERIKA. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München, S. 60-70.

Dackweiler, Regina-Maria 2000: »Wir sind der Nukleus der globalen Zivilgesellschaft« – Zusammenspiel und Wechselverhältnisse der internationalen und nationalen Frauenbewegung am Beispiel des österreichischen Gewaltschutzgesetzes. In: Michiko Mae/ Ilse Lenz (Hg.), *Frauenbewegungen weltweit – Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen*, Opladen, 167-198

Deppe, Frank 2007: Euroimperialismus. Anmerkungen zu einem neuen Schlagwort. In: Arrighi et al.: *Kapitalismus Reloadet. Kontroversen zu Imperialismus Empire und Hegemonie*, Hamburg, 197-219

Gill, Sphen, 2000: »Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration«. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): *Die Konfiguration Europas*, Münster

Hardt, Michael/Negri, Antonio 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt – New York

Harvey, David 2003: »Der »neue« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung«. In: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, 30. Jg., H.5, 3-32

Harvey, David 2004: Globalisierung und Neuer Imperialismus. In: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 31. Jg., H.3, 34-51

Hirsch, Joachim 2004: Was ist Imperialismus? In: *Das Argument* 257, Berlin, S. 669-689

Hübner, Kurt 2003: 2003: Ausländische Direktinvestitionen, internationale Produktionsverflechtung und nationale Arbeitsmärkte. In: Mahnkopf, Birgit (Hg.): *Management der Globalisierung. Akteure, Strukturen und Perspektiven*, Berlin, S. 101-119

Kreile, Michael 2000: Die Internationalisierung von Produktion und Dienstleistung. In: Kaiser, Karl/ Schwarz, Hans-Peter (Hg.): *Weltpolitik im neuen Jahrhundert*, Bonn

Poulantzas 2001 Poulantzas, Nicos, »Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat«. In: J. Hirsch, B. Jessop u. N. Poulantzas, *Die Zukunft des Staates*, Hamburg

Winter, Jens 2007: Transnationale Arbeitskonflikte. Das Beispiel der hegemonialen Konstellation im NAFTA-Raum, Münster

Wissel, Jens 2007: Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas Staatstheorie, Baden-Baden

# Workshops



## 1. «Show me how you work, fucking capitalism». Texte aus dem Workshop zu Arbeit und Geschlecht

Dieser Workshop wurde von der Fachschaft Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität vorbereitet und durchgeführt. Weil die Auseinandersetzung mit feministischen Ansätzen in den Gesellschaftswissenschaften für die Arbeit der Fachschaft von zentraler Bedeutung ist, haben wir den Begriff der Arbeit gewählt, um ihn auf dem Kongress »No way out? (Post)Operaismus und Wertkritik« aus unterschiedlichen feministischen Perspektiven zu diskutieren. Dabei sollten zum einen die verschiedenen feministischen Anschlüsse an die postoperaistischen und wertkritischen Theorieansätze und ihre Zugänge zum Verhältnis von Arbeit und Geschlecht herausgearbeitet werden. Zum anderen sollten politische Implikationen für die Frage nach der Abschaffung patriarchaler und kapitalistischer Herrschaft diskutiert werden. Der erste Text zeichnet die feministischen Debatten um Arbeit und Geschlecht nach und setzt sich mit feministischen Anschlägen an den Postoperaismus am Beispiel des Begriffs der affektiven Arbeit auseinander. Der zweite Text stellt feministische Anschlüsse an die Wertkritik vor und versucht eine kritische Einführung in das Konzept der Wert-Abspaltung.

### 1.1. Melanie Schreiber: Affektive Arbeit und postfordistische Geschlechterverhältnisse

Um diskutieren zu können, inwiefern der postoperaistische Ansatz mit seiner These eines grundlegenden Wandels der Arbeit anschlussfähig für feministische Diskussionen ist, erscheint es notwendig, sich mit der Entwicklung der feministischen Auseinandersetzung um das Verhältnis von Arbeit und Geschlecht zu beschäftigen. Dabei geht es nicht um eine umfassende Rekapitulierung aller feministischen Debatten, sondern um eine gezielte Auseinandersetzung mit feministischen Ansätzen, die explizit antikapitalistisch motiviert sind und versuchen die Kämpfe gegen Sexismus und Kapitalismus zu verbinden.

#### Feministische Diskussionen zum Verhältnis von Arbeit und Geschlecht

Dass Arbeit geschlechtsspezifisch zugeteilt verrichtet und hierarchisiert wird, ist ein mittlerweile klassisch gewordener Gegenstand feministischer Kritik. Die Frage danach, was der Begriff Arbeit umfasst, welche Tätigkeiten als Arbeit anerkannt werden und welche nicht und wie die Kategorie Geschlecht in diesen geschlechtsneutral wirkenden Begriff eingeschrieben ist, oder von ihm ausgeschlossen bzw. abgespalten wird, ist im Zuge der neuen Frauenbewegung nach 1968 zu einem bedeutenden Feld theoretischer wie politischer Auseinandersetzungen geworden. Neben Kämpfen für die Abschaffung des § 218, also für die Legalisierung von Ab-

treibung und damit für die Selbstbestimmung über den eigenen Körper, waren Fragen der gesellschaftlichen Bedeutung von sogenannter »Frauenarbeit« (dies bezeichnet unbezahlte Arbeit im häuslichen Bereich, also Reproduktionsarbeit) von zentraler Bedeutung für den Versuch, das Private – die den Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft zugewiesene Sphäre – zu politisieren und politisch verhandelbar zu machen.

Für das Verständnis des Verhältnisses von Kapitalismus und hierarchischen Geschlechterverhältnissen spielt der Begriff der geschlechtlichen Arbeitsteilung eine zentrale Rolle. Die Auseinandersetzung mit geschlechtlicher Arbeitsteilung nahm sowohl in der politischen Praxis der 1970er Jahre als auch in den theoretisch-akademischen Diskussionen in der Entstehung der Frauenforschung einen großen Raum ein. Im Vordergrund stand hierbei die von Frauen geleistete Arbeit, sowohl die reproduktive, unbezahlte als auch die Lohnarbeit, und die Analyse ihrer Bedeutung für die Reproduktion gesellschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse.

In den 1970ern gründeten sich in Deutschland »Lohn für Hausarbeit«-Gruppen. Diese Forderung wurde übernommen von italienischen Feministinnen aus dem Kontext des Operaismus und war ein Versuch antisexistische mit antikapitalistischen Kämpfen zu verbinden. Die Verbindung wurde vor allem auf der Ebene gesucht, die engen Relationen zwischen geschlechtlicher Arbeitsteilung im Bereich des Privaten und der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, und wie sich diese Aspekte wechselseitig bedingen, zu erkennen und alle Frauen als Hausfrauen zu adressieren, um eine breite Bewegung zu schaffen. Die reproduktive Arbeit wurde theoretisch als Grundlage der kapitalistischen Verhältnisse gefasst, da sie die männliche Arbeitskraft erst hervorbringt und somit zur Reproduktion und Stabilisierung der gesamten Verhältnisse von zentraler Bedeutung ist.

Die Forderung nach Lohn für Hausarbeit blieb aber innerhalb der feministischen Bewegung und Theorie stark umstritten. Während die einen diese Forderung als Möglichkeit der Verbindung der Kritik an Kapitalismus und Sexismus verstanden, wurde von vielen der Vorwurf erhoben, dass diese Forderung geschlechtlich-hierarchische Arbeitsteilung verfestige, indem sie Frauen auf ihre Hausfrauenposition festschreibt und somit die patriarchale Arbeitsteilung nicht weitgehend genug in Frage stellt (vgl. Eichhorn 2004: 190). Marxistisch orientierte Feministinnen versuchten auch der Frage nachzugehen inwiefern Hausarbeit wertbildend sein könnte. Dabei wurde versucht, die unbezahlte reproduktive Arbeit von Frauen in die Begriffe der politischen Ökonomie zu übersetzen. Als wertbildend konnte Hausarbeit verstanden werden, wenn der in der marxistischen Theorie zentrale Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital,

der sogenannte Hauptwiderspruch, auf den Kopf gestellt wird und die geschlechtliche Arbeitsteilung als zentraler Widerspruch der kapitalistischen Verhältnisse konzipiert wird. In diesem Sinne bildet die reproduktive, unbezahlte Arbeit der Frauen eine Art unsichtbare Basis für die gesamte Kapitalakkumulation. Im Zuge dieser Diskussion entstanden zahlreiche feministische Arbeiten, die die historische Spezifität der Trennung von Produktions- und Reproduktionsphäre in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und damit der spezifischen Bedeutung von Hausarbeit herausarbeiteten und somit den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und der Form geschlechtlicher Arbeitsteilung, die wir auch heute noch kennen, herausstellen.

Diese Diskussionen und Analysen blieben allerdings hauptsächlich auf den Radius westlicher Industrienationen beschränkt, weshalb sich die Diskussion in den 1980er Jahren verschob. Der von einigen Bielefelder Entwicklungssoziologinnen entwickelte Ansatz der Subsistenzproduktion versuchte den Radius zu erweitern und die Arbeitsverhältnisse in peripheren Staaten in die feministische Debatte um Hausarbeit zu integrieren. Unter Subsistenzproduktion verstehen sie dabei vor allem gebrauchswertorientierte Produktion, also unmittelbar auf die Herstellung und Erhaltung des Lebens gerichtete Arbeit. Aber auch bestimmte Teile tauschwertorientierter Produktion, z.B. Prostitution, kleinbäuerliche Produktion, kleines Handwerk oder sporadische bzw. kurzzeitige Formen von Lohnarbeit werden vom Begriff der Subsistenzproduktion umfasst. Mit diesem weiten Begriff konnte die Hausarbeit in den kapitalistischen Zentren mit kleinbäuerlicher, handwerklicher Produktion in peripheren Staaten in einen Zusammenhang gestellt werden. Der zentrale Widerspruch im Kapitalismus wird in dieser Perspektive nicht im Verhältnis von Kapital und Arbeit verortet, sondern im Verhältnis von Kapital zu Subsistenzarbeit. Im Anschluss an die Arbeiten Rosa Luxemburgs zum Imperialismus gehen die Soziologinnen um Maria Mies davon aus, dass der Kapitalismus auf der Ausbeutung und zunehmenden Zerstörung nichtkapitalistischer Produktionsformen beruht (vgl. Mies 1983: 107).

Die Ausbeutung der Subsistenzarbeit insgesamt und vor allem die Ausbeutung des »weiblichen Arbeitsvermögens« erscheinen als eine Art unerschöpflicher Ressource, sie garantieren die Kapitalakkumulation und stabilisieren somit die kapitalistischen Verhältnisse. Dieser Ansatz wurde in der radikalen Linken populär, stellte er doch eine Verbindung antisexistischer Kämpfe in den Metropolen mit den Kämpfen der von Armut am stärksten Betroffenen in den Staaten der sogenannten Dritten Welt her. In den aktuelleren Debatten um Arbeit intervenierte der Bielefelder Ansatz mit dem Begriff der »Hausfrauisierung« von Arbeit (vgl. Werlhof 1983). Damit sollte der Entwicklung hin zu prekarierten, affektiven, flexiblen Beschäftigungs-

verhältnissen Rechnung getragen werden. Die bisher die Hausarbeit bestimmenden Elemente würden in einer Form verallgemeinert, dass Hausarbeit zu einem Modell kapitalistischer Arbeit schlechthin werde.

Werthof formuliert die These, »dass die Prinzipien der Organisation der Hausarbeit unsere Zukunft bestimmen werden und nicht, wie bisher immer angenommen, die Prinzipien der Organisation proletarischer Lohnarbeit« (ebd.: 122). Die These der Hausfrauisierung der Arbeit zielt vor allem auf die Problematisierung sich verschärfender Ausbeutungsverhältnisse. Auf der anderen Seite wird allerdings im »weiblichen Arbeitsvermögen« auch die Möglichkeit von Widerstand gegen und Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung verortet (vgl. Mies 2001).

Neben den bereits vorgestellten Ansätzen gab und gibt es unterschiedlichste Auseinandersetzungen mit dem Themenkomplex Arbeit und Geschlecht. Vorgestellt wurden hier diese für die feministische Diskussion relevanten Ansätze, da sie explizit antikapitalistisch motiviert sind und versuchen, die Verwobenheit von hierarchischen Geschlechterverhältnissen und Kapitalismus auf einer abstrakten Ebene zu theoretisieren und eine relativ nahe Anbindung an die Frauenbewegung bzw. andere linke Kämpfe gegen Sexismus und Kapitalismus aufweisen. Die zahlreichen Arbeiten, die sich mit geschlechtlicher Arbeitsteilung und doppelter Vergesellschaftung der Frau, durch die sich widersprechenden Anrufungen in der Familie und auf dem Arbeitsmarkt, auseinandersetzen, die Diskussionen rund um den Begriff des »weiblichen Arbeitsvermögens«, der auch im Subsistenzansatz eine zentrale Rolle spielt, und die Versuche einen neuen erweiterten Begriff von Arbeit zu entwickeln, der nicht an Produktivität und Lohnarbeit gekoppelt ist, müssen hier leider unberücksichtigt bleiben.

### **Arbeit und Geschlechterverhältnisse im Postfordismus**

Die Thesen, die Hardt und Negri in »Empire« und anderen Texten zum Wandel der Produktion und der Arbeitsverhältnisse entwickeln, stehen im Kontext der soziologischen Diskussion um den Wandel der Arbeit. In feministischen Debatten, die sich mit Globalisierungsprozessen auseinandersetzen, wird häufig auch von einer Feminisierung von Beschäftigungsverhältnissen gesprochen. Der Begriff der Feminisierung der Arbeit umfasst unterschiedliche Ebenen oder Phänomene der aktuellen ökonomischen Transformationsprozesse. Zum einen bezeichnet der Begriff die gestiegene Anzahl von Frauen in der Erwerbstätigkeit und ehemals männlich dominierten Beschäftigungsverhältnissen. Lohnarbeit ist zu einem selbstverständlichen Teil des Lebens von Frauen geworden. Durch den besseren Zugang zu Bildung seit den 70ern haben Frauen die Möglichkeit in hochqualifizierten und hochdotierten Beschäftigungsverhältnissen

zu arbeiten, auf der anderen Seite ist aber auch insgesamt die Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit von Frauen gestiegen durch den Abbau sozialstaatlicher Leistungen und die Absenkung des Lohnniveaus (vgl. Sauer 2007: 23f).

Ein weiterer Aspekt davon ist die Verallgemeinerung von Anforderungen, die bisher deutlich geschlechtlich konnotiert waren; Anforderungen, die bisher nur an Frauen gestellt wurden, z.B. Affektivität, Kooperationsbereitschaft etc. werden zu allgemeinen Anforderungen in immateriellen Beschäftigungsverhältnissen. Zuletzt steht er noch für die Ausdehnung bislang speziell für Frauen geltender Bedingungen bzgl. Arbeitsverhältnisse, verweist also auf die Zunahme von nicht-existenzsichernden, informalisierten Beschäftigungsverhältnissen, eine Verallgemeinerung vormals sexistischer Ausbeutungsverhältnisse im globalen Rahmen. Eine Beobachtung, die an die These der Hausfrauisierung anschließt (vgl. Eichhorn 2004: 195).

### **Das Konzept der immateriellen Arbeit**

Michael Hardt und Antonio Negri gehen in »Empire« davon aus, dass sich ein Paradigmenwechsel in der Produktionsweise vollzieht. Analog zum Begriff der Modernisierung, der die Industrialisierung, also die Verschiebung der Dominanz vom primären (landwirtschaftlichen) Sektor zum sekundären (industriellen) Sektor bezeichnet, verwenden sie den Begriff der Postmodernisierung bzw. Informatisierung der Ökonomie, um eine Transformation der industriellen Produktion hin zu einer computerisierten, informatisierten Produktion zu benennen. Mit der Verschiebung des Produktionsparadigmas geht eine Neustrukturierung der Arbeitsverhältnisse einher.

Seit den 1970er Jahren ist in den USA, aber auch in europäischen Staaten, zu beobachten, dass ein qualitativer Wechsel der Beschäftigungsverhältnisse vor sich geht. Ähnlich wie zu Zeiten der Industrialisierung/Modernisierung, als die Arbeiter\_innen von der Landwirtschaft in die Fabriken abwanderten, kann jetzt eine Bewegung von der Industrie in den tertiären Sektor, den Dienstleistungsverhältnissen beobachtet werden. Auch wenn der Begriff der Dienstleistung ein äußerst weiter Begriff ist, da er Jobs im Gesundheitswesen und der Erziehung ebenso umfasst wie Jobs im Transport- und Finanzwesen, in der Kommunikations- und Medienbranche etc., zeichnet er sich doch durch allgemeine Charakteristika aus. So ist den Beschäftigungsverhältnissen im Dienstleistungssektor gemein, dass in ihnen Bildung, Kommunikation, Information, Mobilität, Affekten eine besondere Bedeutung zukommt (vgl. Hardt/Negri 2002: 296). Der Wandel hin zu einer Dominanz immaterieller Arbeitsverhältnisse stellt nicht die Weiterexistenz industrieller Produktion in Frage, sondern lenkt den Blick auf die aktuellen Transformations-

prozesse, in denen eine neue Strukturierung der Produktion und Arbeit stattfindet.

In Anschluss an feministische Theorien und Debatten versucht Michael Hardt, den Begriff der affektiven Arbeit ins Zentrum seines Konzepts von immaterieller Arbeit zu stellen. Der Begriff der affektiven Arbeit soll die Konstitution von Gemeinschaften, kollektiven Subjektivitäten, also Sozialität insgesamt umfassen. (vgl. Hardt 2004) Er betont zwar, dass die affektive Arbeit nur eine Seite der immateriellen Arbeit darstellt, dass dieser jedoch eine zentrale Rolle zukommt, da sie innerhalb der Hierarchie von Arbeitsformen an der Spitze steht.

Während in den feministischen Theorien die affektive Arbeit, die eher Fürsorgearbeit genannt und teilweise stark positiv aufgeladen wurde, als eine Form von Arbeit, die der Logik des Marktes/des Tausches entgegensteht und somit Potenziale für Widerständigkeiten bietet, stellt Hardt heraus, dass affektive Arbeit nicht nur für das Kapital produktiv gemacht wird, sondern vollkommen in das Kapitalverhältnis inkorporiert ist. In Anschluss an Foucault versucht Hardt aber auch mit einem ausgeweiteten Begriff der Biomacht aufzuzeigen, inwiefern affektive Arbeit trotz der Inkorporation in das Kapitalverhältnis Momente des Widerstands oder auch einfach nur Momente, die über das Bestehende hinausweisen, hervorbringen kann. Unter Biomacht versteht er hierbei »die Macht zur Schöpfung von Leben, (..) die Macht zur Produktion kollektiver Subjektivitäten, der Sozialität und der Gesellschaft selbst.« (Hardt 2004: 184) Biomacht als Schaffung, Lenkung, Kontrolle und Verwaltung von Leben will Hardt dabei aber nicht wie Foucault oder Agamben von »oben« betrachten. Aus der Perspektive der Arbeit lässt sich eine Biomacht von unten bestimmen.

»Auf der einen Seite ist die affektive Arbeit, die Produktion und Reproduktion des Lebens, fest eingebettet in die bestehende Gesellschaft, indem sie die Grundlage der kapitalistischen Akkumulation und der patriarchalen Ordnung bildet. Auf der anderen Seite aber liefert die Produktion von Affekten, Subjektivitäten und Lebensformen ein gewaltiges Potenzial für autonome Kreisläufe der Verwertung – und möglicherweise für die Befreiung.« (ebd.: 186). Während in vielen immateriellen Beschäftigungsverhältnissen die Kommunikation zwar eine wichtige Rolle spielt, aber auf die Vermittlung von Marktdaten verkürzt bleibt, also nur zu einer Verschmelzung von instrumentellen Handeln und Kommunikation führt, ist in der affektiven Arbeit, die gesamte Komplexität zwischenmenschlicher Beziehungen enthalten, die hier geforderte Kommunikation ist nicht eingeschränkt in der genannten Form. Somit ist nach Hardt eine Art Doppelbewegung zu beobachten, in der auf der einen Seite kommunikatives Handeln und zwischenmenschliche Beziehungen instrumentalisiert, ökonomisiert werden, auf der anderen

Seite jedoch eine Art Umkehrung zu sehen ist, in der die ökonomische Produktion kommunikativ und affektiv, also auf die Ebene zwischenmenschlicher Beziehungen gehoben wird. Dabei wird die Dominanz des Kapitals allerdings nicht in Frage gestellt, soziale Beziehungen sind dem Kapitalverhältnis inhärent.

Da in der postoperaistischen Perspektive soziale Kämpfe als Motor von Veränderungen gedacht werden, kann die Veränderung der Strukturierung von Arbeit somit sowohl als Erfolg als auch als Niederlage von feministischen Kämpfen verstanden werden. Erfolg ist diese Veränderung in dem Sinne, indem ehemals abgewertete, als weiblich festgeschriebene Fähigkeiten verallgemeinert und somit gesellschaftlich und ökonomisch anerkannt werden. Gleichzeitig ist diese Umstrukturierung jedoch auch Niederlage dieser Kämpfe, hat sich die Ausbeutung ausgeweitet auf Bereiche, die zuvor nicht komplett unter das Kapitalverhältnis subsumiert worden sind.

Obwohl Hardt/Negri bewusst feministische Diskussionen um Arbeit in ihr Konzept integrieren, wird die Frage nach geschlechtlicher Arbeitsteilung in *Empire* gar nicht und später auch nur wenig berücksichtigt. In *Multitude* verweisen Hardt/ Negri zwar auf den geschlechtlichen Charakter des Großteils der affektiven Arbeit, in ihrer gesamten Analyse spielt dieser aber kaum eine Rolle. »Und auch wenn affektive Arbeit für viele produktive Aufgaben unter der Hegemonie der immateriellen Arbeit zentral wird, so wird sie doch in den meisten Fällen von Frauen in untergeordneten Positionen verrichtet. Tatsächlich ist Arbeit mit hohen affektiven Anteilen häufig 'feminisiert', das heißt, sie besitzt weniger Autorität und ist schlechter bezahlt.« (Hardt/Negri 2004: 129) Auf der anderen Seite ist Hardt zu Gute zu halten, dass er sich der Schwierigkeit bewusst ist, das Potential, das die affektive Arbeit bereithält, unter den Bedingungen patriarchaler Reproduktion zu entfalten. Somit läuft er im Gegensatz zu einigen feministischen Ansätzen zumindest nicht Gefahr, affektive Arbeit auf Mütterlichkeit zu reduzieren und einen affirmativen, naturalisierenden Bezug auf geschlechtlich-hierarchische Arbeitsteilung herzustellen (vgl. Hardt 2004: 186). Der Begriff der affektiven Arbeit, wie er von Hardt/Negri entwickelt wird, ist bisher noch nicht allzu breit in der feministischen Diskussion verankert. Das verwundert angesichts der expliziten Bezugnahme auf feministische Ansätze. In *Multitude* versuchen Hardt/Negri beispielsweise, die veränderten Arbeitsbedingungen mit Bezugnahme auf Arbeitsabläufe in der Hausarbeit zu veranschaulichen. »Wenn Produktion bedeutet, ein Problem zu lösen, eine Idee hervorzubringen oder eine Beziehung aufzubauen, dann tendiert die Arbeitszeit dazu, sich über die gesamte Lebenszeit auszudehnen. (...) Noch deutlicher zeigt die traditionelle Zeiteinteilung der von Frauen verrichteten Hausarbeit, wie

die Gliederung des Arbeitstages sich auflöst und die Arbeit das gesamte Leben umspannt.« (ebd: 130) Diese Bezugnahme schließt an die weiter oben beschriebene These der Hausfrauisierung von Arbeitsverhältnissen an.

Für die feministische Analyse und Diskussion der aktuellen Transformationsprozesse bietet der Ansatz von Hardt/Negri demnach einige interessante Anschlusspunkte. Zum einen wäre die Frage interessant, inwiefern eine gleichzeitige Auf- und Abwertung affektiver Arbeit sich vollzieht. Denn zwischen Formen der Supervision von Managementstrukturen und migrantischen Haushaltshilfen liegen materielle Welten, die in Hardt/Negris Konzept der affektiven Arbeit keinen Platz finden.

Eine weitere Frage, für die die Auseinandersetzung mit dem Konzept von Hardt/Negri fruchtbar sein könnte, ist die Frage nach der Bedeutung der zu beobachtenden Auflösung der Dichotomien, die für die Struktur des Fordismus zentral waren. Das zunehmende Zusammenfallen von Produktion und Reproduktion kann mit diesem Theorieansatz gefasst werden. Für Hardt/Negri, aber auch für Paolo Virno, markiert das Zusammenfallen der verschiedenen zuvor klar voneinander abgegrenzten Bereiche eine Art totalisierende Bewegung des Kapitals, das nunmehr nicht nur die Arbeit, sondern das gesamte Leben subsumiert. Welche Bedeutung diese Überlegung für das Geschlechterverhältnis hat, müsste diskutiert und erforscht werden.

## Literatur:

Eichhorn, Cornelia (2004): Geschlechtliche Teilung der Arbeit. Eine feministische Kritik, in: Atzert/Müller: Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität, Münster

Hardt, Michael (2004): Affektive Arbeit, in: Atzert/Müller: Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität, Münster

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt am Main

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): Multitude, Frankfurt am Main

Mies, Maria (1983): Kapitalistische Entwicklung und Subsistenzproduktion: Landfrauen in Indien, in: Mies/Werlhof/Bennholdt-Thomsen: Frauen die letzte Kolonie, Reinbek

Mies, Maria (2001): Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzperspektive, in: Knapp, Gudrun- Axeli/ Wetterer, Angelika: Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik, Münster

Sauer, Birgit (2007): Öffentliche Güter, Transformation von Staatlichkeit und die Maskulinisierung des Staates, in: Forum Umwelt und Entwicklung: Veränderung von Staatlichkeit und öffentliche Güter – Voraussetzungen für Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung der Lebensgrundlagen

Werlhof, Claudia von (1983): Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau, in: Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomsen: Frauen, die letzte Kolonie

## 1.2. Felix Hauf: Zur Dialektik von Wert und geschlechtlicher Abspaltung. Eine kritische Einführung in das Konzept der Wert-Abspaltung

»Das Abgespaltene ist kein bloßes 'Subsystem' dieser Form [der Wertform], sondern wesentlich und konstitutiv für das gesellschaftliche Gesamtverhältnis. Das heißt, es besteht kein logisch-immanentes 'Ableitungsverhältnis' zwischen Wert und Abspaltung. Die Abspaltung ist der Wert und der Wert ist die Abspaltung. Beides ist im anderen enthalten, ohne deshalb jeweils mit ihm identisch zu sein.« (Scholz 2000: 18)

Die Frage nach der Vermittlung von kapitalistischer und patriarchaler Herrschaft war und ist zentral für feministische Theorie und Praxis. Im Traditionsmarxismus als Nebenwiderspruch abgestempelt, wurde das Geschlechterverhältnis im radikalen Feminismus zur grundlegendsten Form gesellschaftlicher Unterdrückung erklärt. Der materialistische Feminismus entwickelte Konzepte zur Analyse von Kapitalismus und Patriarchat als zwei unterschiedliche, relativ autonome Formen sozialer Herrschaft und Ausbeutung, die jedoch aufs engste miteinander vermittelt und aufeinander bezogen sind. Verschiedene feministische Theorien haben herausgearbeitet, wie mit der historischen Verallgemeinerung des Kapitalverhältnisses auch eine spezifisch kapitalistische Form patriarchaler Herrschaft entstanden ist, die auf der Trennung von Produktion und Reproduktion, der geschlechtshierarchischen Zuweisung dieser Bereiche an die Subjekte und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in und zwischen ihnen beruht. Das Theorem der Wert-Abspaltung wurde von Roswitha Scholz in kritischer Abgrenzung zu solchen Theorien entwickelt und doch lässt es sich als Variante lesen, die ältere Konzepte des materialistischen Feminismus in der der 'fundamentalen Wertkritik' eigenen Theoriesprache reformuliert. Im Folgenden wird das Konzept der Wert-Abspaltung vorgestellt und kritisch diskutiert.

### Wert-Abspaltung und Geschlechterverhältnis

Vor dem Hintergrund der wertkritischen Marx-Interpretation, die nicht erst die Aneignung von Mehrwert durch die Klasse der Kapitaleigner/innen, sondern bereits die grundlegenden Formen gesellschaftlicher Synthesis, die Wertform und die abstrakte Arbeit selbst zum Ausgangspunkt der Gesellschaftskritik macht, entwickelt Scholz das Theorem der Wert-Abspaltung. Sie kritisiert die Indifferenz und Blindheit des wertkritischen Diskurses gegenüber dem Geschlechterverhältnis. Oft ist dort der Fetischbegriff und die Vorstellung einer abstrakten, subjektlosen Herrschaft gegen den Patriarchatsbegriff ausgespielt worden. Dagegen plädiert sie für einen differenzierten, nicht-ontologischen Patriarchatsbegriff, der einerseits nicht bloße Männer-

herrschaft, sondern ein hierarchisches Geschlechterverhältnis als übergreifendes gesellschaftliches Formprinzip meint, und andererseits die historischen und kulturellen oder regionalen Differenzen in seiner spezifischen Ausprägung berücksichtigt. So ist es erst im 18. Jahrhundert zur Entwicklung des modernen »Systems der Zweigeschlechtlichkeit« (vgl. Hagemann-White 1984) und zur »Polarisierung der Geschlechtscharaktere« (vgl. Hausen 1976) gekommen, also etwa zur gleichen Zeit, »als auch die abstrakte Arbeit ihren Höhenflug« (Scholz 2000: 79) begonnen hat. Daher beschränkt sich Scholz auf die Analyse des modernen, abendländischen Patriarchats, das mit der Verallgemeinerung von Warenproduktion und -tausch seine qualitativ neue, spezifisch moderne Form eines »warenproduzierenden Patriarchats« angenommen hat und auf der Struktur der Wert-Abspaltung beruht.

Das Theorem der Wert-Abspaltung besagt nun im Kern, dass sich mit der Verallgemeinerung der abstrakten Arbeit und der Wertform gleichzeitig eine geschlechtsspezifische Abspaltung all dessen, was an Tätigkeiten, Gefühlen, Eigenschaften und Haltungen von dieser Form nicht erfasst werden kann, vollzogen hat. Die abstrakte Arbeit wird als 'männliches' Prinzip bestimmt, von dem das 'Weibliche', die Reproduktionstätigkeiten (Haushalt, Kindererziehung, etc.) und die den Frauen zugeschriebenen Eigenschaften (Sinnlichkeit, Emotionalität, Fürsorglichkeit, Passivität, etc.) abgespalten, mit dem sie aber gleichzeitig dialektisch vermittelt sind. Damit ist der Wert, in dem sich die abstrakte Arbeit quantitativ ausdrückt, in seinen Grundlagen geschlechtlich bestimmt. Metaphorisch schreibt Scholz: »Der Wert ist der Mann.« (Scholz 1992) Das Abgespaltene, die an Frauen delegierten Momente gesellschaftlicher Reproduktion, steht in diesem Konzept nicht in einem logischen Ableitungsverhältnis, sondern in einem dialektischen Vermittlungsverhältnis zum Wert und der abstrakten Arbeit. Wert und Abspaltung gehen auseinander hervor, bedingen sich gegenseitig, sind im jeweils anderen präsent und gleichzeitig von ihm ausgeschlossen. In diesem widersprüchlichen Verhältnis erscheint das Abgespaltene gleichzeitig als das Andere der Warenform und als immanenter Bestandteil der Warengesellschaft. Robert Kurz formuliert in einer Besprechung von Scholz' Theorem das Paradoxon der Immanenz der Abspaltung folgendermaßen: »Die Abspaltung ist das 'andere' oder die Rückseite der Warengesellschaft: kein Subsystem, sondern ihr immanentes Gegenteil, d.h. das Nicht-Warenförmige in der Warengesellschaft.« (Kurz 1992) Als stumme Voraussetzung der männlich besetzten Warenform sind die abgespaltenen und weiblich besetzten Momente Teil der gesellschaftlichen, in sich widersprüchlichen Totalität. Scholz, sich möglicher Missverständnisse scheinbar bewusst, betont immer wieder die Gleichursprünglichkeit und theoretische Gleichrangigkeit von Wert und Abspaltung.

Im Konzept der Wert-Abspaltung geht es einerseits um die Trennung der Reproduktionstätigkeiten wie Kindererziehung und Haushaltsführung in einer von der öffentlichen Produktionssphäre abgespaltenen Privatsphäre und andererseits um die damit einhergehende Abspaltung von geschlechtlich konnotierten Charaktereigenschaften, Gefühlen und Fähigkeiten. Es umfasst damit neben der materiellen Ebene gesellschaftlicher Arbeitsteilung auch eine sozialpsychologische und kulturell-symbolische Dimension. Auch die soziale Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit und ihre Dichotomisierung nimmt Scholz in den theoretischen Blick. Der moderne männliche Sozialcharakter des sachlich-spezialisierten, zweckgerichteten und autonomen Subjekts beruht zentral auf der abstrakten Arbeit. Unter Rückgriff auf Simmel betont sie, wie der Mann in der Arbeit von sich als mannigfaltigem Subjekt abstrahiert, sich zu einer völlig einseitigen Tätigkeit verwendet und sich so von sich, seiner Tätigkeit und seinem Produkt entfremdet. Voraussetzung dieser (Selbst-) Entfremdung ist die Abspaltung von Eigenschaften und Fähigkeiten, die aus der Perspektive der Wertlogik als unzweckmäßig erscheinen, für die Reproduktion von Mensch und Gesellschaft aber notwendig sind, und ihre Projektion auf das weibliche Geschlecht: Sinnlichkeit, Fürsorglichkeit, Emotionalität, aber auch Körperlichkeit, Sexualität und Liebe. »Diese geschlechtsspezifischen Zuschreibungen charakterisieren [...] die symbolische Ordnung des warenproduzierenden Patriarchats als Ganzes.« (Scholz 2000: 110) Scholz warnt aber davor, aus der männlichen Besetzung des Werts und der abstrakten, entfremdeten Arbeit den Schluss zu ziehen, Frauen seien in ihrer Zuweisung zur privaten Reproduktionssphäre weniger entfremdet oder verdinglicht als Männer. Frauen unterliegen lediglich einer anderen Form der Verdinglichung: »Die Frau ist nicht das 'vollere Individuum', sondern nur die andere, inferior gesetzte Seite der patriarchalen Abspaltung und deshalb ein mindestens genauso reduziertes Wesen wie der Mann.« (Scholz 1992)

Durch diesen geschlechtsspezifischen Abspaltungsmechanismus ist es also parallel zu den Durchsetzungsschüben der Wertvergesellschaftung und der Herausbildung von abstrakter Arbeit einerseits und privater Hausarbeit andererseits zu einer Polarisierung der Geschlechtscharaktere, zu einem dichotomen Verhältnis von Männlichkeit und Weiblichkeit gekommen, in dem das Weibliche vom Männlichen verdrängt und herabgesetzt worden ist. Die unterordnende Abspaltung des Weiblichen versteht Scholz im Sinne eines »androzentrischen gesellschaftlichen Unbewussten« (Scholz 2000: 111), das die Abwertung des weiblichen Geschlechts tief in den Psychen der Subjekte verankert und selbst dann wirksam ist, wenn konkrete Frauen in ihrem individuellen Leben den geschlechtsspezifischen Zuschreibungen und Anrufungen nicht entsprechen. So reproduziert sich die Zuordnung der Frauen zur Privatsphäre und der Männer zur öffentlichen Sphäre auf der kulturell-symbolischen und sozialpsychologischen Ebene,

selbst wenn Frauen materiell schon immer und in zunehmenden Maße an Öffentlichkeit und Erwerbsarbeit beteiligt gewesen sind. Die Struktur der Wert-Abspaltung ist nicht auf die Trennung von öffentlichem und privatem Bereich beschränkt, vielmehr zeigt sie sich auch innerhalb der geschlechtshierarchisch strukturierten Öffentlichkeit. Auch die 'doppelt vergesellschaftete', für Lohn- und Hausarbeit gleichermaßen zuständige Frau steht in der Geschlechterhierarchie unter dem Mann, der sich weiterhin der reproduktiven Verantwortung entzieht. In der symbolischen Ordnung hat der Konnex von abstrakter Arbeit und Männlichkeit einen höheren Status als der von unbezahlter Hausarbeit und Weiblichkeit. Kurz vermutet einen inneren Zusammenhang zwischen der Dichotomisierung der Geschlechter und der als natürliche Norm gesetzten Zwangsheterosexualität in der Moderne (vgl. Kurz 1992).

Als gesellschaftlichem Formprinzip unterliegt die Wert-Abspaltung nach Scholz historischen Veränderungen. Den Begriff der Wert-Abspaltung will sie daher als Prozesskategorie verstanden wissen. In ihrer Gegenwartsdiagnose zur Transformation der Geschlechterverhältnisse kommt sie zu dem Ergebnis, dass sich die geschlechtlichen Leitbilder und die Institutionen der Geschlechterverhältnisse im Zuge der globalen Restrukturierung und Flexibilisierung zwar gewandelt haben, aber ohne die Geschlechterhierarchie oder das warenproduzierende Patriarchat selbst prinzipiell in Frage zu stellen. Sie spricht daher nicht von der Auflösung, sondern von einer »Verwilderung des Patriarchats« (Scholz 2000: 176f.). Die Struktur der Wert-Abspaltung wird in diesem Prozess nicht obsolet, verändert sich aber in ihren Erscheinungsformen. Fragwürdig ist an dieser Diagnose nicht der Versuch, die gesellschaftliche Entwicklung als Dialektik von Kontinuität und Wandel zu denken, sondern ihre Einbettung in den von Kurz so genannten 'Kollaps der Modernisierung', in dem die wertförmige Vergesellschaftung angeblich an ihre objektive Schranke stoße. Die Vorstellung, dass das warenproduzierende Patriarchat bereits in sein Verfallsstadium eingetreten sei, zeugt von einem deterministischem Denken, das dem Traditionsmarxismus näher steht, als Scholz lieb sein dürfte. Gerade in seiner Wandlungsfähigkeit hat sich der Kapitalismus als besonders zählebig herausgestellt. Ähnliches dürfte für das Patriarchat auch gelten.

### **Which way out of capitalist patriarchy?**

Scholz betont den Zusammenhang von materieller, sozialpsychologischer und kulturell-symbolischer Ebene in der Analyse des modernen Geschlechterverhältnisses. Sie bemüht sich um eine theoretische Gleichstellung der Kategorien Geschlecht und Kapital, versteht diese aber nicht als relativ autonome Herrschaftsformen, sondern als zwei Seiten desselben widersprüchlichen Formzusammenhangs der bürgerlichen Gesellschaft. Sie erteilt einem ableitungslogischen Nebenwiderspruchsdenken zwar explizit eine Absage, setzt sich aber unwillkürlich dem Verdacht

aus, patriarchale Geschlechterverhältnisse dennoch auf die kapitalistische Wertvergesellschaftung zu reduzieren. Schon sprachlich evoziert die Formulierung einer Abspaltung die Vorstellung eines Vorgängigen, von dem diese Abspaltung ausgeht, auch wenn sie die Gleichursprünglichkeit von Wert und Abspaltung betont. Befragt man ihre Theorie nach politischen Handlungspotenzialen, ergibt sich ein Bild, das an die Vorstellung der Arbeiterbewegung erinnert, von deren Traditionsmarxismus sich Scholz vehement abgrenzt: Geschlechterungleichheit sei nur gleichzeitig mit der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise zu beseitigen, da sie strukturell in die Formen der Wertvergesellschaftung eingelassen sei. Diese Sichtweise beschränkt den Aktionsradius feministischer Bewegungen deutlich und führt zu dem harten Urteil, das Scholz sowohl über die meisten Geschlechtertheorien als auch über viele feministische Praxen fällt. Sie wirft ihnen vor, theoretisch nicht bis zum Wesenskern des warenproduzierenden Patriarchats, der Wert-Abspaltung, vorzustoßen, sondern in der Immanenz der herrschenden Verhältnisse zu verbleiben. Dadurch ergäben sich politische Strategien, die sich mit kosmetischen und reformistischen Eingriffen innerhalb des gegebenen Rahmens zufrieden gäben, anstatt ausgehend von radikaler Kritik über die Aufhebung der gesellschaftlichen Grundformen, von Wert, Ware, Geld und abstrakter Arbeit, von Abspaltung und privater Hausarbeit selbst nachzudenken.

Zu einer Zeit, wo relevante soziale Bewegungen, die an einer solchen radikalen Aufhebung interessiert sind, kaum wahrzunehmen sind, ist dieser Appell problematisch und unverzichtbar zugleich. Ansätze aber, die an einer konkreten und unmittelbaren Verbesserung von Lebensverhältnissen innerhalb des Kapitalismus arbeiten, sollten nicht als affirmativ denunziert werden. Solange das Kapital, das nach Scholz bereits an seine objektive Schranke gestoßen ist, keine Anstalten macht zu verschwinden, ist es mehr als sinnvoll, Räume für Autonomie auch innerhalb kapitalistischer Verhältnisse zu erkämpfen und zu erweitern. Gerade aus einer feministischen Perspektive, die die Besonderheiten weiblicher Lebenszusammenhänge, die gleichzeitig von kapitalistischer und patriarchaler Herrschaft betroffen sind, im Blick hat, stellt sich der Einsatz für konkrete Verbesserungen, etwa für eine gerechtere Umverteilung von Arbeit sowohl im Produktions- als auch im Reproduktionsbereich oder für die Subversion traditioneller Geschlechterkonstruktionen, geradezu als emanzipatorische Notwendigkeit dar. Auch die Erkenntnis, dass die Selbstverwertung des Werts in höchst unterschiedlichen Formen stattfinden kann, und dass diese Formen nicht von objektiven Bewegungsgesetzen, sondern von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und sozialen Kämpfen abhängig sind, legt es nahe, die Handlungsspielräume innerhalb des patriarchal-kapitalistischen Formzusammenhangs auszuloten und zu nutzen, auch wenn die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft damit nicht auf-

zuheben sind. Darüber sollte die Perspektive der Aufhebung aber nicht aus den Augen verloren werden.

Es ist nicht zu übersehen, in welchem Maße Scholz ihr Konzept der Wert-Abspaltung durch kritische Aneignung und Reformulierung diverser feministischer Theorien entwickelt. Leider verbaut sie sich selbst die umgekehrte Anschlussfähigkeit durch den Nimbus der exklusiven Radikalität, der allen Ansätzen, die ihrer Ansicht nach nicht das gesellschaftliche Wesen der Wert-Abspaltung zum Kern der Kritik machen, vorwirft, sie planschten im seichten Wasser einer oberflächlichen Soziologie, während sie in die gefährlichen Tiefen spekulativer Abstraktion hinabtauche. So abonniert sie radikale Gesellschaftskritik für sich, erklärt andere kritische Ansätze für affirmativ und schlägt sie der Seite zu, die letztlich an der Aufrechterhaltung kapitalistischer und patriarchaler Verhältnisse mitwirken. Bündnispartner/innen für ihre Perspektive der Aufhebung von Wert und Abspaltung, von Männlichkeit und Weiblichkeit sowie von Zwangssexualitäten (vgl. Scholz 2000: 23) wird sie auf diese Weise kaum finden. Das ist umso bedauerlicher, als gerade die letztgenannte Perspektive im heutigen Feminismus vielfältige Anschlussmöglichkeiten finden könnte.

Die Kritik an der als soziale Konstruktion entlarvten Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität ist zu einem zentralen Gegenstand feministischer Theorie geworden. Poststrukturalistische Ansätze wie der von Judith Butler haben wichtige Erkenntnisse über die soziale Konstruktion von Geschlecht und Sexualität produziert, setzen sich aber immer wieder der Kritik aus, sie vernachlässigten sozio-ökonomische Strukturzusammenhänge und materielle Differenzen gegenüber der diskursiven Konstruktion kultureller Differenzen. Dass Scholz zumindest den Versuch macht, beide Ebenen als gleichrangige in ihrer dialektischen Vermitteltheit in den Blick zu nehmen, zeichnet sie gegenüber einigen anderen marxistischen Feministinnen aus. Nach Katharina Pühl muss die Kritik der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung früher ansetzen, als es bei den meisten feministisch-materialistischen Ansätzen der Fall ist. Da die Trennung von Produktion und Reproduktion entlang geschlechtlicher Grenzbeziehungen bereits die Existenz zweier klar geschiedener Geschlechter, die durch heterosexuelle Beziehungen in ein soziales Verhältnis gesetzt werden, voraussetzt, muss bereits bei der sozialen Konstruktion und Reproduktion des Systems von Zweigeschlechtlichkeit und heterosexueller Normativität angesetzt werden (vgl. Pühl 2001: 43). Mit Scholz könnte ein Ansatz entwickelt werden, der der alten Präponderanz von geschlechtlicher Arbeitsteilung und politischer Ökonomie nicht eine neue von diskursiver Konstruktion und symbolischer Ordnung entgegengesetzt, sondern beide Ebenen als gleichrangige miteinander vermittelt. Dazu müssten die

langweiligen theoretischen Grabenkämpfe zwischen Neomarxismus und Poststrukturalismus allerdings überwunden werden, weil sich Fragen nach Arbeit und Geschlecht nicht mehr unabhängig von Sexualität und Begehren stellen lassen.

### **Literatur:**

Hagemann-White, Carol 1984: Sozialisation. Männlich – weiblich? Opladen

Hausen, Karin 1976: Die Polarisierung der Geschlechtscharaktere. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze,

Werner (Hg.) 1976: Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart: 363-393

Kurz, Robert 1992: Geschlechtsfetischismus. Anmerkungen zur Logik von Weiblichkeit und Männlichkeit. In: Krisis, Nr. 12

Pühl, Katharina 2001: Geschlechterverhältnisse und die Veränderung von Staatlichkeit in Europa. Ansätze eines theoretischen Perspektivenwechsels. In: Kreisky, Eva / Lang, Sabine / Sauer, Birgit (Hg.) 2001: EU, Geschlecht, Staat. Wien: 33-54

Scholz, Roswitha 1992: Der Wert ist der Mann. Thesen zu Wertvergesellschaftung und Geschlechterverhältnis. In: Krisis, Nr. 12

Scholz, Roswitha 2000: Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats. Bad Honnef

Scholz, Roswitha 2005: Differenzen der Krise – Krise der Differenzen. Die neue Gesellschaftskritik im globalen Zeitalter und der Zusammenhang von »Rasse«, Klasse, Geschlecht und postmoderner Individualisierung. Bad Honnef

## Nach dem Kongress



## **1. Kendra Briken, Sonja Buckel, Dietmar Flucke, John Kannankulam, Jens Wissel: Kapitalismus ist nicht Kapitalismus – ist nicht Kapitalismus – ist nicht Kapitalismus. Sieben Thesen zum Kongress »No way out? (Post)Operaismus und Wertkritik«**

Wir haben uns an den Diskussionen auf dem »No way out?«-Kongress beteiligt und glauben, dass dort ein Anfang zu einer neuen Auseinandersetzung über radikale Kapitalismuskritik gemacht wurde. Die gute Nachricht ist also: Es gibt offensichtlich ein größer werdendes Interesse an einer grundlegenden Kritik der Verhältnisse sowie an einer theoretischen Reflexion der eigenen politischen Praxis in Heiligendamm und anderswo. Erfreulich ist auch, dass auf einigen Veranstaltungen tatsächlich versucht wurde, herauszuarbeiten, wo die Differenzen der unterschiedlichen Ansätze liegen.

Die schlechte Nachricht ist, dass einige Diskussionen den Eindruck entstehen ließen, dass politische Erfahrungen und theoretische Erkenntnisse, die in den letzten Jahrzehnten im Kampf um Emanzipation gemacht wurden, unberücksichtigt bleiben. Wir möchten aus diesem Grund einige für uns zentrale Punkte in Form von Thesen festhalten, hinter die die kritische Debatte unserer Ansicht nach nicht zurückfallen darf. Gerade weil wir davon ausgehen, dass insbesondere werttheoretische Ansätze wesentliche Einsichten für die Analyse kapitalistischer Gesellschaften ermöglichen, halten wir diese kritische Stellungnahme für geboten. Es geht uns nicht um eine Wahrheitspolitik im Sinne der richtigen Interpretation der Marxschen Kategorien, sondern um die Betonung von theoretischen Erkenntnissen vergangener Auseinandersetzungen, die wir für richtungweisend halten.

### **1. Werttheorie kann ein zentrales Verhältnis kapitalistischer Gesellschaften erklären, aber nicht »das Ganze«**

Es gehört zu den zentralen Einsichten einer kritischen, historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie, dass unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen »ihre eigne gesellschaftliche Bewegung« für die Menschen »die Form einer Bewegung von Sachen [annimmt], unter deren Kontrolle sie stehen statt sie zu kontrollieren« (MEW 23, 89). Die emphatische Darstellungsabsicht der Marxschen Arbeitswerttheorie als Form- und Fetischtheorie liegt somit darin, die zentralen Kategorien der bürgerlichen Ökonomie wie Geld, Profit oder Zins gegenüber dem Schein vorgegebener Sachverhältnisse als soziale, historisch spezifische Praxis zu dechiffrieren. Es geht mit dieser Darstellungsabsicht also darum, die den herrschenden ökonomischen Formkategorien zugrundeliegenden Herrschafts-, Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse offenzulegen. Umgekehrt bedeutet dies zugleich, eine Antwort darauf zu geben,

wie eine Gesellschaft, die durch das Privateigentum an Produktionsmitteln, unkoordinierte Privatproduktion, Lohnarbeit, Markt und Konkurrenz geprägt ist, überhaupt zusammengehalten werden kann. In der Wertform, wie sie sich im Geld ausdrückt, werden die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche nicht gelöst, sondern »prozessierbar« gemacht. Die Wertform ist eine Bewegungsform dieser Widersprüche und kein auf Dauer gestelltes, stabiles Arrangement, was in den wiederkehrenden Krisenprozessen deutlich zum Vorschein kommt.

Ein zentraler Erkenntnisgewinn der marxistischen Diskussionen vor allem der 1970er Jahre war es, herausgearbeitet zu haben, dass die gesellschaftlichen Widersprüche nicht allein durch die Wertform prozessiert werden, sondern dass daneben auch die politische sowie die Rechtsform von zentraler Relevanz sind. Gegenüber einem vielfach wiederkehrenden Missverständnis in dieser Debatte wurde zudem darauf hingewiesen, dass die politische Form wie auch die Rechtsform nicht aus der »ökonomischen Form« abgeleitet, und somit dieser nachgeordnet sind, sondern, dass die genannten sozialen Formen allesamt ihren Begründungszusammenhang in den herrschenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen haben.

## **2. Recht, Staat, Ökonomie stehen in einem Trennungs-Verbindungs-Verhältnis**

Die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bewegen sich somit in Wertform, politischer Form und Rechtsform, diese folgen jedoch einer je »eigenen Logik« und sind nicht aufeinander reduzierbar. Mit anderen Worten: Recht/Staat/Ökonomie sind nicht dasselbe, ihre Trennung ist vielmehr das Spezifikum des Kapitalismus. Gleichwohl stehen die sozialen Formen in einem spezifischen Trennungs-Verbindungs-Verhältnis zueinander, nur hierdurch gelingt es, die Prozessierung der Widersprüche zu gewährleisten. So wenig die politische Form aus der Wertform abgeleitet werden kann, so wenig lässt sich folgern, dass alles »Staat« ist. Vielmehr ist gerade die Besonderheit der jeweiligen sozialen Form zu analysieren. Die Verkopplung der Rechtsform mit dem staatlichen Gewaltmonopol etwa, ist ein – raumzeitlich begrenztes – Merkmal des modernen Rechts, nicht jedoch sein definierendes 'Wesen'; man käme wohl auch kaum auf die Idee, über die staatliche Garantie der Geldwertkonvertibilität zu schlussfolgern, Staat und 'Ökonomie' fielen in eins. Das Erkämpfen sozialer Rechte ist so wenig eine Fürbitte an den Staat, wie der Kampf um andere Produktionsverhältnisse eine Wunschliste an die kapitalistischen Unternehmen darstellt. Die Identität von Staat und Recht zu behaupten, ist Sache der konservativen Staatsrechtslehre, nicht die einer kritischen Theorie.

## **3. Das Denken in Nebenwidersprüchen ist hoffnungslos überholt**

Wichtig ist uns jedoch auch, als Ergebnis der vielfältigen Kritiken und Auseinandersetzungen

der letzten Jahrzehnte festzuhalten, dass mit den sozialen Formen, oder mit einer Formanalyse, nicht alles erklärt ist, sondern dass andere Herrschaftsverhältnisse genauso gesellschaftsstrukturierend zu denken sind: vor allem Geschlechterverhältnisse, race relations, Heteronormativität, Antisemitismus. Denn mit der Überwindung der aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen resultierenden Herrschaftsverhältnisse ist keinesfalls automatisch verbunden, dass diese Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse sich gleichzeitig von der Weltbühne verabschieden. Formanalyse muss sich somit ihrer Grenzen bewusst sein.

#### **4. Unterschiedliche Kapitalismen erfordern unterschiedliche Formen des Kampfes**

Die Herausarbeitung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Formen bezieht sich nur auf allgemeine Strukturmerkmale kapitalistischer Gesellschaften und sagt noch relativ wenig über historisch konkrete Gesellschaftsformationen aus. Bleibt man bei der abstrakten Analyse der Form stehen, können die Differenzen, die der Kapitalismus in Raum und Zeit herausbildet, nicht gesehen werden. Um diese Differenzen hervorzuheben spricht die Regulationstheorie von Kapitalismen und nicht von 'dem Kapitalismus'. Das Verhältnis von Struktur und Handlung ist nicht nach einer Seite hin aufzulösen, es bleibt vielmehr ein Vermittlungsverhältnis. Das heißt zum Beispiel, dass die Akteur\_innen nie nur Charaktermasken, oder Strukturfunktionär\_innen sind, sondern auch mit Optionen und Strategien versehene Subjekte. Mit anderen Worten: Es ist zwar nicht alles möglich, weil die Formen und die sedimentierten Kräfteverhältnisse einen Rahmen geben, aber innerhalb des Möglichen gibt es unendliche Variationen. Strukturprinzipien strukturieren unsere Handlungen, diese wirken aber gleichzeitig auf die Strukturprinzipien zurück und verändern sie. Marx' Materialismus unterschied sich vom klassischen Materialismus durch seinen zentralen Bezug auf Praxis (Arbeit); hierdurch gelang es, die Dualität von materieller und ideeller Welt zu überwinden und Geschichte (also Veränderung) zu denken. Die raumzeitlichen Unterschiede des Kapitalismus sind ausgesprochen wichtig zum Verständnis gesellschaftlicher Konstellationen. Kämpfe werden im Fordismus anders geführt als im Postfordismus und in Frankreich anders als in Deutschland, ganz zu schweigen von Regionen, in denen sich aus unterschiedlichen Gründen keine bürgerlichen Gesellschaften herausgebildet haben. Zu erklären sind diese Unterschiede aus den verschiedenen kulturellen, politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen. Zu den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zählen nicht nur die Klassenverhältnisse, sondern etwa auch Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Will man die Bedingungen für emanzipatorische Kämpfe verstehen, ist eine Analyse dieser Kräfteverhältnisse und Traditionen unumgänglich.

## 5. Gegen theoretischen Größenwahn

Als Konsequenz aus den vorangegangenen Thesen folgt eine notwendige Offenheit für unterschiedliche theoretische Ansätze. Die Komplexität, mit der sich eine heutige Herrschaftsanalyse konfrontiert sieht, lässt sich nicht mit einem theoretischen Ansatz, und sei er auch noch so elaboriert, einfangen. Diskussionsbeiträge, die als einzige Prämisse das Postulat der Reinheit der Lehre zulassen, sind einem autoritärem Denken verhaftet, das jedes Nicht-Identische zwanghaft ausschließen muss. Eine Konzentration auf die ›Entlarvung‹ konträrer Positionen als nicht systemsprengend ist unproduktiv und moralistisch. Kritische Theorie hingegen kann von der Vielfalt theoretischer Paradigmen (post-operaistischer wie post-strukturalistischer Provenienz, als auch feministischer, queerer oder post-kolonialer Ansätze) profitieren und die eigene Perspektive erweitern. Die sorgfältige Diskussion und Kritik der jeweiligen Prämissen und Argumente sowie der jeweiligen Situietheit der Positionen ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Eine solche Theorie-Praxis wäre am ehesten in der Lage, zu einem kollektiven Projekt zur Überwindung aller Herrschaftstechnologien beizutragen und Kritik auf Dauer zu stellen.

## 6. Kritische Theorie ist ohne empirische Sozialforschung nicht möglich

Die Marxsche kritische Sozialforschung, die sich in unzähligen Zeitungsartikeln, aber auch historischen Analysen äußerte, basierte auf der präzisen und sorgfältigen Auseinandersetzung mit der empirischen Realität seiner Zeit. Theorie alleine kann keine gesellschaftlichen Realanalysen liefern. Gerade wenn kapitalistische Gesellschaften sich durch grundlegende Unterschiede in Raum und Zeit, durch vielfältige Strukturprinzipien und Kämpfe auszeichnen, so ist die Notwendigkeit einer Vielzahl von genauen empirischen Untersuchungen evident. Darüber hinaus hat die Transnationalisierung der Kräfteverhältnisse und sozialen Formen ein für alle mal einen national bornierten Analyserahmen ad acta gelegt. Es lässt sich heute nicht mehr von 'Recht', 'Staat', 'Imperialismus' oder 'Weltmarkt' reden, ohne die Europäische Union, die WTO, G8, ASEAN, Mercosur etc. zur Kenntnis zu nehmen. Am Beispiel der EU wird besonders deutlich, dass sich ein neuer Machtapparat herausgebildet hat, der sich konsequent durch seine technokratische und elitäre Beschaffenheit gegen ein unmittelbares Verständnis abschottet. Gerade deswegen sollten wir zur Verstehbarkeit der Verhältnisse durch militante Untersuchungen beitragen.

## 7. Der Dualismus von Reform und Revolution ist Schnee von gestern

Eine schematische Gegenüberstellung von Reformismus auf der einen Seite und Revolution auf der anderen ist nicht mehr zeitgemäß, weil sie die Erfahrungen emanzipatorischer Bewegungen außer Acht lässt. Beide großen Bewegungen der Arbeiter\_innen des 19. und 20. Jahr-

hunderts, Sozialdemokratie und Kommunismus, sind letztlich an ihrer Staatsfixiertheit gescheitert. Zu dieser Fixiertheit zählt auch das Missverständnis, die erzielten sozialpolitischen Verbesserungen wären vom Staat gewährt worden. Tatsächlich wurden sie gesellschaftlich erkämpft. Beide Bewegungen konzentrierten ihre Aktionen auf den Staat und betrachteten ihn als Instrument zur Befreiung der außerhalb des Staates stehenden »Massen«. Die sozialdemokratische Vorstellung führte zur Diktatur der Experten, die stalinistische zum Despotismus. Der Staat ist aber kein Instrument, das man sich aneignet, er ist keine Festung, die man stürmen könnte, sondern ein soziales Verhältnis, in dem sich gesellschaftliche Machtverhältnisse verdichten (Poulantzas). In der Vorstellung des Staates als zu stürmender Festung zeigt sich ein Staatsverständnis, das den Formwandel bürgerlicher Herrschaft nicht berücksichtigt. Wenn also die Frage beantwortet werden soll, warum die Revolution im Westen ausgeblieben ist, muss sich der Tatsache gestellt werden, dass der bürgerliche Staat keinen Winterpalast hat. Hegemonie lässt sich nicht erstürmen. Der Formwandel bürgerlicher Herrschaft impliziert eine viel subtilere Form der Macht, die sich bis in die feinsten Gesten des Subjekts hinein verlagert – »keine kleine simple Maschinerie« (Foucault).

Und auch das Subjekt lässt sich nicht aufklärerisch erstürmen, indem ihm erklärt wird, dass alles was ist, keinen Wert hat, weil es auf dem Verwertungszwang beruht. Es ist selbst Teil der Konstellation und hält durch seine Handlungen den Reproduktionszusammenhang aufrecht – nicht weil es nicht wüsste, dass unsere Gesellschaft auf Ausbeutung beruht, oder weil es Angst vor Repression hätte, sondern weil die Subjekte in einer spezifischen Form normalisiert sind und die hegemoniale Weltanschauung die Situation alternativlos erscheinen lässt. Die abstrakte Aufklärung wird in dieser Situation zum linksradikalen Wort zum Sonntag. In der Position der moralischen Überlegenheit des Wissenden zeigt sich die eigene Marginalisierung, die sich gegenüber Erfahrungen immunisiert. Die Kämpfe der Frauenbewegung haben gezeigt, dass Emanzipation ein langer und beschwerlicher Prozess ist. Die Vorstellung einer Revolution, die über Nacht die Verhältnisse dreht, so dass alles gut wird, ist absurd und erinnert eher an religiöse Heilsversprechungen. Das heißt auch, dass ein langwieriger Kampf um Hegemonie zugleich die Transformation von unzähligen herrschaftsförmigen Mikropraktiken einschließen muss. Die auf diesem Weg zu erzielenden Verbesserungen liegen – ohne Zweifel – unterhalb der Schwelle der Weltrevolution, können aber die Ausgangsbedingungen der Auseinandersetzungen um eben diese erheblich verbessern.

## 2. Diskussionsbeitrag von TOP Berlin zum BAKJ-Kongress »Zwischen rechtspolitischer Praxis und Systemkritik« vom 29.10. bis zum 1.11.2009 in Berlin

1. Auch die Beste aller möglichen bürgerlichen Welten, mithin eine Welt, in der Recht, Freiheit und Gleichheit umfassend realisiert sind, ist als Form der Herrschaft und Ausbeutung zu denunzieren. Weder 'Rechtsstaat' noch 'Demokratie' sind Formen, in und mit denen Emanzipation von gesellschaftlicher Herrschaft zu haben ist. Sie bleiben stets Durchsetzungsformen eines gegen die Menschen verselbständigten kapitalistischen Verwertungszwangs. Allenfalls können Recht und Demokratie Emanzipation von feudalen und patriarchalen, also personalen Herrschaftsweisen gewährleisten. Das ist natürlich nicht nichts, aber noch lange nicht alles. Denn diese Emanzipation, die Emanzipation zum freien und gleichen Warenhüter, bewerkstelligt nie mehr als die Anerkennung als freies und gleiches Rechtssubjekt, d.h.: die Abwesenheit von jeglicher Diskriminierung, die nicht der Leistung geschuldet ist. Auf Grundlage dieser Emanzipation ist jegliche Diskriminierung auf Grund von Geschlecht und Hautfarbe ein Skandal. Wohl deswegen meint Sonja Buckel, »dass der Rechtsdiskurs ein anerkanntes Vokabular biete, mit dem politische Missstände und soziale Ausschlüsse skandalisiert werden könnten.« Diese Skandalisierung ist indes kein Einsatz einer wirklich emanzipatorischen Transformation, sondern – ganz im Gegenteil – die übliche Skandalisierung des Auseinanderfallens von gesellschaftlicher Wirklichkeit und ideologischem, weil ohnehin nie einholbarem Anspruch. Schreibt Buckel weiter, dieses rechtliche Vokabular »biete sich an, um alternative Perspektiven zu artikulieren, gerade für marginalisierte Lebensrealitäten und Perspektiven«, verkennt (oder betont) sie die Flexibilität und Offenheit fortschrittlicher kapitalistischer Gesellschaften bezüglich 'alternativer Perspektiven'. Die Anerkennung der 'alternativen Perspektiven' im rechtlichen Vokabular ist der Ausdruck einer Kultur, die mit Vorstellung von 'Rechten' gesättigt ist, über die Individuen und Gruppen auf Anerkennung pochen, mithin verlangen, dass ihre spezifische Perspektive, ihr spezifisches Leiden von den Institutionen anerkannt wird. Da wir alle potentielle Opfer von irgendetwas sind, wird das Recht zum fundamentalen Recht zu erzählen; zum Recht, das spezifische Narrativ des eigenen Leidens zu formulieren (Homi Bhaba). Allen 'alternativen Perspektiven' wird so ein Platz zugewiesen – aber eben auch nicht mehr.

2. Selbst die beste aller möglichen bürgerlichen Welten, die allseitige Durchsetzung formaler Gleichheit, bleibt den absoluten, wesensmäßigen Gebrechen bürgerlicher Vergesellschaftung verhaftet. Das heißt: auch in der Besten aller bürgerlichen Welten bleibt es bei der Herrschaft verselbständigter gesellschaftlicher Zwänge, und wird über die Form Recht Ausbeutung prozessiert. Dies ist eine absolute Schranke, die das rechtliche Vokabular nicht überschreiten

kann. Gegen die zahlreichen Kritiker des Rechts und der Demokratie sind Freiheit und Gleichheit nicht als Schein oder ideologisches Manöver der Bourgeoisie zu verstehen. Freiheit und Gleichheit sind notwendiger und ganz realer Bestandteil kapitalistischer Herrschaft. Der Warentausch respektiert daher nicht nur Freiheit und Gleichheit als etwas ihm Äußerliches. Freiheit und Gleichheit sind die Produkte des Warentauschs. Als reine Ideen sind sie idealisierter Ausdruck der materiellen Praxis der Gesellschaft. Auf dem Markt ist jeder Käufer und jeder Verkäufer gleichermaßen Rechtssubjekt, mithin allgemein als frei und gleich unterstellt. So ist der Vertrag und nicht die Gewalt die herrschende Aneignungsform. Konstituiert sich der Tausch der Waren, ist die logische Konsequenz der Souverän, der die Freiheit und Gleichheit der Warenhüter sichert. Denn unmittelbare personale Herrschaft, Drohung und Gewalt werden dann unerträglich, wenn der freie Tausch das Wertgesetz verwirklichen soll. Kurz: Zwang und Diskriminierung werden dann unerträglich, wenn privatautonome Konkurrenz die Durchsetzungsform des Marktgesetzes ist. In diesem Sinne schreibt der marxistische Rechtstheoretiker Eugen Paschukanis im Jahre 1929: »Der Tauschwert hört auf, Tauschwert zu sein, die Ware hört auf, Ware zu sein, wenn die Tauschproportionen von einer außerhalb der immanenten Gesetze des Marktes stehenden Autorität bestimmt werden. Der Zwang als der auf Gewalt gestützte Befehl eines Menschen an einen anderen widerspricht der Grundvoraussetzung des Verkehrs zwischen Warenbesitzern.«

Damit hat Paschukanis bereits die Notwendigkeit der Autonomie des Rechtssystems gegenüber »dem Staat« erklärt. Die Freiheit von unmittelbarem staatlichen Zwang (das ist: die staatliche Willkür, die jedes planerische wirtschaftliche Handeln verunmöglicht) kann nur ein Rechtssystem garantieren, dem gegenüber der Exekutive robuste Eigenständigkeit zukommt. Die Durchsetzung jener Autonomie gegenüber der Exekutive mag historisch teils 'sozialen Kämpfen' entspringen. Der Sache nach ist sie schlicht die für fortschrittliche bürgerliche Staaten nötige »funktionale Differenzierung.« So geht Sonja Buckel fälschlicherweise davon aus, Rechtsstaatlichkeit als Errungenschaft jenseits kapitalistischer Verwertungslogik verstehen zu können, die wiederum grundsätzlich auch mit sog. »Attrappen des Rechts« bestehen könnte. Werner Best, der Justitiar der Gestapo, führte hiergegen und zu den notwendigen rechtsstaatlichen Bestandteilen noch des NS-Staates in einem Aufsatz in dem Jahrbuch der Akademie für Deutsches Recht (1937) aus: »Das bedeutet jedoch nicht, dass jede konkrete staatliche Tätigkeit sich normenlos nach dem Gutdünken einzelner Träger dieser Gewalt zu vollziehen hat. Es ist vielmehr auf sehr vielen Gebieten zweckmäßig, dass der Staat von sich aus seine künftige Tätigkeit genau normiert, so dass sie voraussehbar ist und den Betroffenen die Möglichkeit gegeben wird, sich danach zu richten.« Diese Selbstbeschränkung des Staates sei »angebracht

gegenüber allen positiv aufbauenden Kräften des Volkes. Diese sollen, um sich möglichst fruchtbar auswirken zu können, möglichst weitgehend das Handeln des Staates voraussehen können.«

Was Sonja Buckel als Ergebnis heroischer sozialer Kämpfe unterstellt, machen Staat und Kapital also schon ganz von alleine – wenngleich teils über den Umweg namens soziale Kämpfe: ohne Erwartungsstabilität ist kein sinnvolles Wirtschaften möglich. Noch weit vor Lohnkosten ist Rechtssicherheit dem Kapital maßgeblicher Standortfaktor. Völlig rätselhaft bleibt damit Buckels Rede von der »ethischen Funktion des Rechts«. Wenn die »verselbständigte, gespenstische soziale Form mit ihren juristischen Verfahren« immer auch »einen Aufschub der Macht bedeutet, die sich abschottet gegenüber unmittelbarem Zugriff mächtiger Interessen« hat das nichts mit einer ethischen Funktion des Rechts zu tun, sondern schlicht mit der Tatsache, dass eine moderne Gesellschaft sich über »funktionale Differenzierung« (Luhmann) erhält. Mit anderen Worten: dass in der Rechtsprechung nicht blinde Partikularinteressen zur Durchsetzung kommen dürfen, wenn es etwas wie stabile normative Erwartung geben soll. Nur der gemäßigte Staat ist ein guter Staat, denn die Bourgeoisie duldet keinen König und auch keinen sterblichen Gott. (Aus diesem Grund dürfte im Übrigen der Realsozialismus gescheitert sein, der versuchte, 'Gesellschaft' in den 'Staat' hinein zu holen, also die verstreute Vernunft des Marktes in zentrale staatliche Planung zu überführen).

3. Im Tausch freier und gleicher Rechtssubjekte verschwinden Ausbeutung und Herrschaft, wenngleich sie noch in jedem Arbeitsvertrag enthalten sind: Der spezifische Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft besteht für den Käufer darin, mehr Lebensmittel zu schaffen, als zur Reproduktion des Verkäufers notwendig ist. So wird stets unbezahlte Mehrarbeit geleistet. Und jeder freie Zwang zur Arbeit reproduziert die ursprüngliche Gewalt der Trennung der Arbeiter von den Mitteln ihrer Reproduktion. Aber außerhalb der Fabrik und des Büros werden die Arbeiter den Kapitalisten von Rechts wegen gleich gemacht. Beide sind formal reduziert auf Verkäufer und Käufer, auf Rechtssubjekte, die notwendig blind sind für ihre tatsächliche Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Aus der Despotie der Fabrik wird die Republik des Marktes, die als politische Form immer schon nahe gelegt ist: »Das Geld hat keinen Herrn! (...): Die Bourgeoise hat keinen König, die wahre Form in ihrer Herrschaft ist die Republik.« (MEW 7: 40)

Durch rechtlich garantierte Freiheit und Gleichheit hindurch reproduziert sich gesellschaftliche Herrschaft. Anders als Buckel verstehen wir diesen Vorgang weder als 'gespenstisch', noch bie-

tet das Recht Schutz – es sei denn davor, nicht durch den freien Tausch ausgebeutet werden zu können. Recht trägt mithin nicht nur dann zur Unterdrückung bei, wenn es repressiv angewandt wird, sondern gerade dann, wenn es ermöglicht und Handlungsfähigkeit bereitstellt, also 'positiv' ist.

Bei all dem darf freilich die bürgerliche Utopie von der Rechtsförmigkeit aller staatlichen Gewaltanwendung nicht für bare Münze genommen werden. Zum Begriff des Rechts zählt seine Nichtanwendung. Wer für den Rechtsstaat ist, ist auch für Guantánamo. Folter ist die Kehrseite des Rechts auf körperliche Unversehrtheit. Die bürgerliche Gesellschaft würde am vollständig durchgesetzten Recht zerbrechen und die Früchte der Folter sind auch für die Staaten, die gerne im Namen der Menschenrechte Kriege führen, kein Tabu. Und ohne Zweifel steht das Deutschland des Jahres 2009 noch unter dem Niveau selbst der kapitalistischen Geschichte. Denn über alles in bürgerlichen Gesellschaften notwendige Maß hinaus ist die Rechtswirklichkeit Deutschlands autoritär, rassistisch und sexistisch, klebt in deutschen Gerichtssälen und Amtsstuben der Mief des verstockt aggressiven Nachkriegsdeutschlands. Doch ist uns das nicht der entscheidende Einsatzpunkt für die Kritik des Rechts. So leitet die Kritik an der rechtskulturellen Rückständigkeit Deutschlands allenfalls einen funktionalen Modernisierungsprozess ein. Kritik, die auf die Nichtrealisierung des Ideals »Recht« abstellt, affirmiert dieses und damit die Herrschaft der sozialen Form abstrakte Arbeit, deren Bewegungsform es ist. Gegen alle Skandalisierungen gilt also festzuhalten: Die durch das Recht garantierte Freiheit ist zum Schaden der Menschen da; was als Emanzipation erscheint, stürzt die Menschen in fortschrittliches Elend und macht sie zum privat-autonomen Wurmfortsatz der Selbstverwertung des Werts. Was heißt das für die Frage, die uns heute Abend gestellt wurde? Wollen wir also Recht und Rechte haben? Nun, wir wollen nicht nur keine Rechte haben, wir fordern keine abstrakte Negation des Rechts – das wäre der Standpunkt der Anarchisten oder der kleinbürgerlichen Sozialisten. Vielmehr führen wir den Kampf gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die uns dazu nötigen, Rechte haben zu müssen, um zu überleben. Dieser Kampf ist aber niemals mit dem Recht zu gewinnen. Gesellschaftliche Herrschaft schlägt man nicht mit ihren eigenen Formen.

4. Jede positive Bezugnahme auf das Recht ist eine auf Staat und Kapital: Recht, Kapital und Staat können nicht voneinander getrennt gedacht werden. Wer Recht haben will, will auch das staatliche Gewaltmonopol, ob er oder sie will oder nicht. Dieser Wunsch vollzieht sich hinter dem Rücken der Wünschenden. Denn Recht und Staat sind eins, gerade weil sie auseinander fallen. Auch wenn das Rechtssystem »dem Staat«, also der Exekutive gegenüber, relativ auto-

nom ist, kann kein Recht ohne staatliche Gewalt gedacht werden. Diese ausdifferenzierten (relationalen autonomen) Bereiche gewährleisten und reproduzieren die Produktionsverhältnisse gerade durch ihre Scheidung voneinander. Von daher ist der Vergleich, den Briken, Buckel et al. in ihrer Auseinandersetzung mit ...ums Ganze! aufmachen, mehr als schief: »Das Erkämpfen sozialer Rechte ist so wenig eine Fürbitte an den Staat, wie der Kampf um andere Produktionsverhältnisse eine Wunschliste an kapitalistische Unternehmen darstellt.« Denn während es im zweiten Halbsatz durchaus um eine Welt jenseits von Staat und Kapital gehen kann, kauft der erste Halbsatz immer schon den Staat mit ein. Wer sonst soll Rechte durchsetzen und garantieren? Der kämpferische Gestus sozialer Bewegungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dabei am Souverän nicht gerüttelt wird. Diese sind nichts kapitalistischer Herrschaft Äußerliches, sondern mitunter gar eine Bedingung für deren Reproduktion. So darf es inzwischen als Binsenweisheit gelten, dass, wenn der Sozialstaat die Ware Arbeitskraft durch ein Netz von Sicherheiten vor den Folgen der Arbeitslosigkeit schützt, er damit nicht deren Warenförmigkeit beseitigt, sondern erst garantiert. Das Abfeiern sozialer Kämpfe um der Kämpfe Willen erweist sich somit als kurzsichtig.

Die Rede vom Erkämpfen sozialer Rechte ist damit eine Neuauflage der alten linken Staatsifizierung. Der Staat aber ist kein beliebig verwendbares Instrument, sondern ein historisch spezifisches Herrschafts- und Gewaltverhältnis, eine notwendige Bedingung der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise, nicht aber Mittel zur Überwindung derselben. Das gleiche muss für das Recht gelten. Noch einmal: die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Herrschaft in verschiedene Sphären heißt nicht, dass da keine Herrschaft am Werk ist. Im Gegenteil: Die relationale Autonomie des Rechtssystems ermöglicht erst kapitalistische Herrschaft. Die relationale Autonomie des Rechtssystems gegenüber der 'Macht', der staatlichen Willkür, gegenüber kapitalistischen Partikularinteressen ist kein erkämpfter Schutz, keine Errungenschaft, sondern eine Existenzweise fortgeschrittener kapitalistischer Herrschaft. Mit dem Faustrecht produziert es sich schlecht. Erwartungsstabilität und gleichzeitige Offenheit für Einflüsse und Bedürfnisse der gesellschaftlichen Umwelt kann eben nur eine Sphäre bieten, die vom unmittelbaren Zugriff der blinden Partikularinteressen geschützt ist. (Im Luhmannsprech: kognitive Offenheit bei normativer Geschlossenheit).

Die Kämpfe um Rechte zementieren den bürgerlichen Horizont nur, statt ihn zu überschreiten. Die Akteure der sozialen Kämpfe bringen Bewegung in die politischen Formen der Herrschaft, die sich von alleine nicht bewegen. (Marx hat das am Beispiel des Warentauschs schön gezeigt: der einzelne Hüter der Ware will subjektiv den Gebrauchswert der anderen Ware; objektiv pro-

zessiert er dabei die Wertform, indem er durch den Tausch die Privatarbeit in gesellschaftliche verwandelt). Was subjektiv als juristischer Sieg erscheint, ist objektiv eine Bestätigung bürgerlicher Herrschaft. Bürgerliche Herrschaft ist auf die Kreativität der Akteure angewiesen. Mit anderen Worten: erfolgreiche soziale Kämpfe um Rechte, um Hegemonie in der Auslegung und Anwendung des Rechts, sind Ausweis der Offenheit und Flexibilität kapitalistischer Herrschaft. Soziale Kämpfe und Skandale sind eine Form, in der sich fortschrittliche gesellschaftliche Herrschaft politisch reproduziert, weil verbessert, Kritik aufnimmt und sich anpasst. Die deutsche Gesellschaft des Jahres 2009 kann nicht mit der Rechtsprechung des Jahres 1959 leben. Auch wenn die Homoehe erst in zähen Kämpfen durchgesetzt wurde, ist sie letztlich doch ganz selbstverständlich. Wenn Buckel schreibt, ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, das einer lesbischen Frau Schadensersatz zusprach, da ihr die Adoption eines Kindes versagt wurde, zeige, dass eine »vormals gegenhegemoniale Kritik heteronormativer Verfasstheit inzwischen Eingang in Gerichtsentscheidungen gefunden hat, umschreibt sie nur die nötigen Anpassungsleistungen des kognitiv offenen Rechts. Behauptet sie ferner, dass damit »subalterne Interessen im Recht zu Ausdruck kommen«, läuft sie Gefahr, sexistische Zuschreibungen noch zu reproduzieren.

Wegen ihres beschränkten Horizonts sind soziale Kämpfe in bürgerlicher Form die Ideologie ihrer Verhinderung. Die Durchsetzung und das Erkämpfen sozialer Rechte kann natürlich die Kapitalakkumulation zum Stottern bringen. Aber sie sind kein Ansatzpunkt für eine gesellschaftliche Emanzipation, da dieser Ansatz sich notwendigerweise um die Machtfrage drückt. Er ruft den Souverän an, der die Warenförmigkeit des gesellschaftlichen Reichtums garantiert. Auch ein – natürlich begrüßenswerter – größerer Teil dieses Kuchens ändert nichts daran, dass die Menschen unter der Kontrolle der gesellschaftlichen Bewegung von Sachen bleiben.

'Recht' ist damit kein freies Kampffeld, sondern die notwendige, aber natürlich nicht determinierte, Entsprechung des Kapitals, sein 'rechtliches Verhältnis'. Indem Buckel die Hegemonietheorie mit der Rechtspraxis zu verknüpfen sucht, konstruiert sie ein Konfliktfeld, in welchem der Kampf um Emanzipation unmöglich durchgeführt kann. Genauso wenig, wie Politik der Streit um die richtige Einrichtung der Gesellschaft ist, sondern nur der um die Verbesserung deren falscher Einrichtung, kann Hegemonie durch das und in dem Recht nicht voraussetzungslos hergestellt werden; sie ist längst strukturell gesichert. Letztlich erweist sich die Hegemonietheorie hier als unterkomplex und idealistisch. Unterkomplex, weil ein fortschrittliches gesellschaftliches Herrschaftsgefüge auf diffuse 'Kräfte' reduziert wird, und idealistisch, weil

sie das Geplapper bürgerlicher Juristen vom ethischen Gehalt der Rechtsform auch noch ernst nimmt. Marx' Kritik des deutschen Idealismus in Gestalt der Hegelschen Rechtsphilosophie trifft also auch hier ins Schwarze: »Die Deutschen haben in der Politik gedacht, was die andern Völker getan haben. Deutschland war ihr theoretisches Gewissen.« (MEW 1: 385)

### **3. Jungle World Diskussion**

Im Vorfeld des und nach dem Kongresses wurde in der Jungle World eine Diskussion um den Kongress und einen möglichen „Way out“ geführt. Hier findet sich eine Auswahl der Artikel:

Daniel Keil: Multitude in Unterzahl: <http://jungle-world.com/artikel/2007/50/20838.html>

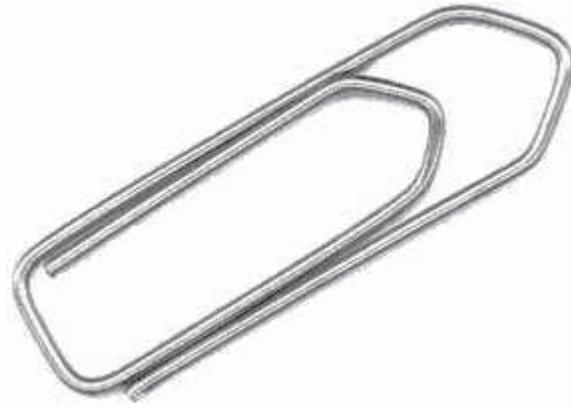
Stephan Grigat: Ganz und gar nicht ums Ganze: <http://jungle-world.com/artikel/2007/47/20750.html>

TOP Berlin: No way out: <http://jungle-world.com/artikel/2007/44/20631.html>

Michael Heinrich: Eingreifen, aber nicht belehren! <http://jungle-world.com/suche/?s=Kongress%20in%20Frankfurt>

Ernst Lohoff: Entkoppelt euch!: <http://jungle-world.com/artikel/2007/48/20787.html>

## Anhang



## 1. Kongressplan

Veranstaltungsaufnahmen können als MP3s können hier angehört werden: <http://ugkongress.blogspot.de/>

Freitag, 7.12.2007

Einführungsveranstaltungen

Nadja Rakowitz: Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie (44:10 Minuten)

Robert Foltin: Einführung in den Postoperaismus (40:00 Minuten)

Norbert Trenkle: Einführung in die Wertkritik (63:06 Minuten)

Samstag, 8.12.2007

Podium: Zum Begriff der Arbeit

Ernst Lohoff (23:45 Minuten)

Thomas Seibert (24:07 Minuten)

Podium: Zum Begriff der Krise

Norbert Trenkle (22:13 Minuten)

Michael Heinrich (22:45 Minuten)

Diskussion Podium (13:51 Minuten)

Diskussion Publikum (26:00 Minuten)

Podium: Immaterielle Arbeit und Ware Wissen

Zlatan Orek (14:19 Minuten)

Frieder Otto Wolf (15:12 Minuten)

Stefan Meretz (20:14 Minuten)

Diskussion (55:54 Minuten)

Podium: Staat, Recht und Politik

Thomas Seibert (13:54 Minuten)

Sonja Buckel (13:59 Minuten)

Thomas Gehring (16:48 Minuten)

Peter Decker (16:03 Minuten)

Diskussion (55:10 Minuten)

Podium: Klasse / Klassenkampf / soziale Kämpfe / Multitude

Robert Foltin (11:18 Minuten)

Gerhard Hanloser (24:10 Minuten)

Norbert Trenkle (12:32 Minuten)

Slave Cubela (15:25 Minuten)

Diskussion (41:54 Minuten)

Sonntag, 9.12.2007

Podium: Neue Imperialismustheorien / Globalisierung / Empire

Peter Decker (11:50 Minuten)

Jens Wissel (15:35 Minuten)

Michael Heinrich (16:15 Minuten)

Diskussion (55:32 Minuten)

Abschlusspodium: Theorie und Bewegung

Werner Raetz (5:55 Minuten)

Friederike Habermann (9:20 Minuten)

Alex Demirovic (8:12 Minuten)

## 2. Kongress-Aufruf

...ums Ganze!-Kongress

07. – 09. 12. 2007 | Frankfurt/Main | Universität (Studierendenhaus Campus Bockenheim)

Vorbemerkung.

»Ob du wirklich richtig stehst, siehst du, wenn das Licht angeht.« (1, 2 oder 3, öffentlich-rechtliches Fernsehen, zeitlos)

Nicht erst seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm ist die Linke an der Frage einer grundlegenden Gesellschaftsanalyse und der daraus resultierenden Praxis gespalten. Die Lage scheint unübersichtlich, eine einfache Lösung ist nicht in Sicht. Bestehende Differenzen zwischen den unterschiedlichen Ansätzen liegen nicht zuletzt darin begründet, dass das grundsätzliche Ziel – die Überwindung des Kapitalismus – noch lange nichts über das Verständnis dieser Gesellschaftsformation aussagt. Dementsprechend kontrovers werden in den verschiedenen Spektren auch die Möglichkeiten für eine emanzipatorische Praxis gesehen.

Sowohl die Bestimmung der politischen Subjekte als auch die Bezugnahme auf soziale Kämpfe sind Ergebnis einer Einschätzung gesellschaftlicher Strukturen, Prozesse, Kräfteverhältnisse und Perspektiven. Gerade an der Frage, wo mögliche Anknüpfungspunkte für emanzipatorische Politik gegeben und nötige Interventionen in gesellschaftlichen Konflikten geboten sind, gehen die Meinungen weit auseinander. Doch nur die längst überfällige und grundsätzliche Diskussion über Strategien und Konzepte kann die Grundlage dafür liefern, wie künftige Organisationsmöglichkeiten aussehen könnten. Im Zentrum dieser Auseinandersetzung steht für uns dabei selbstredend, wie eine theoretische Gesellschaftsanalyse die Verhältnisse angemessen beschreiben – und wie mit dieser Analyse die Überwindung des Kapitalismus in Angriff genommen werden kann.

Der Kongress.

»Wir müssen immer weiter durchbrechen.« (Egoexpress, Hamburg, 2000)

Im Dezember 2007 lädt das »...ums Ganze«-Bündnis nach Frankfurt/Main ein, um am Beispiel von (Post)Operaismus und Wertkritik zu diskutieren, wie und wo der way out zu suchen ist. Der in Italien entstandene und sich in Ablehnung zu den auf die Eroberung des Staatsapparates setzenden ML-Parteikonzepten begreifende (Post)Operaismus gilt mit seinen praxisnahen Konzepten der Multitude, des spontanen Kommunismus und des gesellschaftlichen Arbeiters als eine der bedeutendsten Theorieströmungen und Grundlage interventionistischer Politikkonzepte. Indem er in den gesellschaftlichen Verhältnissen immanente Potentiale für Befreiung aufspürt und Gesellschaft grundsätzlich als umkämpft begreift, entwirft der (Post)Operaismus ein recht hoffnungsvolles Szenario für die Politik.

Demgegenüber betont die wertkritische Position das Vorhandensein objektiver Gesetzmäßigkeiten: Der kapitalistischen Gesellschaftsformation liegen zunächst einmal die Prinzipien ihrer politischen Ökonomie zugrunde, die sowohl das Handeln der Institutionen als auch die Konstitution des Individuums maßgeblich bestimmen. Der Wert als abstrakte Herrschaft durchdringt jedwede menschliche Praxis; konkrete Kämpfe gegen bestimmte Ausbeutungsverhältnisse – wie sie der (Post)Operaismus fordert – verändern aus der Perspektive der Wertkritik lediglich Distributionsverhältnisse und sind weit davon entfernt, kapitalistische Vergesellschaftung aufzulösen.

Als Veranstalter des Kongresses glauben wir, dass beide Theorieströmungen viel zu einer möglichen Bestimmung von Politik beitragen können und sich viele ihrer Ansätze einer radika-

len Staats- und Gesellschaftskritik nicht ausschließen. Wir wollen einen Diskurs ermöglichen, der sowohl die Differenzen, als auch die Überschneidungen und prinzipiellen Übereinstimmungen verdeutlicht und damit eventuell neue Impulse für eine Definition von Praxis geben kann. Neben der nach wie vor ungeklärten Frage nach Möglichkeit und Unmöglichkeit eines richtigen Lebens in den falschen Verhältnissen stellt sich die Frage nach ihrer Überwindung.

Die Fragestellungen.

»Oder heißt immer auch Und.« (unbekannter Raver, Berlin, 90er Jahre)

Der Kongress soll dazu beitragen, mithilfe dieser unterschiedlichen theoretischen Ansätze eine Auseinandersetzung mit jenen Themenfeldern und Begriffen voranzutreiben, die für eine Bestimmung politischer, sozialer, ökonomischer und struktureller Prozesse im Kapitalismus unumgänglich sind.

Hierbei wird es immer um die verschiedenen Ansätze der Analyse gehen, aus denen die unterschiedlichen Einschätzungen über Rolle, Funktion und emanzipatorisches Potential von Begriffen wie Arbeit, Staat, Klasse, Recht und Geschlecht resultieren. Der Kongress soll den Raum für eine Diskussion darüber liefern, wie die vorgefundenen Verhältnisse bestimmt werden können und wo sich konkrete Möglichkeiten der Intervention ergeben bzw. ergeben könnten.

Der Aufbau.

»Wie ein kommunistisches Projekt zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse aussehen könnte, wie eine radikale Kritik zu denken ist, das kann auf dem Kongress wohl nicht letztendlich bestimmt, aber zumindest in die Diskussion gebracht werden.«

(Kritik & Praxis Berlin zum Kommunismuskongress, 2003)

Der Kongress ist auf drei Tage angelegt und gliedert sich wie folgt: Am Freitag Tag sollen die unterschiedlichen Ansätze vorgestellt und ihre theorie- und geistesgeschichtlichen Hintergründe und Implikationen beleuchtet werden. Am Samstag sollen auf Podiumsdiskussionen Vertreter verschiedener Strömungen (die längst nicht nur mit Wertkritik und Postoperaismus abgedeckt sind) grundsätzliche Kategorien der Gesellschaftsanalyse mit- und gegeneinander diskutiert werden.

Am letzten Tag wird vormittags durch einzelne Referate, inhaltliche Schwerpunkte und spezifische Fragestellungen das Angebot gemacht, genauere Einblicke in die verschiedenen Theorieströmungen zu bekommen; zum Kongressabschluss sollen dann auf mehreren Podien die verschiedenen Ansätze und möglichen Ergebnisse zurück auf die Politik der radikalen Linken bezogen werden, um einen möglichen way out zu bestimmen.